39. Jahrgang 1991 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702

B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

WOLFGANG SCHROEDER
Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus
Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz

MARTIN RÜTHER
Die Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935

PAUL R. SWEET
Der Versuch amtlicher Einflußnahme auf die Edition der
„Documents on German Foreign Policy, 1933–1941"

DOKUMENTATION
Hitlers Denkschrift an die bayerische Justiz vom 16. Mai 1923
(Lothar Gruchmann)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben
von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Hans Woller
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 126880, FAX 1231727

39. Jahrgang | Heft 2 | April 1991

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Wolfgang Schroeder — Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongreß 1954 179

Martin Rüther — Lage und Abstimmungsverhalten der Arbeiterschaft: Die Vertrauensratswahlen in Köln 1934 und 1935 221

Paul R. Sweet — Der Versuch amtlicher Einflußnahme auf die Edition der „Documents on German Foreign Policy, 1933–1941". Ein Fall aus den fünfziger Jahren . . . 265

DOKUMENTATION

Lothar Gruchmann — Hitlers Denkschrift an die bayerische Justiz vom 16. Mai 1923. Ein verloren geglaubtes Dokument . 305

NOTIZ

Zur aktuellen Archivsituation in Polen und in der Tschechoslowakei (*Jan Foitzik*) 329

ABSTRACTS 337

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WOLFGANG SCHROEDER

CHRISTLICHE SOZIALPOLITIK ODER SOZIALISMUS

Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongreß 1954

Einleitung

Der Katholizismus, die DGB-Gewerkschaften und die SPD hatten in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein gemeinsames Schicksal. Ihre Bemühungen, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu beeinflussen, blieben weit hinter den eigenen Vorstellungen zurück. Weder gelang es dem Katholizismus, eine christliche Gesellschaftsordnung aufzubauen, noch konnte er die CDU – auf dem für ihn so wichtigen kulturpolitischen Gebiet – nachhaltig beeinflussen. Das programmatische Hauptziel der Gewerkschaften, die Wirtschaftsdemokratie, war ebenfalls politisch blockiert. Die SPD lehnte die soziale Marktwirtschaft und die Westintegration ab. Diese Haltung brachte ihr weder die politische Führung ein, noch konnte sie dadurch die deutlichen Positionen der CDU in Frage stellen.

Katholizismus, DGB und SPD sahen sich also in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vor einer ähnlichen Problemlage: Entweder sie nahmen eine Kurskorrektur vor und anerkannten die ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen, oder sie hielten an ihrer bisherigen Orientierung fest und stellten damit die bestehende Ordnung in Frage. Innerhalb des Katholizismus stritt man darum, ob die Einheitsgewerkschaft oder die christliche Gewerkschaft befürwortet werden solle. In der SPD war das Streitfeld markiert durch die Pole: Klassenpartei oder Volkspartei. In den DGB-Gewerkschaften ging die Selbstverständnisdebatte im Kern um die Frage des politischen Mandates der Gewerkschaften. In diese Konfliktkonstellationen war die Kontroverse zwischen Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning eingebunden.

Der Frankfurter DGB-Kongreß im Oktober 1954 und seine Folgen gehören zu den sonderbarsten Ereignissen in der Geschichte der bundesdeutschen Gewerkschaften. In Opposition zur Außen- und Wirtschaftspolitik der CDU/FDP-Regierung sprach sich der DGB-Kongreß gegen einen bundesdeutschen Wehrbeitrag aus. Im Grundsatzreferat, gehalten von Viktor Agartz, wurden die Prämissen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik negiert. Beides wurde auf dem Kongreß umjubelt. Diese politisch brisanten Entscheidungen hatten jedoch keine Bedeutung für die Orientierung der bundesdeutschen Gewerkschaftspolitik. Darüber hinaus kam es

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sogar zur Bekämpfung derjenigen, die sich entschieden für ihre Verwirklichung einsetzten.

Dieser Widerspruch ist geprägt durch jene spezifische Konstellation Mitte der fünfziger Jahre, in der sich die gewerkschaftliche Krise, die Gewerkschaftsdiskussion im Katholizismus (DGB oder christliche Gewerkschaft) und die Modernisierungsdiskussion in der SPD (Klassen- oder Volkspartei) unter den Bedingungen des Kalten Krieges wechselseitig verstärkten.

Unmittelbar nach dem Kongreß begann die Relativierung und Ignorierung der Frankfurter Beschlüsse in den gewerkschaftlichen Gremien. Doch der aktivste, offensivste und öffentlichkeitswirksamste Kampf gegen die Frankfurter Ergebnisse erfolgte vor allem durch die Repräsentanten, Organisationen und Medien des sozialen Katholizismus. Eine herausragende Bedeutung kam dabei dem Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning zu. Im Zuge der von ihm entfalteten Initiative gegen Viktor Agartz und das gewerkschaftliche Neuordnungsprogramm wurde er zur strategischen Schlüsselfigur, die zur Stabilisierung von Kräftekonstellationen im DGB und in der SPD beitrug. Über diese Wirkung hinaus verfolgte er inhaltliche Positionen und Interessen, die mit seiner Stellung im bundesdeutschen Katholizismus zusammenhingen. Durch die Ausgrenzung der Agartzschen Position erhoffte er sich einen stärkeren Einfluß auf den DGB und damit eine größere Akzeptanz der Einheitsgewerkschaft im sozialen Katholizismus. Dies erschien ihm als wirksames Mittel, um gegen die entschiedenen Befürworter einer christlichen Gewerkschaft vorzugehen.

Eine eigenständige Arbeit zur Kontroverse zwischen Agartz und Nell-Breuning liegt bisher nicht vor. Bedenkt man, welche Aufmerksamkeit dieser Konflikt in den Überblicksdarstellungen zur bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte[1] sowie in den Abhandlungen über Viktor Agartz[2] findet, so ist dies mehr als erstaunlich.

Die Gesichtspunkte, unter denen diese Kontroverse betrachtet wird, weichen in

---

[1] Vgl. Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln [4]1989, S. 526ff.; Franz Kusch, Das Machtkartell. Die Gewerkschaften in Deutschland, Stuttgart 1980, S. 182ff.; Werner Mühlbradt/Egon Lutz, Der Zwang zur Sozialpartnerschaft, Darmstadt 1969, S. 75; Theo Pirker, Die blinde Macht, Bd. 2, Berlin 1979, S. 139ff.; Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 274f.; Klaus Schönhoven, Die Deutschen Gewerkschaften, Frankfurt 1987, S. 220; Hans Stadtler, Die Gewerkschaften ein Staat im Staate, München 1965, S. 182ff.; Günter Triesch, Die Macht der Funktionäre, Düsseldorf 1956, S. 61–71. Am ausführlichsten wird dieses Thema bei Theo Pirker behandelt.

[2] Vgl. insbesondere: Hans-Georg Hermann (Pseudonym), Verraten und Verkauft. Eine Abrechnung, Frankfurt a. M. 1983 (Wiederauflage), S. 127f.; diese Schrift ist als historische Quelle problematisch; Bernd Koolen, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979, S. 37ff.; Hans-Peter Riesche, Von der „Neuen Wirtschaftsdemokratie" zur „Expansiven Lohnpolitik". Ein Beitrag zur Biographie von Viktor Agartz, Diss. Hannover 1979, S. 159–164; Hans-Willi Weinzen, Gewerkschaften und Sozialismus. Naphtalis Wirtschaftsdemokratie und Agartz Wirtschaftsneuordnung, Frankfurt a. M. 1982, S. 238.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Überblicksdarstellungen voneinander ab. Michael Schneider lokalisiert das Ausscheiden von Agartz aus dem DGB im Kontext der „Kontroverse um Lohnpolitik und Vermögensbildung"[3], für Klaus Schönhoven dokumentiert der Fall Agartz, „daß seit Mitte der fünfziger Jahre eine vom Marxismus inspirierte Analyse nicht mehr in die politische und gewerkschaftliche Landschaft der Bundesrepublik paßte"[4]. Frank Deppe und Theo Pirker setzen den Akzent auf die politische Anpassung der Gewerkschaften an die herrschende Politik in der Adenauer-Ära. Konsens besteht darüber, daß die Ausgrenzung des Agartz-Flügels vor allem auf den massiven Widerstand christlich-sozialer Gewerkschafter, insbesondere auf die „scharfen Angriffe des Oswald von Nell-Breuning", zurückgeführt werden kann[5].

In der katholischen Publizistik wird die Bedeutung Nell-Breunings in dieser Kontroverse nicht selten ins legendenhaft-heroische überzeichnet, wie folgendes Beispiel zeigt: „Mit Agartz in die Spaltung des DGB? Man kann die geschichtliche Wirkung dieser Rede etwa mit einer Catilina-Rede eines Cicero vergleichen. Ein Mann, der die Arbeiterschaft in ein gefährliches Abenteuer stürzen wollte, wird durch einen Gelehrten bloßgestellt. Nell-Breuning schleudert ihm in seinem Münchener Vortrag vom 11. 1. 1955 die vier Anklagen in das Gesicht: Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen; politischer und klassenkämpferischer Radikalismus; Verantwortungslosigkeit; Spaltung des DGB. Wer die bedachtsame, kühle Natur des analysierenden Gelehrten kennt, wird beim Lesen dieser Rede immer wieder von der Leidenschaft des von der Wahrheit Überzeugten überrascht. Der Erfolg dieser Rede war ein Sieg der Demokratie."[6]

Obwohl die Bedeutung der christlich-sozialen Offensive gegen Viktor Agartz von allen Autoren betont wird, hat dies nicht dazu geführt, die Problemlagen des sozialen Katholizismus, die Motive und Bedingungen des politischen Handelns Oswald von Nell-Breunings sowie die Interdependenz der Interessen zwischen DGB, SPD und Katholizismus zu untersuchen. Das soll im folgenden versucht werden.

Der Versuch stützt sich auf eine sehr vielschichtige Quellenbasis. Neben den veröffentlichten Quellen (Streitschriften, Zeitungsberichte, Vorträge usw.) wurden Protokolle der DGB-Vorstände, der katholischen Verbände und Korrespondenzen von Personen, die an dieser Kontroverse beteiligt waren, ausgewertet. Eine weitere Erhellung erbrachte die Befragung von Zeitzeugen. Das schriftliche Primärquellen-

---

[3] Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 275.

[4] Schönhoven, Gewerkschaften, S. 220.

[5] Hans-Willi Weinzen (Hrsg.), Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, Frankfurt 1985, S. 22f.

[6] Echo der Zeit vom 1. 12. 1957, Besprechung. In ähnlicher Weise argumentierte auch Prof. Franz Deus in seiner Laudatio bei der Verleihung des Freiherr vom Stein-Preises an Nell-Breuning: „Man darf und muß die Frage stellen: Wohin hätte der Weg der Einheitsgewerkschaft geführt, wenn Oswald von Nell-Breuning nicht vor neun Jahren, am 11. Januar 1955, in München seine warnende Stimme gegen Viktor Agartz erhoben hätte ...", in: Stiftung F. V. S. zu Hamburg. Freiherr-vom-Stein-Medaille in Gold, Hamburg 1964, S. 9f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

material wurde in Verbands- (Gewerkschaften und kirchliche Verbände), Partei- (SPD und CDU), Ordens- (Jesuiten) sowie privaten Archiven und Nachlaßbeständen gefunden.

1. Die innergewerkschaftliche Diskussion

Die Einheitsgewerkschafter formulierten unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit weitreichende wirtschafts- und sozialpolitische Ziele. Die Niederlagen der SPD bei den ersten beiden Bundestagswahlen (1949 und 1953)[7] sowie die Ablehnung der gewerkschaftlichen Vorstellungen zum Betriebsverfassungsgesetz (1952) machten deutlich, daß diese Ziele weder mit der SPD noch durch einen „Kuhhandel" mit der Adenauer-Regierung erreicht werden konnten[8].

Die Spaltungsdrohungen aus christlich-sozialen Kreisen sowie die Infragestellung des paritätischen Mitbestimmungsgesetzes in der Montanindustrie drohten sogar die DGB-Politik auf eine grundsätzliche Weise zu gefährden[9]. Verschärft wurden diese Niederlagen und Probleme durch zunehmend gewerkschaftskritischer eingestellte öffentliche Medien, stagnierende bzw. kurzfristig zurückgehende Mitgliederzahlen und nicht zuletzt durch eine Rechtsprechung[10], die den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum stärker einschränkte.

Während die Gewerkschaften negative ökonomische Entwicklungen für die Arbeitnehmer prognostizierten und ihre Neuordnungsvorstellungen mit den Defiziten des Marktes begründeten, war die ökonomische Entwicklung der fünfziger Jahre durch eine stetige Expansion und durch ein kontinuierliches Sinken der Arbeitslosenzahlen geprägt. Der durch die politische und ökonomische Entwicklung in der DDR forcierte Antikommunismus und der Konsumnachholbedarf schufen zudem ein innenpolitisches Freund-Feind-Klima, „das allen Streit über die Ausge-

---

[7] Die den Gewerkschaften nahestehendste Partei, die SPD, kam weder 1949, 1953 noch 1957 über die 30%-Hürde bei den Bundestagswahlen. Auf Bundesebene gelang es dem Bürgerblock sogar, die Sozialdemokratie in eine kommunistische Ecke zu drücken. Vgl. Horst W. Schmollinger/Richard Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik I, in: Prokla 25, Berlin 1976, S. 25 f.

[8] Verwiesen sei hier auf Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bd. 2, München 1971, S. 66: „Er (Böckler, W. S.) hatte die Wiederbewaffnung schon lange kommen sehen, hatte sie seit Winter 1949/50 für unvermeidlich gehalten. Auf die Entwicklung, die zu neuen Streitkräften führte, hatte seiner Ansicht nach der DGB gar keinen Einfluß. Möglich und nötig schien ihm dagegen, für das gewerkschaftliche Stillhalten, für die stillschweigende Unterstützung der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik jetzt dem Bundeskanzler eine Gegenleistung – eine demokratische Wirtschaftsverfassung, die Neuordnung der deutschen Wirtschaft – abzuverlangen."

[9] Vgl. Ulrich Borsdorf, Der Anfang vom Ende? Die Montanmitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen BRD (1951–1956), in: Rudolf Judith (Hrsg.), 40 Jahre Mitbestimmung. Erfahrungen, Probleme, Perspektiven, Köln 1986.

[10] Vgl. Rainer Erd, Verrechtlichung industrieller Konflikte. Normative Rahmenbedingungen des dualen Systems der Interessenvertretung, Frankfurt 1978.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

staltung der Bundesrepublik zum Existenzrisiko der BRD und ihrer Bestandsbedingungen hochspielen ließ"[11].

Seit 1952 entwickelte sich eine lebhafte innergewerkschaftliche Debatte über die einzuschlagende Strategie. Ursache für diese Diskussion war die größer werdende Kluft zwischen dem programmatischen Anspruch der Gewerkschaften, wie er in den Münchner Grundsätzen niedergelegt war[12], und ihrer Alltagspraxis. Unmittelbarer Auslöser war die Niederlage des DGB im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952.

Während auf der Ebene des Diskurses über den richtigen gewerkschaftlichen Weg noch heftig gefochten wurde, vollzogen sich bereits weitreichende Vorentscheidungen auf der Ebene der gewerkschaftlichen Praxis und Strukturen. Im Verhältnis von Dachverband und Einzelgewerkschaften setzten sich Anfang der fünfziger Jahre deutliche Akzentverschiebungen durch, die auf Entscheidungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückgehen[13]. So verlor der DGB nach der Verabschiedung der Montanmitbestimmung 1951 als Dachverband zunehmend an Einfluß zugunsten der Einzelgewerkschaften[14]. In den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Praxis rückte nun die Tarifpolitik[15], die von den Industriegewerkschaften getragen wurde. Trotz einiger Versuche konnte auf diesem Gebiet keine zentrale Koordinierung durch den Dachverband erreicht werden[16]. Dagegen blieb der Dachverband weiterhin der zentrale Akteur in der Mitbestimmungspolitik, die allerdings immer weniger Bedeutung einnahm[17].

Die Führung des DGB praktizierte in dieser Situation die Strategie des Durchlavierens bei gleichzeitiger Anlehnung an den Modernisierungsprozeß in der SPD. Verkürzt gesprochen, standen sich in der gewerkschaftlichen Strategiedebatte von 1952 bis 1955 drei unterschiedliche Optionen gegenüber:

a.) Radikaler gewerkschaftlicher Reformismus[18]*:* Die Vertreter dieser Richtung

---

[11] Wolfgang Narr, Der Weg zum Volksparteien-Staat der christdemokratischen Grundordnung, in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1, hrsg. v. Bernhard Blanke u. a., Berlin 1976, S. 172.

[12] Die zentralen Forderungen in den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des DGB in München waren 1949: Mitbestimmung, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und zentrale volkswirtschaftliche Planung. Dokumentiert in: Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 457 ff.

[13] Die grundsätzliche Entscheidung zugunsten der Autonomie der Einzelgewerkschaften und gegen eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung mit einem starken Dachverband an der Spitze fiel bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Vgl. Pirker, Macht, Bd. 1, S. 144. Eine aktuelle Untersuchung über die Veränderungen des Dachverbandes wurde soeben vorgelegt von: Hans-Hermann Hertle/Rainer Weinert, Der Rückzug des DGB aus der Fläche: Strukturreform oder Teilstillegung? 1989, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 17.

[14] Horst Thum, Mitbestimmung in der Montanmitbestimmung. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982.

[15] Vgl. Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 274 ff.

[16] Der zu diesem Zweck eingerichtete tarifpolitische Ausschuß des DGB wurde lediglich ein Diskussionsforum ohne bindende Wirkung. Agartz stellte dort auch sein Konzept der expansiven Lohnpolitik zur Diskussion. Vgl. Zentralarchiv der IGM, Frankfurt: Protokolle tarifpolitischer Ausschuß vom 13. 5. 1953, 24. 2., 25. 3. und 8. 4. 1954, AO: IGM/DGB 1953 und 1954.

[17] Vgl. Alfred Horne, Der beklagte Sieg. Gespräche über die Mitbestimmung, Villingen 1959.

[18] Vgl. Pirker, Macht, Bd. 2, S. 82 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kämpften darum, daß die Gewerkschaften als Gestaltungs- und Gegenmacht an den Neuordnungsforderungen der „Münchner Grundsätze" (1949) festhielten. Die bekanntesten Exponenten in der Öffentlichkeit waren Viktor Agartz, Max Wönner und Theo Pirker. Letzterer bezeichnete die Gewerkschaft als „öffentlichen Verband"[19], der jenseits der Parteien ein eigenes politisches Initiativrecht besitze: „Die deutschen Gewerkschaften haben durch ihre Forderung nach Mitbestimmung, durch ihre Forderung nach Planung, den Weg zu einer neuen politischen Ordnung beschritten. War es ihnen unklar, daß sie damit eine Verfassungsfrage von weitgehender Bedeutung und mit weitgehenden Folgen gestellt haben, daß ihr Kampf ein Kampf um eine neue Verfassung der Gesellschaft ist? Wer sich auf diesen Weg begeben hat, muß weitergehen, muß weiterkämpfen oder kapitulieren."[20] Weiterhin forderte diese Gruppe eine Stärkung des DGB als Dachverband. Dabei ging es ihnen um eine Zentralisierung im Sinne einer stärkeren Koordination der einzelgewerkschaftlichen Aktivitäten. Neben der grundsätzlichen Überlegung war dies eine Reaktion auf das eifersüchtige Beharren der Einzelgewerkschaften auf ihrer Selbständigkeit. Ihr Anliegen war es, die Kluft zwischen den Belegschaften und den Gewerkschaften, die sich durch das Betriebsverfassungsgesetz und betriebsinterne Maßnahmen vergrößert hatte, abzubauen.

Die Verfechter eines radikalen gewerkschaftlichen Reformismus bildeten keine feste und organisierte Gruppe. Dadurch, daß sie an die Vorstellungen großer Teile der politisch aktiven Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte anknüpften und in öffentlichkeitswirksamer Form agierten, konnten sie von 1952 bis 1955 eine relativ große Popularität in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit erreichen.

b.) Gewerkschaftlicher Aktionismus: Die Vertreter dieser Richtung (Hermann Beermann, Otto Brenner, Werner Hansen u. a.) forderten ein Aktionsprogramm, das relativ unabhängig von den konkreten politischen Verhältnissen mit gewerkschaftlichen Mitteln Erfolge versprach. Diese sollten das Fundament bilden, auf dem die Gewerkschaften langfristig auch wieder politisch aktiv werden könnten. Sie hielten Meinungsäußerungen der Gewerkschaften zu politischen Fragen für legitim, wandten sich aber gegen ein aktives gewerkschaftliches Engagement bei rein politischen Problemen, da hier angesichts der vorhandenen Machtverhältnisse eine Niederlage unausweichlich sei. Sie orientierten sich an der IG Metall, von der man sich die Durchsetzung zentraler Ziele erwartete („Schrittmacher"), die dann auch von den anderen Gewerkschaften angestrebt werden sollten. Das Denk- und Aktionszentrum für diese Politik lag im „Zehnerkreis"[21] sowie in der Zentrale der IG Metall

[19] Vgl. Theo Pirker, Um die Führung der Nation, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1951), S. 290–295; ders., Die Gewerkschaften als politische Organisation, in: Ebenda 2 (1952), S. 76–80; ders., Staatsautorität und politische Ordnung, in: Ebenda 10 (1952), S. 577–583.

[20] Pirker, Die Gewerkschaften als politische Organisation; ders., Staatsautorität und politische Ordnung, S. 583.

[21] Unter der Initiative von Sigi Neumann (1907–1960), dem Betriebsgruppensekretär beim Parteivorstand der SPD (bis 1954) und späteren Mitarbeiter von Otto Brenner (1954–1960), traf sich dieser Kreis in den Jahren 1952 bis 1960 mehr oder weniger regelmäßig. Mitglieder dieses Kreises waren:

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Frankfurt. Das DGB-Aktionsprogramm von 1955 geht maßgeblich auf ihre Initiative und ihren Einfluß zurück.

c.) Neutralisierung der Gewerkschaften im politischen Bereich: Das zentrale Anliegen dieser Richtung war die Beschränkung der Gewerkschaften auf tarifvertraglich regelbare Ziele. Deshalb sollten die Gewerkschaften eine strikte Abstinenz in allen Fragen einhalten, die dem Aufgabenbereich der Parteien zugeordnet seien. Diese Haltung wurde sowohl von sozialdemokratisch wie auch von christlich-sozial orientierten Gewerkschaftern gefordert, am vehementesten aber von der Christlich-Sozialen-Kollegenschaft[22]. Hierbei handelte es sich um eine Gruppe mehrheitlich katholischer Gewerkschafter, die sich in den Jahren 1952/53 um den Jesuitenpater Herbert Reichel gebildet hatte. Mit den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren" publizierte sie ein eigenes – vierzehntägig erscheinendes – innergewerkschaftliches Oppositionsblatt. Eine Zeit lang bildete diese Gruppe einen wichtigen Bezugspunkt für Oswald von Nell-Breunings Wirken im DGB. In ihrem Kampf gegen den radikalen gewerkschaftlichen Reformismus und gegen die Gründung Christlicher Gewerkschaften arbeitete die Kollegenschaft in den Jahren 1954/55 mit der Mehrheit des DGB-Bundesvorstandes zusammen[23].

2. Die Modernisierungsdiskussion in der SPD[24]

In der SPD hatten nach den Wahlniederlagen diejenigen Modernisierer Rückenwind erhalten, die die traditionelle Arbeiterpartei in eine moderne Volkspartei transformieren wollten. An diesem Projekt arbeiteten ethische Sozialisten und Sozialreformer gegen Traditionalisten und reformstrategisch orientierte Marxisten[25]. Das Dortmunder Aktionsprogramm (1952) und das Berliner Programm (1954) wurden von ihnen als erste wichtige Schritte auf diesem Weg angesehen.

Im Hinblick auf die Gewerkschaften strebten die Modernisierer in der SPD die Durchsetzung des Primates der Partei an. Nach der Wahl Walter Freitags zum

---

Sigi Neumann, Eduard Wald, Kuno Brandel, Hermann Beermann, Otto Brenner, Alfred Dannenberg, Werner Hansen, Peter Michels, Ludwig Linsert, Alfred Henze und Karl Hauenschild. Darüber hinaus gab es noch eine Reihe von Personen, die lose mit diesem Kreis in Verbindung standen (Fritz Rück, Georg Leber, P. v. Oertzen . . .). Mit Ausnahme des jüngeren Hauenschild kamen alle Angehörigen des Zehnerkreises entweder vom rechten Flügel der alten KPD oder vom ISK und der SAP. Auf das 1955 verabschiedete Aktionsprogramm hatte der Zehnerkreis einen maßgeblichen Einfluß. Im Vergleich zur Christlich-sozialen-Kollegenschaft trat dieser Kreis nie offen in Erscheinung. Vgl. hierzu: Franz Hartmann, Gewerkschaften in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg, Göttingen 1979, S. 172ff.

22 Vgl. hierzu ausführlich: Wolfgang Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990.

23 Ebenda, S. 103–150.

24 Vgl. Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1982.

25 Vgl. Siegfried Heimann, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch, Bd. 4, Opladen 1983, S. 2043f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DGB-Bundesvorsitzenden (1952) hieß es in einem vertraulichen Bericht an den SPD-Parteivorstand: „Gewiß kann der Erfolg nicht hoch genug eingeschätzt werden; er bedeutet vor allem, daß zwischen Partei und Gewerkschaften in Zukunft die Möglichkeit eines besseren Verhältnisses gegeben ist; er demonstriert die moralische Autorität der Partei auch innerhalb der Gewerkschaften; er bedeutet den Sieg des sozialdemokratischen Bewußtseins über Verbandsegoismen."[26]

Über die gewerkschaftliche Konzeption von Freitag heißt es in diesem Bericht: „Gerade weil Walter Freitag als ausgesprochener Kandidat der Partei gewählt und von uns gefördert wurde, tragen wir ein großes Stück Verantwortung für seine Arbeit. Es ist völlig irrig anzunehmen, daß Walter Freitag radikal oder kämpferischer als Fette eingestellt ist. Er hat überhaupt keine gewerkschaftspolitische Konzeption und es müßten schon Wunder geschehen, wenn er die in ihn gesetzten Erwartungen jener Delegierten, die aufgrund unseres Einflusses sich für ihn entschieden haben, nicht enttäuscht."

Neumann versäumte es aber nicht, gleichzeitig auf mögliche Gefahren hinzuweisen, die in dieser Stellung durch Freitag für die SPD ausgehen könnten: „Enttäuscht er aber, dann haben wir unsere Autorität bei unseren besten Anhängern verloren und beschwören auch einen neuen Führungswechsel herauf. Deshalb muß unsere ganze Kraft – in einem anderen Maße als bisher – darauf gerichtet sein, Walter Freitag mit Rat und Tat zu unterstützen und ihm zu helfen. Gerade jetzt müssen wir – mehr denn je – Vorkämpfer der Gewerkschaftseinheit sein und alles unterlassen, was die Christen zum Anlaß nehmen könnten, zu spalten."[27]

Für die wirtschaftsprogrammatische Debatte in der SPD waren die Sozialreformer und Wirtschaftstheoretiker Heinrich Deist, Heinz Ortlieb, Gerhard Weisser und Karl Schiller von Bedeutung. Deren Konzepte standen den Überlegungen von Viktor Agartz diametral entgegen, sie berührten sich aber mit Nell-Breunings Vorstellungen. Die Gruppe der ethischen Sozialisten um Willi Eichler[28], die einen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des Godesberger Programmes hatte, bemühte sich darum, eine Brücke zum Katholizismus zu schlagen. Eine strategisch wichtige Bedeutung maß man dabei Oswald von Nell-Breuning zu[29], der quasi als Brückenkopf im sozialen Katholizismus betrachtet wurde[30].

---

[26] Hans Brümmer und Otto Brenner bemühten sich, Walter Freitag als Vorsitzenden der IG Metall loszuwerden, und setzten sich deshalb entschieden für seine Wahl zum DGB-Vorsitzenden ein. Vgl. Ein Leben in der Organisation. Alois Wöhrle berichtet, hrsg. v. IGM, Frankfurt 1983, S. 150.

[27] Sigi Neumann, Vertraulich! Nur für den Parteivorstand, 22. Oktober 1952, S. 1, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (ASD), PV-02052.

[28] Sabine Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988, S. 227 ff.

[29] Neueste Veröffentlichung zum Verhältnis von SPD und Katholizismus: Thomas Brehm, SPD und Katholizismus – 1957 bis 1966, Frankfurt 1989. In dieser Arbeit, vgl. S. 63, wird Nell-Breunings Beitrag für den Annäherungsprozeß zwischen Katholizismus und SPD auf den Gedankenaustausch mit Willi Eichler reduziert.

[30] Bereits in einer der ersten Ausgaben der SPD-Theoriezeitschrift – „Die Neue Gesellschaft" – konnte Oswald von Nell-Breuning als Autor gewonnen werden; Oswald von Nell-Breuning,

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus der Sicht der sozialdemokratischen Modernisierer bestanden die entscheidenden Hindernisse auf dem Weg zur Volkspartei vor allem in einer marxistisch fundierten Partei- und Gewerkschaftspolitik sowie in einem geschlossenen und auf die CDU fixierten Katholizismus[31]. Im Hinblick auf die Modernisierung der SPD repräsentierte Nell-Breuning jenen Katholizismus, mit dem sich die Reformer langfristig eine engere Zusammenarbeit vorstellen konnten. Agartz dagegen repräsentierte den sozialistischen Gewerkschaftsflügel, der als Hindernis für eine beschleunigte Anpassung der SPD an die veränderten politischen Verhältnisse betrachtet wurde[32].

3. Der Gewerkschaftsstreit im Katholizismus

Mit dem Sieg der CDU über die Zentrumspartei[33] und mit dem Wegfall der christlichen Gewerkschaften waren zwei grundsätzliche Bezugspunkte des traditionellen Sozialkatholizismus nicht mehr existent. Damit hatten sich auch die Ausgangsbedingungen für den gesellschaftspolitischen Einfluß des bundesdeutschen Katholizismus grundlegend verändert. In den Jahren 1952 bis 1955 konzentrierte sich die christlich-soziale Bewegung zunehmend darauf, die Programmatik, die personelle Zusammensetzung und selbst die Existenz der Einheitsgewerkschaft in einer sehr öffentlichkeitswirksamen Weise in Frage zu stellen. Diese Bewegung kam nicht wie „Phönix aus der Asche", vielmehr gab es innerhalb des Katholizismus von Anfang an Vorbehalte gegen eine starke und unabhängige Einheitsgewerkschaft. Diese wurde nur von einem kleinen Teil des sozialen Katholizismus als Chance begriffen.

Die große Mehrheit des Episkopats und der Verbandsführungen befürchteten, daß nach dem Wegfall der christlichen Gewerkschaften und angesichts der Bedeutungslosigkeit der Zentrumspartei auch der politische Einfluß des deutschen Katholizismus erodieren würde. Darüber hinaus war ihnen die potentielle politische und ökonomische Macht der Einheitsgewerkschaft suspekt. Demgegenüber gab es nach

---

Katholische Kirche und heutiger Staat, in: „Die Neue Gesellschaft" Nr. 3 (1954), S. 3–14. Die Veröffentlichung dieses Artikels stieß auf den heftigen Widerstand einiger Parteimitglieder. Ihnen gegenüber verteidigte Willi Eichler den Abdruck des Nell-Breuning Artikels: „Wir wissen, daß Nell-Breuning für seinen Aufsatz in der ‚Neuen Gesellschaft' nicht etwa ein Lob der katholischen Kirche erhalten hat, sondern das Gegenteil, und das war auch zu erwarten. Gerade deshalb haben wir versucht – mit Erfolg –, Menschen das Wort zu geben, die über den sturen Antikommunismus hinaus weiter sehen, obwohl sie zum Klerus gehören." Brief: Willi Eichler an Rolf Reventlow vom 6. 1. 1955, in: ASD-PV-0652-Neue Gesellschaft 1954–1958.

[31] Die Modernisierer in der SPD gingen davon aus, daß die Wahlniederlagen der SPD darin begründet lägen, daß es nicht gelungen sei, die Mittelschichten, die Frauen, die freien Berufe und die Katholiken zu gewinnen. Vgl. Helga Grebing, Die Parteien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Frankfurt 1983, S. 149f.

[32] Vgl. Klotzbach, Staatspartei.

[33] Vgl. Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Krieg sowohl innerhalb des Verbandskatholizismus und erst recht in linkskatholischen Kreisen wie auch in Teilen der katholischen Jugend die Suche nach neuen Formen gesellschaftlicher Praxis aus christlicher Verantwortung. Diese Gruppierungen begriffen den Weg der christlichen Gewerkschaften und des politischen Katholizismus als eine Chance. Exemplarisch seien hier die Zirkel um die Zeitschriftenprojekte „Ende und Anfang", „Michael" sowie die „Frankfurter Hefte" genannt. Für sie bildete die Einheitsgewerkschaft eine wichtige Voraussetzung für eine soziale Republik.

Mit dem „Kalten Krieg" verloren diese Gruppen zusehends an Einfluß, ebenso die katholischen DGB-Gewerkschafter. Ein letztes Mal keimte die Hoffnung, daß größere Teile des Katholizismus die Einheitsgewerkschaft aktiv unterstützen würden, im Zusammenhang mit dem Bochumer Katholikentag (1949) auf. Dort gelang es, das Mitbestimmungsrecht als „natürliches Recht in gottgewollter Ordnung" durchzusetzen. Doch bevor sich der Bochumer Impuls entfalten konnte, machten die Kritiker einer starken Gewerkschaft im Katholizismus, bestärkt durch den Papst, gegen eine Umsetzung dieser Vorstellungen mobil[34].

Beflügelt durch die Konsolidierung der politischen Verhältnisse nach Währungsreform (1948) und Bundestagswahl (1949), gingen große Teile des Verbandskatholizismus unter Führung der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) und in Zusammenarbeit mit dem Episkopat seit 1952 dazu über, die organisatorische Einheit der Gewerkschaften öffentlich in Frage zu stellen. Die Frage: „DGB oder christliche Gewerkschaft?" wurde von dieser Seite unter dem Aspekt des institutionellen Eigeninteresses der katholischen Kirche diskutiert und als Weltanschauungsfrage deklariert. Im DGB sahen sie den außerparlamentarischen Arm der SPD und damit einen „Durchlauferhitzer", der die katholischen Arbeiter mit „feindlichen Ideologien" infiziert und sie ihrer katholischen Mentalität beraubt. Auf diesem Wege vollziehe sich ein schleichender Wechsel vom kirchentreuen und an die CDU gebundenen Arbeiter ins sozialdemokratische Lager.

Der Kampf der Kirchenleitungen gegen die Einheitsgewerkschaft erhielt eine neue Qualität, als Kardinal Frings, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, 1952 in einer öffentlichkeitswirksamen Form die Existenz der Einheitsgewerkschaft auf das Diktat der Besatzungsmächte zurückführte[35]. Von da an unterstützte die Mehrheit des Episkopates die Bewegung zur Gründung christlicher Gewerkschaften, die von der KAB angeführt wurde. Eine weitere Dynamisierung erfuhr die Kontroverse zwischen der christlich-sozialen Bewegung und dem DGB, als dieser im Bundestagswahlkampf 1953 mit dem Slogan „Wählt einen besseren Bundestag" für die SPD eintrat.

---

[34] Vgl. Josef Oelinger, Schwerpunkte der innerkatholischen Mitbestimmungsdiskussion 1945–1963, in: Albrecht Langner (Hrsg.), Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963, Paderborn 1980, S. 153–204.

[35] Kardinal Frings: „Einheitsgewerkschaft von der Besatzungsmacht aufdiktiert". Diese Überschrift war am 1. 12. 1952 im Kölner Stadt-Anzeiger zu lesen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem die Linkskatholiken keine Bedeutung mehr im Katholizismus hatten, waren es insbesondere einige Jesuiten und Dominikaner, die sich in der kirchlichen Öffentlichkeit für einen Ausgleich zwischen Einheitsgewerkschaft und Katholizismus aussprachen. Sie arbeiteten darauf hin, daß Katholiken für die Mitarbeit in der Einheitsgewerkschaft gewappnet waren, ohne Gefahr zu laufen, ihrer kirchlichen Identität beraubt zu werden. In diesem Sinne kann man ihre Arbeit auch als einen Brückenschlag zwischen der Tradition und Theorie der katholisch-sozialen-Bewegung und den gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Nachkriegszeit begreifen. Auch ihre Vorstellungen von der Gewerkschaftsarbeit waren geprägt von einer katholischen Soziallehre, die ihren normativen Maßstab zur Bewertung gesellschaftlicher Prozesse in der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno" fand[36]. Bezeichnend für diese Richtung war ein starkes staats- und gesellschaftspolitisches und ein weniger dezidiert katholizismuszentriertes Denken.

Im aufgeschlossenen Verhalten zum DGB drückte sich zum einen ihr Votum für eine Versöhnung zwischen Katholizismus und moderner Industriegesellschaft aus und zum anderen das Ziel, die sozialpolitische Integration der Arbeiter in die Gesellschaft über eine wirkungsvolle Interessenvertretung zu realisieren. In den fünfziger Jahren war Oswald von Nell-Breuning der herausragende intellektuelle Träger dieses Projektes.

Diese Situation war auch ein Ergebnis der strukturellen Führer- und Konzeptionslosigkeit im Lager der katholischen DGB-Gewerkschafter. Da nach 1945 die bedeutendsten ehemaligen christlichen Gewerkschafter aus der Weimarer Zeit der parteipolitischen Arbeit den Vorzug gaben, standen sie für die gewerkschaftliche Arbeit nicht zur Verfügung. In dieses Vakuum traten nach 1945 Personen, deren Platz im engeren Sinne nicht oder nicht mehr in der Arbeiterbewegung war: Jesuitische Intellektuelle (Reichel, Nell-Breuning) und vom Arbeiter zum Minister aufgestiegene Gewerkschafter (Kaiser, Storch . . .).

Die christlich-sozialen Versuche, auf den DGB Einfluß zu nehmen, vollzogen sich sowohl innerhalb der Gewerkschaften – hier insbesondere durch die Christlich-soziale-Kollegenschaft – wie auch von außen durch KAB, Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), Christliche Arbeiterjugend (CAJ) und kirchliche Medien. Während die einen eine eigene Gewerkschaft wollten, weil sie innerhalb des DGB keine Entfaltungsmöglichkeiten für sich sahen, ging es den anderen darum, einen neuen Kompromiß zwischen den verschiedenen innergewerkschaftlichen Kräften auszuhandeln. Auf der Seite der Befürworter einer christlichen Gewerkschaft standen vor allem die KAB, die CAJ sowie die große Mehrheit der Bischofskonferenz.

Obwohl der soziale Katholizismus nach 1945 vielfach gespalten, konzeptions- und führerlos und damit für sich genommen bedeutungslos war, gelang es ihm in

[36] Vgl. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente, Kevelaer [4]1977, S. 91 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Krise der Gewerkschaften, durch eine offensive Forderungspolitik sowie durch die Drohung mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft (1953 bis 1955) Druck auf die gewerkschaftliche Diskussion auszuüben. Nachdem die Bundestagswahl 1953 von der CDU gewonnen worden war, stellten führende Vertreter der CDA und der KAB am 16. September 1953 dem DGB ein Ultimatum mit weitgehenden personellen und programmatischen Forderungen. Die Dramatik der Situation drückte sich auch darin aus, daß die DGB-Führer sogar die befreundete amerikanische Gewerkschaftsführung einschalteten, um dieses Vorgehen in die Schranken zu weisen[37].

Von nun an mußte der DGB mit einer Spaltung durch einen Flügel der christlich-sozialen Aktivisten rechnen. Da das Prinzip der Einheit durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Vergangenheit auch stark symbolisch besetzt war, ragte diese Frage über ihre reale politische Bedeutung hinaus. Wie in der Einschätzung der SPD-Gewerkschaftspolitik zu sehen war, wurde von dieser Seite die christlich-soziale Drohpolitik als willkommenes Mittel gegen eine Politisierung der Gewerkschaften betrachtet. Was die Wahlniederlagen in der SPD an Veränderung bewirkten, das bewirkte im DGB der Druck der christlich-sozialen Bewegung auf den verschiedenen Ebenen. In dieser christlich-sozialen Offensive bündelten sich quasi alle anderen Widerstände gegen die aktuelle Gewerkschaftspolitik und bewirkten einen Veränderungsdruck im Sinne einer Anpassung an die herrschende Entwicklung in Ökonomie und Politik.

4. Viktor Agartz (1897–1964)[38]

Viktor Agartz, der 1897 als Sohn eines Schneidergesellen in Remscheid geboren wurde, trat 18-jährig, im Jahre 1915, der SPD bei. Von 1919 bis 1925 studierte er Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Jura an den Universitäten Bonn, Marburg und Köln. Nach Abschluß seines Studiums im Jahre 1925 verlief seine beruflich-politische Biographie in fünf Etappen.

1. Von 1925 bis 1938 war er bei der „Rheinisch-Bergischen Konsumgenossenschaft Hoffnung" beschäftigt und zudem bis 1933 aktiv in der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeit engagiert.

2. Nach seiner Entlassung aus der Konsumgenossenschaft (1938) arbeitete er bis ins Jahr 1945 als Wirtschaftsprüfer bei der „Rheinisch-Westfälischen Revision Treuhand AG".

3. In Viktor Agartz, der in der Weimarer Republik bereits aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokrat war, in der NS-Zeit als kompetenter Fachmann in Wirtschafts- und Steuerfragen beste Kontakte mit der deutschen Großindustrie besaß, ohne Mit-

[37] Vgl. Horst-Dieter Scholl, Die Neugründung christlicher Gewerkschaften in Westdeutschland. Ihre Vorgeschichte und Ursachen, Problematik und Entwicklung, Diss. Marburg 1960, S. 59 f.

[38] Die Angaben zum Lebenslauf beziehen sich auf Riesche, Agartz.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

glied in der NSDAP zu werden, vielmehr Verbindungen zum Widerstand pflegte, sahen Besatzungsmacht und SPD einen idealen Mann für die Ausübung höchster öffentlicher Ämter. Von 1946 bis 1948 nahm er politische Funktionen in und für die SPD wahr, u. a. als Mitglied des SPD-Parteivorstandes, MdL von NRW und Mitglied des Wirtschaftsrates. Am 9. März 1946 wurde er sogar zum Generalsekretär des deutschen Wirtschaftsamtes der britischen Zone in Minden gewählt. Damit war er, bevor Ludwig Erhard Chef des Frankfurter Wirtschaftsrates wurde, der ranghöchste deutsche Wirtschaftspolitiker. Die Planungsfunktion dieses Amtes konnte unter den gegebenen Bedingungen lediglich „eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Mangels sein ... Diese Konstellation trug zu den tiefgreifenden Ressentiments gegen jede Form von Planung der Wirtschaft bei, die sich die CDU geschickt zunutze machte, indem sie für diese Art von Verwaltung den Namen Agartz quasi zu einem Synonym machte."[39] Mit dieser Hypothek belastet, durfte er nach seinem Ausscheiden 1947 kaum noch Hoffnung haben, weiterhin von der SPD für ministerielle Positionen vorgesehen zu werden[40]. Ob es noch andere Belastungen aus der Mindener Zeit gab, die den politischen Aufstieg von Agartz problematisch machten, muß offen bleiben. Als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (25. 6. 1947–20. 2. 1948) schloß er seine politische Karriere als Mandatsträger der SPD endgültig und erfolglos ab.

4. 1949 wurde er Mitglied in der Leitung des 1946 auf seine Initiative gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI)[41]. Die Aufgabe des WWI bestand darin, die Vorstellungen der Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung zu begründen, zu präzisieren und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig förderte und flankierte das WWI die Durchsetzung der Böckler-Gruppe zur tonangebenden Gruppe in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung. Das WWI war quasi ihre Hausmacht und damit auch von Anfang an ein politischer Faktor in der innergewerkschaftlichen Kontroverse. Innerhalb von drei Jahren wuchs der Stamm der festen Mitarbeiter von 4 (1946) auf 35 (1949), 1955 waren es sogar 52[42].

Nach dem Tod von Hans Böckler (1951) wurde Viktor Agartz zum bedeutendsten öffentlichen Sprecher der Gewerkschaften gegen die Politik der CDU/FDP-Regierung. Im gleichen Maße wie die Gewerkschaftsfunktionäre nach der Niederlage der Jahre 1952/53 (Betriebsverfassungsgesetz und Bundestagswahl 1953) unter den Druck der Öffentlichkeit und zuweilen auch ihrer eigenen Basis gerieten, stieg der Einfluß von Viktor Agartz. In dieser Zeit gab es kaum einen größeren Gewerk-

---

39 Ebenda, S. 110.

40 Einschätzung von Theo Pirker (Gespräch 13. 6. 1989) und Erich Potthoff (Gespräch 9. 8. 1989).

41 „Die ersten Gespräche, die schon während des Zusammenbruchs zwischen Dr. h. c. Böckler und Dr. Viktor Agartz geführt wurden, ergaben aber die Notwendigkeit, ... noch zu einer eigenen wissenschaftlichen Institutsarbeit zu kommen." Tätigkeitsbericht des WWI für die Geschäftsjahre 1946–1949, in: Probleme der westdeutschen Wirtschaft, hrsg. v. WWI, Köln 1949.

42 Vgl. Josef Hülsdünker, Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Beiträge des WWI des DGB zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik 1946–1956, Münster 1983, S. 122.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftskongreß, wo er nicht als Redner auftrat, obwohl er weder bei den führenden sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern noch bei den Gewerkschaftsführern mit seinen Ideen mehrheitsfähig war.

Daß Agartz trotz dieser Differenzen mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung als Sprecher der Gewerkschaften auftreten konnte, läßt sich also nicht auf die inhaltliche Seite seiner Ausführungen zurückführen, sondern vor allem auf seine vehemente Kritik an der Politik der „Restauration".

Als seine engsten Mitarbeiter in dieser Phase fungierten Theo Pirker und Walter Horn. Die wichtigsten Bündnispartner innerhalb des DGB waren der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter und Max Wönner, der Vorsitzende des DGB-Landesverbandes Bayern, sowie der Vorsitzende der IG Chemie, Wilhelm Gefeller. Obwohl seine Position im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut nie unumstritten war[43], kann man das Institut als seine Operationsbasis bezeichnen. Zu entscheidenden Schritten der Einschränkung seines gewerkschaftlichen Handlungsspielraums, also zum Wechsel vom latenten zum manifesten Dissens, kam es ebenfalls innerhalb des WWI. Im Dezember 1955 wurde er aus den Diensten der Gewerkschaften entlassen.

5. Im Frühjahr 1956 gründete Agartz zusammen mit Walter Horn und Theo Pirker die „Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WISO)". Über dieses Medium versuchte er Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu nehmen – allerdings ohne Erfolg. Durch seine Entlassung aus dem DGB und erst recht nach dem Hochverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof (25. 11. bis zum 13. 12. 1957[44]) hatte er seine politische Bedeutung verloren. Am 13. Dezember 1958 wurde sogar seine Mitgliedschaft in der SPD und dann auch die im DGB (3. 2. 1959) aufgelöst.

In der Adenauer-Ära war Viktor Agartz der bedeutendste Vertreter eines reformistischen Marxismus. Nach dem Zusammenbruch forderte er eine konsequente Demokratisierung der Wirtschaft und der staatlichen Wirtschaftsorgane („Wirtschaftsneuordnung"). Der Weg dorthin sollte über die Vergesellschaftung monopoli-

---

[43] Als das Institut im Jahre 1946 gegründet wurde, betraute Hans Böckler Dr. Erich Potthoff mit der Leitung. Dieser kam aus der betriebswirtschaftlichen Schule von Prof. Schmalenbach in Köln. Als Agartz 1949 in die Institutsleitung eintrat, führte die unterschiedliche wissenschaftliche und politische Orientierung bald zu Spannungen. Potthoff verstand sich nicht als Marxist und auch nicht als Kämpfer für eine autonome Gewerkschaftspolitik. Zusätzlich belastet wurde die Zusammenarbeit durch die „aristokratische Haltung" (Theo Pirker und Erich Potthoff im Gespräch) von Viktor Agartz. Da Potthoff zwischen 1949 und 1952 als Stahltreuhänder wirkte, war Agartz alleine mit der Institutsleitung betraut. Zwischen Agartz und Dr. Rolf Wagenführ, der bereits in Minden als Leiter der Abteilung „Statistik und Wirtschaftsbeobachtung" mit Agartz zusammenarbeitete, entwickelte sich 1951/52 wegen einer unterschiedlichen Einschätzung zum Schumanplan eine heftige Kontroverse, in deren Folge Wagenführ das Institut verließ. Ein weiterer wichtiger Gegenspieler war Heinrich Deist. Informationen erhalten durch Erich Potthoff (9. 8. 1989) und Theo Pirker (13. 6. 1989).

[44] Vgl. Jürgen Treulieb, Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz. Verlauf und Bedeutung in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, 2. Bde., Münster 1982.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stischer Schlüsselindustrien, über gesellschaftliche und ökonomische Planung sowie über die paritätische Mitbestimmung realisiert werden. Die entscheidende Ebene der Demokratisierung lag für ihn oberhalb des Betriebes, also auf Konzern- und Branchenebene, in der regionalen Selbstverwaltung der Kammern sowie im Bundeswirtschaftsrat. Eine entscheidende Schlüsselstellung bei der Demokratisierung der Wirtschaft sollte die Gewerkschaft einnehmen. Wesentliche Elemente dieses Konzeptes standen in der Tradition von Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali[45].

1953 fügte er dem Konzept der „Wirtschaftsneuordnung" die Strategie der „expansiven Lohnpolitik" hinzu[46], ohne beide allerdings direkt zu verbinden. Damit reagierte Agartz darauf, daß sich der Akzent der gewerkschaftlichen Ziele von den Sozialisierungs- und Planungsforderungen hin zur Mitbestimmungs- und Tarifpolitik verschoben hatte. Er verstand die „expansive Lohnpolitik" als offensive politische Antwort auf die Defensive, in der sich die Gewerkschaften seit dem Jahr 1951/1952 befanden.

Mit dem Konzept der „expansiven Lohnpolitik" verfolgte Agartz also ökonomische und politische Ziele. Auf der ökonomischen Ebene erwartete er eine Stärkung der Binnennachfrage und, darauf aufbauend, einen Produktionsaufschwung. Darüber hinaus gingen seine Vorstellungen von einer Weiterentwicklung der Produktivität (Rationalisierung) und einer Vermögensumverteilung aus. Diese Gedanken waren bereits in den christlichen und freien Gewerkschaften der Weimarer Republik verankert. Politisch war diese Lohnpolitik insofern, als davon ausgegangen wurde, daß zur Erreichung der lohnpolitischen Ziele Arbeitskämpfe notwendig seien, von denen sich Agartz eine Politisierung der Arbeiter erwartete. Im Hinblick auf die Gewerkschaften erhoffte er sich eine Steigerung der gewerkschaftlichen Akzeptanz und eine Überwindung der entsolidarisierenden Wirkung von Lohndrift und betrieblicher Sozialpolitik. Obwohl sich der Begriff „expansive Lohnpolitik" nicht durchsetzen konnte – sondern der von der IGM kreierte Terminus „aktive Lohnpolitik" –, haben die Grundgedanken seines Konzepts bis heute große Bedeutung für die Tarifpolitik[47].

---

45 Vgl. hierzu ausführlich: Weinzen, Gewerkschaften und Sozialismus.

46 Viktor Agartz, Expansive Lohnpolitik, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften 6 (1953), H. 12. Die Grundlagen der „Expansiven Lohnpolitik" wurden von Agartz bereits 1950 schriftlich fixiert: Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10 (1950), S. 441 ff. Vgl. auch: Volker Gransow/Michael Krätke, Viktor Agartz. Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik, Berlin 1978.

47 Hierzu schreibt Riesche, Agartz, S. 158: „Die expansive Lohnpolitik . . . wurde ausgeschlachtet, und das über den Tag hinaus Brauchbare wurde weiterverwendet. Die wenigsten Gewerkschaftsfunktionäre, die heute das Schlagwort vom „Kaufkraftargument" und von der „aktiven Lohnpolitik" verwenden, wissen, daß es zahnlos gemachte Versatzstücke aus einer Agartz'schen Theorie sind, mit der er etwas ganz anderes erreichen wollte"; Karl Kühne, in: Internationaler Wissenschaftlicher Kongreß der Arbeiterbewegung (IWK) 3 (1988), S. 387: „Agartz, der in den fünfziger Jahren wesentliche Impulse für die gewerkschaftliche Ideologie lieferte, ist mit seinem Schlagwort von der expansiven Lohnpolitik sozusagen der klassische Anti-Lafontaine".

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Oswald von Nell-Breuning[48]

Der 1890 geborene Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning gilt als einer der führenden Vertreter und Interpreten der Katholischen Soziallehre. Zugleich wird ihm eine herausragende Bedeutung als politischer Intellektueller zugesprochen, der sowohl sozialwissenschaftliche, ökonomische, juristische, philosophische wie auch politische Kompetenz besitze. Als Redner, Schreiber, Politikberater, Dozent und politisch eingreifender Intellektueller äußerte er sich zu fast allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in den jeweiligen öffentlichen Debatten.

Am 8. März 1890 wurde Nell-Breuning als Sohn einer Gutsbesitzerfamilie in Trier geboren[49]. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums beschloß er, Priester zu werden. Er begann seine Studien zunächst in den Fächern der theoretischen Physik und Mathematik. Was für uns heute erstaunlich ist, war für einen angehenden Priester in der Zeit der scharfen Auseinandersetzung der Kirche mit den modernen Naturwissenschaften nicht außergewöhnlich. Nach vier Semestern begann er mit dem Studium der Theologie und späterhin der Rechtswissenschaft, daran schloß sich ein mehr autodidaktisch organisiertes Studium der Nationalökonomie an. 1911 trat er in die Gesellschaft Jesu ein; zehn Jahre später wurde er zum Priester geweiht.

Sein Interesse an sozial-politischen Fragen wurde, wie er erzählte, durch die Erfahrung des Gewerkschaftsstreits von 1900 bis 1914[50] sowie durch die Priester Carl Sonnenschein (1876–1929) und Ludwig Wolker (1887–1955) geweckt. Während er durch Sonnenschein in die „soziale Studentenarbeit" eingeführt wurde, verschaffte ihm Wolker einen Zugang in die praktische Arbeiterbildung.

Aussagen über seine Lehrer zu machen fällt schwer, da er sich nicht ausdrücklich zu einem oder mehreren Lehrern bekannte. Bei aller Kritik, die er im einzelnen an Adolf Wagner, Heinrich Pesch (1854–1926), Adolf Weber (1876–1963), Gustav Gundlach (1892–1963) und Götz Briefs (1889–1973) übte, sprechen seine Arbeiten dafür, daß er von ihnen wichtige theoretische Anstöße erhielt. Obwohl Nell-Breuning selber kein originärer Theoretiker ist, war seine Rezeption stets kreativ.

Der Orden sah für ihn eine wissenschaftliche Laufbahn vor. Sie begann aber nicht an der Universität, sondern als Aufsatzschreiber und Vortragsreisender. Um die Jesuiten, die erst seit 1918 in Deutschland wieder offiziell zugelassen waren, ins

---

[48] Über sein politisches Wirken gibt es bisher noch keine wissenschaftlichen Arbeiten. Lediglich zwei systematisierende Abhandlungen liegen vor: Albert Schulz, Oswald von Nell-Breuning – eine soziologische Analyse seines Mitbestimmungs-Engagements, Diss. Saarbrücken 1978; Werner Schwaderlapp, Eigentum und Arbeit bei Oswald von Nell-Breuning. Praxisorientierte Theorie, rekonstruiert und reflektiert in anthropologischer Absicht, Düsseldorf 1980.

[49] Die Angaben zu Nell-Breunings Biographie beziehen sich auf diverse Interviews und auf einen von ihm selbst verfaßten Lebenslauf: „Mitteilungen von P. Oswald von Nell-Breuning (verfaßt in den 60er Jahren)." Dieser Bericht wurde mir freundlicherweise von Prof. Hengsbach zur Verfügung gestellt.

[50] Vgl. hierzu ausführlich: Rudolf Brack, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914, Köln 1976.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

öffentliche Bewußtsein zu bringen, bildete sich in Düsseldorf eine Gruppe von Jesuiten, die von Stadt zu Stadt zog, um Vorträge zu halten. Ihre inoffizielle Bezeichnung lautete: Rede und Reise AG, abgekürzt: Rurag. Einer davon war Nell-Breuning. Er war bald ein begehrter Ratgeber im „Volksverein für das katholische Deutschland", in den Christlichen Gewerkschaften, in Konsum-, Bau- und Siedlungsgenossenschaften und in den katholischen Standesorganisationen.

Nell-Breunings erste größere Veröffentlichung war seine 1928 an der theologischen Fakultät zu Münster verfaßte Promotionsschrift: „Grundzüge der Börsenmoral"[51]. Im gleichen Jahr wurde er auch Professor für Moraltheologie, Kirchenrecht und Gesellschaftswissenschaften an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt. Dieser Aufgabe ging er über vierzig Jahre lang nach. Im Jahre 1930 wurde er durch die Leitung des Jesuitenordens mit dem Entwurf der Sozialenzyklika „Quadragesimo Anno" für Papst Pius XI. beauftragt. Seine Vorarbeiten für diese Enzyklika stellten den ersten Höhepunkt in seiner Laufbahn als gesellschaftspolitischer Berater der Funktionseliten in Kirche, Regierung, Parteien und Verbänden dar.

Über seine Haltung und Arbeit während der NS-Zeit wissen wir sehr wenig. In einem Interview berichtete er: „Schreibverbot habe ich niemals gehabt, allerdings mußte ich meine Veröffentlichungen praktisch einstellen, weil sie unfehlbar sofort eingezogen worden wären. (. . .) Ich mußte damals für die Finanzverwaltung meines Ordens tätig werden, aber auch andere Orden und Genossenschaften beraten. Bei dieser Tätigkeit habe ich mir wegen angeblicher Erschleichung von Devisengenehmigungen im Jahr 1936 Strafverfolgung zugezogen. Nach einer 6 Tage dauernden Vernehmung hat es dann 7 Jahre gedauert, bis die Anklage erhoben wurde, dann mußte sie aber wegen Eilbedürftigkeit vor dem Sondergericht behandelt werden. Ich wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, schließlich mit einem Haftunfähigkeitszeugnis des Leibarztes des Gauleiters von München von der Strafe verschont; später ist das Urteil natürlich aufgehoben worden."[52] In seinen Beiträgen nach 1945 bleibt der Nationalsozialismus unberücksichtigt.

Auch in den ersten beiden Nachkriegsjahren war Nell-Breuning in der Finanzverwaltung des Ordens engagiert. Darüber hinaus war er intensiv mit der organisatorischen und konzeptionellen Entwicklung des sozialen Katholizismus befaßt. Neben der Erarbeitung theoretischer Grundlagen, wie Schulungsmaterialien und sozialer Neuordnungsvorschläge, wirkte er auch auf die organisatorische Re- und Neuorganisation des Laienkatholizismus ein. Beispiele hierfür sind sein Engagement für die CAJ und das Betriebsmännerwerk sowie seine 1945/46 in Köln unternommenen Anstrengungen für den Aufbau eines „Erzbischöflichen sozialen Lehr- und Forschungsinstituts"[53].

---

[51] Grundzüge der Börsenmoral, Freiburg 1989 (unveränd. Nachdr. von 1928).

[52] Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt, in: Zeugen des Jahrhunderts, hrsg. v. Karl Schnelting, Frankfurt 1981, S. 127.

[53] Brief Nell-Breunings an Hermann Joseph Schmitt vom 19. 12. 1958, in: Archiv Ketteler-Haus, Köln (künftig AKH), Aktenordner (AO): Korrespondenz Schmitt–Nell-Breuning, 1955–1964.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegen Ende der vierziger Jahre traten neben die Lehrtätigkeit in St. Georgen weitere Verpflichtungen an der „Akademie der Arbeit" (ab 1949) sowie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt (ab 1948). Durch seine Mitarbeit in den wissenschaftlichen Beiräten des Bundeswirtschaftsministeriums (1948–1965) sowie im Bundeswohnungsbauministerium (1950–1959) erhielt seine politische Beratertätigkeit einen festen Ort.

Mit gewerkschaftpolitischen Fragen kam Nell-Breuning erst relativ spät in Berührung[54]. In seiner ersten Veröffentlichung zur Gewerkschaftsproblematik – eine dreiteilige Aufsatzreihe in der katholischen Zeitschrift „Orientierung"[55] – führte er 1948 die Entstehung der Einheitsgewerkschaft noch alleine auf das Diktat der Besatzungsmächte zurück[56]. Diese Einschätzung revidierte er in den fünfziger Jahren, als er durch engere Kontakte mit ehemaligen christlichen Gewerkschaftlern über die Vorgeschichte ein tieferes Bild gewann[57]. Seit Ende der vierziger Jahre bemühte er sich mit steigender Intensität um eine Vermittlung zwischen der normativen Ebene der katholischen Soziallehre und der Politik der Einheitsgewerkschaft. Mit diesem Ziel betätigte er sich in der gewerkschaftlichen und innerkirchlichen Schulungsarbeit, schrieb er Aufsätze, unterstützte er die katholischen Einheitsgewerkschafter und führte er Gespräche mit den DGB-Führungen um Hans Böckler, Christian Fette und Walter Freitag.

Als staatspolitisch orientierter Denker war für Nell-Breuning das Problem der ordnungspolitischen Integration der Gewerkschaften von herausragender Bedeutung: wie kann eine Organisation von der Bedeutung und Macht der Gewerkschaften in das Gefüge des demokratischen Staates eingebaut werden[58]? Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die von Briefs übernommene Analyse, daß die Gewerk-

---

[54] Rudolf Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU, Stuttgart 1981, S. 92, schreibt: „Zwischen den christlichen Gewerkschaftern im Westen und Oswald von Nell-Breuning bestanden keine direkten Verbindungen. Die Bedeutung des Jesuiten für die Gewerkschafter beschränkte sich auf dessen Schriften, vor allem auf seinen Kommentar zu Quadragesimo anno." Da Nell-Breuning in einem Brief an H. J. Schmitt am 8. 1. 1946 über eine Besprechung mit dem Albers'schen Kreis berichtet, muß es schon sehr frühzeitig Kontakte gegeben haben. Der Brief weist aber auch darauf hin, daß es in diesen Gesprächen vor allen Dingen um Schulungsfragen ging, gewerkschaftliche Probleme blieben unerwähnt. Brief: Nell-Breuning an Schmitt vom 8. 1. 1954, in: AKH, AO: Korrespondenz Schmitt–Nell-Breuning, 1945–1954.

[55] Oswald von Nell-Breuning, Gewerkschaften und christliche Soziallehre, in: Orientierung 18–20 (1948).

[56] „Der Begriff der Richtungsgewerkschaft ist dem Engländer und US-Amerikaner völlig fremd, so fremd und so mißfällig, daß die angelsächsischen Besatzungsmächte nach der Besetzung Deutschlands ... unvermittelt die Einheitsgewerkschaft einführten ...." Nell-Breuning, Einheitsgewerkschaft oder Richtungsgewerkschaften?, in: Orientierung 20 (1948), S. 191.

[57] Vgl. Nell-Breuning im Gespräch mit Wolfgang Schroeder, in: Schroeder, Gewerkschaftspolitik, S. 302.

[58] Vgl. Protokoll über die 3. Deutsche Sozial-Konferenz Gesellschaft Jesu (S.J.) vom 7.–11. 9. 1953 in Pullach/München, in: Archiv der Schweizer Provinz der Jesuiten in Zürich, Nachlaß: David.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaften sich von der klassischen zur befestigten Gewerkschaft entwickelt hätten[59]. Während die klassische Gewerkschaft primär eine Selbsthilfeorganisation gewesen sei, die alleine von der Solidarität ihrer Mitglieder gelebt habe, eigne der befestigten Gewerkschaft aufgrund ihres öffentlich-rechtlichen Charakters „nunmehr" eine Autorität, die über das hinausgehe, was ihre eigenen Mitglieder ihr an Autorität zu geben vermögen. Sie habe damit eine Stellung erlangt, die ihr eine „wirtschaftspolitische" und „gesamtpolitische Mitverantwortung" abverlange. Damit sie dieser Verantwortung gerecht werden könne, müsse, so Nell-Breuning, die Orientierung an normativen (Sittengesetz), politischen (Anerkennung der Souveränität und Autorität des Parlaments) und einheitsgewerkschaftlichen Kriterien (parteipolitische Unabhängigkeit und weltanschauliche Toleranz) gefordert werden.

Besonders virulent wurde diese Frage für ihn dort, wo die Gewerkschaften den Streik als Mittel – und sei es nur als Absichtserklärung – im Kampf gegen den Gesetzgeber einsetzten. In einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Walter Freitag vom 31. August 1953 bekräftigte er diese Position: „Nötigung der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit, gleichviel ob durch Streik oder durch Aussperrung oder durch welche Maßnahmen immer, ist ein Verstoß gegen das Sittengesetz, wie die katholische Kirche es lehrt und der gläubige Katholik es als heiligen Willen Gottes versteht. Demonstrationen sind ein demokratisches Freiheitsrecht; wo dagegen die Demonstration in Nötigung übergeht (wie die Demonstration der SA und SS vor der Krolloper, um vor einem knieschlotternden Reichstag das Ermächtigungsgesetz zu ertrotzen), verbietet dem Katholiken sein Gewissen, sich zu beteiligen. Wenn die Gewerkschaften auf diesem – von mir als ausgesprochen *un*demokratisch angesehenen – Weg weiterschreiten wollen, müssen sie ihre katholischen Mitglieder zum Austritt auffordern."[60] Ähnlich scharf fiel auch seine Kritik am DGB-Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1953 aus[61].

In der Diskussion über die zukünftigen Aufgaben und Wege der Gewerkschaften proklamierte Nell-Breuning eine Lohnpolitik, die sich auch darum kümmern solle, daß der Arbeitnehmer ein Miteigentumsrecht an der Kapitalgüterausstattung der Wirtschaft gewinne. In diesem Sinne schrieb er 1953: „Es gibt aber zur Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft nur diese beiden Wege: entweder alle zu Proletariern zu machen (. . .) oder alle zu Kapitalisten zu machen (und dann ist niemand mehr Kapitalist!)."[62]

Der normativ gesellschaftstheoretische Hintergrund dieser Überlegungen liegt in der Konzeption der „berufsständischen" bzw. „leistungsgemeinschaftlichen" Ordnung der industriellen Beziehungen. In seinem Kommentar zur Sozialenzyklika „Quadragesimo anno", wo diese Ordnungsbilder fixiert sind, heißt es: „An die

[59] Vgl. hierzu: Oswald von Nell-Breuning, Die Gewerkschaften am Scheideweg?, in: Stimmen der Zeit, Nr. 4 (1953). In diesem Aufsatz setzt er sich kritisch mit Götz Briefs auseinander und entfaltet seine Vision von einer anderen Gewerkschaftspolitik.

[60] Nell-Breuning an Walter Freitag am 31. 8. 1953, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, Material: Freitag.

[61] Ebenda.

[62] Nell-Breuning, Scheideweg, S. 18.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stelle der nach dem Merkmal von Besitz und Nichtbesitz geschichteten Klassengesellschaft müsse ein anderes Prinzip der Gliederung treten: die gesellschaftliche Funktion, d. i. danach, welchen Dienst ein jeder als Glied des Ganzen der Gemeinschaft leistet."[63]

Seine lohnpolitischen Überlegungen waren gesamtwirtschaftlich orientiert. Neben der Kaufkraft-Dimension berücksichtigte er auch eine vermögens- und damit kapitalbildende Seite des Lohnes. Die Agartzschen Vorstellungen von „expansiver Lohnpolitik" lehnte er entschieden ab: „Im Dezember vorigen Jahres veröffentlichte ... Dr. Victor Agartz ... einen Aufsatz über expansive Lohnpolitik. Hätte er bloß sagen wollen, die Gewerkschaften seien dafür da, um den Arbeitern zu besseren Löhnen zu verhelfen, so hätte er keinen Aufsatz zu schreiben brauchen; das wußte auch der Dümmste schon vorher. Was Dr. Agartz aber wirklich mit seinem Artikel sagen will, das hat von allen Sachverständigen, mit denen ich mich darüber besprechen konnte, nicht ein einziger verstanden. Was der Artikel tatsächlich angerichtet hat, steht außer jedem Zweifel: Verwirrung und Unruhe in ganz außergewöhnlichem Ausmaß. Es ist, als ob seither alle volkswirtschaftlichen Einsichten, auf die eine verantwortungsbewußte und erfolgreiche Lohnpolitik allein aufgebaut werden kann, in Verlust geraten, sich in Verschwommenheit und nebelhafte Unklarheit aufgelöst hätten: auf beiden Seiten."[64]

Damit die Einheitsgewerkschaft nicht gegen die normativen Prämissen der katholischen Gewerkschaftsvorstellungen verstoße und sich Positionen wie die von Viktor Agartz nicht durchsetzen könnten, forderte Nell-Breuning die Katholiken zur aktiven Mitarbeit im DGB auf. In Anlehnung an die kirchlichen Rundschreiben sah er in den katholischen Arbeitervereinen (KAB) die Voraussetzung dafür gegeben, daß die katholischen Arbeiter auf der Grundlage der Soziallehre in der Gewerkschaft wirkten. In den ersten Nachkriegsjahren pflegte Nell-Breuning einen guten Kontakt zur Führung der westdeutschen KAB, doch es zeigte sich bald, daß diese sich der Einheitsgewerkschaft verweigerte und die Gründung einer christlichen Gewerkschaft anstrebte. Nach dem Bochumer Katholikentag 1949 wurden daher die Beziehungen dorthin immer schwächer. Sie schlugen schließlich aufgrund der unterschiedlichen Bewertung der Einheitsgewerkschaft in ein Kontrahentenverhältnis um[65]. Ähnlich verlief die Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Episkopat. Während Nell-Breuning in einem Gutachten zur Gewerkschaftsfrage im Juli 1948 den deutschen Episkopat noch davon überzeugen konnte, daß die Einheitsgewerkschaft nicht gegen die katholischen Vorstellungen verstoße[66], gelang ihm dies in den fünfziger Jahren immer weniger. Seine Haltung zum DGB wurde auch von den bekannten katholischen Sozialwissenschaftlern Götz Briefs und Gustav Gundlach

[63] Oswald von Nell-Breuning, Die soziale Enzyklika, Köln 1950, S. 188.

[64] Oswald von Nell-Breuning, Der Streik und die Lohnerhöhungen, in: Mann in der Zeit 9 (1954).

[65] Nell-Breuning an Schmitt am 19. 12. 1958, in: AKH, AO: Korrespondenz Schmitt–Nell-Breuning, 1955–1964.

[66] Dieses Gutachten fertigte er im Auftrag des Limburger Bischofs Dierichs an. Material im Besitz des Autors: Franz Deus (1901–1970).

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

attackiert. Mithin war sein Wirken für die Einheitsgewerkschaft im Sozialkatholizismus der fünfziger Jahre recht umstritten.

Die stärker werdenden Spannungen zwischen DGB und Katholizismus versuchten Kirchen- und Gewerkschaftsvertreter durch offizielle Unterhandlungen zu reduzieren. In den sogenannten „Konfessionsgesprächen" (1953/1954) wurden die unterschiedlichen Vorstellungen von einer Einheitsgewerkschaft dargestellt und diskutiert. Nell-Breuning, der an diesen Gesprächen engagiert beteiligt war, hoffte, daß hiermit eine Form gefunden worden sei, mit der die vorhandenen Spannungen zwischen den katholischen Verbänden und dem DGB hätten ausgeräumt werden können[67]. Im Bundesvorstand des DGB hob Walter Freitag die Bedeutung Nell-Breunings für diese Gespräche hervor: Es sei „vor allem Prof. von Nell-Breuning gewesen, der bei diesen Gesprächen vorzügliche und für den DGB wertvolle Gedanken entwickelt hat"[68].

Nell-Breunings Ansehen bei der Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre basierte vor allem darauf, daß er von allen einflußreichen Interpreten der katholischen Soziallehre ihre konkrete Anwendung am weitesten in Richtung gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik vollzog. Beispiele hierfür sind seine Positionen zur Sozialisierungsforderung, zur Währungsreform, zum Lastenausgleich, zur Mitbestimmung und der immer wieder erfolgende Hinweis auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der „sogenannten sozialen Marktwirtschaft".

In einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Walter Freitag charakterisierte er seine Stellung zu den Gewerkschaften: „Ich glaube, Sie haben in Kreisen, die interessemäßig nicht an die Gewerkschaften gebunden sind, wenige so aufrichtige und selbstlose Freunde wie mich – ich muß mir ja deshalb so viele Vorwürfe gefallen lassen, daß ich annehmen darf, mit dieser Meinung nicht ganz in die Irre zu gehen."[69]

Einerseits nahm er die Gewerkschaften vor Angriffen aus dem Katholizismus sowie aus dem Unternehmerlager in Schutz, andererseits bildete die hiermit gegebene Anerkennung in den Gewerkschaften eine wichtige Grundlage, um seinerseits wirkungsvoll in die innergewerkschaftlichen Kontroversen eingreifen zu können. Seine konzeptionellen Vorstellungen hatten aber für die konkrete Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik – mit Ausnahme der Tarifvertragspolitik der IG Bau-Steine-Erden[70] Anfang der sechziger Jahre – keine Rolle gespielt.

---

[67] Diese Gespräche wurden seitens des DGB durch Franz Deus, den christlich-sozialen Leiter der DGB-Bundesschule in Hattingen, und auf seiten der kirchlichen Verbände durch das Sozialreferat des ZdK, unter Leitung von Prof. Höffner, koordiniert. Beim DGB-Bundesvorstand war mit dieser Sache der christlich-soziale Vorstandssekretär Karl Braukmann betraut. Es fanden jedoch lediglich drei solcher Gespräche statt: am 24. 3. und 2. 6. 1953 und am 16. 7. 1954. In: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Konfessionsgespräche.

[68] Protokoll über die 39. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 8. 6. 1953, S. 2, in: Ebenda, AO: BV-Sitzungen.

[69] Nell-Breuning an Walter Freitag am 31. 8. 1953, in: Ebenda.

[70] Vgl. Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 276.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Die gewerkschaftliche Situation vor dem Frankfurter DGB-Kongreß

Obwohl die weitreichenden Vorstellungen von Viktor Agartz innerhalb der Gewerkschaftsführungen nicht mehr konsensfähig waren, am wenigsten innerhalb des DGB-Bundesvorstandes, hielt er auf dem Frankfurter DGB-Kongreß 1954 das Hauptreferat. Die Bedeutung dieses Referates konnte also nicht identisch mit seinen inhaltlichen Aussagen sein. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären?

Die Stimmung in den Gewerkschaften war vor dem Frankfurter DGB-Kongreß durch eine tiefe Verunsicherung geprägt. Einige Gewerkschaftsführer sprachen gar von einer „gewissen Resignation"[71]. Neben den politischen Niederlagen der Jahre 1952/1953, den Spaltungsdrohungen durch die Führer der CDA/KAB, der Offensive der Unternehmer (z. B. Betriebliche Sozialpolitik, abrupte Kündigung der Beitragskassierung in den Betrieben), Niederlagen in den Streiks des Jahres 1954 (z. B. Streik der IGM in Bayern und der ÖTV in Hamburg) und einer den gewerkschaftlichen Anliegen feindlich gesonnenen Presse traten immer deutlicher auch interne Struktur-, Führungs- und Orientierungsprobleme ins Blickfeld, die von der alten Generation der Gewerkschaftsführer bis dahin nicht befriedigend beantwortet werden konnten.

Der sogenannte „Antifaschismus" bildete eine zentrale moralische Basis für die Forderungen nach einer „Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" sowie insgesamt für das Selbstverständnis der Gewerkschaften. Nicht in dieses Bild paßten die Kooperationsangebote der Richtungsgewerkschaften an die NSDAP im Jahre 1933 sowie die aktive Mitarbeit bzw. öffentliche Sympathiekundgebung führender Gewerkschafter in dieser bzw. für diese Partei[72]. In den Jahren 1952 bis 1954 wurde dieser Vorwurf gegen einige führende Gewerkschaftsfunktionäre erhoben (Deist[73], Wagenführ[74], Pahl[75], von Hoff usw.).

---

[71] Protokoll über die 52. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 1. 6. 1954 in Dortmund, S. 8, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

[72] Vgl. hierzu auch: Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover/Frankfurt 1958.

[73] Als die Berufung von Dr. Heinrich Deist als Vertreter der Gewerkschaften in der Hohen Behörde des Schuman-Planes anstand, meldete die Bundesregierung Bedenken an, weil Deist seit 1937 Mitglied in der NSDAP gewesen sei. Vgl. Protokoll über die 31. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 30. 7. 1952, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Bundesvorstand.

[74] Während der Kontroverse um die Haltung des DGB zum Schuman-Plan tauchten anonyme Briefe auf, aus denen hervorging, Wagenführ habe in der NS-Zeit in verschiedenen Aufsätzen Sympathie für dieses Regime bekundet. Für Theo Pirker und Erich Potthoff deutet einiges daraufhin, daß Agartz sowohl an der Belastung von Wagenführ als auch an der von Pahl, dem leitenden Redakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, beteiligt war. Sollte dies zutreffend sein, was hier nicht geklärt werden kann, so zeigen diese Beispiele, daß der Hinweis auf die NS-Vergangenheit einer konkurrierenden Person lediglich der Ausschaltung des politischen Gegners galt, ohne daß damit eine Debatte über die NS-Vergangenheit intendiert war. Informationen zu Wagenführ und Pahl von Theo Pirker (Gespräch vom 29. 7. 1989) und Erich Potthoff (Gespräch vom 9. 8. 1989). Vgl. auch:

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kurz vor dem DGB-Kongreß befürchtete der DGB-Bundesvorstand, daß eine öffentliche Debatte über Entlassung und Vergangenheit dieser Gewerkschaftsfunktionäre auch zu einer Debatte über die Gewerkschaften im Jahr 1933 führen könne. Walter Freitag vertrat in einer DGB-Bundesvorstandssitzung vor dem Kongreß die Auffassung, „daß die Angelegenheit Pahl und sein Verhalten im Jahre 1933 für uns unangenehm sei, da Pahl seinerzeit im Auftrag von Leipart handelte. Alle diese Vorwürfe könnten den Verlust des kommenden Bundeskongresses unangenehm stören."[76]

In einer öffentlichen Debatte über das Verhalten der Gewerkschaften im Jahr 1933 sahen die Funktionäre die Gefahr, daß der moralische Vorteil gegenüber den Unternehmerverbänden – 1933 zerschlagen worden zu sein – sich hätte relativieren können[77]. Um dies zu vermeiden, schlug der IGM-Vorsitzende Hans Brümmer vor: Die Fälle Pahl u. a. unangenehme Dinge müßten noch vor dem Bundeskongreß bereinigt werden, damit sie den Bundeskongreß nicht vergiften. (...) Kollege Freitag verspricht, daß die Angelegenheit Pahl bis zum Bundeskongreß bereinigt wird."[78]

Durch einen Generationenwechsel in der Mitgliedschaft erfuhr das strukturell problematische Verhältnis zwischen „Basis und Führung" zu diesem Zeitpunkt eine zusätzliche Verschärfung. Während die große Mehrheit der Funktionäre bereits vor 1933 aktive Gewerkschafter gewesen waren, gehörten nach einer Erhebung der IG Metall im Jahre 1954 nur noch 18 Prozent ihrer Mitglieder bereits vor 1933 einer Gewerkschaft an[79]. Den Gewerkschaftsführern gelang es in dieser Phase nicht, den veränderten Vergesellschaftungsbedingungen, die den Wandel von der Trümmer- zur Wohlstandsgesellschaft prägten, Rechnung zu tragen. Dies schlug sich auch in Mitgliederstagnation bzw. kurzzeitig sogar im Rückgang der absoluten Mitgliederzahlen nieder[80].

Franz Kusch, Das Machtkartell. Die Gewerkschaften in Deutschland, Stuttgart 1980, S. 183. Vgl. hierzu allgemein: Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 435 f.

75 Vgl. Gerold Karl, Der Karrierist und der Wille zur Macht, in: Frankfurter Rundschau vom 9. 1. 1954; vgl. Karsten Linne, Walter Pahl – Eine Gewerkschafter-Karriere, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 3 (1990), S. 39–55.

76 Protokoll über die 52. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 2, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

77 Darauf spekulierten die Arbeitgeberverbände. Vgl. hierzu: Hermann Seelbach, Zur Beschlagnahme der freigewerkschaftlichen Bundesschule Bernau am 2. Mai 1933, in: Der Arbeitgeber vom 1. 5. 1953, S. 375 ff.

78 Protokoll über die 52. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 7, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

79 Vgl. Walter Freitag auf dem Konfessionsgespräch am 2. 6. 1953, in: Ebenda, AO: Konfessionsgespräche.

80 Der Vorsitzende der Gewerkschaft Leder forderte deshalb in dieser Sitzung: „Wir müßten in allen Positionen damit beginnen anzugreifen, vor allen Dingen müsse es uns gelingen, die Jugend zurückzugewinnen." Vgl. Protokoll über die 52. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 9, in: Ebenda, AO: BV-Sitzungen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das WWI war intern zerstritten und zog heftige Kritik von seiten der Einzelgewerkschaften[81] sowie der DGB-kritischen Kräfte auf sich. Besonders offensiv waren Teile der katholischen Presse, allen voran der „Rheinische Merkur"[82], der das WWI seit 1951 als Stabsstelle und strategisches Zentrum des DGB öffentlich attackierte. Auch bei den sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern und einigen Einzelgewerkschaften verstärkte sich seit 1953 die Kritik am WWI. Im Vorfeld des Frankfurter Kongresses drängten verschiedene Einzelgewerkschaften darauf, die Stellung des WWI zum DGB-Bundesvorstand zu klären. Der Vorsitzende der NGG, Hans Nätscher, monierte: „Unerträglich sind die vielgleisigen Meinungen zur Wirtschaftspolitik". Deshalb sei „die Wirtschaftspolitik ... unter Führung von Freitag, einem versierten Fachmann zu übertragen und festzulegen, daß auch das WWI keine eigenstaatliche Politik betreiben kann. Die Wirtschaftspolitik bestimmt der Bundesvorstand."[83]

Die Position der Agartz-Gegner im WWI wurde entscheidend gestärkt durch Professor Bruno Gleitze (1903–1980)[84], einen 1948 aus der SBZ ausgereisten Wissenschaftler, der sich durch seine Arbeit im „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung", in West-Berlin, das Vertrauen der führenden sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker erworben hatte. Er trat Ende 1953 in das Leitungsteam des WWI ein.

Über die Kontroverse im WWI schrieb die Zeitschrift „Sozialistische Politik" 1955: „Die Auseinandersetzung in der Leitung des WWI hat keineswegs bloß persönliche Gründe, sondern ist sachlich und politisch bedingt. Es ging dabei nicht nur um die ‚expansive Lohnpolitik', sondern auch um die Einschätzung der Mitbestimmung, die Aufgabenstellung des WWI und um die politische Perspektive der wissenschaftlichen Arbeit."[85]

Eine zusätzliche Dynamik erfuhr die Diskussion vor, auf und nach dem Kongreß durch die Bewegung gegen einen deutschen Wehrbeitrag, die auf große Resonanz in den Gewerkschaften stieß. Kurz vor dem Frankfurter Kongreß hatte die Bundes-

---

[81] Vergleiche hierzu die Stellungnahmen der NGG (Brief Nätscher an Brenner vom 7. 6. 1954), der DPG (Brief Ziegler an Brenner vom 23. 7. 1954), der Gewerkschaft Textil (Brief Bock an Brenner vom 15. 7. 1954), der HBV (Brief Pawlik an Brenner vom 9. 7. 1954), der Gewerkschaft Holz (Seeger an Brenner, 7. 7. 1954), in: Zentralarchiv IG Metall, Mappe: Besprechung der Vorsitzenden, ungeordnetes Material.

[82] Vgl. z. B.: Rheinischer Merkur vom 24. 8. 1951: „Das Hirn der Gewerkschaften". Dort wird das WWI beschrieben als „so etwas wie ein strategischer Apparat, ein Generalstab gewissermaßen, der die Aktionen der Gewerkschaften bis ins kleinste Detail vorplant. Die Gewerkschaftsführung hat sich damit ein politisches Instrument geschaffen, dem in Westdeutschland kaum etwas Gleichartiges an die Seite gestellt werden kann."

[83] Vgl. Schreiben Nätscher an Brenner vom 7. 6. 1954, in: Zentralarchiv IG Metall, Mappe: Besprechung der Vorsitzenden, ungeordnetes Material.

[84] Gleitze war von 1945–1948 Präsident der deutschen Verwaltung für Statistik in der SBZ. 1948 trat er von allen Ämtern zurück. Bevor er 1954 in die Leitung des WWI einstieg, war er Abteilungsleiter im deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin/West.

[85] Sozialistische Politik 11 (1955), S. 1.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jugendkonferenz des DGB einen Beschluß gegen die Remilitarisierung gefaßt, der auch in Frankfurt vorgetragen werden sollte.

Angesichts jener diffusen und krisenhaften Situation, in der sich die Gewerkschaftsführungen befanden, sahen sie sich vor die Aufgabe gestellt, der Öffentlichkeit ein einheitliches und attraktives Gewerkschaftsbild zu präsentieren. In den Bundesvorstandssitzungen tendierten die Gewerkschaftsführer dahin, die Probleme primär als das Ergebnis einer feindlich gesonnenen Öffentlichkeit und einer offensiven Unternehmerpolitik zu werten[86]. Als Beispiel sei hier die Argumentation des Vorsitzenden der IGM, Hans Brümmer, dokumentiert: „Wir dürften nicht von einer Krise oder einer Stagnation im DGB sprechen, sondern müßten sehen und beobachten, wie die Unternehmer in den letzten Jahren ihre Angriffe gegen unsere Bewegung konzentriert hätten."[87] Demgegenüber wurden die internen Ursachen wie fehlende Führungsstärke, fehlende Koordinierung zwischen den Einzelgewerkschaften sowie eine fehlende konsensfähige politische Strategie nur indirekt diskutiert. Statt dessen einigte man sich darauf, den internen und externen Krisenursachen durch die Demonstration gewerkschaftlicher Einheit zu begegnen. In diesem Sinne forderte Hans Jahn, der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft: „Der Bundeskongreß müsse unbedingt das einheitliche Gesicht des DGB zeigen und wahren. Wir könnten es uns nicht erlauben, von Kongreß zu Kongreß den Vorsitzenden zu wechseln. W. Freitag müsse als Vorsitzender des DGB bleiben, weil wir nach außen zeigen müßten, daß wir auch in diesem Punkt eine einheitliche, kontinuierliche Linie beziehen und halten."[88] Ins gleiche Horn blies auch Philipp Mittwich, der Vorsitzende der Ledergewerkschaft: „Es dürfe nicht wieder passieren, daß die bürgerliche Presse von einer uneinheitlichen Meinung auf dem Bundeskongreß berichten kann."[89]

Auf Wunsch des DGB-Bundesvorstandes wurde Viktor Agartz neben Professor Herschel und Willi Richter zu einem der drei Hauptreferenten ernannt, die das Gesicht des Kongresses prägen sollten. Agartz hatte bereits dreimal zuvor anstelle der eigentlich zuständigen Hauptvorstandsmitglieder des DGB-Bundesvorstandes das Grundsatzreferat gehalten[90]. Weil „das Auge der Welt auf den Kongreß gerichtet" sei[91], müsse der DGB Einheit und Stärke beweisen. Von ihm erwartete man ein radikales Referat, das der Kritik an der Führungsschwäche des DGB-Vorstandes den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Das war die Aufgabe von Viktor Agartz.

---

86 Vgl. Protokoll über die 52. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 1.6. 1954, S. 1 und S. 7, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

87 Ebenda, S. 7.

88 Ebenda, S. 4.

89 Ebenda.

90 1947 auf dem Vereinigungsgewerkschaftstag der britischen Zone; 1950 auf der zentralen Kundgebung des DGB zur Mitbestimmung in Düsseldorf und 1951 auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Essen.

91 Protokoll über die 55. Sitzung des DGB-BV am 7. 9. 1954, S. 2, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im DGB-Bundesvorstand betonte Agartz einige Wochen vor dem Kongreß, „er halte es für wünschenswert, wenn er mit dem Kollegen Freitag die Disposition seines Vortrages durchsprechen und die Rede im Bundesvorstand vortragen"[92] könne. Ob dies geschehen ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

7. Das Agartzsche Referat

„Wirtschafts- und Steuerpolitik. Grundsätze und Programm des DGB"[93], so lautete die Überschrift des über drei Stunden dauernden Referates, das Viktor Agartz am 8. 10. 1954 vor über 600 Zuhörern auf dem Frankfurter DGB-Kongreß hielt. Seine Ausführungen waren durch drei Hauptlinien bestimmt.

Linie A: Den „roten Faden" des Referates bildete eine fundamentale Kritik an der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik. Diese „konservative Restauration" sei gekennzeichnet durch einen starken „Antikommunismus", gering ausgeprägte „demokratische Züge" sowie „eine krasse Spaltung der gesellschaftlichen Schichtung". Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik orientiere sich an besitzbürgerlichen Sonderinteressen und sei deshalb weder mit dem normativen Anspruch einer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch mit den realen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften vereinbar.

Linie B: Mitbestimmungs-, Miteigentums- und Gewinnbeteiligungspolitik bezeichnete Agartz als „Ersatzlehren", wenn sie von der eigentlichen Aufgabe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neugestaltung ablenkten. Die Auseinandersetzung mit den praktizierten Formen der Mitbestimmung führte er als Konfrontationsdiskurs.

Linie C: In der dritten Hauptlinie proklamierte er die Notwendigkeit einer konflikt- und autonomieorientierten Gewerkschaftspolitik. Kernelemente dieser Konzeption waren: Weiteres Festhalten an den Münchner Grundsätzen bei gleichzeitiger Konkretisierung durch ein Aktionsprogramm, in dem Wege zur Verwirklichung dieser Forderungen aufgezeigt werden. Dafür nannte er: Forderungen an den Staat, Verhandlungen mit den Unternehmern, aber auch die eigenständige Einflußnahme der Gewerkschaften auf die staatlichen Organe zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Von besonderer Bedeutung für eine Stärkung der Gewerkschaften sei die „expansive Lohnpolitik" sowie eine einheitlichere Gewerkschaftspolitik auf der Basis einer zentralen Koordinierung des Kurses der Einzelgewerkschaften, also eine Stärkung des DGB im Verhältnis zu den Einzelgewerkschaften. Abschließend begründete er die Ablehnung eines Wehrbeitrages ökonomisch und gesellschaftspolitisch. Damit schuf er eine wichtige Voraussetzung für die Verabschiedung einer Entschließung gegen den deutschen Wehrbeitrag.

---

[92] Ebenda.

[93] Das Referat wurde nach dem Kongreß mit dem gleichen Titel als Sonderbroschüre verteilt.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In diesem Referat war nichts enthalten, was Viktor Agartz nicht auch bereits an anderer Stelle in ähnlicher Weise öffentlich artikuliert hatte. Eine direkte und kritische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftspolitischen Strategie des Bundesvorstandes vermied er. Die Reaktion des Kongresses war überwältigend: „Lebhafter minutenlanger Beifall", mit diesen Worten gibt das Kongreßprotokoll die Reaktion auf das Referat wider. Matthias Föcher, christlich-sozialer Gewerkschafter und stellvertretender DGB-Vorsitzender, ergriff, in seiner Eigenschaft als Tagungsleiter, zuerst das Wort: „Ich möchte aber nicht unterlassen, noch einmal dem Kollegen Agartz für diese kristallklare Analyse der gegenwärtigen Situation unseren herzlichen Dank auszusprechen."[94] Diese Reaktion brachte Matthias Föcher vehemente Kritik aus den Reihen der Christlich-Sozialen ein. Sie bewerteten Föchers Haltung als Beweis dafür, daß christlich-soziale Interessen im DGB nicht mehr vertreten würden.

Karl Braukmann, der Sekretär Föchers, rechtfertigte den Kritikern gegenüber das Verhalten der christlich-sozialen Delegierten auf dem Kongeß: „Es war ja wohl ein besonderes Hemmnis, ... daß die Neuwahl des Vorstandes am letzten Kongreßtag, also am Samstag erfolgte; der Vorstand also während der ganzen Woche schachmatt gesetzt war. (...) Die Frage der Wehrentschließung fällt auch in diese besondere Situation. Nun zum Agartz Referat: Dieses fand nach 1½ Tagen langweiligster Antragsberatungen statt und war einigermaßen geschickt formuliert. Der Kongreß lief schon über 4 Tage. Die Delegierten waren also gar nicht mehr so frisch, daß sie das von Agartz Vorgetragene bis in letzte Feinheiten und Einzelheiten überschauen konnten. (...) Deshalb war das Ergebnis des Referates: Beifall. (...) Um der Wahrhaftigkeit willen will ich nicht verschweigen, daß z. B. Prof. Ortlieb[95] und einige Herren der ADA[96] in Frankfurt sofort kritische, ja sogar sehr kritische Bemerkungen zum Referat machten. Ich will auch nicht verschweigen, daß der Kollege Föcher das Agartz-Referat als eine glasklare Analyse bezeichnet hat, wobei man diese Formulierung sehr wahrscheinlich nicht wörtlich zu nehmen braucht. Vielleicht hätte ein anderer von einer geschickten Analyse gesprochen. (...) Der ‚Michael' schrieb ganz richtig, es wäre von der Mehrzahl der Kongreßteilnehmer jedem als Sakrileg angerechnet worden, der die Agartz-Ausführungen scharf kritisiert hätte."[97]

Die scheinbar positive Resonanz des Referates – die im Beifall und in den meisten

---

[94] Protokoll, 3. ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt a. M., 4.–9. 10. 1954, o. J., S. 468.

[95] Hans Ortlieb, Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses der SPD, war Gastdelegierter und hat sich nicht in der offiziellen Diskussion zu Wort gemeldet. Nell-Breuning konnte wegen Krankheit an diesem Kongreß nicht teilnehmen. Er wurde anschließend in einem Brief über Atmosphäre und Einschätzung des Kongresses durch Prof. Ortlieb ins Bild gesetzt. Diese Informationen gab mir Oswald von Nell-Breuning in einem Gespräch am 3. 12. 1987.

[96] Abkürzung für: Akademie der Arbeit. Ausbildungsstätte für angehende Gewerkschaftsfunktionäre in Frankfurt.

[97] Karl Braukmann an Pater Hirschmann am 7. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christliche Gewerkschaften I. Teil.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anschließenden Redebeiträgen zum Ausdruck kam – ist vor allem auf die in Linie A skizzierte Feindbestimmung zurückzuführen und auf den entschlossenen Willen der Delegierten, ein einheitliches Bild nach außen zu vermitteln. Durch die gemeinsame Fixierung auf den übermächtigen Gegner – die „konservative Restauration" – konnten alle innergewerkschaftlichen Unterschiede für einen Augenblick überdeckt werden, so wie es sich die Gewerkschaftsführer bei ihrer Kongreßplanung gewünscht hatten. Aus dieser Einheitsfront brachen auch die christlich-sozialen Delegierten nicht aus. Der Öffentlichkeit vermittelte man so den Anschein einer einigen und zum Kampf bereiten Gewerkschaftsbewegung, und der Vorstand wurde wiedergewählt.

Obwohl gerade Linie B – scharfe Kritik an der Miteigentums- und Gewinnbeteiligungspolitik – einen Frontalangriff gegen die christlich-soziale Gewerkschaftspolitik bedeutete, war kein Gewerkschafter dieser Richtung bereit, seine Vorstellungen gegen Agartz zu verteidigen[98]. Man kann dies als ein loyales Zugeständnis an die krisenhafte Situation deuten, in der sich die Gewerkschaften befanden. Schließlich war auch ihnen an einer starken Gewerkschaft gelegen. Möglicherweise wird auch fehlender Mut eine Rolle gespielt haben. Sodann drückte sich darin auch deutlich die politisch-strategische Schwäche des christlich-sozialen Flügels im DGB aus[99]. Sie hatten in der Nachkriegszeit keine eigenen hegemoniefähigen Führerpersönlichkeiten in ihren Reihen. Die führenden christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter stimmten nach 1945 in fast allen relevanten Positionen mit der Mehrheitslinie der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter überein, während die außerhalb des DGB stehenden Kräfte im sozialen Katholizismus auf die Verankerung eigenständiger christlich-sozialer Positionen drängten.

Aber ebensowenig, wie sich ein Vertreter der Christlich-Sozialen in der öffentlichen Diskussion kritisch äußerte, sprachen sich die anderen, deren politische Haltung nicht mit der von Viktor Agartz übereinstimmte, explizit gegen sein Referat aus[100]. Damit kam es nicht, wie die Autoren dieser Rede gehofft hatten, zu einer offenen Diskussion über den zukünftigen Weg der Gewerkschaften[101].

Theo Pirker, damals enger Mitarbeiter von Agartz, resümierte die Konsequenzen

---

[98] Das Schweigen der Christlich-Sozialen auf dem Kongreß wurde in der Öffentlichkeit heftig kritisiert: z. B. Leserbrief, Norbert Schütz, Schweigen auf dem DGB-Kongreß, in: Politisch-soziale Korrespondenz vom 1. 11. 1954, S. 24.

[99] Vgl. Wolfgang Schroeder, Christlich-Soziale im DGB, in: Stimmen der Zeit, Nr. 12 (1989), S. 839–851.

[100] In der anschließenden Diskussion meldeten sich einschließlich des Schlußwortes von Walter Freitag 17 Redner zu Wort, die sich auf das Referat von Viktor Agartz bezogen. Nur drei Redner ließen erahnen, daß sie mit den Agartzschen Ausführungen nicht in allen Punkten übereinstimmten. Es waren dies: Heinrich Gutermuth (IG Bergbau), Werner Hansen (DGB-NRW) und Hermann Beermann (DGB Niedersachsen). Vgl. Protokoll, 3. ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt a. M., 4.–9. 10. 1954, S. 468 ff.

[101] Theo Pirker, einer der Mitautoren dieser Rede, hegte die Hoffnung, daß dieses Referat eine offene Auseinandersetzung über den gewerkschaftspolitischen Kurs ermöglichen könnte. Gespräch mit Theo Pirker am 13. 6. 1989.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Rede für Agartz folgendermaßen: „Mit dieser programmatischen Rede hatte er es mit allen wichtigen Kräften innerhalb des DGB verdorben. Walter Freitag, der erste Vorsitzende des DGB, konnte nur mit Neid und Verbitterung den Erfolg des Theoretikers sehen; den Spitzenfunktionären der Verbände wurde auf dem Frankfurter Kongreß bewußt, daß Agartz für die Gewerkschaftsfunktionäre im Lande mehr war als der beliebte Redner und abstrakte Theoretiker: Für sie repräsentierte Viktor Agartz das radikale Programm der Gewerkschaften von 1949; der Gruppe der Gewerkschafter, die auf Revision dieses Programms drängte, erschien dieser neue geistige Führer der Gewerkschaften einfach als ein gewerkschaftliches Unglück; und für die Fraktion der aktivistischen christlichen Gewerkschaftler unter der Führung des Jesuitenpaters Reichel und des Bundestagsabgeordneten Even war Agartz der reine Verführer des DGB, und schließlich hatte Agartz mit seinem Referat auch den Wünschen der Aktivisten unter Führung Otto Brenners nicht so entsprochen, wie sie sich das vorgestellt hatten. Agartz saß auf dem Beifall der Delegierten – der gewerkschaftlichen Demokratie –, und die Zukunft sollte zeigen, welche Rolle diese Demokratie in den Gewerkschaften noch spielte."[102]

8. Die katholische Gegenoffensive

Bei den christlich-sozialen Organisationen kam es nach dem Frankfurter Kongreß zu einer in diesem Maße bisher nicht gekannten Mobilisierung, die durch die katholische Publizistik verstärkt wurde. Während in den Zeitschriften des DGB die Rede von Agartz zunächst sehr positiv aufgenommen wurde, holte die katholische Presse („Gesellschaftspolitische Kommentare", „Ketteler Wacht", die Bistumsblätter ...) nun um so heftiger die auf dem Kongreß nicht öffentlich artikulierte Kritik nach. Viktor Agartz wurde zur Personifizierung jenes Sozialismusverständnisses, das Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo anno" sanktioniert hatte[103].

Im Mittelpunkt des Protestes standen die Entschließungen zum Wehrbeitrag und der „Kollektivismus des Dr. Viktor Agartz"[104]. Wenn man sich auch im gesamten christlich-sozialen Lager in der Ablehnung der Agartzschen Thesen einig war, so waren die Konsequenzen, die man daraus zog, doch sehr unterschiedlich. Die Befürworter der Einheitsgewerkschaft sahen den Erfolg von Agartz als Ergebnis fehlender engagierter Mitarbeit von seiten der christlich-sozialen Gewerkschaftsmitglieder[105]. Dagegen stand eine andere Lesart dieser Situation: „Das Bild der heutigen Gewerkschaftsbewegung sei sozialistisch. Nach zehnjähriger Entwicklung wäre

[102] Pirker, Macht, Bd. 2, S. 140.

[103] Quadragesimo anno, in: Texte zur katholischen Soziallehre, S. 135.

[104] Kritisches zum 3. DGB-Bundeskongreß, in: Gesellschaftspolitische Kommentare vom 15. 10. 1954, S. 1.

[105] Ebenda. Diese Sichtweise wurde besonders von der Christlich-sozialen-Kollegenschaft proklamiert.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unsere Lage im DGB schlimmer denn je. Schuld an dem Dilemma sei nicht mangelnde Mitarbeit, es fehle eine Alternative."[106]

Für die Gegner des DGB war die Agartzsche Position identisch mit der des DGB. Deshalb sahen sich diejenigen, die bereits seit 1952/1953 zielgerichtet an der Gründung einer christlichen Gewerkschaft arbeiteten, durch den Frankfurter Kongreß in ihrer ablehnenden Haltung zum DGB bestätigt. Sie nutzten die Agartz-Rede und die daraus resultierende Bewegung, um die geplante christliche Sondergründung vorzubereiten. Vier Wochen nach dem Frankfurter Kongreß, am 8. November 1954, fand ein entscheidendes Treffen statt, in dem die politischen und organisatorischen Voraussetzungen der geplanten Gründung besprochen wurden[107].

Die katholischen DGB-Gewerkschafter gerieten durch den Frankfurter Kongreß im sozialen Katholizismus in starke Bedrängnis. Dies illustriert der Bericht eines katholischen Gewerkschafters aus Bayern: „Ich darf wohl annehmen, daß die Agartz Rede ... nicht nur in Bayern, sondern auch im ganzen Bundesgebiet die Gemüter in Wallung gebracht hat. (...) Nach meiner Auffassung wäre die Situation nicht so kritisch geworden, wenn wenigstens ein Delegierter dagegen Stellung genommen hätte. (...) Maßgebliche Persönlichkeiten der katholischen Standesorganisationen Werkvolk, Gesellenvereine und auch Pater Prinz, Leiter der christlichen Werkgemeinschaften, glauben es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, sich weiterhin für die Einheitsgewerkschaft einzusetzen." Weiter unterstrich der Briefschreiber die Isolation der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter im sozialen Katholizismus nach dem Frankfurter Kongreß: „Bedauerlich ist, daß diese Kräfte in ihren Organisationen für die Gewerkschaftsbewegung weittragende Beschlüsse faßten, ohne vorher mit uns, die wir hauptamtlich in der Gewerkschaftsbewegung stehen, Rücksprache zu nehmen. Das war bisher in Bayern nicht so. Wir Gewerkschafter hatten auf diese Organisationen bisher immer noch einen starken Einfluß."[108]

Um sich gegen diese Entwicklung zu wehren, luden sie mit Oswald von Nell-Breuning und Herbert Reichel zwei der wichtigsten Fürsprecher einer Mitarbeit im DGB nach München ein: „Um die Spannung etwas zu lockern, haben die wichtigsten Gewerkschafter aus Bayern Pater Reichel ... nach München kommen lassen. Pater Reichel hat selbst am Kongreß in Frankfurt teilgenommen. Er nahm diese Gelegenheit wahr, auch das Positive, das der Kongreß zeigte, bekanntzugeben. Am 11. 1. 1955 soll auch Pater v. Nell-Breuning hier in München sprechen. Ich hoffe, daß auch er die Wogen etwas glätten wird."[109]

Die katholischen DGB-Befürworter verfolgten einerseits das Ziel, die Gründung

---

[106] Aloys Lenz, nach: Protokoll der hauptamtlichen christlich-sozialen Sekretäre im DGB und in den I.G.s am 8. 1. 1955 in Essen, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RWV-26-97.

[107] Am Treffen in der Wohnung von Johannes Even nahmen alle potentiellen Unterstützer bis hin zu den Geldgebern vom Internationalen Bund christlicher Gewerkschafter teil. Vgl. Scholl, Neugründung, S. 30.

[108] Fritz Meyer an Karl Braukmann am 12. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christliche Gewerkschaften I. Teil.

[109] Ebenda.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer christlichen Sondergewerkschaft abzuwehren. Andererseits versuchten sie, die eigene Stellung innerhalb des DGB zu stärken. Oswald von Nell-Breuning, Pater Reichel und die Christlich-Soziale Kollegenschaft wurden in dieser Situation für viele christlich-soziale Gewerkschafter zu Hoffnungsträgern. Vor allem war es Pater Reichel, der unermüdlich durch die Republik reiste und zahllose Vorträge hielt, in denen er klar stellte, daß es mit Viktor Agartz keine Einheitsgewerkschaft geben könne[110].

Das erste innerkatholische Streitgespräch über die unterschiedliche Bewertung der gewerkschaftlichen Situation nach dem Frankfurter Kongreß fand am 13. 12. 1954 im Katholischen Sozialinstitut in Bad Honnef statt. Organisiert und moderiert wurde diese Veranstaltung vom Sozialreferat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Dessen Anliegen war es, den Graben zwischen den konkurrierenden katholischen Positionen zu verkleinern, um den Schaden für die Kirche möglichst gering zu halten. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach der Fortführung der Gespräche mit dem DGB und ob eine „Zugehörigkeit der katholischen Arbeitnehmerschaft im DGB weiterhin noch verantwortet werden kann"[111]. Herbert Reichel gab einen Bericht zum Frankfurter Kongreß, und Oswald von Nell-Breuning trug einen Kommentar zur Rede von Viktor Agartz vor. Ins Zentrum der Kritik stellte Nell-Breuning den „politischen Gehalt der Rede, der uns die eigentliche Sorge bereitet"[112]. Seine Kritik kaprizierte sich auf die von Agartz vertretene These vom liberalkapitalistischen Staat: „Das ist seine 80 Jahre rückständige Vorstellung."[113] Im Ganzen betrachtet, ging Nell-Breuning relativ sachlich auf die einzelnen Argumentationsschritte des Agartzschen Referates ein.

In der anschließenden Diskussion standen sich, laut Protokoll, folgende Positionen gegenüber: „Josef Joos an P. v. Nell-Breuning: Gibt die Rede von Agartz die Auffassung des DGB wieder? P. v. Nell: Sicher stehe Agartz mit seiner Auffassung nicht allein, sondern gebe die Auffassung und Haltung weiter Kreise im DGB wieder. Weite Kreise hätten dagegen ein Mißbehagen. Dort empfinde man Agartz als bösen Geist, wisse aber nicht, wie man denselben loswerden könne. P. Prinz: Kann ein Christ noch Mitglied des DGB sein? (. . .) P. v. Nell: Die Agartzsche Gesellschaftsauffassung ist für uns unannehmbar. Aber hat sich der DGB programmatisch auf den A.-schen Boden gestellt? Sicher nicht im Ganzen."[114] „P. v. Nell: Die Frage, ob eine Einheitsgewerkschaft eine im Prinzip verfehlte Konstruktion ist, sei deswe-

[110] Am 16. 11. 1954 forderte Theo Pirker die Reichel-Gruppe wegen ihrer Angriffe gegen Agartz zu einem Gespräch über die innergewerkschaftliche Demokratie auf. Pirker an Thurmaier am 16. 11. 1954, Material im Besitz des Autors: Reichel.

[111] Niederschrift über die Tagung des Sozialreferates vom 13. 12. 1954, S. 1, in: Archiv der Süddeutschen KAB in München, AO: ZdK I. Zu dieser Tagung wurden verschiedene Protokolle angefertigt.

[112] Nell-Breuning, Kommentar zur Rede von Dr. Viktor Agartz, Manuskript, vorgetragen in Bad Honnef am 13. 12. 1954, S. 1.

[113] Ebenda, S. 18.

[114] Protokoll über die Konferenz zur Gewerkschaftsfrage im Katholischen Sozialinstitut in Honnef am 13. 12. 1954, S. 2, in: Archiv des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Bad Godesberg, AZM, 4240.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen so schwer zu beantworten, weil die Gewerkschaften nicht mehr nur freie Vereine seien, sondern wesentliche öffentlich-rechtliche Aufgaben übernommen haben, z. B. Schöpfung von Rechtsnormen im Tarifvertrag. (. . .) Domkapitular Tenhumberg: untersucht die Frage nach den beiden Gesichtspunkten der Ehre Gottes und des Heiles der Seelen. Ehre Gottes: können wir die gottgewollte Gesellschaftsordnung in und mit diesem DGB verwirklichen? Heil der Seelen: Sind die Mitglieder in den Gewerkschaften in ihrem Glauben gefährdet? Viele Beispiele, daß Mitglieder der Gewerkschaft für die Kirche unansprechbar werden."[115]

Dieses Protokoll vermittelt einen lebhaften Eindruck von den unterschiedlichen Deutungen, Akzentsetzungen und Interessenlagen unter den Sprechern des Sozialkatholizismus. Während Nell-Breuning seinen katholischen Gegenspielern die weitere Entwicklung des DGB als offen darstellte, negierte die Mehrheit der Anwesenden diese Einschätzung und vertrat die Meinung, daß die Gründung einer eigenen Gewerkschaft notwendig sei. Ein Ergebnis der Diskussion bestand schließlich in der Absage weiterer Gespräche mit dem DGB.

Der katholische DGB-Gewerkschafter Franz Deus faßte seine Eindrücke von dieser Diskussion in einem Brief an Nell-Breuning zusammen: „Gewiß ist es richtig, daß man keinen hindern kann, heute oder morgen christliche oder katholische oder freie, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, aber daß in Honnef so viele auf den Gründungsgedanken einschwenkten und dazu mit so wenig stichhaltigen Begründungen, und daß diese anscheinend so gut wie gar nicht sehen, daß wir in einem Staat leben, in dem nur der kleinere Teil christliche Lehren als absolute Normen bzw. mit Einschränkungen anerkennt! Ich frage mich immer wieder, ob nicht doch die in Honnef zahlreich vertreten gewesenen Theologen neben dieser Wirklichkeit herleben!"[116]

Aus Gründen der kirchenpolitischen Loyalität signalisierte Nell-Breuning den Befürwortern einer christlichen Gewerkschaft bereits auf der Honnefer Tagung, daß er keine direkten Angriffe gegen eine christliche Gewerkschaftsgründung vorbringen werde: „Sollten maßgebliche christliche oder katholische Kreise die Gründung einer neuen Gewerkschaft vollziehen, so wäre ich durchaus bereit, mich jeder Stellungnahme zu enthalten, bis der Erfolg gezeigt hätte, ob die Sache lebensfähig ist oder nicht, und zwar unabhängig davon ob ich ‚Gegner einer solchen Gründung' wäre oder nicht. Wie es aber gelingen soll, ‚alle, die Gegner einer solchen Gründung sind', zur Übernahme einer solchen Verpflichtung zu bringen, das vermag ich nicht abzusehen."[117]

Der Kampf um die Verhinderung einer christlichen Gewerkschaft war damit für Nell-Breuning fürs erste verloren. Da, wo er hätte kämpfen müssen, schwieg er aus

---

[115] Ebenda, S. 4 f.

[116] Franz Deus an Nell-Breuning am 29. 12. 1954, Material im Besitz des Autors: Deus.

[117] Bemerkungen von Nell-Breuning zu vorstehenden Erwägungen zur Frage: Einheitsgewerkschaften–christliche Gewerkschaften (von C. Schulte), (Ende 1954), S. 2, in: Archiv des ZdK, Bad Godesberg, AZM, 4240.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gründen der kirchenpolitischen Loyalität. Die Auseinandersetzung um die politischen Positionen des DGB sowie um die weitere Mitarbeit von Katholiken im DGB stand ihm jedoch noch bevor.

9. Nell-Breunings Münchener Rede

Am 11. Januar 1955 hielt Oswald von Nell-Breuning in München, auf Einladung seines Ordensbruders Franz Prinz, einen viel beachteten Vortrag gegen Viktor Agartz[118]. Diese Veranstaltung fand einige Tage vor der Landesbezirkskonferenz des bayerischen DGB statt, auf der auch Viktor Agartz sprechen sollte. Es ist zu vermuten, daß Nell-Breuning und diejenigen, die ihn zu dieser Rede eingeladen hatten, auf die Konferenz Einfluß zu nehmen versuchten. Vielleicht erhoffte man sich damit auch, die in Bayern bereits kurz nach dem DGB-Kongreß in Aussicht gestellte Gründung einer christlichen Gewerkschaft verhindern bzw. hinauszögern zu können[119].

Nach dem Honnefer Vortrag hätte man sich noch ein Streitgespräch zwischen Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz vorstellen können. Nach dem Münchener Vortrag war dies nicht mehr möglich. In Honnef setzte sich Nell-Breuning noch relativ sachlich mit dem Frankfurter Referat von Viktor Agartz auseinander. In München bezog er nun eine intransigente Konfrontationsposition, die nur noch ein Ziel kannte: der Gegner muß ausgeschaltet werden. Auf die Frage: „Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?" gab er in diesem Referat vier Antworten: „I. in einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen; II. er führt in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus; III. (. . .) er führt in die Verantwortungslosigkeit; IV. er führt in die Spaltung des DGB."[120]

Das war keine sachliche Auseinandersetzung mehr, die dem Gegner gerecht werden wollte, das war ein Stoß zu seiner Beseitigung. Die Agartzsche Analyse der gesellschaftspolitischen Situation wurde nicht mehr nur, wie noch in Honnef, als der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit nicht länger adäquat bezeichnet, sie wurde vielmehr als Wahnvorstellung deklariert. Obwohl Nell-Breuning auch eine Reihe sachlicher Argumente anführte, die den Schein einer diskursiven Auseinandersetzung vermitteln sollten, wurde der Duktus seiner Rede doch geprägt durch disqualifizierende Abwertungen der Person von Viktor Agartz. Aus der Wahnvorstellung resultiere der Radikalismus und dieser führe in die Verantwortungslosigkeit und zur Spaltung des DGB: „. . . hier erlebten wir es zum ersten Mal, daß gewerkschaftsoffi-

[118] Vgl. hierzu: Interview mit Franz Prinz, in: Schroeder, Gewerkschaftspolitik, S. 321; Agartz an Wilhelm Mellies am 15. 3. 1955, in: Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt, Akte: Brandel/Pirker/Horn/Agartz; Brief Meyer an Braukmann am 12. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christliche Gewerkschaften I. Teil.

[119] Entschließung des Verbandsausschusses des katholischen Werkvolkes in München am 13./14. 11. 1954.

[120] Oswald von Nell-Breuning, Mit Agartz in die Spaltung des DGB?, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. II, Freiburg 1957, S. 34.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziell oder mindestens gewerkschaftsoffiziös das Prinzip der Verantwortungslosigkeit proklamiert wurde."[121] „Wenn daher, was Gott verhüten möge, Dr. Viktor Agartz sich in bestimmten Kreisen durchsetzen sollte, dann müßte es zur Spaltung kommen. Ich möchte glauben, diese Spaltung würde nicht zwischen christlich-sozialen und sozialistischen Arbeitnehmern verlaufen, sondern mitten durch die sozialistisch gerichtete deutsche Arbeitnehmerschaft hindurchgehen."[122]

Nell-Breunings strategische Hauptlinie zielte auf eine offene Spaltung der sozialdemokratisch/sozialistischen Richtung, um eine Stabilisierung des Bündnisses zwischen christlich-sozialer Minderheit und sozialdemokratischer Mehrheitslinie zu erreichen. Nach Nell-Breunings Vortrag hatte fast kein führender Gewerkschafter mehr das Interesse, Agartz gegen Nell-Breuning zu verteidigen. Der noch acht Wochen zuvor gefeierte Sprecher des DGB stand nun alleine.

Auch in diesem Vortrag argumentierte Nell-Breuning nicht ausdrücklich als Anwalt der christlich-sozialen Richtung im DGB. Vielmehr wurde er für einen Augenblick scheinbar zum Führer des gesamten DGB, zumindest zum Sprecher der DGB-Führung um Walter Freitag und all derer, die sich bisher nicht öffentlich getraut hatten, ihre Vorbehalte gegen Viktor Agartz zu artikulieren. Aus dem deutenden Intellektuellen wurde in der spezifischen Konstellation ein eingreifender Intellektueller.

Sein primäres Handlungsfeld war der soziale Katholizismus. Um dort die notwendige Akzeptanz für die Einheitsgewerkschaft zu erreichen, kämpfte er darum, daß die Agartzsche Position, wegen fehlender Vereinbarkeit mit den Zielen der Einheitsgewerkschaft, ausgegrenzt werde.

Anfang Dezember 1954 schrieb er einem christlich-sozialen DGB-Funktionär: „Ich würde versuchen, ihn [Walter Freitag, DGB-Vorsitzender] davon abzuhalten, entmutigt oder verbittert das Feld zu räumen; ich möchte ihm zureden, lieber auf dem Feld der Ehre zu fallen. Aus dieser meiner Redewendung erkennen Sie, daß ich mir nur wenig Hoffnung mache, er werde gegenüber den wilden Männern die Oberhand gewinnen. Durch standhaftes Aushalten auf seinem Posten, durch Kampf bis zum letzten für das, was Hans Böckler geschaffen hat, kann er sich ein unschätzbares Verdienst um die deutsche Arbeitnehmerschaft erwerben, auch dann, wenn er selbst in diesem Kampfe fällt."[123]

Im Gegensatz zur offenen Beschreibung der gewerkschaftspolitischen Situation gegenüber den katholischen DGB-Gegnern fällt seine an die DGB-Führung gerichtete Einschätzung pessimistisch aus. Sie legt das Bild der militärischen Entscheidungsschlacht nahe und gibt die Entschlossenheit und Feindfixierung wieder, mit der sich Nell-Breuning in diesen „heiligen Krieg" begab. Er signalisierte damit Walter Freitag, daß er bereit sei, seinen Teil zur Ausschaltung von Viktor Agartz beizu-

[121] Ebenda, S. 45.
[122] Ebenda, S. 46.
[123] Nell-Breuning an Braukmann am 7. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christl. Gewerkschaften Teil I.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragen[124]. Der Brief gibt aber eine falsche Einschätzung der wirklichen politischen Kräfteverhältnisse im DGB wieder. Waren doch bereits auf der 1. Bundesvorstandssitzung nach dem Frankfurter Kongreß alle in Frankfurt in Aussicht gestellten politischen Aktionen gegen die Wiederbewaffnung negiert worden[125]; es war längst evident, daß so gut wie kein Gewerkschaftsführer geneigt war, der Agartzschen Position zu folgen[126]. Es ist aber anzunehmen, daß diese zuspitzende und dramatische Darstellung der Situation eine notwendige Bedingung seines emphatischen Engagements gegen Viktor Agartz war.

Weitere Überlegungen, die seiner Intervention gegen Viktor Agartz zugrunde gelegen haben mögen, sind auf seine Stellung im Katholizismus und im Unternehmerlager zurückzuführen. Nell-Breunings schwache Stellung im Kreis der Führungseliten des organisierten Katholizismus war vor allem das Ergebnis eines Übergewichtes integraler Tendenzen[127]. Das Urteil Gustav Gundlachs, des damals ranghöchsten deutschen Sozialethikers und Beraters Papst Pius XII., über das Verhalten Nell-Breunings in der Agartz-Kontroverse verdeutlicht dies: „Als er in München seine Rede gegen Agartz hielt, beging er einen Fehler ersten Ranges. Er tat so, als sei immer noch nicht klar, daß Agartz mit dem DGB identisch ist: Ja er drückte die Hoffnung aus, daß dies nicht der Fall sei und berief sich auf den ‚DGB des Hans Böckler'. (. . .) Die Rede von Pater von Nell war nur eine ‚halbe' Bekehrung von der Irenik. Sollte nicht für alle die klare Konsequenz sein, daß der DGB nicht zu verchristlichen ist?"[128]

Diese Aussagen unterstreichen, wie groß die analytische Differenz zwischen Nell-Breuning und Gundlach in dieser Frage war. Wie realitätsfremd und machtfern mutet erst die Vorstellung an, daß der DGB zu „verchristlichen" sei. Dies in Rechnung stellend, wird deutlich, daß Nell-Breuning in den fünfziger Jahren eine Ausnahme unter Deutschlands führenden Sozialethikern darstellte: Er war der analytisch Modernste.

Die Wirkung seiner Münchener Rede gegen Agartz bewertete Nell-Breuning acht Wochen später: „Die Rede hat offenbar gut eingeschlagen: in ‚kirchlichen' und Unternehmerkreisen hat sie mich ‚rehabilitiert'; die Gewerkschaften haben sich selbst geehrt durch die Art, wie sie sie aufgenommen haben."[129]

Nell-Breunings Stärke beruhte auf einer relativen institutionellen Unabhängigkeit. Diese setzte voraus, daß er als vermeintlicher Repräsentant des Allgemeinwohles in

---

[124] Am Ende des Briefes heißt es: „Ich ermächtige Sie, von diesem meinem Brief nicht nur gegenüber Herrn Föcher, sondern auch gegenüber Herrn Freitag Gebrauch zu machen; vielleicht tut er bereits den gleichen Dienst wie eine Aussprache." In: Ebenda.

[125] Vgl. Protokoll über die 27. Sitzung DGB-Bundesausschuß am 15. 11. 1954, S. 5–8, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Bundesausschuß 1954.

[126] Eine Ausnahme war der Vorsitzende der IGCPK, Hermann Gefeller.

[127] Hiermit ist die Vorstellung gemeint, die gesellschaftliche Ordnung allein aus dem katholischen Glauben heraus gestalten zu können.

[128] Gustav Gundlach an Herbert Reichel am 18. 5. 1955, Material im Besitz des Autors: Reichel.

[129] Nell-Breuning an Deus am 16. 3. 1955, Material im Besitz des Autors: Deus.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allen Lagern Anerkennung fand. Dazu gehörten auch die Unternehmer, die durch diverse Äußerungen Nell-Breunings aus dem Jahre 1954 beunruhigt zu sein schienen. Nach seiner Intervention gegen Agartz durfte er darauf hoffen, auch hier wieder das notwendige Vertrauen zu finden[130].

Nach dem Honnefer Treffen, im Dezember 1954, gab Franz Deus im Hinblick auf das Münchener Referat folgende Vorschläge an Nell-Breuning: „Ich meine, das Referat müßte die gleiche Verbreitung finden wie das Agartz'sche. Nur dürfte es m. E. nicht da stehen bleiben, wo es in Honnef aufhörte, sondern müßte in einem zweiten Teil das bringen, was wir aus der Sicht der katholischen Soziallehre zu den von Agartz behandelten Fragen zu sagen haben. Nur so kann man m. E. die Wirkung des Agartz'schen Referates, das von vielen Funktionären kritiklos nachgebetet wird, paralysieren."[131] Nell-Breunings Antwort: „. . . ich lasse mir Ihren guten Wink dienen und will versuchen, nicht nur Agartz zu zerzausen, sondern auch etwas Positives zu bieten"[132]. Da seine eigenen konzeptionellen Vorstellungen (z. B. Investivlohnkonzept, Berufsständische Ordnung) in den Gewerkschaften keine Resonanz fanden, brachte er diese in München nicht ins Spiel. Statt dessen beschränkte er sich auf das Feld der Kritik.

Vor dem Hintergrund der hier dargelegten Bedingungen und Motive lassen sich in Nell-Breunings Kampf gegen Agartz drei grundsätzliche Ziele hervorheben, die auch seine Münchener Rede prägten: 1. Von seiner Rede versprach er sich eine Signalwirkung für die Stabilisierung des Bündnisses zwischen christlich-sozialer Minderheit und sozialdemokratischer Mehrheit im DGB. 2. Weiterhin versuchte er seine Stellung im DGB und im Katholizismus zu verbessern. Damit hoffte er auch, die DGB-Akzeptanz im sozialen Katholizismus zu erhöhen. 3. Ein ebenfalls einkalkulierter Effekt war die Wirkung der Rede auf die Unternehmerschaft.

10. Viktor Agartz' Fall im DGB

Sonderdrucke der „Gesellschaftspolitischen Kommentare" und der „Politisch-Sozialen-Korrespondenz" trugen Sorge dafür, daß das Referat einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurde. Hinzu kamen eine Fülle von Besprechungen in den Tages- und Wochenzeitungen. Seine Rede wurde also zu einem Medienereignis, gleich der Rede von Viktor Agartz auf dem Frankfurter Kongreß.

Für die Dynamisierung der Kritik an Viktor Agartz trägt die Christlich-Soziale Kollegenschaft mit den vierzehntägig erscheinenden „Gesellschaftspolitischen Kommentaren" eine wesentliche Verantwortung. Über ein Jahr hinweg erfolgte in jeder Nummer ein Frontalangriff auf die Person und das Konzept von Viktor Agartz.

---

130 Hierzu eine Anmerkung aus einem Brief Schmitt's, dem Verbandspräses der westdeutschen KAB, an Gundlach: „Neben dem Bundeswirtschaftsminister sind auch einige Unternehmer, die sonst gutwillig und klarsichtig sind, Herrn von Nell gegenüber sehr verschnupft. Ob den Alten das beeindrucken wird?" Schmitt an Gundlach am 18. 11. 1954, in: AKH.

131 Deus an Nell-Breuning am 29. 12. 1954, S. 2, Material im Besitz des Autors: Deus.

132 Nell-Breuning an Deus am 31. 12. 1954, in: Ebenda.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Die interessierten Dritten"[133] hatten in Nell-Breuning einen Sprecher für ihre Interessen gefunden. Seine öffentlichkeitswirksame Intervention erleichterte es auch den Gewerkschaftsspitzen, die in Frankfurt noch zu den ersten Gratulanten gehörten, sich offen von Agartz zu distanzieren. Neben die offensive Kritik aus katholischen und einigen sozialdemokratischen Kreisen, die bald nach dem Frankfurter Kongreß in der Presse erschien, trat die Kritik in den internen Gremien des DGB und der SPD. In der sozialdemokratischen Partei war es vor allem der wirtschaftspolitische Ausschuß beim Parteivorstand, der sich in seinen Ausschußsitzungen gegen das Frankfurter Referat aussprach und dieses als unvereinbar mit dem Berliner Programm bezeichnete[134].

Es kam weder zu einem Streitgespräch der beiden Kontrahenten noch zu einer offenen Kontroverse über die unterschiedlichen Konzeptionen in den offiziellen gewerkschaftlichen Publikationen. Erstaunlicherweise trat auch Agartz nicht an die Öffentlichkeit, um sich gegen Nell-Breunings Angriffe zur Wehr zu setzen[135]. Es war aber auch sonst niemand bereit, sein Ansehen einzusetzen, um eine offene Diskussion zu ermöglichen.

Der DGB-Vorstand hatte Agartz mit dem Referat in Frankfurt beauftragt. Er kannte aller Wahrscheinlichkeit nach die einzelnen Argumentationslinien des Referates vor seiner Verlesung, und er gehörte zu den ersten Gratulanten nach der Rede. Von all dem wollte er nun nichts mehr wissen. Daß er sich nicht hinter Agartz stellte, unterstreicht einmal mehr, daß das Agartzsche Referat wegen seiner atmosphärischen Wirkung ausgewählt wurde und nicht wegen seiner inhaltlich-strategischen Orientierungen. Die IGM-Führung um Otto Brenner, die wichtigste gewerkschaftliche Kraft, hatte ebenfalls kein Interesse, Agartz zu stützen. Bereits kurz nach dem Frankfurter Kongreß wendeten sich führende Funktionäre in den IGM-Gremien gegen Agartz[136].

In der SPD gab es nur vereinzelten Widerspruch gegen die Annäherung an den sozialen Katholizismus, und dieser blieb ohne Öffentlichkeitswirkung. Einige der Kritiker nahmen das Nell-Breuning-Referat zum Anlaß, ihren Unmut gegen die innerparteilichen Machtverschiebungen, die bei einer solchen Annäherung erwartet wurden, zu artikulieren: „Es ist tatsächlich keine erstmalige Erfindung von Nell-Breuning, mit einer leichten Verbeugung gegen Marx, in Antisozialismus zu machen. Es gibt eben sehr verschiedene Arten, seiner antisozialistischen Grundhaltung Ausdruck zu geben. (. . .) Die Art der Polemik, in der Agartz klassenkämpferi-

---

133 Vgl. Rolf Schroers, Der Partisan, Köln 1961, S. 247 ff.

134 Vgl. Protokolle des wirtschaftspolitischen Ausschusses vom 3. 12. 1954 bis zum 10. 6. 1955, in: ASD-PV-Bestand. Wipo-Ref. L 12, 01609, 12 ff. + L 13, 01609, 8 f.

135 Versuche, „auf einer Versammlung in München und in Würzburg mit den anwesenden Schülern und Ordensbrüdern Nell-Breunings in eine offene Debatte einzutreten (scheiterten; W. Sch.). An einer solchen Debatte aber war Nell-Breuning und seinen Freunden nicht gelegen"; vgl. Pirker, Macht, Bd. 2, S. 150.

136 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Beirates der Industriegewerkschaft Metall am 14./15. 12. 1954, in: Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher Radikalismus und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen wurde, stimmt vollkommen mit den im wahren Sinne des Wortes jesuitischen Darlegungen des Artikels in der ‚Neuen Gesellschaft' überein. Zweck der Übung ist zweifelsfrei nicht nur die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die Nell-Breuning in Aussicht stellte, sondern auch einen Keil in die sozialistische Bewegung selbst zu treiben."[137] Der Autor dieses Briefes lehnte es ab, daß Gespräche mit führenden Vertretern des Katholizismus von der Parteileitung angeordnet wurden, bevor innerhalb der Partei eine Diskussion über diese Frage herbeigeführt worden war.

Die Position von Viktor Agartz war durch die Entwicklung im WWI, in der SPD und im DGB sowie durch die Offensive des Sozialkatholizismus, vor allem die Rede Nell-Breunings, erheblich geschwächt. Zusätzlich belastete er seine prekäre Situation noch durch eigene Fehler. Der erste und vielleicht entscheidende bestand in der Herausgabe eines Sonderheftes der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" (GMH), in dem Walter Horn den Aufsatz „Oswald von Nell-Breuning S. J. kontra Oswald von Nell-Breuning S. J." veröffentlichte. Horn versuchte darin nachzuweisen, daß „dieses auch heute noch von allen anerkannte Frankfurter Programm durchaus in Übereinstimmung stand mit allen Postulaten, die in München 1949 aufgestellt und die in ähnlicher Form von Nell-Breuning früher selbst vertreten worden sind"[138].

Der Versuch, die Diskussion wieder in der öffentlichen Arena zu führen, hatte lediglich die Aufwertung Nell-Breunings zur Folge, ohne daß es zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung kam. Nell-Breuning schätzte die gewerkschaftspolitische Situation nach der Herausgabe der Horn-Broschüre so ein: „Falls Sie es noch nicht wissen sollten: Agartz befindet sich dem Hauptvorstand der SPD und dessen wirtschaftspolitischen Ausschuß gegenüber noch sehr viel mehr in Bedrückung und Verteidigungshaltung als im Verhältnis zu mir."[139]

Wohl wissend, daß die SPD in der Agartz-Linie eine Belastung sah, die die Glaubwürdigkeit ihres Modernisierungswillens in Frage stellte, ging Nell-Breuning mit dem DGB-Bundesvorstand und der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" hart ins Gericht. Er forderte den DGB-BV auf, sich von dieser Broschüre zu distanzieren, und schlug eine Umbesetzung der Redaktion der „GMH" vor[140]. Massive Unterstützung erhielten seine Forderungen von seiten der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker Karl Schiller[141], Gerhard Weisser und Heinz Ort-

---

137 Reventlow an Eichler am 14. 1. 1955, in: ASD-PV-0652-Neue Gesellschaft 1954–1958.

138 Walter Horn an Kuno Brandel am 26. 10. 1955, in: Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt, AO: Agartz, Pirker, Brandel.

139 Nell-Breuning an Reichel am 17. 5. 1955, Material im Besitz des Autors: Reichel.

140 Nell-Breuning an Georg Reuter am 25. 5. 1955, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP), Nachlaß Braukmann I-193-006; Nell-Breuning an Matthias Föcher am 10. 6. 1955, in: Ebenda; Nell-Breuning an Matthias Föcher am 16. 6. 1955, in: Ebenda; Aktennotiz Braukmann, Besuch bei Nell-Breuning am 20. 6. 1955, in: Ebenda.

141 Schiller an Freitag am 14. 6 1955, in: Ebenda.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lieb[142], die anscheinend nur auf einen solchen Anlaß gewartet hatten, um den DGB zu einer offiziellen Distanzierung zu bewegen.

Die Horn-Broschüre wurde von den Christlich-Sozialen innerhalb und außerhalb des DGB als Frontalangriff auf die katholische Soziallehre und damit auch auf die katholische Kirche bewertet[143]. Auf dieser grundsätzlichen Ebene argumentierend, versuchten sie den DGB zu weiteren Zugeständnissen an die christlich-soziale Richtung zu veranlassen. Am 15. Juni 1955 kam es zu einem Treffen zwischen Vertretern der Christlich-sozialen Kollegenschaft und Walter Freitag. Dabei wurde eine DGB-offizielle Distanzierung von der Horn-Broschüre vereinbart[144]. Auf der 30. Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, am 27. Juni 1955, distanzierte sich der DGB von der Broschüre und verbot deren Verbreitung[145]. Daß sich der DGB-Vorstand von einer Veröffentlichung in einem gewerkschaftlichen Publikationsorgan öffentlich distanzierte, ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des DGB.

Der unmittelbare Anlaß für den derart vorbereiteten Sturz von Viktor Agartz wurde dann eine Affäre, deren Einzelheiten bis auf den heutigen Tag noch nicht endgültig aufgeklärt wurden. Im Kern ging es um eine Intrige, deren Initiator Agartz selbst gewesen sein soll. Agartz habe versucht, den mißliebigen Gegenspieler in der Führung des WWI, Bruno Gleitze, durch belastendes Material über dessen politische Vergangenheit in der SBZ auszuschalten. Da die Briefe sich als Fälschungen erwiesen haben sollen, wurden beide beurlaubt[146]. Die Beurlaubung von Viktor Agartz, am 8. Oktober 1955, verhinderte jedoch nicht, daß es am 15. Oktober 1955 zur Gründung der Christlichen Gewerkschaften kam. Am 21. Dezember 1955 schied Viktor Agartz offiziell aus dem WWI aus. Ebenfalls entlassen wurden Theo Pirker und Walter Horn, die im WWI eng mit Viktor Agartz zusammengearbeitet hatten. Versuche seitens des bayerischen DGB-Vorsitzenden Max Wönner[147] und mittlerer und unterer Kader, diese Entlassungen abzuwenden, scheiterten[148].

Nach dem Ausscheiden von Agartz beurteilte Nell-Breuning die Entlassung seines ärgsten Gegenspielers: „Nun ist der Fall Agartz ausgestanden. Aber wir verdanken es nur den maßlosen Dummheiten und Taktlosigkeiten A's, daß die Gründung christlicher Gewerkschaften ihn nicht wieder in den Sattel gesetzt hat. Ich darf mir in aller Bescheidenheit einen Anteil an der damit gefallenen Entscheidung zuschreiben, aber ich fürchte, daß das nur in sozialistischen Kreisen anerkannt und mir

---

142 Ortlieb an den Bundesvorstand des DGB am 31. 5. 1955, abgedruckt in: Michael Nr. 24 vom 12. 6. 1955.

143 Vgl. Deus an Braukmann, in: ACDP, Nachlaß Braukmann I-193-006.

144 Herbert Reichel an Karl Albin am 19. 9. 1955, Material im Besitz des Autors: Reichel.

145 Protokoll über die 30. Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes am 27. 6. 1955, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Geschäftsführender BV.

146 Vgl. hierzu die Darstellung bei Riesche, Agartz, S. 57 ff.

147 Schreiben von Max Wönner an den DGB-BV vom 31. 10. 1955 wurde am 22. 11. 1955 abgelehnt, vgl. Scholl, Neugründung, S. 185.

148 Vgl. hierzu die Solidaritätsschreiben, die aus der gesamten Republik in den Gewerkschaftszentralen eintrafen. Vgl. Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt und DGB-Archiv, Düsseldorf.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gedankt werden wird. Der erste Urheber meiner Aktion war übrigens Pater Prinz!"[149]

11. Resümee

Die Entwicklung und das Ergebnis des Konfliktes zwischen Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning spiegeln die Krise der Gewerkschaften und die Polarisierung zwischen katholischem und sozialistischem Denken in den fünfziger Jahren wider. Die besondere Dynamik dieser Kontroverse ist zurückzuführen auf die wechselseitige Verstärkung des sozialdemokratischen Modernisierungsprozesses, des katholischen Gewerkschaftsstreites und der gewerkschaftlichen Krise. All dies war geprägt durch die Atmosphäre des „Kalten Krieges".

Die Kontroverse verfestigte und stabilisierte sowohl die Schwäche des Dachverbandes gegenüber den Einzelgewerkschaften wie auch die pragmatische und politisch abstinente Haltung des DGB. Für die Stellung der Gewerkschaften in Politik und Ökonomie gingen von dieser Kontroverse also keine Anstöße aus, die den Gewerkschaften eine neue strategische Orientierung vermittelt hätten.

Mit Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning standen 1954/1955 zwei Intellektuelle im Rampenlicht der Öffentlichkeit, deren wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Vorstellungen sich nicht durchsetzen konnten. Die Bedeutung von Viktor Agartz bestand darin, daß er in der Zeit der gewerkschaftlichen Defensive der bedeutendste Sprecher gegen die Kritiker der Gewerkschaften in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat war. Zudem gab er wesentliche Anstöße für die gewerkschaftliche Ideologie- und Lohnpolitik. An der Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik war er bis hin zum DGB-Aktionsprogramm 1955 maßgeblich beteiligt. Seine stärkste Resonanz fand er auf der mittleren Funktionärsebene, insbesondere unter den gewerkschaftlich-betrieblichen Funktionären. Aber auch in vielen Einzelgewerkschaften fanden seine Ideen Zustimmung, wie die zahlreichen Einladungen als Sprecher bei gewerkschaftlichen Großveranstaltungen unterstreichen.

Dagegen hatte Oswald von Nell-Breunings Einfluß auf die gewerkschaftliche Diskussion einen indirekteren Charakter. Er bildete einen intellektuellen Brückenkopf zwischen der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Arbeiterbewegung.

Während Agartz für die Fortschreibung des Münchner Programms plädierte, setzte sich Nell-Breuning für dessen Revision ein. Sowohl das Konzept einer „Wirtschaftsneuordnung" wie auch die proklamierte „Berufsständische Ordnung" lagen 1954 fern ab von den realpolitischen Diskursen in Partei, Gewerkschaft und Katholizismus. Für Agartz waren die Gewerkschaften eine Gegenmacht, der auch ein politisches Initiativrecht zusteht. Für Nell-Breuning waren sie „befestigte Organisatio-

[149] Nell-Breuning an Jakob David am 24. 12. 1955, in: Archiv der Schweizer Provinz der Jesuiten in Zürich, Nachlaß: David.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen", die es politisch zu neutralisieren galt. Entscheidende Differenzen existierten in der Lohnpolitik, wo Agartz eine „expansive Lohnpolitik" und Nell-Breuning eine „Investivlohnpolitik" forderten.

Der Erfolg von Viktor Agartz auf dem Frankfurter DGB-Kongreß schien die Möglichkeit einer Veränderung der innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse zu bieten und damit auch eine andere Orientierung der gewerkschaftlichen Politik. Unterschiedlichste Kräfte trugen Sorge dafür, daß dies nicht eintrat. Ihr offensivster Sprecher war Oswald von Nell-Breuning. Mit seiner vehementen Kritik an Viktor Agartz drängte er ihn und seine Anhänger in die Defensive und Isolierung, während er selbst für eine kurze Zeit zu einer strategischen Schlüsselfigur wurde. Es ist jedoch nicht primär auf Nell-Breuning zurückzuführen, daß Agartz aus dem DGB gedrängt wurde, sondern auf die oben genannte Konstellation, in der Agartz aufgrund seiner intransigenten Haltung aus der Sicht seiner Gegner nicht mehr bündnisfähig war. Zusätzlich belastet wurde die Situation zuungunsten von Viktor Agartz durch eigene Fehler bzw. die seiner Mitarbeiter (Horn-Broschüre).

Nell-Breunings Engagement gegen Viktor Agartz und das gewerkschaftliche Neuordnungsprogramm erfolgte vor dem Hintergrund einer polarisierten innerkatholischen Kontroverse über das Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft, in welcher er unter den führenden Repräsentanten eine Minderheitsposition vertrat. Deshalb verfolgte seine Kritik an Viktor Agartz auch das Ziel, seine katholischen Kritiker in den Fragen der Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu überzeugen und somit seine konzeptionelle Hegemoniefähigkeit im Sozialkatholizismus zu fördern. Aus seinem punktuellen Einfluß im DGB erwuchs jedoch kein dauerhafter; die Suche nach einer innergewerkschaftlichen Operationsbasis war auch danach für ihn nicht leichter geworden, wie die Kontroversen der nächsten Jahre zeigten.

Die gewerkschaftliche Strategiediskussion der fünfziger Jahre wird auch von der sozialdemokratischen Modernisierungs- und durch die katholische Gewerkschaftsdiskussion beeinflußt. Während die Modernisierungskräfte in der SPD von der christlich-sozialen Drohpolitik gegen den DGB unmittelbar profitierten, indem ihre innerparteilichen Gegner in DGB und SPD geschwächt wurden, rief die Öffnungsstrategie der SPD innerhalb des Katholizismus erst mittelbar Reaktionen hervor. Denn trotz einer zunehmenden Öffnung der SPD und einer expliziten Unterordnung der Gewerkschaften unter die Parteien kam es 1955 zur Gründung christlicher Gewerkschaften.

Der Bedeutung der Wahlniederlagen für die SPD entspricht auf Seiten des DGB die Drohung der christlich-sozialen Richtung mit der Spaltung. Beides, sowohl die Wahlniederlagen der SPD als auch der Spaltungsdruck der Christlich-Sozialen, waren nur äußere Ereignisse. Dahinter standen umfassende Veränderungen politischer, ökonomischer, sozialstruktureller und mentalitätsgeprägter Art, so daß der Konflikt zwischen Nell-Breuning und Viktor Agartz nur die gebrochene Optik eines realen Konfliktes widerspiegelte. Und zwar des Konfliktes zwischen der ideologischen und praktischen Anpassung an den modernisierten Wirtschaftswunder-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kapitalismus auf der einen Seite und dem Festhalten an den reformsozialistischen Neuordnungsvorstellungen andererseits.

Das unterschiedliche Ansehen und die unterschiedliche Bedeutung, die Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz in der Bundesrepublik genießen, hat sich auch im geschriebenen Gedächtnis niedergeschlagen. Blättern wir im jüngst erschienenen „Lexikon Linker Leitfiguren"[150], so finden wir unter dem Buchstaben A so bekannte Namen wie Abendroth, Adorno usw., suchen aber vergeblich den Namen Agartz. Beim Buchstaben N finden wir dagegen eine ausführliche biographische Abhandlung zu Oswald von Nell-Breuning.

[150] Edmund Jacoby (Hrsg.), Lexikon Linker Leitfiguren, Frankfurt 1988, Nell-Breuning, S. 291.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN RÜTHER

LAGE UND ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER ARBEITERSCHAFT: DIE VERTRAUENSRATSWAHLEN IN KÖLN 1934 UND 1935

I.

Die seit etwa zwei Jahrzehnten intensiv betriebene historische Forschung zum Verhalten der Arbeiterschaft im Dritten Reich ist von ihren Ansätzen wie von ihren Ergebnissen her äußerst vielfältig. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt sicherlich darin, daß mit den Begriffen „Arbeiterbewegung" und „Arbeiterschaft" häufig Annahmen verknüpft wurden, die die Behandlung der Thematik von vornherein beeinflußten. So resümierte Ulrich Herbert in einer „Zwischenbilanz" zur Erforschung der „Arbeiterschaft im ‚Dritten Reich'", die Urteile der modernen Historiographie zu diesem Komplex seien geprägt von der Divergenz zwischen dem Verhalten, das von der Arbeiterschaft „eigentlich" zu erwarten gewesen wäre, und der tatsächlichen Entwicklung[1]. Erwartet wurden vielfach „Widerstand", „Klassenkampf", „Opposition", „Resistenz", „Protest" oder ähnliche Haltungen als Ausdruck der völligen oder doch partiellen Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes, dem es nur durch Repression und Terror gelungen sei, die „Arbeiterklasse" zu unterdrücken[2]. Dabei wurde zumeist von einer homogenen Gruppe – von „der" Arbeiterschaft – ausgegangen, für die zudem oft ein hoher Grad der Politisierung vorausgesetzt wurde. Und selbst Historiker, die die Bedeutung des Politischen relativierten und wirtschaftliche Gesichtspunkte stärker in den Mittelpunkt rückten, sprachen von einem „wirtschaftlichen Klassenkampf auf breiter Front"[3], wobei es der gemeinsam erfahrene Alltag im Betrieb gewesen sei, „der die Grundlage spontaner kollektiver Aktionen bildet, die wiederum die Identifikation gemeinsamer Interessen, die Entstehung von Solidarität" gefördert habe[4].

---

[1] Vgl. Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im „Dritten Reich". Zwischenbilanz und offene Fragen, in: GuG 15 (1989), S. 321.

[2] Auf einen detaillierten Überblick der die skizzierte Richtung repräsentierenden Literatur wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. als Orientierungen Herbert, Arbeiterschaft, und Matthias Frese, Zugeständnisse und Zwangsmaßnahmen. Neuere Studien zur nationalsozialistischen Sozial- und Arbeitspolitik, in: NPL 32 (1987), S. 53–74. Zur Forschungsliteratur zu „Streiks und anderen Protestformen" vgl. Günter Morsch, Streik im „Dritten Reich", in: VfZ 36 (1988), S. 654 ff.

[3] Timothy Mason, Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 293.

[4] Michael Voges, Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft". Die „Deutschland-Berichte" der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Werner

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Sicht ist in solcher Eindeutigkeit schwerlich aufrechtzuerhalten. So stellt sich die Frage, inwieweit solidarische Verhaltensweisen überhaupt die Jahre der Wirtschaftskrise überdauert hatten. Wenn betont wird, die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung seien 1933 gewaltsam zerschlagen worden, so trifft das zu; auch für die Feststellung, daß es der NSDAP bzw. der NSBO vor 1933 kaum gelungen sei, „die Loyalität von Mitgliedern und Anhängern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften zu unterminieren"[5], können zahlreiche Gründe und Belege angeführt werden, doch die darüber hinauszielenden Fragen nach den Interessen, der Lage und dem Verhalten der Arbeiterschaft bleiben in vielen Untersuchungen unbeantwortet. Andererseits versucht die historische Wahlforschung seit geraumer Zeit, den Nachweis zu führen, daß die „Einbindung bedeutender Teile der deutschen Arbeiter in das nationalsozialistische Herrschaftssystem ... keineswegs aus heiterem Himmel" erfolgte, sondern sich schon vor 1933 abgezeichnet habe, als die NSDAP bei den Reichstagswahlen einen bedeutend höheren Anteil von Arbeitern für sich habe mobilisieren können, als das von den meisten Historikern konzediert werde[6]. Durch solch konträre Forschungsergebnisse entwickeln sich einseitige Sichtweisen, die – so Herbert – nur in einem „mühsamen Prozeß des Austarierens" zu korrigieren sind[7].

Beispielsweise wird selten gefragt, wie die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung im Jahr 1933 eigentlich auf die Arbeiter selbst gewirkt hat. Oft vorschnell wird von einer Schockwirkung gesprochen, ein abrupter Bruch konstatiert, ohne die Konsequenzen der Wirtschaftskrise für das Bewußtsein und die soziale Situation der Arbeiter gebührend einzubeziehen. Hier lagen offensichtlich die eigentlichen Schockerlebnisse für die Betroffenen und nicht so sehr in den politischen Ereignissen des Jahres 1933. Schon in der Endphase der Weimarer Republik hatte sich die soziale Wahrnehmung eines Großteils der Arbeiter auf das unmittelbare Umfeld der eigenen Existenz reduziert; gesellschaftlichen und politischen Ereignissen wurde immer weniger Interesse entgegengebracht[8]. Daher sollte eine

Plum (Hrsg.), Die „Grünen Berichte" der Sopade. Gedenkschrift für Erich Rinner (1902–1982), Bonn 1984, S. 204.

[5] Mason, Arbeiteropposition, S. 296.

[6] Jürgen W. Falter, Warum die deutschen Arbeiter während des „Dritten Reiches" zu Hitler standen, in: GuG 13 (1987), S. 217.

[7] Herbert, Arbeiterschaft, S. 322.

[8] Herbert, ebenda, S. 355, setzt diese Entwicklung erst für die Zeit der Eskalation des Bombenkrieges an. Belege für solche Erscheinungsformen bereits vor 1933 beispielsweise bei Martin Rüther, Arbeiterschaft in Köln 1928–1945, Köln 1990, S. 31 ff. Wenn Mason zur Verdeutlichung der Konsequenzen, die das Jahr 1933 für die Arbeiterschaft mit sich brachte, auf das Bild des „Zuchthauses" zurückgreift, und die „politische Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1933" als Hauptgrund „für die Unterjochung dieser Klasse in der ganzen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft" begreift, so wird den Jahren der Wirtschaftskrise zu wenig Gewicht beigemessen. Entsprechend seinem Ansatz kommt Mason daher auch zu dem Ergebnis, daß sich die Arbeiter erst nach 1933 stärker in ihre Privatsphäre zurückzogen, und zwar „aufgrund von Niederlage und Zweifel" an den Organisationen der Arbeiterbewegung, wobei das so geschaffene „Zuchthaus" ausdrücklich als politisches bezeichnet wird. Vgl. Timothy Mason, Die Bändigung der Arbeiterklasse im national-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Untersuchung des Arbeiterverhaltens in dem hier behandelten Zeitraum die Bedeutung von „Politik" nicht überbewerten[9], sondern andere Motivationen stärker berücksichtigen.

Daß ein stärker auf die soziale und materielle Situation abhebender Ansatz zur Erklärung des Verhaltens der Arbeiterschaft während des Nationalsozialismus weitaus erkenntnisfördernder ist als ein vorwiegend politikorientierter, wird im folgenden zunächst anhand einer Analyse der Vertrauensratswahlen der Jahre 1934 und 1935 gezeigt, um dann einige allgemeinere Strukturen zu skizzieren, die die Haltung und Handlungsweise der Industriearbeiter bestimmten.

Spätestens mit der im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" (AOG) vom 20. Januar 1934 festgeschriebenen Übertragung des Führerprinzips auch auf das betriebliche Leben gab es keine Betriebsräte oder andere wirksame Interessenvertretungen der Belegschaft mehr. Die Institution des Betriebsrates, die durch das „Gesetz über Betriebsvertretungen" schon im April 1933 faktisch abgeschafft worden war[10], wurde nun auch formal endgültig beseitigt. An ihre Stelle trat der „Vertrauensrat", dessen Aufgabe lediglich darin bestand, dem Führer des Betriebes „beratend zur Seite" zu stehen. Dabei sollte er von der Intention her keineswegs die Position der Arbeiter beziehen und deren Interessen vertreten, sondern lediglich die Maßnahmen der Firmenleitung unterstützen und eventuelle Konflikte bereits im Keim ersticken[11]. Eigene Handlungsfähigkeit besaß der Vertrauensrat nach dem Gesetzestext nicht. Sein Vorsitzender war automatisch der Betriebsführer, der aus seiner durch das AOG festgelegten Machtbefugnis heraus die alleinige Entscheidungsbefugnis hatte[12]. Die Funktion der neuen Institution wurde vom NSBO-Funk-

---

sozialistischen Deutschland. Eine Einleitung, in: Carola Sachse u. a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung, Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 51 f.

9 So auch eine Forderung von Herbert, Arbeiterschaft, S. 324, der hierbei vor allem auf die Ergebnisse der lebensgeschichtlich orientierten Untersuchungen des „Ruhrgebietprojektes" zurückgreift, das Zweifel daran wecken würde, „ob ‚Politik' im Sinne von ‚Parteipolitik' Organisationsfragen, aktivem Engagement oder Diskussion über politische Themen eine so dominierende Rolle im Leben selbst von Wählern und Anhängern der Arbeiterparteien gespielt hat".

10 Vgl. dazu ausführlich Rüther, Arbeiterschaft, S. 115 ff.

11 Vgl. beispielsweise die Bewertung bei Matthias Frese, Nationalsozialistische Betriebspolitik 1933–1939. Untersuchungen zum Verhältnis von Deutscher Arbeitsfront, Industrie und Staatsbürokratie, Diss. Heidelberg 1988, S. 267: „In der Befriedung der Belegschaft durch scheinbare Interessenvertretung erblickten wohl die weitaus meisten Unternehmer die eigentliche Funktion des Gremiums."

12 Zur Funktion der Vertrauensräte vgl. neben den eher juristisch argumentierenden Arbeiten von Andreas Kranig, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983, und Wolfgang Spohn, Betriebsgemeinschaft und innerbetriebliche Herrschaft, in: Sachse, Angst, S. 140 ff., jetzt vor allem Frese, Betriebspolitik, S. 258 ff., Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Diss. Freiburg 1986, S. 338 ff., Wolfgang Zollitsch, Die Vertrauensratswahlen von 1934 und 1935. Zum Stellenwert von Abstimmungen im „Dritten Reich" am Beispiel Krupp, in: GuG 15 (1989), S. 363 ff. Vgl. auch Gunther Mai, „Warum steht der deutsche Arbeiter zu Hitler?" Zur Rolle

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionär Hupfauer in aller Deutlichkeit charakterisiert: „Eure Aufgabe besteht nicht in einer einseitigen Interessenvertretung der Arbeiter im Sinne des früheren Betriebsrates, sondern ihr seid nichts anderes als Mithelfer in der Betriebsführung . . ."[13] Die vorgegebene Kompetenzverteilung kommentierten die „Deutschland-Berichte" folgendermaßen: „In seiner burschikosen Art hat Ley den Sachverhalt ganz richtig ausgedrückt, wenn er in einer Kundgebung in Frankfurt erklärte: In dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit fehle vielleicht noch die Bestimmung: ‚Wenn der Vertrauensrat sich nicht gutwillig einigen kann, dann sperre man ihn bei Wasser und Brot solange ein, bis er sich einig ist.' Die ‚Einigkeit' des Vertrauensrates . . . ist in der Tat des Gesetzes letzter Schluß."[14]

Solche Einigkeit wurde auch von der Betriebsgemeinschaft erwartet. Da das Führerprinzip keine Wahlen zum Vertrauensrat zuließ, andererseits aber eine formal festgeschriebene reine Oktroyierung – faktisch handelte es sich aber gerade darum – nicht angebracht erschien, wurde den Belegschaften die Möglichkeit der „Stellungnahme" zu einer Liste von Vertrauensmännern eingeräumt. Solche Listen wurden vom Betriebsführer „im Einvernehmen" mit dem NSBO-Betriebszellenobmann aufgestellt. Für den Fall, daß keine Einigung erzielt oder die Liste von der Belegschaft abgelehnt wurde, sollte der Vertrauensrat vom Treuhänder der Arbeit berufen werden[15]. Das Ergebnis war jedoch in jedem Fall das gleiche: Die Belegschaften waren aus den betrieblichen Entscheidungsprozessen ausgeschaltet.

Die erste Gelegenheit zu einer solchen „Stellungnahme" stellten die Vertrauensratswahlen im April 1934 dar, bei denen den Belegschaften die von Unternehmensleitung und NSBO-Betriebszellenobmann zusammengestellten Listen zur Abstimmung vorgelegt wurden. Ein grundlegendes Merkmal des Nominierungs- und Wahlverfahrens war es, daß in den Betrieben keine Diskussionen über die Kandidaten erlaubt waren und keine konkurrierenden Listen aufgestellt werden durften[16]. Die zur Wahl stehende Liste selbst war zudem durch das Wahl- und Auszählungs-

der Deutschen Arbeitsfront im Herrschaftssystem des Dritten Reiches, in: GuG 12 (1986), S. 215 ff., und Hisashi Yano, Hüttenarbeiter im Dritten Reich. Die Betriebsverhältnisse und soziale Lage bei der Gutehoffnungshütte Aktienverein und der Fried. Krupp AG 1936–1939, Stuttgart 1986, S. 144 ff.

[13] Zitiert nach Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Frankfurt 1980, hier 1935, S. 873. Zur Einschätzung der Institution „Vertrauensrat" durch die Berichterstatter der Sopade vgl. Voges, Klassenkampf, S. 244 ff.

[14] Deutschland-Berichte, 1935, S. 874.

[15] Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 365, weist darauf hin, daß diese Praxis durchaus im Sinne der alten konservativen und schwerindustriellen Eliten gewesen sei, um so den Einfluß überbetrieblich abgestützter Organisationen – in diesem Sinne war die NSBO mit ihren z. T. weitreichenden Zielen an die Stelle der Gewerkschaften getreten – aus den Betrieben zurückzudrängen. Dabei sei ihnen die schwache organisatorische Verankerung der NSBO in den Betrieben sehr entgegengekommen. Schalteten sich bei der Aufstellung von Kandidatenlisten überbetriebliche NSBO-Stellen ein, konnte man diese Listen dann einfach „platzen" lassen.

[16] Vgl. zum folgenden die ausführliche Darstellung bei Frese, Betriebspolitik, S. 268 ff. Dort auch weiterführende Literatur.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfahren gut abgesichert: „Die Abstimmung ist geheim und erfolgt durch Abgabe eines Stimmzettels. Der Stimmzettel hat unter fortlaufender Nummer die Namen der als Vertrauensmänner und als Stellvertreter vorgeschlagenen Personen zu enthalten. Die Abgabe des unveränderten Stimmzettels gilt als Zustimmung, die Abgabe des durchgestrichenen Stimmzettels als Ablehnung. Die Abstimmungsberechtigten können auch einzelne der als Vertrauensmänner und als Stellvertreter vorgeschlagenen Personen durch Streichung der Namen auf den Stimmzetteln ablehnen."[17] Auch der Gefahr, daß durch einen Wahlboykott Mehrheiten verhindert werden könnten, wurde entgegengewirkt: „Die Feststellung des Ergebnisses ... erfolgt in der Weise, daß zunächst ermittelt wird, auf welche der aufgestellten Personen eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen entfallen ist. Haben sich also bei einer Gefolgschaft von 90 Arbeitern und Angestellten nur 60 insgesamt an der Abstimmung beteiligt, so ist zu ermitteln, welche von den als Vertrauensmänner oder Stellvertreter aufgestellten Personen wenigstens 31 Stimmen erhalten haben. Es zählt dabei für sie jeder Stimmzettel, auf dem ihr Name nicht durchgestrichen ist."

Sollte jedoch der Fall eintreten, daß selbst die erforderliche einfache Mehrheit von allen oder einigen Kandidaten nicht erreicht wurde, war eine letzte Sicherung eingebaut. Zwar war in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen, daß diejenigen, die keine Mehrheit erhalten hatten, aus der Liste ausscheiden sollten, doch war es in solchen Fällen dem Treuhänder der Arbeit vorbehalten, in alleiniger Entscheidung fehlende Vertrauensmänner zu berufen. Das wiederum konnten durchaus solche Kandidaten sein, die zuvor von der Belegschaft abgelehnt worden waren!

Von der Bedeutung des Endergebnisses her betrachtet, wurde die Vertrauensratswahl damit faktisch zu einer Farce, da sie letztendlich für die Zusammensetzung des Gremiums nicht entscheidend war. Ihr Sinn kann daher lediglich darin gesehen werden, daß dem als Integrationselement gedachten Gremium des Vertrauensrates zumindest ein Mindestmaß an Legitimation verliehen werden sollte, sowie in der Funktion eines „Stimmungsbarometers", an dem sich Stimmung und Einstellung der Belegschaften für NSBO, DAF und Unternehmen ablesen ließen[18].

Es ist im oben skizzierten Sinne durchaus bezeichnend, daß in der Forschung die Einschätzung der Vertrauensratswahlergebnisse lange Zeit von einer einseitigen Sicht bestimmt war. So herrschte Einigkeit darüber, daß diese im Jahr 1934 für das NS-Regime einen völligen Mißerfolg und im folgenden Jahr mit einem offiziell bekanntgegebenen Zustimmungsanteil von mehr als 82% eine grobe Fälschung darstellten[19]. Auf dieser Grundlage wurde dann auf eine breite politische Ablehnung

[17] „Der DAF-Amtswalter", März 1934, S. 2f. Dort auch das folgende.

[18] Vgl. Zollitsch, Arbeiter, S. 321, ders., Vertrauensratswahl, S. 366, und Frese, Betriebspolitik, S. 270.

[19] Vgl. dazu den Literaturüberblick bei Zollitsch, Arbeiter, Kapitel V, Anm. 19, und ders., Vertrauensratswahlen, S. 361. Diese Interpretationen beruhen auf Äußerungen von hohen NSDAP-Funktionären und auf Wahlergebnissen, die in den „Deutschland-Berichten" oder anderen Emigrationszeitschriften wiedergegeben wurden. So hatte Robert Ley anläßlich des 1. Mai 1935 ausgeführt, 1934 hätten nur etwa 60% der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, wäh-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der neuen Betriebsverfassung und des NS-Regimes seitens der Arbeiterschaft geschlossen, ohne daß weitergehende Untersuchungen angestellt wurden[20].

Erst in jüngster Zeit wurden solche Interpretationen heftig angezweifelt und durch Hinzuziehung von detaillierterem, firmenbezogenem Material grundsätzlich in Frage gestellt[21]. So kommt Matthias Frese bei der Untersuchung des Wahlausganges in 60 Einzelbetrieben der Vereinigten Stahlwerke, fünf Werken der Gutehoffnungshütte, der Kruppschen Gußstahlfabrik und acht Betrieben der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken zu dem Schluß, daß sich durchgängig 80%, zumeist sogar über 90% der Beschäftigten an der Vertrauensratswahl des Jahres 1934 beteiligten[22]. Die Zahl der ungültigen Stimmen bewegte sich dabei zwischen 0% und 20%, wobei keine signifikanten Unterschiede zwischen dem Stimmverhalten in großen und kleineren Betrieben vorlagen.

Von grundlegender Bedeutung bei der Interpretation erweist sich die Analyse der gültigen Stimmzettel, wobei sich besonders aus der Kategorie „teilweise durchgestrichen" wichtige Erkenntnisse ableiten lassen. Sowohl Frese als auch Zollitsch kommen zu dem Ergebnis, daß die Stimmzettel zumeist sehr differenziert ausgefüllt wurden. Dies, so Frese, sei ein Beleg dafür, daß die Beschäftigten der Abstimmung keineswegs nur ablehnend oder resigniert gegenüberstanden. Auch Zollitsch konstatiert, daß viele Arbeiter die Wahl für eine gezielte Meinungsäußerung genutzt hätten[23]. Das Resultat dieser Meinungsäußerung sei eine nahezu vollständige Bestätigung der Abstimmungslisten gewesen. Einzelne Kandidaten hätten über 90% Ja-Stimmen erzielt, während Ablehnungen nur sehr selten und kaum gehäuft zu verzeichnen seien. Von solchen negativen Voten seien dann vor allem die NSBO-Betriebszellenobmänner sowie Partei-, NSBO- und DAF-Funktionäre betroffen gewesen. Angesichts dieser Ergebnisse resümiert Matthias Frese, sämtliche Herrschaftsträger seien mit dem Ergebnis der Wahlen sowohl 1934 als auch 1935 zufrieden gewesen[24].

---

rend der Reichswahlleiter für die Vertrauensratswahlen, Selzner, gar nur von einer Wahlbeteiligung von knapp 40% sprach. Vgl. dazu Spohn, Betriebsgemeinschaft, S. 184. Der pauschale Vorwurf der „groben Fälschung" für das Jahr 1935 wurde vor allem aus einem Schreiben Martin Bormanns an die Reichskanzlei abgeleitet, in dem auf der Grundlage einiger Hamburger Einzelergebnisse ausgeführt war, der hohe Prozentsatz der Zustimmung sei mit großer Vorsicht zu behandeln, da Enthaltungen und ungültige Stimmen nicht darin enthalten seien. Vgl. Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 361 und S. 375.

20 Vgl. beispielsweise Spohn, Betriebsgemeinschaft, S. 182 ff., und Voges, Klassenkampf, S. 244 ff.

21 Vgl. neben den Arbeiten von Zollitsch etwa Klaus Wisotzky, Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983, S. 104 ff., Frese, Betriebspolitik, S. 274 ff., Gustav-Hermann Seebold, Ein Stahlkonzern im Dritten Reich. Der Bochumer Verein 1927–1945, Wuppertal 1981, S. 215 ff., Eva Wolff, Nationalsozialismus in Leverkusen, Leverkusen 1988, S. 196 ff., Wolfgang Franz Werner, „Bleib übrig!" Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983, S. 16, und Yano, Hüttenarbeiter, S. 144. Yano argumentiert jedoch noch auf der in Anmerkung 19 dargestellten Grundlage, was ihn zu dem Ergebnis führt, daß die Ergebnisse der Gutehoffnungshütte „auffällig vom allgemeinen Trend abwichen".

22 Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 274 und S. 712 ff., Tabellen 9–11. Danach auch das folgende.

23 Vgl. Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 369, und ders., Arbeiter, S. 325.

24 Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 275 und S. 283.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgrund einer detaillierten firmeninternen Überlieferung war es Wolfang Zollitsch möglich, die Abstimmungsergebnisse der Vertrauensratswahlen in der Kruppschen Gußstahlfabrik bis in die einzelnen Abteilungen zurückzuverfolgen. Auf den Gesamtbetrieb bezogen ergaben sich für 1934 und 1935 bei 26579 bzw. 35334 Stimmberechtigten Wahlbeteiligungen von 88,0% bzw. 92,9%. Die uneingeschränkte Zustimmung zur Wahlliste belief sich 1934 auf 71% und ging im folgenden Jahr auf 69,1% zurück. 9,4% bzw. 11,2% der Stimmzettel wiesen Streichungen einzelner Namen auf, während 19,6% bzw. 19,7% der Stimmen von Zollitsch als ablehnende Voten eingestuft werden[25]. Der Kandidat mit den wenigsten Zustimmungen, nach Angaben von Zollitsch ein „geltungssüchtiger Nationalsozialist", kam immerhin auf 76,0%, der mit den meisten Zustimmungen nach dieser Berechnung auf 79,1% der Ja-Stimmen[26].

---

[25] Vgl. die Tabelle bei Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 370f. Es ist allerdings fraglich, ob die von Zollitsch vorgenommene Zusammenfassung der ungültigen und der ganz durchgestrichenen Stimmzettel unter die gemeinsame Rubrik „Ablehnung" (vgl. auch das gleiche Vorgehen bei Wolff, Nationalsozialismus, S. 197) in dieser Form zu halten ist. Zweifellos waren viele der ungültigen Stimmen bewußt in dieser Form abgegeben worden. Dies aber von allen anzunehmen, scheint zumindest fragwürdig. Vom Gewerbeaufsichtsamt Köln wurde der diesem hoch erscheinende Anteil ungültiger Voten im Jahr 1935 vor allem auf „Unkenntnis der Wahlvorschriften und Mangel an Unterweisung" erklärt. „So haben die Wähler vielfach, wie bei den Reichstagswahlen, hinter den Namen der vorgeschlagenen Vertrauensmänner ein Kreuz gemacht oder durch sonstige falsche Kennzeichnung ihre Stimme ungewollt ungültig gemacht." Vgl. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), Reg. Köln 8292: Ergebnis der Vertrauensratswahlen, 29. 5. 1935, S. 3. Wie weit bewußtes Ungültigmachen oder ungewollte Fehler bei der Stimmabgabe vorlagen, läßt sich nicht mehr entscheiden. Im Sinne Zollitschs sollte allerdings berücksichtigt werden, daß den Belegschaften der Wahlmodus zuvor durch Bekanntmachung zur Kenntnis gebracht worden war. Andererseits ist die Tatsache, daß auch bei Betriebsratswahlen nach 1945 ein z. T. beträchtlicher Anteil ungültiger Stimmen zu verzeichnen war, ein weiteres Argument gegen die von Zollitsch und Wolff vorgenommene Zusammenziehung der ungültigen und der Nein-Stimmen als eindeutig ablehnende Voten. Bei der Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD) in Köln gab es bei den Betriebsratswahlen 1945–1950: folgende Anteile an ungültigen Stimmen: 1945: 1,64%; 1947: 4,98%; 1948: 8,19%; 1949: 10,78%; 1950: 9,34%. Vgl. Aufstellung im Privatbesitz von Gustav Kautz. Bei der Kölner Felten & Guilleaume Carlswerk AG (F & G) lautete die entsprechende Reihe: 1947: 3,3%; 1948: 3,9%; 1949: 10,7%; 1950: 3,4%. Vgl. Firmenarchiv F & G, 10,3,3, S. 32.

[26] Vgl. hierzu Zollitsch, Arbeiter, S. 323, Tabelle 31. Auch hier ist die Art der Berechnung wiederum nicht unproblematisch. Die 76%ige Zustimmung errechnet Zollitsch offenbar bezogen auf die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Der Zustimmungsgrad für die einzelnen Vertrauensmänner hatte nach den Wahlbestimmungen jedoch die Zahl der gültigen Stimmen als Bezugsgröße, was ein positives Votum von immerhin 86,9% ergibt. Auch eine weitere Argumentation von Zollitsch ist nicht unbedingt schlüssig. Aus der von ihm beobachteten Tatsache, daß sich Streichungen einzelner Namen besonders bei den auf den vorderen Listenplätzen geführten prominenten Nationalsozialisten häuften, zieht er den Schluß, diesem Verhalten sei „überwiegend eine Ablehnung der gesamten Liste bzw. der Abstimmungsmodalitäten zu entnehmen". Vgl. Zollitsch, Vertrauensratswahl, S. 368. „Viele Arbeiter machten sich anscheinend nur die Mühe, die ersten Namen auf der Liste zu streichen, und gaben damit zu erkennen, was sie von der ganzen Prozedur hielten." Vgl. Zollitsch, Arbeiter, S. 324. Eine solche Annahme widerspricht jedoch in gewisser Weise dem neben Frese auch von Zollitsch erarbeiteten Ergebnis, daß sich das Abstimmungsverhalten der Belegschaften durch einen hohen Grad von bewußter Differenziertheit auszeichnete. Auch Frese, Betriebspolitik, S. 282,

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Interessant ist die Tatsache, daß das Abstimmungsverhalten in den einzelnen Abteilungen beträchtliche Unterschiede aufwies, die 1934 die Spanne von lediglich 28,8% bis zu 94,3% an unveränderten Stimmzetteln umfaßten. 1935 hatte sich diese Differenz auf Werte zwischen 52,1% und 97,9% reduziert[27]. In der Analyse der Einzelergebnisse kommt Zollitsch zu dem Schluß, daß Abteilungen mit einem hohen freigewerkschaftlichen Stimmenanteil bei den letzten Betriebsratswahlen 1933 im folgenden Jahr ein höheres Maß an Ablehnungen verzeichneten. Andererseits habe aber die NSBO in der Abteilung Stahlformerei, die bei der Vertrauensratswahl 1934 mit 46,3% Zustimmung das drittschlechteste Ergebnis erbracht hatte, bei den Betriebsratswahlen 1933 54,9% der Stimmen erhalten. Zollitsch weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf die Grenzen einer Analyse der Vertrauensratswahlen vor dem Hintergrund der Betriebsratswahlen hin. Mit der Zunahme der Belegschaften von 1933 bis 1934 war zumeist deren Verjüngung verbunden. Gerade jüngere Arbeiter verfügten jedoch kaum über eine ausgeprägte Gewerkschaftsbindung. Zudem war durch die lange Phase der Arbeitslosigkeit die politische Orientierung oft nachhaltig gestört worden, so daß die Nationalsozialisten gerade in dieser Beschäftigtengruppe am ehesten Gewinnchancen besaßen. Auch die Bedeutung der Erfahrung, endlich wieder über einen Arbeitsplatz zu verfügen, und die Tatsache, daß sich ein großer Teil der Neueingestellten aus Mitgliedern von NS-Organisationen rekrutierte, verbieten einen direkten Vergleich mit innerbetrieblichem Wahlverhalten vor dem 30. Januar 1933[28].

Wie aber ist das Abstimmungsverhalten der Arbeiterschaft im Kontext nationalsozialistischer Wirtschafts-, Sozial- und Betriebspolitik zu beurteilen? Die bereits angeführte These von Matthias Frese, sämtliche Herrschaftsträger seien mit den Ergebnissen der Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 zufrieden gewesen, ist sicherlich zu pauschal und löst lediglich die einseitige Einschätzung eines negativen Votums der älteren Forschung durch eine neue, in entgegengesetzter Richtung überzogene Bewertung ab. Auch Wolfgang Zollitsch verstrickt sich in Widersprüche, wenn er einerseits feststellt, daß in den Betriebsabteilungen der Kruppschen Gußstahlfabrik das Wahlergebnis 1935 am schlechtesten ausfiel, in denen aufgrund des Facharbeitermangels in großem Maße Überstunden gefahren wurden, was zur Verärgerung der Beschäftigten geführt habe, er andererseits aber darauf hinweist, daß im Ruhrbergbau auf solchen Zechen die größte Ablehnung zu verzeichnen war, die einen hohen Anteil von Feierschichten aufwiesen[29]. Auch wenn es zweifelsohne richtig ist, daß betriebsinterne Fragen bei der Stimmabgabe von großer Bedeutung waren, zeigt doch gerade dieser Widerspruch, daß einzelbetriebliche Analysen der Vertrauensratswahlen schnell an ihre Grenzen stoßen. Ebenso wie es unzulässig ist,

weist auf die Zweifelhaftigkeit einer solchen These hin und wirft zu Recht die Frage auf, warum solche Arbeiter dann nicht die ganze Liste gestrichen hätten, was sicherlich noch weniger Mühe bereitet hätte.

[27] Angaben nach der Tabelle bei Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 370 f.

[28] Vgl. ebenda, S. 369 ff., und Rüther, Arbeiterschaft, S. 176 f.

[29] Vgl. Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 372 f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen eklatanten Mißerfolg für das NS-Regime lediglich auf der Grundlage von zumeist zufällig und darüber hinaus in aller Regel in Publikationen der politischen Emigration überliefertem Zahlenmaterial zu konstatieren, kann auch die isolierte Betrachtung von noch so detailliert vorliegenden Einzelergebnissen keine ausreichende Basis für generalisierende Schlußfolgerungen darstellen.

Solchen Einschränkungen soll im folgenden ein Ansatz gegenübergestellt werden, der auf einem breiteren methodischen Zugriff basiert: Die Vertrauensratswahlen werden einer nach Industriebranchen aufgefächerten vergleichenden Analyse unterzogen, die deutliche Hinweise darauf ergibt, daß *die entscheidenden Gründe für das Wahlverhalten der Arbeiterschaft in deren wirtschaftlicher und sozialer Lage zu suchen sind.* Quellengrundlage sind dabei Zusammenstellungen von Wahlergebnissen durch das Kölner Gewerbeaufsichtsamt, die in einer sonst kaum anzutreffenden Ausführlichkeit erhalten sind[30].

II.

Auf die überlieferten Ergebnisse der Vertrauensratswahlen in Kölner Industriebetrieben läßt sich keine der im Vorstehenden dargestellten Forschungsmeinungen uneingeschränkt anwenden. Eine völlige Bestätigung finden die Ergebnisse von Frese, Zollitsch und weiterer neuerer Untersuchungen hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Diese lag in Kölner Betrieben in der Regel weit über 80%, zumeist sogar über 90%[31]. Allerdings war eine solche Beteiligung nicht gleichzeitig auch Garantie für eine hohe Zustimmungsquote[32].

In den Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten im Einzugsgebiet des Gewerbeaufsichtsamtes Köln[33] machten 1934 58015 der insgeamt 65747 Wahlberechtigten,

---

30 Die Einschätzung von Mason, die Gewerbeaufsicht habe offensichtlich gefälschte Zahlen benutzt, ist kaum aufrechtzuerhalten. Vgl. Timothy Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen ²1978, S. 192. Vielmehr spricht vieles dafür, daß die Zahlen des Gewerbeaufsichtsamtes – neben betriebsinterner Überlieferung – in diesem Zusammenhang als die zuverlässigsten zu werten sind. Vgl. dazu beispielsweise den vertraulichen Vermerk eines Gewerbeaufsichtsbeamten für den Kölner Regierungspräsidenten aus dem Jahr 1935, in: HStAD, Reg. Köln 8292, der bemängelt, daß die von den Polizeibehörden erstellten Statistiken „z. T. ganz erheblich günstigere Zahlen aufwiesen, als sie tatsächlich bei den Wahlen erreicht worden sind. (...) Zukünftig dürfte es zweckmäßig sein, die statistischen Erhebungen über das Ergebnis der Vertrauensratswahlen allein von den Gewerbeaufsichtsbeamten durchführen zu lassen." Das folgende beruht vorwiegend auf Aktenmaterial, das beim Kölner Regierungspräsidenten von verschiedenen Stellen zusammenlief. Ob es sich um eine vollständige oder eine zufällige Überlieferung handelt, ist nicht zu entscheiden. Auf Quellen aus Firmenarchiven, auf die sich beispielsweise Zollitsch und Frese stützen, konnte für Köln nicht zurückgegriffen werden.

31 Für die folgenden Angaben vgl. Tabelle I.

32 Vgl. auch Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 369.

33 1934 waren hierin die Bereiche Köln-Nord, Köln-Süd, Köln-Land und die Bergreviere Köln-Ost und Köln-West enthalten. 1935 wurden die stadtkölnischen Betriebe unter der Rubrik „Köln-Stadt" zusammengefaßt. Ein Vergleich zwischen diesen Gebieten verbietet sich jedoch, da beispielsweise

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

d. h. 88,24%, von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dabei ergaben sich bezogen auf die Wahlbeteiligung folgende Stimmanteile: 6,42% der Stimmen waren ungültig, 51,24% der Wähler nahmen die vorgelegten Listen uneingeschränkt an, 7,15% strichen die Stimmzettel komplett und 35,18% teilweise durch. Die Interpretation der letzten Kategorie ist mit großen Unsicherheiten behaftet, da eine teilweise Streichung von einzelnen Namen einerseits heißen konnte, daß lediglich ein Kandidat gestrichen wurde, andererseits jedoch die Möglichkeit bestand, daß beispielsweise bis auf einen alle übrigen Vertrauensmänner von der Belegschaft abgelehnt wurden. Diese Variante der Stimmabgabe ist gleichzeitig aber auch das Kriterium, an dem sich die von Frese und Zollitsch hervorgehobene Differenziertheit der Stimmabgabe am deutlichsten ablesen und nachweisen läßt. Für eine genauere Analyse dieses Phänomens wären die Abstimmungslisten der einzelnen Betriebe unerläßlich, die allerdings für Köln nur in einigen wenigen, dabei offensichtlich noch außergewöhnlichen Fällen erhalten sind[34].

Entsprechend den übrigen von ihm durchgeführten betriebsbezogenen Erhebungen faßte das Gewerbeaufsichtsamt auch die aus den Betrieben gemeldeten Vertrauensratswahlergebnisse nach Industriebranchen zusammen[35]. Dabei ergab sich, daß der wichtigste Zweig der Kölner Industrie, der Maschinenbau, die für das Regime positivsten Ergebnisse aufzuweisen hatte. Das traf im Jahr 1934 sowohl für die Wahlbeteiligung als auch für den Zustimmungsgrad zu. Bei einer Beteiligung von 94,15% waren 7,47% ungültige Stimmen zu verzeichnen[36]. Der auf der Grundlage der Zahl der gültigen Stimmen[37] berechnete Anteil der uneingeschränkten Zustimmung, d. h. der unveränderten Stimmzettel, belief sich auf 67,30%. Dem standen 9,61% ganz durchgestrichene und 23,08% teilweise durchgestrichene Stimmzettel gegenüber. Das für das NS-Regime zweitbeste Ergebnis der ausgewählten Branchen erzielte die ebenfalls zum Metallbereich zählende elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik. Hier stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 92,73% und 7,63% ungültigen Voten 62,85% der Wähler für, 6,41% gegen und 30,74% teilweise gegen die Vertrauensratslisten. Der Anteil der Ja-Stimmen in den übrigen Industriezweigen gestaltete sich folgendermaßen: Chemische Industrie: 60,15%, Industrie der Steine und Erden:

1934 die Betriebe der Humboldt-Deutzmotoren AG von der Gewerbeaufsicht Köln-Land erfaßt wurden, während sie ein Jahr später unter den Zuständigkeitsbereich Köln-Stadt fielen.

[34] Auf eine Diskussion dieser Einzelergebnisse wird an dieser Stelle verzichtet. Vgl. dazu ausführlich Rüther, Arbeiterschaft, S. 185 ff. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß sich die überlieferten Ergebnisse stark unterscheiden, was gleichzeitig als weiterer Beleg für den begrenzten Aussagewert einzelbetrieblicher Analysen gelten kann.

[35] Die Auswahl für den vorliegenden Aufsatz erfolgte entsprechend der in Tabellen IV und V erfaßten wichtigsten Industriezweige Kölns.

[36] Vgl. Tabelle I. Von 11 188 Abstimmungsberechtigten machten 10 534 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Hiervon wiederum waren 787 Stimmen ungültig. Zu den absoluten Zahlen in allen Kölner Industriebranchen vgl. Rüther, Arbeiterschaft, S. 455 ff., Tabelle XXI (Vertrauensratswahlen 1934), und S. 459 ff., Tabelle XXII (Vertrauensratswahlen 1935).

[37] Mit dieser Berechnung wird dem offiziellen Wahlverfahren gefolgt. Die entsprechende Prozentberechnung bezogen auf die Wahlbeteiligung ist ebenfalls Tabelle I zu entnehmen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

56,25%, Textilindustrie: 44,87%, Bekleidungsgewerbe: 40,91% und Nahrungs- und Genußmittelindustrie: 35,89%. Während der Bereich Maschinenbau bei der größten Zustimmung gleichzeitig die höchste Zahl an ganz durchgestrichenen Stimmzetteln aufwies, verhielt es sich in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie genau umgekehrt: Hier war nur eine völlige Ablehnung von 3,13% zu verzeichnen, gleichzeitig waren jedoch 60,98% der Stimmzettel teilweise gestrichen. Im übrigen schwankten die Anteile der Nein-Stimmen zwischen 6,4% und 8,9%, wovon sich lediglich die Industrie der Steine und Erden mit nur 2,49% deutlich abhob.

Unabhängig von innerbetrieblichen Ursachen und eventueller politischer Motivation lassen sich aus diesen Ergebnissen einige Vermutungen ableiten, die stärker auf die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Wahlverhaltens abheben. Zunächst fällt auf, daß die Vertrauensratslisten in denjenigen Industriezweigen die meisten Ja-Stimmen auf sich vereinigen konnten, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen gewesen waren. Das ergibt ein Blick auf die Indexzahlen des Beschäftigungsgrades[38]. Waren im Bereich der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik und Optik 1932 nur noch 45,93%, im Bereich Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau lediglich 46,41% der 1928 registrierten Arbeiter beschäftigt, so beliefen sich die entsprechenden Zahlen in den Zweigen Bekleidungsgewerbe, Textilindustrie und Nahrungs- und Genußmittelindustrie auf 75,59%, 75,48% und 71,44%. Andererseits waren es gerade die am stärksten betroffenen Industriezweige, die nach dem Tiefpunkt der Krise das schnellste Wachstum bei den Beschäftigtenzahlen aufwiesen, wobei wiederum der Bereich des Maschinenbaus herausstach[39]. Die Schwerpunktverlagerung auf den Produktionsgütersektor eröffnete für die dort Beschäftigten nach den tiefgreifenden Krisenerfahrungen langfristig positive Perspektiven, während die Zukunftsaussichten für die Belegschaften der Betriebe der Konsumgüterindustrie tendenziell weniger günstig waren[40].

---

38 Vgl. dazu Tabelle IV.

39 Die Industrie der Steine und Erden bildete auch hier in gewisser Weise eine Ausnahme. Sie hatte 1932 mit lediglich 26,84% den niedrigsten Beschäftigungsgrad aufzuweisen, verzeichnete andererseits aber auch die geringsten Wachstumsraten. Es muß jedoch beachtet werden, daß von 1932 bis 1934 eine Zunahme der Beschäftigung um immerhin fast 30% vorlag. Vgl. hierzu auch Rüdiger Hachtmann, Arbeitsmarkt und Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1929–1939, in: AfS 27 (1987), S. 193 ff., der bei seiner reichsweiten Analyse zu dem Ergebnis kommt, daß der Anteil der in der metallverarbeitenden Industrie (Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik) beschäftigten Arbeiter an der Gesamtheit der lohnabhängig Beschäftigten von 19,0% Ende 1932/Anfang 1933 auf 29,6% im Juni 1939 anstieg. Gleichzeitig wurde der entsprechende Anteil der drei zahlenmäßig stärksten Zweige der Konsumgüterindustrie (Textil-, Bekleidungs-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) zwischen 1932 und 1939 um etwa ein Drittel reduziert. Vgl. vor allem die Tabelle ebenda, S. 194, Anm. 74. Dort auch Ausführungen zur Industrie der Steine und Erden. Zur Zusammensetzung der Kölner Industriearbeiterschaft in den Jahren 1928, 1932 und 1938 vgl. Tabelle V.

40 Erschwerend fiel für die Industrie des Rheinlandes die bis 1936 anhaltende Entmilitarisierung ins Gewicht. Erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im März 1936 konnte der wirtschaftliche Aufschwung hier stärker einsetzen, wurde allerdings auch dann noch durch die unter strategischen

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie stark sich solche Erwägungen auf das Wahlverhalten auswirkten, läßt sich auf der Grundlage der vorliegenden Quellen nicht eindeutig beantworten. Berücksichtigt werden müßte sicherlich auch die sehr unterschiedliche Zusammensetzung der Belegschaften. Dominierten im Metall- und, abgeschwächt, im Chemiebereich eindeutig die männlichen Beschäftigten, so wiesen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und die Textilindustrie einen hohen Frauenanteil auf. Im Bekleidungsgewerbe waren Arbeiterinnen absolut dominant.

Ebenso kann der gewerkschaftliche Organisationsgrad vor 1933 Einfluß auf die Stimmabgabe gehabt haben. Trotz des Mangels an entsprechendem Quellenmaterial kann immerhin festgestellt werden, daß die Betriebe des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaus, traditionell mit einem relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, 1934 mit 9,61% die höchste Ablehnungsquote verzeichneten, ein Trend, der sich im folgenden Jahr noch verstärken sollte. Es läßt sich vermuten, daß sich in diesem Abstimmungsverhalten ein Restpotential gewerkschaftlicher Tradition artikulierte, das allerdings angesichts der über 67%igen uneingeschränkten Zustimmung in diesem Industriebereich nicht zu hoch veranschlagt werden sollte[41].

Neben den Auswirkungen der Krisenerfahrungen und dem schneller steigenden Beschäftigungsgrad muß ein weiterer gewichtiger Grund für die aus der Sicht der NS-Instanzen günstigeren Ergebnisse im Produktionsgütersektor in der Lohnsituation und -entwicklung im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten gesucht werden[42]. Die Löhne in der Metall- und Chemieindustrie waren seit jeher um ein beträchtliches höher als in der Konsumgüterindustrie. Verdiente ein männlicher Facharbeiter in der metallverarbeitenden Industrie 1935 im Reichsdurchschnitt 96,4 Pfennig und in der Chemieindustrie 104,3 Pfennig brutto in der Stunde, so belief sich der Stundenlohn der männlichen Fachkräfte in der Süßwarenindustrie auf 86,4 Pfennig, in der Bekleidungsindustrie auf 79,3 Pfennig und in der Textilindustrie gar nur auf 69,0 Pfennig[43].

Gesichtspunkten ungünstige Lage nahe der deutschen Westgrenze gebremst. Vgl. Hachtmann, Arbeitsmarkt, S. 189, und Rüther, Arbeiterschaft, S. 224.

41 Zumindest für den Bereich der Kölner Industrie kann der Folgerung von Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 110, die breite Ablehnung der Vertrauensratslisten auf den Zechen des Ruhrbergbaus sei darauf zurückzuführen, daß sich die „gewerkschaftlichen und parteipolitischen Bindungen an die verbotenen Arbeiterorganisationen" als derart fest erwiesen hätten, „daß sie sich weder durch das Zuckerbrot eines sicheren Arbeitsplatzes noch durch die Peitsche des Terros lösen ließen", in diesem Ausmaß nicht gefolgt werden. Unter einer solchen Prämisse sind die weitaus schlechteren Ergebnisse beispielsweise im Bekleidungsgewerbe, das vor 1933 gewerkschaftlich wesentlich schwächer organisiert war, kaum zu erklären.

42 An dieser Stelle wird nur auf die verschiedenen Lohnhöhen eingegangen. Zu den Auswirkungen der für die Arbeiterschaft belastenden Kombination von staatlich verfügtem Lohnstopp und steigenden Lebensmittelpreisen auf das allgemeine Stimmungsbild vgl. ausführlich Rüther, Arbeiterschaft, S. 231 ff. und S. 259 ff.

43 Vgl. dazu ausführlich Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im „Dritten Reich". Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989, S. 104 ff., Tabelle 6. Dabei war das Einkommen innerhalb der metallverarbeitenden Industrie noch recht stark differenziert. Am untersten Ende der Skala standen nach den Erhebungen Hachtmanns die Fach-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei dem ohnehin schon deutlich niedrigeren Lohnniveau in der Konsumgüterindustrie sind noch zwei weitere Aspekte von Belang. Der erste betrifft den hohen Frauenanteil. Die Löhne der Frauen lagen weit unter dem Einkommen ihrer männlichen Kollegen, so daß hier die steigenden Lebensmittelspreise zu größeren Notlagen und damit stärkerem Unmut führen konnten. Weibliche Fachkräfte verdienten 1935 in der Süßwarenindustrie durchschnittlich 50,2 Pfennig, in der Bekleidungsindustrie 46,3 Pfennig und in der Textilindustrie 48,7 Pfennig. Der Lohn der weiblichen Hilfskräfte war noch entsprechend niedriger. Als zweiter, die soziale Lage der Beschäftigten der Konsumgüterindustrie verschärfender Faktor kommt die dort länger andauernde Kurzarbeit hinzu, wovon die Textilindustrie – vor allem nach der sogenannten Faserstoffverordnung vom 19. Juli 1934 – besonders betroffen war[44].

Entsprechend diesen Voraussetzungen entwickelte sich die Einkommenssituation in den einzelnen Industriezweigen. Ein Metallfacharbeiter, der im Reichsdurchschnitt 1930/31 einen wöchentlichen Bruttolohn von 44,20 RM erzielt hatte, verdiente 1935 47,81 RM, d. h. 8,17% mehr. Das Einkommen eines männlichen Facharbeiters in der Textilindustrie war im gleichen Zeitraum dagegen von 40,79 RM auf 27,31 RM, also um 33,05% abgesunken, bei Facharbeiterinnen um 29,77% von 27,85 RM auf 19,56 RM[45].

Diese unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen hatten allem Anschein nach konkrete Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Belegschaften[46]. Das belegen nicht nur die für die Kölner Industrie gezeigten Trends, sondern ebenso einige Einzelergebnisse aus anderen Städten und Regionen. So stimmten 1934 im Textilbetrieb Schusterinsel in Opladen bei einer Wahlbeteiligung von 81,7% (Kölner Textilindustrie: 82,66%) lediglich 41,4% (Köln: 44,38%) der Beschäftigten uneingeschränkt mit Ja, während 41,2% (Köln: 48,35%) die Stimmzettel teilweise und

---

arbeiter im Bereich Herstellung von Metallwaren mit einem stündlichen Bruttoverdienst von 87,6 Pfennig. Im Maschinenbau wurden durchschnittlich 94,2 Pfennig, im Fahrzeugbau 103,6 Pfennig und in der Elektroindustrie 105,5 Pfennig gezahlt. Im Bereich Steine und Erden, für den für 1935 keine Zahlenangabe vorliegt, betrug der Stundenlohn 1936 nur 72,7 Pfennig.

44 Vgl. Hachtmann, Arbeitsmarkt, S. 189ff. Anfang 1937 waren allein 68,5% aller kurzarbeitenden Beschäftigten in der Textilindustrie beschäftigt.

45 Vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 111, Tabelle 7.

46 Diese Annahme gilt auch für den hier nicht näher zu untersuchenden Braunkohlebergbau des Kölner Gebietes. Die Bergbaureviere Köln-Ost und Köln-West verzeichneten mit 5,85% bzw. 17,10% Nein-Stimmen und 39,63% bzw. 39,74% teilweisen Streichungen ein hohes Maß an Ablehnung und Differenzierung. (Vgl. dazu Tabelle I.) Ein Grund hierfür ist dem Tätigkeitsbericht des Amtes für Kommunalpolitik der NSDAP-Gauleitung Köln-Aachen für die Zeit vom 1.–31. 7. 1934 zu entnehmen: „Wie zu erwarten, verursachten die Entlassungen wegen Rohstoffmangels erhebliche Beunruhigung, die durch die nach wie vor vorhandene schlechte Stimmung in der Bergarbeiterschaft ihre Ergänzung findet. Interessant ist es dabei, daß sich die daraus entstehende Miessmacherei (!) weniger gegen den Führer und den Nationalsozialismus richtet, als daß sie schlechthin im allgemeinen eine Magenfrage ist; denn wenn auch die Höhe des Nominallohnes dieselbe geblieben ist wie 1932/33, so hat doch die Bevölkerung von der neuen Regierung eine erhebliche Verbesserung erwartet, während sie nun durch die Steigerung des Lebenshaltungsindex vor einer Senkung des Reallohnes steht." In: Bundesarchiv Koblenz (BA), NS 25/245, S. 38f.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

10,9% (Köln: 6,79%) ganz durchstrichen. 6,4% (Köln: 8,20%) der Stimmen waren ungültig[47]. Bei der Wahl im Werk Oberbruch der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, im Gau Köln-Aachen gelegen, wurden bei einer Wahlbeteiligung von 81,7% 6,7% ungültige, 7,5% ganz gestrichene und 35,8% teilweise gestrichene Stimmzettel abgegeben[48]. Auch bei der Kölner Schokoladenfabrik Stollwerck AG, bei der überwiegend Frauen beschäftigt waren, war die Vertrauensratswahl 1934 „fehlgeschlagen", wobei aufgrund des Fehlens eines detaillierten Ergebnisses nicht festzustellen ist, ob sämtliche oder „nur" die Mehrheit der Vertrauensratskandidaten abgelehnt wurden[49]. Die überlieferten Ergebnisse aus dem Bereich der Metallindustrie fielen für das NS-Regime dagegen bezeichnenderweise zumeist besser aus.

Wenn in der vorliegenden Untersuchung weitgehend auf einzelbetriebliche Beispiele verzichtet wird, soll im folgenden doch das Wahlergebnis der Rheinischen Linoleumwerke in Bedburg näher betrachtet werden, da an ihm exemplarisch viele der methodischen und inhaltlichen Probleme deutlich werden, mit denen sich eine Analyse der Vertrauensratswahlen konfrontiert sieht. Der Wahlausgang war für die NSBO katastrophal[50].

Ergebnis der Vertrauensratswahl 1934 in den Rheinischen Linoleumwerken Bedburg

Stimmberechtigt:	658
Wahlbeteiligung:	617 = 93,77%
ungültige Stimmen:	16 = 2,59%
unveränderte Stimmzettel:	107 = 17,34%
teilweise gestrichene Stimmzettel:	260 = 42,14%
ganz durchgestrichene Stimmzettel:	234 = 37,93%

Sämtliche 14 Kandidaten waren abgelehnt worden, wobei die Ja-Stimmen zwischen 205 und 235, die Nein-Stimmen zwischen 366 und 396 schwankten.

Der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte folgerte – offenbar nach intensiven Recherchen – in einem Begleitschreiben, aus der auffälligen Gleichheit der Ja- und

[47] Vgl. Wolff, Nationalsozialismus, S. 196 f. Ein weiteres schlechtes Ergebnis aus einer Augsburger Spinnerei, allerdings erst für das Jahr 1935, bei Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. III, München/Wien 1981, S. 133. Vgl. auch Inge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S. 150 f.

[48] Vgl. Frese, Betriebspolitik, S. 717, Tabelle 11. Sofern detailliertere Ergebnisse vorliegen, gestaltete sich das Stimmverhalten in den anderen Konzernbetrieben der Vereinigten Glanzstoff für die NSBO jedoch günstiger.

[49] Vgl. dazu den Bericht eines Gewerbeassessors, in: HStAD, Reg. Köln 8292, über die Vertrauensratswahlen 1935, in dem auf das schlechte Ergebnis des Vorjahres hingewiesen wird. Für Stollwerck wurde darüber hinaus mitgeteilt, daß hier der Treuhänder der Arbeit über die Besetzung des Vertrauensrates entscheiden mußte. Insgesamt wurden in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie des Bezirks Köln-Süd 15 von 40 aufgestellten Vertrauensratskandidaten abgelehnt, darunter vermutlich alle oder doch der größte Teil bei der Stollwerck AG.

[50] Das folgende nach dem Berichtbogen und dem Begleitschreiben in: HStAD, Reg. Köln 8292.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nein-Stimmen ergebe sich, „daß es sich nicht um die Ablehnung einzelner etwa ungeeigneter oder mißliebiger Personen handelt". Die Gründe für das negative Ergebnis seien anderer Art, schrieb er: „Nach dem Umbruch wurde von der NSBO-Kreisleitung Bedburg eine Betriebsversammlung einberufen, in der u. a. die damals tatsächlich vorhandenen schlechten Lohnverhältnisse mit Recht gegeißelt wurden. Den Arbeitnehmern wurde von dem Rechtsberater der NSBO eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt (nach anderer Mitteilung ‚versprochen'), die s. Zt. offenbar für das Werk nicht tragbar war. Jedenfalls hat der Treuhänder der Arbeit eine Entlohnung festgesetzt, durch welche die Verhältnisse zwar erheblich gebessert wurden, die aber unter der auf der Versammlung in Aussicht gestellten Lohnhöhe blieb. Diese Regelung hat die Belegschaft offenbar enttäuscht. Zwei Mitglieder des nach der nationalen Erhebung eingesetzten Betriebsrats nutzten diese Situation aus, um gegen die NSBO-Kreisleitung wegen angeblich gebrochenen Versprechens zu hetzen. Durch die oben geschilderten Verhältnisse fiel diese Propaganda auf einen fruchtbaren Boden bei der Belegschaft. So soll die Zahl der NSBO-Mitglieder von 600 auf 300 zurückgegangen sein. Die beiden Mitglieder wurden zwar aus dem Betriebsrat entfernt und auch jetzt nicht für den Vertrauensrat aufgestellt. Ihr Einfluß auf die Belegschaft scheint aber so groß gewesen zu sein, daß auf ihre Tätigkeit in erster Linie das Mißlingen der Vertrauensratswahl zurückzuführen ist ... Endlich wird die Ansicht vertreten, daß die Arbeiterschaft durch allzu häufige Sammlungen geldlich zu stark beansprucht wurde und daher verärgert war."

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Ergebnis, das auf den ersten Blick primär den Eindruck einer breiten politischen Ablehnung der neuen Institution Vertrauensrat vermitteln könnte, in einem völlig anderen Licht. Nicht deren politische Ausrichtung, sondern das nicht eingehaltene Versprechen einer Lohnerhöhung diskreditierte die NSBO. Es waren ja gerade zwei Mitglieder des auf der Grundlage des „Gesetzes über Betriebsvertretungen" eingesetzten Betriebsrates, die gegen die NSBO-Kreisleitung Front machten, *nachdem* diese ihre Zusage nicht eingehalten hatte. Hieraus ist zum einen der Versuch einzelner Betriebsfunktionäre ablesbar, mit der NSBO durchaus an gewerkschaftliche Traditionen betrieblicher Interessensvertretung anzuknüpfen – ein Verhalten, das sowohl die NSDAP als auch die Unternehmensleitung mit größtem Mißtrauen beobachtet haben werden. Andererseits wird aus diesem Beispiel auch der Druck ersichtlich, dem die neuen Betriebsräte und in ihrer Nachfolge wohl auch die Vertrauensräte angesichts der Forderungen der Belegschaften ausgesetzt waren. Dabei sollten nicht vorschnell politische Motivationen als Begründung herangezogen werden. Im vorliegenden Beispiel waren ja immerhin etwa 600 der im Werk Beschäftigten der NSBO beigetreten; auch bei Berücksichtigung der verschiedenen Druckmittel ein sehr hoher Anteil. Erst nachdem das Lohnversprechen nicht eingehalten wurde, setzte eine Austrittswelle ein, die unter solchen Umständen kaum etwas mit Opposition oder gar Widerstand, aber sehr viel mit sozialer Unzufriedenheit zu tun hatte. Insofern wird hier auch der Trend eines nach Industriebranchen unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens, das seinen Grund vorwiegend in der jeweiligen materiellen Situation der Beschäftigten

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte, indirekt bestätigt. Der Hinweis auf die Verärgerung wegen der zahlreichen von NS-Seite durchgeführten Geldsammlungen rundet diesen Eindruck nur noch ab[51].

Der Verlauf der Lohnverhandlungen wird der Belegschaft gleichzeitig nachhaltig vor Augen geführt haben, was die nationalsozialistische Führung unter einer „Betriebsgemeinschaft" verstand und welche Rolle hierin dem Betriebsrat bzw. – nach Verabschiedung des AOG – dem Vertrauensrat zugewiesen wurde. Diese Einsicht wird das Vertrauen in die neue Institution nicht eben verstärkt haben, was auch die Staatspolizeistelle Köln als hervorstechendes Merkmal der Vertrauensratswahlen des Jahres 1934 hervorhob: „Die im Monat April 1934 ... durchgeführten Vertrauensratswahlen haben besonders in den größeren Werken starken Unwillen bei den Arbeitern ausgelöst. Allgemein wurde beanstandet, daß nach dem neuen Gesetz nur der Arbeitgeber bzw. Werkführer das Vorschlagsrecht für die zu wählenden Vertrauensräte hat, während das frühere Betriebsrätegesetz dieses Recht den Arbeitnehmern gewährte. Den jetzt auf Vorschlag der Arbeitgeber zur Wahl gestellten Vertrauensräten wurde fast allgemein von den Arbeitern großes Mißtrauen entgegengebracht. Vielfach wurde offen erklärt, daß die zu wählenden Personen nur Vertreter der Interessen der Unternehmer, aber nicht der Arbeiter seien. Von diesen Vertrauensräten sei nicht zu erwarten, daß sie sich restlos für etwaige von den Arbeitern gestellte Forderungen einsetzten, da sie nicht den Rückhalt bei den Arbeitern hätten, wie die von diesen selbst aufgestellten Vertrauensleute. Viele Arbeiter erklären offen, daß sie es ablehnten, diesen Arbeitgebervertretern ihre Stimme zu geben. Selbst nationalsozialistisch eingestellte Arbeiter sind der Ansicht, daß die Unternehmer bei den Vertrauensratswahlen das in dem Gesetz vorgesehene Führerprinzip stark überspitzen und damit vieles sabotieren, was die NSDAP erstrebe. Es wurde häufig gesagt, daß hinsichtlich der Vertrauensratswahlen das neue Gesetz keinen Fortschritt, sondern gegenüber dem alten Betriebsrätegesetz einen Rückschritt bringe."[52]

Diese Einschätzung war gewiß richtig, aber kaum überraschend. Die entscheidende Frage nicht nur für die Gestapo, sondern vor allem auch für DAF und NSBO war aber, wie weit sich das Gros der Industriearbeiterschaft mit den neuen Verhältnissen abfinden würde. Die Frage zielte jedoch nicht nur auf diejenigen Beschäftigten ab, bei denen aufgrund ihrer politischen Vergangenheit eine potentielle Ablehnung des neuen Regimes und der neuen Arbeitsverfassung vorauszusetzen war, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft, die die NS-Organisationen DAF und NSBO sowie die Vertrauensräte danach beurteilte, was sie für die Belegschaften an Erfolgen vorweisen konnten. Die Erwartungen waren jedoch in aller Regel kaum politischer, sondern überwiegend materieller Natur. Diese Einstellung des bei weitem größten Teils der Industriearbeiterschaft bestimmte auch deren Auffassung von den Aufgaben der Betriebsräte vor 1933 und in vielleicht noch größerem Maße nach

[51] Auf diesen Aspekt wird unten bei der Analyse der Vertrauensratswahlen 1935 ausführlicher eingegangen.

[52] In: HStAD, Reg. Köln 8292: Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Köln, 24. 5. 1934.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1945[53], so daß es kaum einsichtig ist, weshalb in der Zeit des Nationalsozialismus plötzlich eine einschneidende Änderung dieses Verhaltensmusters in Richtung einer stärkeren Politisierung eingetreten sein sollte. Es ist durchaus bezeichnend, daß nach dem zitierten Bericht der Kölner Gestapo gerade auch nationalsozialistisch eingestellte Arbeiter zu den Kritikern des AOG zählten, denn durch die damit ermöglichte Etablierung eines uneingeschränkten „Herr im Hause"-Standpunktes der Arbeitgeber war eine wirksame Interessenvertretung zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen unmöglich geworden. Nun galten neue Maximen: „Die Pflicht muß wieder *vor* dem Recht, die Leistung wieder *vor* dem Verdienen stehen" oder „Gerechter Lohn ist der höchstmögliche Verdienst für jeden Werksangehörigen, nachdem der Aktionär eine mäßige Verzinsung für das im Betriebe festgelegte Kapital erhalten hat"[54]. Die sich in den Ergebnissen der Vertrauensratswahlen artikulierende Kritik richtete sich vornehmlich gegen diese Sicht, weniger gegen das neue politische System, das allerdings die gestärkte Position der Unternehmensleitungen erst ermöglicht hatte.

Insgesamt konnte aus dem Ausgang der Wahlen des Jahres 1934 keine weitreichende Verbundenheit mit dem „Volksgemeinschafts-" und „Betriebsgemeinschaftsgedanken" abgeleitet werden. Daß nur 45% der gesamten potentiellen Wählerschaft in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten im Bereich des Gewerbeaufsichtsamtes Köln den zur Abstimmung stehenden Vertrauensratslisten ihre uneingeschränkte Zustimmung gaben, war ein deutliches Zeichen einer noch längst nicht vollzogenen Integration der Arbeiterschaft. Der Oberpräsident der Rheinprovinz kommentierte die „allgemeine Stimmung" aufgrund der ihm vorliegenden Einzelberichte der fünf Staatspolizeistellen der Rheinprovinz folgendermaßen: „Charakteristisch für die Lage ist die Notwendigkeit, zwischen äußerem Schein und innerer Meinung der Menschen zu unterscheiden. Das zeigt sich vielleicht am deutlichsten in dem Ergebnis der Vertrauensratswahlen in vielen besonders größeren Betrieben der Provinz. Mag man von diesem unerfreulichen Ergebnis auch einen erheblichen Teil auf örtliche Mängel in der Führung der Betriebe und der NSBO, dementsprechend auf ungeeignete Wahlvorschläge sowie auf persönliche Verärgerung Einzelner zurückführen, so bleibt doch ein Stimmungsbild übrig, das erheblich von dem Bild öffentlicher Kundgebungen, Presseberichten u. ä. abweicht."[55] Es wäre jedoch völlig verfehlt, so der Oberpräsident weiter, diese Stimmung als mutlos oder gar staatsfeindlich zu bezeichnen. „Sie ist nicht staatsfeindlich, sondern kritisch." Wo diese Kritik innerhalb der Arbeiterschaft vor allem herrührte, war schon im April 1934 berichtet worden: die „Preissteigerung vieler Lebensbedürfnisse"[56].

---

[53] Vgl. dazu Rüther, Arbeiterschaft, S. 43 ff. (für die Zeit vor 1933), und ders., Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Bonn 1991.

[54] So der Generaldirektor der Kölner KHD-Betriebe; zitiert nach Rüther, Arbeiterschaft, S. 218 f. Hervorhebungen im Original.

[55] In: Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK), 717/119, S. 51 ff.: Kurzer Lagebericht über die Rheinprovinz vom 12. 6. 1934. Dort auch das folgende.

[56] Ebenda, S. 42: Kurzer Lagebericht über die Rheinprovinz vom 19. 4. 1934.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neben partieller politischer Ablehnung waren es vor allem wirtschaftliche und auf den innerbetrieblichen Rahmen bezogene persönliche Gründe, die das Wahlverhalten der Kölner Arbeiterschaft bei den Vertrauensratswahlen 1934 beeinflußten. Angesichts der noch äußerst angespannten wirtschaftlichen und sozialen Situation großer Teile der – vor allem im Konsumgütersektor – Beschäftigten und der vielen, durch Versprechungen von NSDAP und NSBO zunächst geweckten, dann durch die Realität zerstörten Hoffnungen ist das Ergebnis relativ schwer zu bewerten und erfordert zahlreiche detaillierte betriebs- und branchenspezifische Differenzierungen. Es ist mit Zollitsch vielleicht am besten so zu umschreiben, daß die Wahl weder „eine Manifestation antifaschistischer Gesinnung innerhalb der Arbeiterschaft" war, noch ein „Beleg für die These, daß das industrielle Proletariat sich nun in den Schoß der ‚Volksgemeinschaft' begeben habe"[57]. Vor allem aber machte der Ausgang der Wahlen sehr deutlich, wo die eigentlichen Interessen der Arbeiterschaft lagen: in der Stabilisierung und Verbesserung ihrer sozialen und materiellen Situation.

III.

Welche Veränderung im Abstimmungsverhalten und im Ergebnis brachten die Vertrauensratswahlen im Jahr 1935? Ein erster Unterschied zum Vorjahr lag in der nun umfassenden propagandistischen Vorbereitung der Wahl durch die NS-Medien, woran die DAF großen Anteil hatte, die die Abstimmung nun zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machte[58]. Der Höhepunkt dieses bereits mit Jahresbeginn einsetzenden Werbefeldzuges waren Reden von NSDAP- und DAF-Funktionären vor Belegschaften großer Werke, die im Rundfunk reichsweit ausgestrahlt und von den Beschäftigten im Rahmen des betrieblichen „Gemeinschaftsempfangs" angehört werden mußten. Auch der Kölner Regierungspräsident wies in seinem Abschlußbericht zur Vertrauensratswahl des Jahres 1935 ausdrücklich auf die verstärkten Propagandamaßnahmen hin: „Die Gefolgschaften sind durch die rechtzeitig einsetzende großzügige Propaganda über die Bedeutung der Vertrauensratswahlen genügend unterrichtet worden, was im vorigen Jahr nicht überall der Fall war."[59]

Entscheidender für die Abstimmung selbst war aber sicherlich die gegenüber 1934 stärkere Orientierung der Kandidatenauswahl an praktischen Betriebserfordernissen. Anders als in vielen Fällen des Vorjahres wurde nun stärker die „Sachkompetenz" der Kandidaten zum ausschlaggebenden Kriterium der Nominierung, was gleichzeitig der DAF oft einen weiteren Erfolg gegenüber der NSBO eintrug, die nach wie vor versuchte, zumeist ungeeignete „alte Kämpfer" in Vertrauensratspositionen zu bringen. Der Regierungspräsident umschrieb diesen Sachverhalt zurück-

[57] Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 374.

[58] Vgl. hierzu ausführlich Frese, Betriebspolitik, S. 278 f.

[59] In: HStAD, Reg. Köln 8292: Regierungspräsident Köln an Oberpräsident am 29. 5. 1935, S. 2. Dort auch das folgende.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haltender: „Bei der Auswahl der Vertrauensratsmitglieder hat man sehr viel mehr Sorgfalt walten lassen als im letzten Jahre, sodaß die Aufstellung offensichtlich unzulänglicher oder ungeeigneter Vertrauensratsmitglieder möglichst vermieden wurde."

Genaue Angaben sind zu diesem Komplex für Kölner Betriebe jedoch nicht möglich[60]. Ob allerdings gleichzeitig das „gegenseitige Verständnis von Führer und Gefolgschaftsmitglied für die Sorgen und Nöte des anderen ... in vielen Betrieben zweifellos gewachsen" war, wie der Regierungspräsident berichtete[61], erscheint angesichts der zahlreich vorliegenden Meldungen über eine schlechte Stimmung innerhalb der Belegschaften doch mehr als zweifelhaft.

Bezogen auf die Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten ergab die Wahl im Einzugsgebiet des Gewerbeaufsichtsamtes Köln folgendes Bild: Von insgesamt 87 260 Wahlberechtigten gaben 79744 ihre Stimme ab, was einer Beteiligung von 91,39% und damit einer Steigerung um etwa 3% gegenüber 1934 entsprach[62]. 5,68% (1934: 6,42%) der Voten waren ungültig. 55,05% (1934: 51,24%) akzeptierten die vorgelegten Listen ohne Einschränkungen, während 8,73% (1934: 7,15%) diese ganz durchstrichen und 30,53% (1934: 35,18%) teilweise Streichungen vornahmen.

Abgesehen von möglichen Wahlmanipulationen deutet das Ergebnis zunächst auf einen – wenn auch nicht übermäßig – größeren Erfolg der vorgeschlagenen Listen hin. Bei einer solchen Bewertung ist jedoch Vorsicht angebracht. Die für die Vertrauensratswahlen 1934 festgestellte Differenziertheit der Stimmabgabe, die sich vor allem in den Streichungen einzelner Kandidaten manifestierte, kann bei mehr als 30% von teilweisen Ablehnungen auch für 1935 konstatiert werden. Die Abnahme von fast 5% ist zumindest partiell auf eine sorgfältigere, stärker an der Qualifikation ausgerichtete Kandidatenauswahl zurückzuführen. Andererseits stieg der Anteil der komplett durchgestrichenen Stimmzettel merklich an und erreichte im stadtkölnischen Gebiet immerhin 11,19% der gültigen Stimmen[63]. Inwieweit diese Ab-

---

60 Darauf weist auch Frese, Betriebspolitik, S. 279, hin. Für Köln konnten nur für das Carlswerk Kandidatenlisten beider Abstimmungsvorgänge gefunden werden. Danach wurden 1935 lediglich drei der 20 Kandidaten neu aufgestellt. Allerdings handelte es sich in allen Fällen um Listenplätze zum Vertrauensrat. Zwei im Jahr 1934 dem Vertrauensrat angehörende Belegschaftsmitglieder wechselten zu den Stellvertretern über. Vgl. Firmenarchiv F & G, AI/11 c–20.

61 Es heißt dort ebenso schönfärberisch weiter: „Auch die Gefolgschaftsmitglieder sehen in dem Vertrauensrat nicht mehr so sehr den Nachfolger des früheren Betriebsrats, der fehl am Platze ist, wenn er nicht ‚möglichst viel herausholt'. Durch Ausräumen dieser falschen Ansicht konnte manches Mißtrauen beseitigt und die Zahl der Ja-Stimmen vermehrt werden."

62 Vgl. zu diesen und den folgenden Zahlen Tabelle I und Rüther, Arbeiterschaft, S. 459 ff., Tabelle XXII.

63 Wie bei der Analyse des Ergebnisses von 1934 beziehen sich die folgenden Prozentangaben wieder auf die Zahl der gültigen Stimmen. Entsprechende Berechnungen auf der Grundlage der Wahlbeteiligung in Tabelle I. Ein Vergleich zu 1934 ist hier nicht zulässig, da die Zuständigkeitsbereiche der Gewerbeaufsicht zwischenzeitlich neu definiert worden waren. Die Einteilung zwischen Köln-Nord und Köln-Süd entfiel, wobei unter der neuen Rubrik Köln-Stadt nun auch alle Großbetriebe des rechtsrheinischen Köln subsumiert waren, während diese 1934 z. T. noch zu Köln-Land gezählt

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lehnungen politisch oder wirtschaftlich motiviert waren, läßt sich kaum entscheiden und bedürfte einer genaueren Analyse der Abstimmungen in einzelnen Betrieben.

Im für Köln wichtigsten Industriesektor, dem Maschinenbau, ist zunächst auffällig, daß die Wahlbeteiligung entgegen dem allgemeinen Trend deutlich niedriger lag als 1934. Sie war bei einem Zuwachs der Stimmberechtigten um etwa 3000 von 94,15% auf 90,20% gefallen. Alarmierender war für die NS-Instanzen aber sicherlich der geringere Anteil an Zustimmung für die zur Abstimmung stehenden Listen. Waren 1934 noch 67,30% der gültigen Stimmen Ja-Stimmen gewesen, so belief sich deren Zahl nun nur noch auf 63,50%. Demgegemüber waren die ablehnenden Voten von 9,61% auf 13,53% angestiegen, während die Stimmzettel mit teilweisen Streichungen mit 23,08% nahezu den gleichen Anteil wie im Vorjahr (22,97%) erreichten[64]. Wenn der Maschinenbau in der Kölner Industrie auch der Bereich mit der größten Zustimmung blieb, so muß das Ergebnis für die DAF doch sehr enttäuschend gewesen sein, denn immerhin handelte es sich hier um Metallbetriebe, die aufgrund der Rüstungsanstrengungen eine zunehmende Beschäftigtenzahl aufzuweisen hatten.

In fast allen anderen Branchen stand einem Absinken des Anteils der ungültigen Stimmen ein prozentualer Anstieg der Nein-Stimmen gegenüber. Bemerkenswert war dabei der Ausgang der Vertrauensratswahl in der Sparte Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Hier waren bei der Wahlbeteiligung, den ungültigen und den Ja-Stimmen nur geringfügige Veränderungen gegenüber 1934 zu verzeichnen. Allerdings hatte eine beachtliche Verschiebung zwischen den ablehnenden Voten und den teilweise gestrichenen Stimmzetteln stattgefunden. Nachdem die vorgelegten Listen im Vorjahr noch mit 30,74% der gültigen Stimmen teilweise abgelehnt worden waren, waren es nun nur noch 26,60%. Gleichzeitig war der Anteil der Nein-Stimmen aber von 6,41% auf 10,38% gestiegen – ein deutliches Zeichen zunehmender Ablehnung zumindest der Institution „Vertrauensrat".

Auch im zweitgrößten Bereich der Kölner Industrie, der Chemiebranche, stimmten 1935 immerhin 9,84% gegen die zur Abstimmung stehenden Listen, während dieser Anteil im Jahr zuvor nur 6,39% betragen hatte. Andererseits stieg die Zustimmungsrate – wenn auch minimal – auf 60,84% (1934: 60,15%), während nur noch 29,32% (1934: 33,46%) der Abstimmenden teilweise Streichungen vornahmen.

In den Branchen der Konsumgüterindustrie fiel die Zustimmung auch 1935 deutlich geringer aus als im Produktionsgütersektor, wobei das Ergebnis in der Textilindustrie – wohl nicht zuletzt durch die Auswirkungen der sogenannten „Faserstoff-

worden waren. Zu den Entwicklungen in den Bergrevieren Köln-Ost und -West lassen sich aufgrund fehlender Unterlagen keine näheren Aussagen treffen.

[64] Bei der Kruppschen Gußstahlfabrik war 1935 zwar die Wahlbeteiligung gestiegen, gleichzeitig aber die Zustimmung zurückgegangen. Vgl. Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 372, und mit gleichem Befund für die Grube Penzberg Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München/Wien 1981, S. 321. Vgl. auch Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 108 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verordnung" vom 19. Juli 1934[65] – noch hinter dem für die NS-Instanzen bereits sehr schlechten Votum des Vorjahres zurückblieb. Lediglich 40,80% (1934: 44,87%) stimmten mit Ja, 7,82% (1934: 6,79%) lehnten die Listen ganz ab und 51,52% (1934: 48,35%) nahmen teilweise Streichungen vor[66]. Einen im Vergleich zu 1934 wesentlich höheren Zustimmungsgrad erfuhren die Vertrauensratslisten in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und im Bekleidungsgewerbe. Hier erhöhte sich der prozentuale Anteil der Zustimmung von 35,89% auf 47,47% bzw. von 40,91% auf 51,00%. Parallel dazu ging die Zahl der teilweise durchgestrichenen Stimmzettel von 60,98% auf 48,25% bzw. von 50,19% auf 41,71% zurück. Während im Nahrungs- und Genußmittelbereich die Nein-Stimmen analog zum allgemeinen Trend leicht von 3,13% auf 4,28% anstiegen, war das Bekleidungsgewerbe die einzige der für diese Untersuchung ausgewählten Industriebranchen, die 1935 eine Abnahme der ablehnenden Voten von 8,90% auf 7,29% zu verzeichnen hatte[67].

Insgesamt betrachtet, konnte der Ausgang der Vertrauensratswahlen des Jahres 1935 für die DAF und andere NS-Instanzen nicht befriedigend sein. Darüber können auch gegenteilige offizielle Verlautbarungen nicht hinwegtäuschen. Den zur Abstimmung vorgelegten Listen wurde bei weitem kein „100%iges Vertrauen" ausgesprochen[68], und die Betonung des „hervorragenden Ergebnisses der Vertrauens-

---

[65] Die Verordnung sah neben dem Abbau von Mehrarbeit die Einführung einer Regelarbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich vor. Nach Angaben bei Hachtmann, Arbeitsmarkt, S. 191, wurde die Arbeitszeit in der Textilindustrie z. T. so stark reduziert, daß die Einkommen der Textilarbeiter unter den Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung lagen. Ausführlicher zu dieser Entwicklung in Köln Rüther, Arbeiterschaft, S. 223 ff.

[66] Bei der Textilfirma Schusterinsel in Opladen stieg der Anteil der uneingeschränkten Zustimmung – wohl nicht zuletzt aufgrund einer durchgeführten Wahlbeteiligungskontrolle – gegenüber dem Vorjahr von 41,4% auf 53,43%, gleichzeitig aber auch die Zahl der Nein-Stimmen von 10,9% auf 14,75%. Vgl. Wolff, Nationalsozialismus, S. 198.

[67] Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Bekleidungsgewerbe die mit Abstand geringste Zahl der Abstimmungsberechtigten aufwies. 1934 hatten von 1926 Wahlberechtigten 1713 von ihrem „Wahlrecht" Gebrauch gemacht. Dabei wurden 151 ungültige Stimmzettel abgegeben. Die verbleibenden Stimmen verteilten sich folgendermaßen: 639 „Ja", 139 „Nein" und 784 teilweise Streichungen. 1935 lautete die entsprechende Zahlenreihe: 1920–1778–78–867–124–709.

[68] So die Schlagzeile im „Westdeutschen Beobachter" (WB) vom 15. 4. 1935, S. 1. Dort und WB vom 16. 4. 1935, S. 2, auch Einzelergebnisse aus Kölner Betrieben, die jedoch nur den Prozentsatz der Zustimmung wiedergeben. Das von der Reichswahlleitung der DAF angewandte Verfahren der Ergebnisermittlung mittels zweier „Gaufragebögen" war weitaus weniger differenziert als die Erhebungen der Gewerbeaufsicht, da die Kategorie der teilweisen Streichungen nicht berücksichtigt wurde. Vgl. dazu das Schreiben des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland an den Kölner Regierungspräsidenten vom 8. 5. 1935, in: HStAD, Reg. Köln 8292. Über den Umrechnungsmodus wird nichts Genaueres mitgeteilt. Daher werden die nach NSDAP-Kreisen erhobenen Ergebnisse hier nicht zur Interpretation herangezogen, zumal die DAF für das Jahr 1934 nicht über vergleichbares Zahlenmaterial verfügte. Vgl. ebenda: Regierungspräsident Köln an Oberpräsident, 30. 4. 1935, S. 2. Für die vier Kreise Köln-linksrheinisch-Nord, -linksrheinisch-Süd, -rechtsrheinisch und -Land ergaben sich 1935 bei einer Wahlbeteiligung von 92,2% insgesamt 80,3% Ja-Stimmen. Für 1934 schätzte die DAF die Ja-Stimmen auf 72%. Vgl. dazu mit detaillierten Angaben Tabelle III.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ratswahl" durch Gauleiter Grohé entsprang wohl eher dessen Bemühen um Hervorhebung der eigenen Leistung als der Realität[69]. Nach Einschätzung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz kam das Resultat der Wahlen in politischer Hinsicht einer „Billigung des heutigen politischen Systems" gleich. „Hieran gemessen kann das Ergebnis der Wahlen als durchaus erfreulich angesehen werden."[70] Noch vorsichtiger urteilte der Kölner Polizeipräsident, der das Ergebnis als „durchschnittlich" und „in den erwarteten Grenzen" einstufte[71]. Von seiten der Staatspolizeistelle Köln kamen jedoch gleichzeitig Warnungen vor einer Fehleinschätzung der Stimmung in der Arbeiterschaft: „Wenn auch der Arbeiter nach außen hin sich mit vielen Maßnahmen der Bewegung und des Staates einverstanden erklärt, so ist er innerlich dennoch unzufrieden. Darüber darf auch das günstige Ergebnis der Vertrauensratswahlen nicht hinwegtäuschen. Der Arbeiter vermeidet es sorgfältig, öffentlich Kritik zu üben, weil er Ungelegenheiten mannigfacher Art befürchtet. Er geht vielmehr dazu über, auf geschickte Art an der Arbeitsmethode, den Löhnen etc. zu kritisieren. In den Arbeiterkreisen machen sich bereits vielfach Stimmen bemerkbar, die besagen, daß das Kapital die Macht über den Arbeiter wieder gewonnen habe."[72]

Ein solcher Vorwurf durfte sich allerdings nicht allein an die Arbeitgeber richten, war es doch die NS-Regierung, die mit dem AOG eine wirksame Interessenvertretung auch formal abgeschafft und an deren Stelle die Vertrauensräte gesetzt hatte. Diese hatten das erste Jahr ihrer „Bewährung" hinter sich, und einigen Arbeitern wird der fundamentale Unterschied zwischen einer Vertretung durch den Betriebsrat und der „Arbeitsgemeinschaft" zwischen Unternehmer und Vertrauensrat deutlich geworden sein. Die Staatspolizeistelle Köln berichtete im Herbst 1934 hierzu folgendes: „Unzufrieden sind die Arbeiter auch über die Handhabung des Gesetzes zum Schutze (!) der nationalen Arbeit. Es wird behauptet, daß die Unternehmer als Führer der Betriebe die ihnen eingeräumte Macht ohne jedes soziale Verständnis zu ihren Vorteilen ausnutzen. Die als Vertreter der Belegschaft gewählten Vertrauensleute werden von den Arbeitern nur als Marionetten der Kapitalisten betrachtet. Die Arbeiter fühlen sich bei betrieblichen Vorkommnissen weitgehend schutzlos."[73]

---

69 BA, NS 22/583 (unpaginiert): Stimmungs- und Lagebericht des Gauleiters Grohé vom 8. 5. 1935.

70 In: LHAK, 717/119, S. 287: Lagebericht für den Monat April 1935. Der Bericht hob zudem hervor, daß in der Textilindustrie und in Tiefbaubetrieben weniger günstige Ergebnisse vorlägen.

71 In: HStAD, Reg. Köln 8292: Polizeipräsident Köln an Regierungspräsident Köln, 16. 4. 1935, S. 1.

72 In: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStPK), Rep. 90 P, 80 H. 7: Lagebericht für den Monat April 1935, S. 197. Eine ähnliche Schuldzuweisung in Richtung der Unternehmer nahm auch Gauleiter Grohé vor: „Wo in einzelnen Betrieben das Wahlergebnis diesmal schlecht war, ist festgestellt worden, daß dies durchweg auf den Betriebsführer bzw. Unternehmer zurückzuführen ist, die ihren liberalen Herrenstandpunkt noch nicht aufgegeben haben und im Betrieb selbst *nach wie vor die Fürsorge für die Arbeitenden erheblich vernachlässigen.*" In: BA, NS 22/583 (unpaginiert): Stimmungs- und Lagebericht des Gauleiters Grohé vom 8. 5. 1935.

73 In: GStPK, Rep. 90 P, 78 H. 6: Lagebericht für den Monat September 1934, S. 66. In einer Schilderung der „Deutschland-Berichte" aus Rheinland-Westfalen heißt es im März 1935: „Die Nazivertrauensräte werden immer mehr gewissermaßen in die Zange genommen. Angetrieben von den Gefolgschaften, stoßen diese sogenannten Vertrauensräte auf immer offeneren Widerstand der

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Deutschland-Berichte" faßten aufgrund der eingegangenen Meldungen die diesbezügliche Stimmung in der Arbeiterschaft generalisierend so zusammen: „Die Arbeiter – und darin stimmen alle Berichte überein – haben diese Wahlen nicht ernst genommen; es war ihnen in den meisten Fällen wurscht, ob gewählt wurde, wie gewählt wurde und wer gewählt wurde. Sie entzogen sich der Abstimmung, wo es ohne Gefahren möglich war, und sie beteiligten sich, wo der Wahlterror sie dazu zwang. Es ging ihnen nicht um das Vertrauen der Kandidaten, die nach ihren Erfahrungen doch nichts machen können, und es ging ihnen ebensowenig um das Vertrauen Hitlers, denn ihn hatten sie ja nicht zu wählen. Diese allgemeine Gleichgültigkeit vereitelte vor und nach der Wahl das propagandistische Bestreben, die Abstimmung zu einer großen politischen Vertrauenskundgebung umzumünzen."[74]

Ob die Gleichgültigkeit unter der Arbeiterschaft so weit fortgeschritten war, wie es der Darstellung der „Deutschland-Berichte" zu entnehmen ist, erscheint allerdings zweifelhaft und läßt sich mit den Wahlergebnissen, die auch 1935 noch eine hohe Differenzierung aufwiesen, zumeist nicht in Einklang bringen. Ohne politische Motive seitens der Arbeiterschaft völlig in Abrede stellen zu wollen[75] und auch bei Berücksichtigung der 1935 zweifelsohne vorgenommenen Wahlmanipulationen[76], sollten beide Aspekte in ihren Auswirkungen nicht überschätzt werden. So stießen illegale kommunistische Flugblätter zur Vertrauensratswahl bei den Belegschaften offensichtlich nur auf geringe Resonanz[77]. Und die Tatsache, daß das Kölner Gewerbeaufsichtsamt den Polizeibehörden eine zu positive Darstellung der Wahlergebnisse vorwarf, läßt den Schluß zu, daß zumindest von dieser Seite, auf deren Angaben die vorliegende Darstellung großenteils beruht, keine Ergebnismanipulationen intendiert waren.

Bedeutsamer für die Abstimmungsentscheidungen war für den größten Teil der Arbeiterschaft – wie schon 1934 – offensichtlich die gesamtwirtschaftliche Situation, die durch steigende Lebenshaltungskosten bei offiziellem Lohnstopp geprägt war.

Unternehmer. Immer klarer wird, daß das jetzige System der Arbeitsfront und der Treuhänder keine Lösung und ungeeignet ist, dem Interessenausgleich zwischen Unternehmer und Arbeiter zu dienen. Die Arbeiter lassen sich von der Phrase von Volksgemeinschaft nicht benebeln. Ihre Löhne fallen, kollektiven Schutz haben sie nicht; der Unternehmer regiert. Der einzelne fühlt sich ohnmächtig. Er läuft zwar zum Vertrauensrat; dieser aber kann ihm beim besten Willen nicht helfen." In: Deutschland-Berichte, 1935, S. 293.

[74] Deutschland-Berichte, 1935, S. 434.

[75] Dabei ist insbesondere der Einfluß der illegalen Arbeiterbewegung nur sehr vage einzuschätzen, wenn es auch scheint, daß dieser nicht zu hoch veranschlagt werden sollte. Vgl. hierzu Frese, Betriebspolitik, S. 282, und Rüther, Arbeiterschaft, S. 203 f. und S. 209.

[76] Vgl. hierzu Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 375, und Rüther, Arbeiterschaft, S. 204 f.

[77] So das Ergebnis von Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 108. Vgl. auch Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 379. In einer illegalen Schrift analysierte die KPD die Einheitsfrontbestrebungen im Kölner Bezirk folgendermaßen: „Die Vertrauensrätewahlen wurden in unserem Bezirk ungenügend vorbereitet. Wir haben nur in wenigen Betrieben den Arbeitern unsere Taktik klargelegt. Obwohl diese Wahlen große Möglichkeiten in der Verwirklichung der Einheitsfront boten, haben wir nur an wenigen Stellen einen Vorstoß unternommen." In: BA, R 58/480: Lagebericht für den Monat Mai 1935, S. 90.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neben der Tatsache, daß die Belegschaften der Industriebetriebe zwischenzeitlich die relative Machtlosigkeit der Vertrauensräte in Fragen einer aktiven Interessenvertretung hatten erfahren müssen, kamen weitere, die Stimmung negativ beeinflussende Faktoren hinzu: die hohen Abgaben, u. a. für die DAF, und das sogenannte „Sammelunwesen". Die Staatspolizeistelle Köln berichtete im September 1934, der geringe Verdienst lasse für den Großteil der Arbeiterschaft keine Ausgaben für soziale oder kulturelle Einrichtungen zu: „Die sozialen Abgaben sind, worauf nicht häufig genug hingewiesen werden kann, im Verhältnis zum Arbeitsverdienst und im Vergleich zu einer Gegenleistung viel zu hoch. Es fällt (dem) Arbeiter äußerst schwer, seine Beiträge für die Arbeitsfront und die sonstigen Organisationen der Bewegung zu zahlen. Wenn der Arbeiter seinen sozialen Verpflichtungen nachkommt, so muß er in der Regel auf anderweitige dringende persönliche Bedürfnisse verzichten."[78]

Von Seiten der DAF und der anderen an den Abgaben partizipierenden Einrichtungen wurden jedoch keinerlei Änderungen vorgenommen. Die Klagen über zu hohe Abgaben durchzogen auch in den Folgemonaten die Berichterstattung der Kölner Überwachungsinstanzen[79]. Im April 1935, dem Monat, in dem die Vertrauensratswahlen stattfanden, wurde nochmals hervorgehoben, die „Inanspruchnahme der Arbeiterschaft zu Beitragsleistungen zu den verschiedensten Organisationen, Verbänden, Sammlungen und Stiftungen stehe schon lange nicht mehr im rechten Verhältnis zu den Existenzmitteln"[80]. Es waren aber gerade die Vertrauensräte und die DAF-Amtswalter in den Betrieben, die für die Durchführung der Sammlungen verantwortlich waren und daher, ob nun aus Profilierungssucht oder selbst unter Zwang stehend, einen entsprechenden Druck auf die Belegschaften ausübten.

Entsprechend fiel dann auch die Gesamtbeurteilung der Vertrauensratswahlen des Jahres 1935 durch die überwachenden Instanzen aus[81]. Die Wahl, so resümierte der

---

78 In: GStPK, Rep. 90 P, 78 H. 6: Lagebericht für den Monat September 1934, S. 64. Vgl. hierzu ausführlich Rüdiger Hachtmann, Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des „Dritten Reiches", in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75 (1988), S. 39 ff.

79 Vgl. beispielsweise BA, R 58/681: Lagebericht für den Monat Januar 1935, S. 5, und BA, R 58/386: Lagebericht für den Monat März 1935, S. 123: „Der eigentliche Träger der DAF, der Arbeiter, klagt immer noch über zu hohe soziale Lasten und Abzüge und wünscht statt Urlaubsreisen und sonstiger Vergnügungen Hebung seines Lebensstandards." Im Juli 1934 hatte die Staatspolizeistelle dagegen noch berichtet, die von der DAF-Organisation „Kraft durch Freude" (KdF) durchgeführten Urlaubsfahrten würden nach anfänglicher Skepsis viel Anerkennung finden, „nachdem sich herausstellte, daß die Teilnehmer nicht auf wenige Bevorzugte beschränkt wurden". In: GStPK, Rep. 90 P, 76 H. 6, S. 45. Vgl. hierzu ausführlich Hasso Spode, Arbeiterurlaub im Dritten Reich, in: Sachse, Angst, vor allem S. 288 ff.

80 In: GStPK, Rep. 90 P, 80 H. 7, S. 202. Ausführlicher zum „Sammelunwesen" und dessen Auswirkungen auf die Stimmung in der Arbeiterschaft vgl. Rüther, Arbeiterschaft, S. 206 f. und S. 239 f.

81 Das folgende basiert vorwiegend auf dem Abschlußbericht zu den Vertrauensratswahlen 1935 im Regierunsbezirk Köln, der von einem Beamten der Gewerbeaufsicht erstellt und über den Regierungspräsidenten dem Oberpräsidenten zugeleitet wurde. Er stellt quasi eine Endredaktion verschiedener Berichte dar, die vom Kölner Polizeipräsidenten, der Staatspolizeistelle Köln, dem Treuhänder der Arbeit, verschiedenen Landräten und in mehrfach modifizierter Form vom

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berichterstattende Gewerbeaufsichtsbeamte in seinem Abschlußbericht Ende Mai 1935, sei mustergültig organisiert gewesen und ohne jede Störung verlaufen. Sowohl die Wahlbeteiligung als auch der Anteil der unverändert abgegebenen Stimmzettel sei höher als im Vorjahr, wobei allerdings unerwähnt blieb, daß auch die Nein-Stimmen einen Anstieg erfahren hatten. Als „besonders erfreulich" wurde hervorgehoben, daß in den Betrieben, in denen im Vorjahr die Abstimmung fehlgeschlagen sei, nunmehr durchweg gute Ergebnisse vorlägen und sämtliche vorgeschlagenen Vertrauensräte gewählt worden seien[82]. Ob dies auf einen Austausch der Kandidaten, eine verstärkte Überwachung und Druckausübung, Wahlmanipulation oder andere innerbetriebliche Maßnahmen zurückzuführen war, wird nicht mitgeteilt[83].

In den Fällen mit schlechteren Ergebnissen der Wahl des Jahres 1935 seien politische Gründe „nur selten maßgebend" gewesen, „vielmehr spielen persönliche Ursachen eine ausschlaggebende Rolle": „Ich halte es nicht für angebracht, an Hand der Wahlergebnisse Schlüsse politischer Natur zu ziehen, da der Wahlausgang in erster Linie von der subjektiven Einstellung der Wähler zu den aufgestellten Vertrauensratsmitgliedern bestimmt worden ist. So erklärt sich auch, daß Betriebe, deren Gefolgschaftsmitglieder vor der Machtergreifung stark marxistisch beeinflußt oder von der RGO durchsetzt waren, bei der Vertrauensratswahl sehr gute Wahlergebnisse aufwiesen."[84]

Gerade die Begründungen, die in den Abschlußberichten für einzelne negative Wahlresultate angeführt werden, sprechen eindeutig für die oben skizzierte materiell ausgerichtete Motivlage der Belegschaften. So wurde beispielsweise ein in einem Kölner Großbetrieb als Angestellter beschäftigter NSDAP-Ortsgruppenleiter als Vertrauensmann abgelehnt, da „er bei der Verteilung der Weihnachtsgratifikation im Jahr 1934 für die Angestellten ein halbes Monatsgehalt, für die Arbeiter jedoch nur 5,– RM in Vorschlag gebracht hatte". In einem anderen Betrieb wurde ein Vertrauensratsmitglied von nahezu allen Wählern gestrichen, „weil es sich im vergangenen Jahr besonders aktiv für das Winterhilfswerk eingesetzt hatte". Bei den Kölner

Gewerbeaufsichtsamt selbst verfaßt wurden. Sämtliche Berichte finden sich in: HStAD, Reg. Köln 8292. Ausführlicher hierzu Rüther, Arbeiterschaft, S. 208 ff.

82 Im Jahr 1934 waren von den insgesamt 1644 in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten innerhalb des Regierungsbezirkes Köln vorgeschlagenen Vertrauensmännern 194, davon 13 Betriebszellenobleute, nicht gewählt worden. 1935 betrug bei 1845 Kandidaten die Ablehnungsquote nur noch 66, darunter nunmehr lediglich sieben Betriebszellenobleute. Davon wurden allein 32 in der Textilindustrie abgelehnt, gefolgt von der Industrie der Steine und Erden mit fünf nicht akzeptierten Vertrauensmännern. Im Bereich Maschinenbau erhielten nach den vorliegenden Ergebnislisten alle zur Abstimmung stehenden Kandidaten eine ausreichende Mehrheit. Vgl. dazu die nach Branchen differenzierte Tabelle in: HStAD, Reg. Köln 8292.

83 Als allgemeine Merkmale des Wahlverhaltens stellte der Bericht noch heraus, daß als Vertrauensmänner vorgeschlagene Vorgesetzte, beispielsweise Betriebsleiter oder Meister, vielfach ungünstig abgeschnitten hätten und daß die Wahlbeteiligung in Betrieben mit hohem Frauenanteil „mangels Interesse der Frauen an öffentlichen Angelegenheiten" sowie wegen ihrer „Abneigung gegen Wahlen überhaupt" geringer gewesen sei.

84 Dieser Passus basierte auf den Ausführungen der Staatspolizeistelle Köln, was insofern hervorhebenswert ist, als gerade die Gestapo sonst oft dazu neigte, den Einfluß der illegalen Arbeiterbewegung auf die Belegschaften zu dramatisieren und überzubewerten.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ford-Werken hatten durch „Materialbeschaffungsschwierigkeiten" ausgelöste innerbetriebliche Spannungen die Wahl nachhaltig beeinflußt, was nichts anderes heißen kann, als daß Rohstoffmangel Kurzarbeit und damit ein geringeres Einkommen mit sich brachte und daher Unzufriedenheit auslöste.

„Wie sehr die Wahlen durch materialistische und kleinliche Einstellung beeinflußt" worden seien, zeigte nach Ansicht des Landrates des Landkreises Köln vor allem das Ergebnis beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Knapsack. Hier waren bis auf den Betriebszellenobmann alle Vertrauensratskandidaten mit Zustimmungsraten zwischen 58,84% und 78,05% der gültigen Stimmen gewählt worden. Dessen Ablehnung (41,56% Zustimmung) wurde dabei nicht mit politischen, sondern persönlichen Motiven begründet, die ihren Ursprung wiederum in wirtschaftlicher Unzufriedenheit hatten: „Im Jahre 1933 trat S. tatkräftig, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, für (die) Mehreinstellung von Arbeitern ein und erzielte auch einen großen Erfolg. Hierdurch wurde die Wechselschicht, die 500 Mann stark war und wöchentlich 56 Stunden arbeitete, auf 48 Stunden herabgesetzt. Daß damit auch ein wirtschaftlicher Nachteil für die Arbeiter eintrat, wurde von den Betroffenen nicht verstanden und gab zu unberechtigten Nörgeleien Anlaß. Die Schuld wurde dem Betriebszellenobmann S. zugesprochen. Gerade die Arbeiter des RWE haben eine wirtschaftliche Notlage noch nicht kennengelernt, da sie bisher in festem und verhältnismäßig gut bezahltem Arbeitsverhältnis standen."[85]

IV.

Aus dem bisher Dargelegten geht hervor, daß das Wahlverhalten einzelner Arbeiter oder ganzer Belegschaften einerseits zwar von den unterschiedlichsten Motiven beeinflußt sein konnte, daß sich andererseits aber deutliche Grundtendenzen abzeichnen. Die Zustimmungsrate war weitaus höher, als von der zeitgenössischen Exilpresse, der illegalen Arbeiterbewegung und auch der älteren Forschung angenommen. Sie lag in Köln im Schnitt jedoch niedriger als in den meisten von Zollitsch und Frese untersuchten Bereichen der Schwerindustrie des Ruhrgebietes[86]. Als wichtigstes Ergebnis der obigen Analyse ist hervorzuheben, daß bei den Abstimmungen ganz offensichtlich wirtschaftliche Gesichtspunkte eine ausschlaggebende Rolle spielten, was sich besonders deutlich an den unterschiedlichen Trends in der Produktions- und der Konsumgüterindustrie ablesen läßt. Die von Kurzarbeit besonders stark betroffene Textilindustrie ist hierbei das herausragende Beispiel.

Neben diesem vorrangig auf die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft und die damit verbundenen Konsequenzen für die in den verschiedenen Branchen Beschäftig-

[85] Andererseits hieß es in dem Bericht aber auch, „ein erheblicher Prozentsatz der Gefolgschaft" lehne die NS-Presse ab und sei auch noch nicht Mitglied in der NSV. Zudem seien im Rahmen der Vertrauensratswahlen Kreideaufschriften „Blut Göring" und „Göring †††" im Betrieb aufgetaucht.

[86] Frese, Betriebspolitik, S. 286, weist aber darauf hin, daß die Ergebnisse z. T. sehr heterogen waren.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten abhebenden Aspekt ist zudem deutlich geworden, daß die Arbeiterschaft in durchaus differenzierter Form von ihrem Stimmrecht Gebrauch machte, was sich an dem in beiden Jahren hohen Prozentsatz der teilweisen Streichungen ablesen läßt. Neben hierbei sicherlich partiell zum Ausdruck kommender politischer Ablehnung waren es zumeist handfeste innerbetriebliche Gründe, die zur Ablehnung einzelner Kandidaten führten, wobei auch hier im größten Teil der Fälle wirtschaftliche Gesichtspunkte entscheidend das Wahlverhalten bestimmten. Aus diesem Blickwinkel hatten die Abstimmungen in starkem Maße den Charakter von Persönlichkeitswahlen, deren Entscheidungen zumeist „unterhalb der Ebene politischer Einstellungen" angesiedelt waren[87].

Was die Vertrauensratswahlergebnisse im Kölner Raum angeht, kann der eingangs referierten Einschätzung von Matthias Frese, die „Herrschaftsträger" seien in beiden Jahren zufrieden gewesen, nicht gefolgt werden. Für das Jahr 1934 wurde in internen Berichten die Enttäuschung über den Ausgang der Abstimmung deutlich zum Ausdruck gebracht. 1935 war der Tenor der Berichterstattung zwar positiver, doch konnte sich dies nur auf die Tatsache beziehen, daß die Ablehnungsquote der vorgeschlagenen Vertrauensmänner und insbesondere auch der Betriebszellenobmänner im Vergleich zum Vorjahr niedriger ausgefallen war. Gemessen am propagandistischen Aufwand, der sorfältigeren Kandidatenauswahl, der verstärkten Wahlkontrolle und in verschiedenen Fällen auch der Wahlmanipulation wird das Resultat jedoch kaum den Hoffnungen von DAF und anderen NS-Instanzen entsprochen haben. Vor allem dürfte den Überwachungsorganen bei ihrer Wahlanalyse nicht entgangen sein, daß im Einzugsbereich des Gewerbeaufsichtsamtes Köln einem knapp 4%igen Anstieg der Ja-Stimmen eine mehr als 1,5%ige Steigerung der Nein-Stimmen gegenüberstand. Dies aber waren die Stimmen, bei denen am ehesten eine ausgeprägt politische Motivation vermutet werden kann. Besonders alarmierend wird dabei wahrscheinlich gewirkt haben, daß die Ablehnung der Listen besonders in der Metall- und Chemieindustrie angestiegen war, auch wenn der Anteil der Zustimmung hier noch recht hoch blieb. Die Institution „Vertrauensrat" sowie die durch das AOG geschaffene neue Betriebsverfassung insgesamt erfuhren nach einjähriger „Bewährungsprobe" gerade durch den Anstieg der Nein-Stimmen eine deutliche Kritik. Konnten die NS-Führung, die DAF und die die neue Ordnung unterstützenden Unternehmer die Ablehnung einzelner Kandidaten noch mit persönlichen Konflikten und temporären Unzufriedenheiten abtun, so mußten sie hinter der zwar noch kleinen, aber augenscheinlich wachsenden Front totaler Ablehnung ein zukünftiges Widerstandspotential befürchten. Jedenfalls konnte das Ergebnis der Vertrauensratswahl 1935 – auch, oder besser, gerade im Vergleich zu 1934 – zumindest im Kölner Raum nicht als Erfolg verbucht werden.

Dies galt umso mehr, als dem NS-Regime bewußt gewesen sein wird, daß selbst diese wenig befriedigenden Ergebnisse wohl noch schlechter ausgefallen wären, wenn nicht gleichzeitig ein entsprechender Druck auf der Arbeiterschaft gelastet hätte. Zum einen waren die Erfahrungen der Wirtschaftskrise und der damit ver-

[87] So auch Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 377. Vgl. auch Frese, Betriebspolitik, S. 285.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bundenen Arbeitslosigkeit noch nicht überwunden. Zum anderen hatten aber nicht zuletzt die willkürlichen Entlassungen im Zusammenhang mit dem „Gesetz über Betriebsvertretungen" den Belegschaften in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, welcher Mittel sich Betriebszellenobmänner, DAF und Firmenleitungen bedienen konnten, um unangepaßtes Verhalten rigoros zu bestrafen. Diese Voraussetzungen gilt es zu berücksichtigen, wenn von „relativ" freien Wahlen ausgegangen wird[88]. Keiner konnte den Abstimmenden garantieren, daß das im Wahlverfahren festgeschriebene Wahlgeheimnis auch tatsächlich gewahrt wurde[89].

Bei Teilen der Arbeiterschaft ist jedoch auch von Resignation oder gar Gleichgültigkeit auszugehen. Sowohl Klaus Wisotzky als auch Wolfgang Zollitsch weisen mit einiger Berechtigung darauf hin, daß bei weitem nicht jeder Arbeiter politisch interessiert war und viele die Wahlen daher als lästige Pflichtübung begriffen, die man absolvierte, um danach wieder seine Ruhe zu haben.

Andererseits ist die Differenziertheit der Stimmenabgabe jedoch auch ein Hinweis darauf, daß der Wunsch nach einer wirksamen Interessenvertretung auf Betriebsebene ein „zentrales Motiv für das Verhalten der Arbeiter bei den Vertrauensratswahlen" war[90]. Allerdings ist bei der derzeitigen Quellenlage nicht zu entscheiden, ob das Gros der Arbeiterschaft den Vertrauensrat, wie Zollitsch ausführt, tatsächlich als Alternative zur völligen Rechtlosigkeit ansah. Das Druckmittel der Stimmabgabe, das Zollitsch im Rahmen der Wahlen in der Hand der Belegschaften sieht, muß sicherlich relativierend betrachtet werden, denn durchgefallene Kandidaten wurden umgehend vom Treuhänder der Arbeit eingesetzt. Auch die Feststellung, ein hoher Anteil an Zustimmung habe den Einfluß der Vertrauensräte auf die Unternehmensleitungen gestärkt, bedürfte weitgehender einzelbetrieblicher Bestätigung, schließlich konnten umgekehrt unbotmäßig auftretende Vertrauensmänner jederzeit durch den Treuhänder der Arbeit ihres Amtes enthoben werden. Aus diesen Unwägbarkeiten heraus erscheint es recht weitgehend, in den Vertrauensräten die Gewährleistung für „im Kern gewerkschaftliche Positionen im ‚Dritten Reich'" zu sehen. Sicherlich wurden ihnen Klagen über innerbetriebliche Verhältnisse zu Ohren gebracht und von ihnen auch Hilfe und Lösungen erwartet. Insgesamt aber läßt sich auf der Grundlage der – für diese Problematik jedoch dürftigen – Quellen aus Kölner Betrieben die These von Wolfgang Zollitsch, die Vertrauensräte hätten den „Widerpart zur völligen Individualisierung der Arbeitsbeziehungen und zur Atomisierung der Arbeiterschaft" geschaffen, nicht hinreichend erhärten[91].

---

88 So beispielsweise Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 376, und Frese, Betriebspolitik, S. 285.

89 Vgl. auch Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 107 f., und Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 376 f. Vgl. dort auch zum folgenden. Wisotzky legt dar, daß die Angst der Wähler nicht zuletzt auf den Erfahrungen der Volksabstimmung vom 12. 11. 1933 beruht haben könnte. Wie dort bestand auch bei den Vertrauensratswahlen die Möglichkeit, Nein-Stimmen mit Hilfe gekennzeichneter Stimmzettel nachträglich zu identifizieren.

90 Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 378. Dort, S. 378 ff., auch das folgende.

91 Zollitsch, ebenda, uneingeschränkt zustimmend dagegen Frese, Betriebspolitik, S. 286. Vgl. zu dieser Argumentation auch schon Mai, Arbeiter, S. 219: „Die geringen Ansätze kollektiver, z. T. partei-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Jahr 1935 fanden die letzten Vertrauensratswahlen statt. Anfang April 1936 wurde die Abstimmung kurzfristig zunächst für ein, im Frühjahr 1937 für ein weiteres Jahr und im Frühjahr 1938 schließlich „bis auf weiteres" verschoben. Damit war der Arbeiterschaft jede Möglichkeit genommen, ihre Meinung zur politischen oder wirtschaftlichen Entwicklung und zu innerbetrieblichen Fragen durch Abstimmungsverhalten zu artikulieren[92].

V.

Das bedeutete aber nicht, daß sich die Arbeiter nunmehr völlig den Leistungs- und Verhaltensanforderungen von Regime- und Arbeitgeberseite anpassen mußten, vielmehr fanden sie je nach Qualifikation und Unentbehrlichkeit durchaus Wege zur Durchsetzung individueller Interessen. Das in dieser Untersuchung gewonnene Ergebnis, nach dem die Entscheidungen der Beschäftigten bei der Stimmabgabe zu den Vertrauensratswahlen vorwiegend von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt waren, kann hinsichtlich des betriebsbezogenen Arbeiterverhaltens als Grundmotiv für die gesamte NS-Zeit und darüber hinaus für die Zeit vor 1933 und nach 1945 gelten. Daher soll es im folgenden darum gehen, dieses Phänomen in größerem thematischen und zeitlichen Zusammenhang zu betrachten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Frage nach der Bedeutung des Lohnes und die Überprüfung der bisher geläufigen Zäsuren im Verhalten der Industriearbeiterschaft[93].

Die hohe Arbeitslosigkeit der Jahre 1930 bis 1933 hatte die soziale Situation der Arbeiterschaft dramatisch verschlechtert; viele Arbeiterfamilien lebten unter dem Existenzminimum. Wer seinen Arbeitsplatz mit Glück behalten hatte, mußte einen weitgehenden Lohnabbau in Kauf nehmen, demgegenüber die Organisationen der Arbeiterbewegung, vor großangelegten Kampfmaßnahmen zurückschreckend, machtlos schienen. Die Unternehmensleitungen wiederum konnten die Notlage

---

übergreifender Interessenwahrung (durch die Vertrauensräte; M. R.) waren ein nicht zu unterschätzender Faktor in dem Bemühen, der angestrebten ‚Atomisierung', der Entsolidarisierung, der politischen Indifferenz der großen Masse der Arbeiter entgegenzuwirken, gewerkschaftliche Aktionsformen lebendig zu erhalten und damit, aller tagtäglichen Anpassung zum Trotz, eigentlich erst die geistige und soziale Resistenz gegenüber den nationalsozialistischen Transformationsbestrebungen zu ermöglichen." Vgl. dazu jetzt mit entschiedener Ablehnung der zuerst von Mai in die Diskussion eingebrachten These einer „quasi-gewerkschaftlichen" Rolle von Vertrauensräten und DAF: Tilla Siegel, Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit", Opladen 1989, S. 120ff.

92 Auf Gründe für die Verschiebung bzw. Aufhebung der Wahlen muß hier nicht näher eingegangen werden, da diese Entscheidungen bei Frese, Betriebspolitik, S. 292ff., ausführlich nachgezeichnet sind. Vgl. auch Zollitsch, Vertrauensratswahlen, S. 275f., und die Ablehnung von dessen Argumentation bei Frese, Betriebspolitik, S. 286, Anm. 93.

93 Vgl. zu allen im folgenden angesprochenen Aspekten ausführlich Rüther, Arbeiterschaft. Auf Einzelnachweise wird weitgehend verzichtet.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

häufig ausnutzen, um mit Hilfe des „Gespenstes der Arbeitslosigkeit" Druck auf die Belegschaftsvertretungen und jeden einzelnen Arbeiter auszuüben. Dem hatten die Arbeiter nichts entgegenzusetzen und verloren aufgrund der langen Dauer der Krise allmählich jegliche Zukunftsperspektive, wobei sie sich aber – zumindest in Köln – in der Endphase der Weimarer Republik nahezu geschlossen an die Vorgaben von Gewerkschaftsseite hielten und den Streikbestrebungen der RGO eine deutliche Absage erteilten.

Eine wesentliche Konsequenz der Wirtschaftskrise für das Arbeiterverhalten war die zunehmende Konzentration auf die Sicherung der eigenen Existenz. Parallel dazu wurde die Arbeiterschaft in der Endphase der Weimarer Republik aufgrund der äußerst differenzierten Abstufungen von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und Aufspaltung der Unterstützungsmaßnahmen stark segmentiert, was alte Solidaritätsstrukturen innerhalb einzelner Belegschaften nachhaltig angriff und zu deren Zerstörung beitrug[94]. Das Ergebnis war schon in den Jahren bis 1933 eine zunehmende „Individualisierung" der Arbeiter und Arbeiterinnen[95].

In diesem Kontext sind die Verhaltensweisen der „Arbeiterschaft" – sofern dieser Homogenität suggerierende Begriff zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch zutreffend war – nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten zu betrachten und zu bewerten. Die Arbeiterbewegung hatte in den Augen der Arbeiter und Arbeiterinnen offensichtlich versagt oder war zumindest nicht in der Lage gewesen, den Krisenerscheinungen wirksam zu begegnen. Hierin lag aber eine zentrale Propagandaaussage der Nationalsozialisten, und zahlreiche vom sozialen Abstieg Betroffene oder Bedrohte dürften sich nur noch von einer radikalen Änderung der politischen Vorzeichen Besserung erhofft haben.

Gleichzeitig traf das neue Regime, dessen Verhältnis zur Arbeiterschaft stark von der übersteigerten Angst vor dem „Novembersyndrom"[96] bestimmt war, schnelle Vorsorge gegen mögliche Oppositionsbestrebungen. Bereits einen Monat vor der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 wurde am 4. April 1933 das „Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen" verabschiedet. Hierdurch wurde zum einen die Institution des „Betriebsrates" und damit eine wirksame innerbetriebliche Interessenvertretung faktisch abgeschafft, was schließlich durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" (AOG) vom 20. Januar 1934 gesetzlich fixiert wurde. Zum anderen stellte das Gesetz aber auch ein Disziplinierungsinstrument dar, von dem jeder in seinem Verhalten „abweichende" Beschäftigte bedroht war. Schon der Verdacht „staats- oder wirtschaftsfeindlichen Verhaltens" – in der Optik der NS-Instanzen und oft auch der Unternehmensleitungen eine nahezu universell interpretierbare Floskel – reichte nun aus,

[94] Vgl. Alf Lüdtke, Hunger in der großen Depression. Hungererfahrungen und Hungerpolitik am Ende der Weimarer Republik, in: AfS 27 (1987), S. 169ff.

[95] Vgl. zur Diskussion dieses Begriffes Herbert, Arbeiterschaft, S. 339.

[96] Vgl. dazu Detlev Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 470, und Zollitsch, Arbeiter, S. 350.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Entlassungen auszusprechen und die „Beschuldigten" ins soziale Elend zu stoßen. Die Bedeutung dieses Gesetzes ist nicht so sehr an den absoluten Zahlen der von solchen Maßnahmen Betroffenen ablesbar, sondern liegt vielmehr in dem psychologischen Druck, der dadurch in der ersten Zeit des Dritten Reiches auf jedem einzelnen Belegschaftsmitglied lastete.

Eine solche Einschätzung sollte jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dem NS-Regime sei es in keiner Weise gelungen, die Arbeiterschaft in das neue System zu integrieren, und es habe nur durch Repression und Terror ein „Stillhalten" erreichen können[97]. Die zahlreichen Beispiele von zufriedenen in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeitern sprechen eindeutig gegen eine solche Sicht, die in ihrer Einseitigkeit kaum geeignet ist, das Verhalten von Arbeitern und Arbeiterinnen im Nationalsozialismus adäquat zu erfassen. Gerade das oben analysierte Resultat der Vertrauensratswahlen der Jahre 1934 und 1935 legt einen differenzierteren, neben dem terroristischen Druck vor allem die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft stärker berücksichtigenden Ansatz nahe. Es waren ja gerade die Belegschaften der Metallbetriebe, die die größten Zustimmungsquoten aufwiesen, also jene, deren gewerkschaftlicher Organisationsgrad vor 1933 zumeist bedeutend höher lag als der im Konsumgütersektor. Geht man von der älteren Forschungsmeinung aus, dann wären dagegen am ehesten von diesen Arbeitern Formen des Widerstands oder der Resistenz zu erwarten gewesen.

Statt dessen versuchten die Beschäftigten der Produktionsgüterindustrie Lohnerhöhungen durchzusetzen, sobald sich ihre Stellung angesichts des wachsenden Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften ausreichend stabilisiert hatte. Ohnehin nahm die Lohnfrage für das Arbeiterverhalten während des Nationalsozialismus eine Schlüsselfunktion ein. Zum einen kam es auf dieser Ebene zu massiven Protesten seitens der Arbeiter, zum anderen war dem Staat bzw. den Unternehmern mit der Gestaltung der Lohnpolitik ein äußerst wirksames Mittel an die Hand gegeben, um auf die Arbeiterschaft einzuwirken und Solidaritätsstrukturen nachhaltig zu zerstören.

Die Art und Weise, in der Herrschafts- und Arbeitgeberziele mit Hilfe der Lohngestaltung durchgesetzt wurden, sowie die Reaktionen der Arbeiterschaft hierauf sind in den letzten Jahren zunehmend zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden[98]. Ein Punkt ständiger Auseinandersetzung ist dabei – entsprechend der Kontroverse über die Bewertung der Vertrauensratswahlergebnisse – die Frage der Einordnung des Arbeiterverhaltens. Timothy Mason sah hierin kollektive Formen von „Arbeiteropposition"[99], rückte später allerdings wieder ein gutes Stück

[97] So beispielsweise noch Inge Marßolek, Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945–1948). Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal, Frankfurt/New York 1983, S. 50.

[98] Vgl. beispielsweise die umfassenden Überblicksdarstellungen von Tilla Siegel, Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland, in: Sachse, Angst, oder Hachtmann, Industriearbeit, vor allem S. 90 ff. und S. 161 ff. Vgl. auch Yano, Hüttenarbeiter, S. 96 ff., und Zollitsch, Arbeiter, S. 102 ff.

[99] Vgl. beispielsweise Mason, Arbeiteropposition, S. 293: „*Neben* der zähen Aufklärungsarbeit der illegalen Gruppen lebte ab 1936 der wirtschaftliche Klassenkampf auf breiter Form in der Industrie

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von dieser Position ab [100]. Michael Voges kommt bei seiner Analyse der „Deutschland-Berichte" zu dem Ergebnis, im „Lohnkampf des Dritten Reiches" seien „kollektive Techniken" angewandt worden. Er bestreitet zwar nicht den „eindeutig wirtschaftlichen Charakter" dieser Auseinandersetzungen, sieht in ihnen jedoch recht einseitig Formen des „Klassenkampfes", der während der NS-Zeit den Alltag im Betrieb geprägt habe[101]. Günter Morsch schließlich hat kürzlich den Versuch unternommen, das Phänomen „Streik im ‚Dritten Reich'" zu analysieren. Ein Resultat dieser Untersuchung besteht darin, daß die Regelung der Arbeitsverhältnisse während des Nationalsozialismus so angelegt gewesen sei, daß sie „bewußt der begrenzten Willkür des ‚Betriebsführers' und der prinzipiell unbegrenzten Willkür des Maßnahmenstaates anheimgestellt" gewesen sei. Habe der Vorteil für das Regime dabei vor allem darin bestanden, die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen höchst flexibel handhaben zu können, so sei der Arbeiter einer ständigen qualitativ wie quantitativ kaum berechenbaren Bedrohung ausgesetzt gewesen, „da er die Konsequenzen seines Handelns nicht mehr taxieren und sein Verhalten danach einrichten konnte"[102].

Dieser Einschätzung kann in ihrer Einseitigkeit nicht gefolgt werden. Das liegt vor allem im Ansatz Morschs begründet, der die Ergebnisse neuerer Untersuchungen, wonach das Verhalten der Arbeiterschaft ab etwa 1936 für eine Periode der Hochkonjunktur im typischen und normalen Maße blieb[103], zwar zur Kenntnis nimmt, sie aber nicht genügend berücksichtigt[104]. Demgegenüber erscheint die

---

wieder auf. (. . .) Er drückte sich in spontanen Arbeitsniederlegungen aus, in kollektivem Druck auf Arbeitgeber und auf nationalsozialistische Institutionen, in Widergesetzlichkeiten verschiedener Art gegen Arbeitsplatzvorschriften und staatliche Verordnungen, in Bummelstreiks, Fernbleiben von der Arbeit, Krankheit, Unmutsbezeugungen usw. Diese Weigerung der Arbeiterklasse, sich dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem voll zu unterwerfen, kann *Opposition* genannt werden . . ."

100 Vgl. Mason, Bändigung, S. 34.

101 Voges, Klassenkampf, S. 232 ff. Zitate S. 237 und S. 243. Auch Morsch, Streik, S. 657, spricht von „tagtäglichem Klassenkampf".

102 Morsch, Streik, S. 672. Zur Kritik an Morsch vgl. auch Herbert, Arbeiterschaft, S. 340 f.

103 Vgl. etwa Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 242: „Selbst unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen im Dritten Reich kann festgehalten werden, daß es im Ruhrbergbau keine starke Ausprägung der Arbeiteropposition gab. Zwar hatten die Bergleute nicht ‚ihren Frieden mit dem NS-Regime gemacht' . . ., doch trotz des Unmuts blieb das Arbeiterverhalten in einem für eine Periode der Hochkonjunktur typischen Rahmen." Vgl. auch Zollitsch, Arbeiter, S. 350, und Peukert, Lage, S. 468, der darauf hinweist, es sei eine „paradoxe Situation" gewesen, „daß ausgerechnet zu Zeiten einer unerhörten rechtlichen Knebelung der Arbeiterschaft und einer restriktiven Kontrolle jedes Arbeitsplatzwechsels die tatsächliche Arbeitsmarktlage zu einer hohen Fluktuation und zu einem Ansteigen der Arbeitseinkommen führte – ganz so, wie dies in konjunkturellen Aufschwungsituationen üblich ist".

104 Vgl. Morsch, Streik, S. 658 f. Er begründet das mit der Problematik einer quantifizierenden Betrachtungsweise und der Verwendung des Begriffes der „Normalität", „der leicht zu einer Unterschätzung des Gewalt- und Drohpotentials des Nationalsozialismus" führe und die gezielt eingesetzte psychologische Komponente vernachlässige. Für die ersten Jahre des Dritten Reiches waren psychologische Momente sicherlich von großer Bedeutung; auch sollen deren Einflüsse in späterer

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zusammenfassende Einschätzung Ulrich Herberts den tatsächlichen Entwicklungen und den damit korrespondierenden Verhaltensweisen der Arbeiterschaft eher zu entsprechen. Wie der wirtschaftliche Aufschwung vor allem Ausdruck des allgemeinen Trends gewesen und von der NS-Rüstungspolitik lediglich forciert worden sei, „so war auch die Zunahme der innerbetrieblichen Konflikte vornehmlich auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen und wurde durch die Politik des NS-Regimes in Umfang und Form beeinträchtigt und modifiziert"[105]. Es war dabei wohl in den seltensten Fällen bewußter politischer Protest gegen den Nationalsozialismus, der das Verhalten der Arbeiterschaft bestimmte[106]. Vielfach wurde entsprechenden Aktionen erst durch die noch immer existente Angst der Nationalsozialisten vor dem „Novembersyndrom", d.h. vor dem „Dolchstoß der inneren Front", ein systemgefährender und destabilisierender Charakter unterstellt, was dann in der Berichterstattung verschiedener Instanzen teils überdeutlich zum Ausdruck kam. Aber nur gemessen an den überzogenen Leistungsanforderungen der Nationalsozialisten konnte Arbeiterverhalten als „abweichend" beurteilt werden; tatsächlich wurde unter dem NS-Zwangssystem mehr geleistet als zu Zeiten freier gewerkschaftlicher Interessenvertretung[107].

Eine unkritische Übernahme der nationalsozialistischen Sicht sollte daher vermieden und demgegenüber stärker betont werden, daß die innerbetrieblichen sozialen Konflikte zumeist in keinem direkten Zusammenhang mit der politischen Herrschaftsform standen[108]. Letztlich wurde auf diese Weise sogar indirekt die Stabilität des NS-Regimes gefördert, wobei den Lösungsstrategien in Fällen von Auseinandersetzungen, und hier besonders bei Lohnkonflikten, eine bedeutende Rolle zukamen. Dabei muß zunächst betont werden, daß die weitaus meisten Streitigkeiten

---

Zeit keinesfalls abgestritten werden. Andererseits scheint es jedoch auch nicht angebracht, für das betriebliche Leben von einem zwölf Jahre andauernden, permanenten „Ausnahmezustand" auszugehen. Morschs Argumentation erscheint auch in einem anderen Punkt wenig schlüssig. Bedingt durch seine Fixierung auf das Phänomen des „Streiks" kommt er, S. 660, nach Durchsicht der bislang vorliegenden Forschungen zu dem Ergebnis, daß „nennenswerte Erkenntnisse über Umfang und Bedeutung der Streikbewegung im Nationalsozialismus auf dem Wege über Lokalstudien" nicht zu sammeln seien, „da Streiks im Vergleich zu anderen Formen des Protestverhaltens offenbar Ausnahmeerscheinungen gewesen sind". Wie aber, so läßt sich mit Recht fragen, sollen dann „nennenswerte Erkenntnisse" zutage gefördert werden? Streiks waren nun einmal, besonders während des Nationalsozialismus, lokal auftretende Phänomene. Den Verzicht auf lokale Untersuchungen mit einer zeitlichen Beschränkung auf die Jahre 1936/37 zu erkaufen, wie dies Morsch aufgrund der von ihm ausgewerteten Quellen tut, ist sicherlich ein den Erkenntnisprozeß hinsichtlich des Arbeiterverhaltens nur bedingt förderndes Vorgehen.

105 Herbert, Arbeiterschaft, S. 341.

106 Vgl. beispielsweise die skeptische Einschätzung eines ehemaligen ADGB-Funktionärs aus Rheinland-Westfalen Mitte 1936: „Lohnbewegungen gibt es in den Betrieben immer mal, aber zuletzt diktiert der Treuhänder, und die Leute fügen sich. Jedenfalls aber bleibt das Interesse für Lohnfragen größer als für Politik." In: Deutschland-Berichte 1936, S. 1161. Vgl. auch Zollitsch, Arbeiter, S. 350.

107 So Peukert, Lage, S. 471.

108 So Herbert, Arbeiterschaft, S. 342.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– ganz im Sinne der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung – innerbetrieblich ausgetragen und beigelegt wurden. Es gab zwar Fälle, in denen die DAF oder der Treuhänder von den Arbeitern eingeschaltet wurden, doch ist nach dem bisherigen Kenntnisstand zumindest für Köln davon auszugehen, daß es sich dabei eher um Ausnahmen handelte[109]. Daher ist es – analog zu den oben angeführten Erwägungen zur Rolle der Vertrauensräte – wohl zu weitreichend, der DAF aufgrund solcher Beispiele eine quasi-gewerkschaftliche Rolle zuzuschreiben und darin „Ansätze kollektiver, z. T. parteiübergreifender Interessenwahrung" zu sehen, die der angestrebten „Atomisierung" und Entsolidarisierung sowie der „politischen Indifferenz der großen Masse der Arbeiter" entgegengewirkt und „gewerkschaftliche Aktionsformen lebendig" gehalten habe[110].

Schließlich sind Lohnfragen in der NS-Zeit zumeist innerbetrieblich und vor allem individuell gelöst worden, wobei der einzelne Arbeiter gegebenenfalls seine Qualifikation und seine immer deutlicher werdende Unentbehrlichkeit ausspielen konnte[111]. Gerade dies bedeutete aber in den meisten Fällen die weitere Auflösung der schon durch die Wirtschaftskrise und durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung nachhaltig angegriffenen Solidaritätsverhältnisse. Diese „Lohnpolitik auf eigene Faust"[112] kam sowohl den Absichten der Nationalsozialisten als auch den Arbeitgebern entgegen und wurde nachdrücklich gefördert. Ein entscheidendes Mittel zur Forcierung des damit einhergehenden Prozesses der Atomisierung der Arbeiterschaft war der „Leistungslohn"[113].

Dabei ging es stets um zwei vorrangige Ziele: Zum einen sollten die Löhne dezentralisiert und damit individualisiert werden, zum anderen sollten durch Akkordlöhne und andere Formen der Leistungsentlohnung Minderleistungen ausgeschaltet und das Leistungsprinzip durchgesetzt werden[114]. Der politische Nutzen für das NS-Regime und Unternehmensleitungen lag dabei darin, daß an die Stelle des Risikos einer „kollektiven Explosion" nun steuerbare „Ventile" traten, um so

[109] Vgl. hierzu Rüther, Arbeiterschaft, S. 270 ff.

[110] So Mai, Arbeiter, S. 219. Vgl. dazu kritisch Tilla Siegel, Rationalisierung statt Klassenkampf. Zur Rolle der Deutschen Arbeitsfront in der nationalsozialistischen Ordnung der Arbeit, in: Hans Mommsen/Susanne Willems (Hrsg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 112 f., und Herbert, Arbeiterschaft, S. 342. Es ist durchaus bezeichnend, daß sich gerade solche Arbeiter mit Protesten und Arbeitsniederlegungen artikulierten, „die am Rande der Eingliederung in die Industriegesellschaft standen oder aus ihrem gewohnten Arbeitsfeld herausgerissen waren". So war nach Martin Broszat vor allem der „frühindustrielle Typus des Arbeiters" am häufigsten bei drastischen Fällen von Arbeitsverweigerung vertreten. Vgl. Zollitsch, Arbeiter, S. 353; vgl. auch: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II, München/Wien 1979, S. 199 ff. Dazu, daß es auch unter den Bedingungen des Krieges in den seltensten Fällen die industrielle Stammarbeiterschaft war, deren „Arbeitsdisziplin" zu wünschen übrig ließ, vgl. Rüther, Arbeiterschaft, S. 395 ff.

[111] So auch das Resümee bei Herbert, Arbeiterschaft, S. 342.

[112] Peukert, Lage, S. 470.

[113] Dazu ausführlich Hachtmann, Industriearbeit, S. 161 ff., und Siegel, Lohnpolitik, S. 124 ff.

[114] Vgl. zusammenfassend Herbert, Arbeiterschaft, S. 331.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenigstens einigermaßen kontrolliert dem Drängen der Arbeiterschaft auf Lohnverbesserungen nachgeben zu können. Die „Ventile" wurden so plaziert, daß sie die ökonomische Spaltung der Arbeiterschaft vorantrieben und gleichzeitig Regime und Rüstungsproduktion an den Stellen stabilisierten, an denen der Druck am gefährlichsten wurde[115].

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten konnte mit Hilfe einer solchen Lohngestaltung eine Leistungssteigerung erzielt werden. Dies galt im Besonderen in solchen Betrieben, in denen eine Rationalisierung vorangetrieben wurde. Die Einwände Masons gegen eine solche Interpretation erscheinen dabei nicht stichhaltig. Er hält es für zweifelhaft, daß die Lohnfrage ein „effektiver Mechanismus zur weiteren Differenzierung der Arbeiterklasse und zur Zerstörung solidarischer Strukturen am Arbeitsplatz war", da an den Arbeits- und Produktionsprozessen in der deutschen Industrie zwischen 1933 und 1943 wenig geändert worden sei[116]. Daß dies so in keinem Fall stimmt, belegen allein schon die Kölner Beispiele der Humboldt-Deutzmotoren AG und des Carlswerkes[117]. Entsprechend dieser Fehleinschätzung trifft auch eine weitere Prämisse der Argumentation Masons, weder Staat noch Industrie hätten ab Juni 1938 über genügend Geld verfügt, um den Arbeitern größere Lohnanreize zu gewähren, nicht zu. Tilla Siegel hält dem nachdrücklich entgegen, daß eine verstärkte Differenzierung der Löhne gerade notwendig gewesen sei, um die Steigerung der Lohnkosten gesamtgesellschaftlich in Grenzen zu halten[118]. Eine durch individuelle Lohnanreize gesteigerte Leistung brachte nicht nur ein höheres Produktionsvolumen, sondern auch eine beträchtliche Senkung des Lohnkostenanteils mit sich. Somit waren leistungsbedingte Lohnsteigerungen sowohl politisch als auch wirtschaftlich erwünscht und z. T. sogar notwendig.

Somit diente die Lohnfrage während der NS-Zeit in starkem Maße zur Differenzierung der Arbeiterschaft und zur Erzielung einer Leistungssteigerung. Dabei ist jedoch einschränkend zu berücksichtigen, daß sich die Lohnhöhe auch weiterhin grundsätzlich am Qualifikationsstand und der Arbeitsmarktlage orientierte[119]. Auf diese Vorgaben reagierte die Arbeiterschaft, oder genauer, der einzelne Arbeiter, wobei er sich seines jeweiligen „Marktwertes" durchaus bewußt war und diesen auch im Rahmen des „kalkulierten Risikos"[120] einsetzte. Hierbei praktizierte Pro-

---

115 Siegel, Lohnpolitik, S. 135.

116 Mason, Bändigung, S. 29 f.

117 Dazu ausführlich Rüther, Arbeiterschaft, S. 259 ff.

118 Vgl. Siegel, Lohnpolitik, S. 134 und S. 136.

119 Vgl. Zollitsch, Arbeiter, S. 261, und Hachtmann, Arbeitsmarkt, S. 224 ff.

120 Wenn Morsch, Streik, S. 678 ff., im Verhalten der NS-Instanzen in Fragen der Streikbekämpfung ein Konzept der „kalkulierten Improvisation" erblickt, so ist es mindestens ebenso berechtigt, hinsichtlich des Verhaltens der Arbeiter bei Versuchen zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen oder der bewußten Provokation von Entlassungen, um einen besser bezahlten Arbeitsplatz anzunehmen, von einem „kalkulierten Risiko" zu sprechen. Ohnehin neigt Morsch m. E. dazu, das „Drohpotential des Nationalsozialismus" im betrieblichen Alltag zu überschätzen. Zumindest die für Köln gewonnenen Erkenntnisse belegen, daß die Arbeiter die Konsequenzen ihres Handelns sehr wohl abschätzen und ihr Verhalten „danach einrichten" konnten.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

testformen blieben in aller Regel unter jener Schwelle, die ein staatspolizeiliches Eingreifen provoziert hätte[121]. Das lag vor allem auch darin begründet, daß die Wurzeln des Protestes in aller Regel nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Art waren[122]. Andererseits beruhte die relative Ruhe in den Großbetrieben der Rüstungsindustrie vorwiegend auf der privilegierten Stellung der hier beschäftigten Arbeiter und nicht auf einer politischen Integration in den NS-Staat. Die Wehrwirtschafts-Inspektion VI faßte die diesbezügliche Stimmung der Belegschaften in Rüstungsbetrieben im Sommer 1938 prägnant zusammen. Der Leistungswille, so wurde berichtet, sei im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Mehrarbeit werde, sofern sie klar begründet und in geeigneter Form verlangt werde, willig geleistet. Allerdings sei „vielfach nur der Verdienstwille, nicht die Überlegung aus höheren Gesichtspunkten die treibende Kraft"[123].

Insgesamt betrachtet kam der Lohnfrage für die Stabilität des NS-Regimes ein nicht unbedeutender Stellenwert zu. Die von Detlev Peukert in diesem Zusammenhang gestellte Frage, ob Auseinandersetzungen in der Lohnfrage „längerfristig auf das Konto des Widerstandes oder der sozialen Integration zu Buche schlugen"[124], wird von ihm selbst an anderer Stelle in Form einer rhetorischen Frage selbst beantwortet: „Lernte man nicht selbst im Arbeiterprotest [der NS-Zeit], so wie er sich individualistisch und punktuell vollzog, eine Lektion der sogenannten Leistungsgesellschaft: Jeder ist sich selbst der Nächste, der Erfolg ist auf der Seite des Stärkeren? Wurde nicht die traditionelle Orientierung der Arbeiterbewegung: ‚Gemeinsam sind wir stark', gerade durch den Erfolg der Lohnpolitik auf eigene Faust zurückgedrängt?"[125] Die hiermit einhergehenden Wandlungen bestimmten beim größten Teil der Arbeiterschaft zumindest das betriebliche Verhalten immer stärker, zerstörten Solidaritätszusammenhänge und leisteten einer Differenzierung Vorschub.

Hieran änderte sich auch in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges nichts Wesentliches. Die Arbeiter verstanden es trotz Kriegswirtschaftsverordnung und anderer restriktiver Bestimmungen zunächst durchaus, den durch Einberufungen weiter verschärften Arbeitskräftemangel in ein individuell nutzbares Druckmittel umzuwandeln. Es war jedoch, wie schon in der Vorkriegszeit, das prägende Merkmal solcher Bestrebungen, daß sie stets begrenzte Aktionen einzelner Arbeiter und Arbeiterinnen oder kleiner Gruppen blieben. Wenn bis 1941 nicht unerhebliche Lohnverbesserungen durchgesetzt werden konnten, so ist aber auch hierbei stets

---

121 Vgl. auch Peukert, Lage, S. 473.

122 Vgl. auch Zollitsch, Arbeiter, S. 352 ff.

123 In: Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg (BA/MA), RW 19/40, S. 105. Dort heißt es weiter: „Bei neu eingestellten jüngeren Gefolgschaftsmitgliedern hat der Leistungswille besonders nachgelassen. Hier haben sich Fälle erheblicher Disziplinlosigkeit ereignet, die auf beginnende Zersetzung hindeuten." Zu den Auswirkungen der Beschäftigung von Jugendlichen, Berufsfremden, Frauen, Fremd- und Zwangsarbeitern auf die „Arbeitsdisziplin" vgl. Rüther, Arbeiterschaft, S. 372 ff.

124 Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980, S. 315.

125 Peukert, Lage, S. 473.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einschränkend zu berücksichtigen, daß dies oft den mit dem „Leistungslohn" verbundenen Intentionen der Arbeitgeber entsprach.

Mitte 1941 nahm die Anzahl der Anträge auf Arbeitsplatzwechsel erheblich zu, was bei den deutschen Arbeitern vor allem vor dem Hintergrund des straffer gehandhabten Lohnstopps bei gleichzeitig (nicht zuletzt aufgrund der immer deutlicher fühlbar werdenden Kriegsauswirkungen) drastisch steigenden Lebenshaltungskosten zu sehen ist. Es spricht vieles dafür – auch die Arbeitseinsatzbehörden sahen hierin den wesentlichen Grund –, daß solche Wechselbestrebungen bei den Männern eindeutig durch den Wunsch nach besserer Entlohnung, eventuell auch in Form von Sachleistungen, motiviert waren und nicht im entferntesten mit Politik in Zusammenhang standen. Selbst nach der Kriegswende seit Stalingrad kam es von Seiten der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit zu keinen oppositionellen Manifestationen[126].

Von „der" deutschen Arbeiterschaft konnte jedoch kaum mehr die Rede sein. Ein stetig wachsender Teil der Stammbelegschaften wurde, besonders nach dem mit großen Menschenverlusten verbundenen Angriff auf die Sowjetunion, zur Wehrmacht eingezogen und mußte durch Arbeitskräfte ersetzt werden, denen nicht nur jede Bindung an das jeweilige Unternehmen fehlte und die der ungewohnten Arbeit oftmals nicht gewachsen waren, sondern die zumeist nur unter Anwendung von Druck und Terror zur Aufnahme der Beschäftigung bewegt werden konnten. Das galt zum einen für die Frauen, die neben ihrer Arbeit in der Kriegsindustrie, zu der sie zum großen Teil durch Dienstverpflichtungen gezwungen wurden, noch durch vielfältige andere Aufgaben belastet waren. Viele hatten eine Familie zu versorgen, die meisten mußten tagtäglich die schwierige Prozedur des Einkaufens erledigen. Die Fremd- und „Ost"-Arbeiter sowie die Kriegsgefangenen wurden unter stetig ausuferndem offenen Terror in die Betriebe gepreßt, wo sie unter oft unmenschlichen Bedingungen die deutsche Rüstungsproduktion aufrechterhalten sollten. Neben den Jugendlichen waren es diese Gruppen, die den Arbeitseinsatzbehörden Anlaß zu Klagen über „Bummelei" und fehlende „Arbeitsdisziplin" gaben.

Die männlichen deutschen Arbeiter dagegen, sofern sie in den heimischen Betrieben verblieben waren, stellten ihre Arbeitskraft in aller Regel weiterhin zur Verfügung. Das Ansteigen der Krankenzahlen kann hier nicht als Gegenargument dienen. Es ist vielmehr zu berücksichtigen, daß die Belegschaften durch Einbindung von Rentnern und Versehrten in den Arbeitsprozeß immer weiter überalterten und daß die ständigen Alarme und Bombenangriffe sowie die stark überhöhte Arbeitszeit deren physischen wie psychischen Zustand beeinträchtigten. In Anbetracht dessen ist es eher erstaunlich, wie lange die an der „Heimatfront" stehende deutsche Arbeiterschaft diese Belastungen ertrug und weiter ihre Arbeitsleistung so gut wie möglich erbrachte. Auch bei Berücksichtigung des verschärften Terrors der Gestapo und anderer Stellen muß zumindest den deutschen Arbeitern in Köln bescheinigt werden, daß sie nahezu während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus „treu zum

[126] Vgl. Herbert, Arbeiterschaft, S. 359.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Werk" standen, solange ihre materiellen Forderungen erfüllt wurden und ihre körperliche Konstitution dies zuließ.

Allerdings veränderten sich die Verhaltensweisen der Belegschaften der Industriebetriebe seit 1942/43 deutlich. Das Geld und damit der Lohn verloren immer stärker an Bedeutung, da die Versorgung von den zuständigen Behörden kaum noch aufrechterhalten werden konnte und es auf dem freien Markt nur noch wenig Lebensmittel und Gebrauchsgüter zu kaufen gab. Koppelungs- und Tauschgeschäfte bestimmten zunehmend das tägliche Leben, schließlich noch der „Schwarzmarkt", der allerdings für den größten Teil der Arbeiterschaft verschlossen blieb, da ihnen hierfür zumeist die Mittel fehlten. Hinzu traten die Zerstörungen durch den Bombenkrieg, der nicht zuletzt für viele Familien weitreichende materielle Einbußen und häufig den Verlust der Wohnung mit sich brachte.

Damit setzte spätestens im Jahr 1943 eine Entwicklung ein, die für das Verhalten weiter Teile der deutschen Bevölkerung bis auf weiteres bestimmend blieb[127]. Die fortschreitenden gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen zerstörten auch die letzten Formen eines geregelten Lebens, Familien wurden durch Evakuierungen auseinandergerissen, alte Nachbarschaftsverhältnisse zerfielen, der Kampf ums tägliche Überleben trat zusehends in den Mittelpunkt. Die notdürftige Instandsetzung bombengeschädigten Wohnraums bzw. die Suche nach Ausweichquartieren und das ständige Bemühen, Nahrungsmittel und lebensnotwendige Gebrauchsgegenstände zu „organisieren", nahmen die meisten vollkommen in Anspruch. Eine tägliche warme Mahlzeit oder ein halbwegs dichtes Dach über dem Kopf zählten nun mehr als hoher Lohn. In dieser „Katastrophengesellschaft" war Interesse an Politik kaum zu erwarten, zumal dieses auch in den vorangegangenen Jahren beim weitaus größten Teil der Arbeiterschaft offensichtlich nicht vorhanden gewesen war.

VI.

Das Dritte Reich hatte nach den Erfahrungen der Wirtschaftskrise zunächst den Eindruck einer relativen sozialen Stabilität vermittelt und Hoffnungen auf einen weiteren Aufstieg eröffnet. Damit kamen NS-Regime und Arbeitgeber den vorrangigen Bedürfnissen der Arbeiterschaft entgegen, die politische Unterdrückung trat demgegenüber für die Mehrheit in den Hintergrund[128]. Die meisten Deutschen lebten „in der Normalität eines weitgehend politikfreien Alltags"[129]. Insofern war es für das NS-Regime, solange wirtschaftliche und soziale Verbesserungen vorzuweisen

[127] Herbert, Arbeiterschaft, S. 356, weist zu Recht darauf hin, daß im letzten Drittel des Krieges kaum mehr eine Unterscheidung zwischen der Situation der Arbeiterschaft und anderer Bevölkerungsschichten möglich ist.

[128] So Herbert, Arbeiterschaft, S. 358.

[129] Ulrich Heinemann, Krieg und Frieden an der „inneren Front". Normalität und Zustimmung, Terror und Opposition im Dritten Reich, in: Christoph Kleßmann (Hrsg.), Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 26.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren, auch nicht unbedingt notwendig, einen breiten politischen Konsens herzustellen. Zur Neutralisierung und partiellen Integration reichte die soziale Befriedung der Arbeiterschaft aus, wozu bis in die letzten Kriegsjahre entsprechende Anstrengungen unternommen wurden[130].

Mit Fortdauer des Bombenkrieges wurden die so geschaffenen Voraussetzungen für diese Akzeptanz zunehmend zerstört, ohne daß es jedoch zu offenem Protest kam. Das war angesichts der allgemeinen Orientierungslosigkeit auch kaum zu erwarten. Man war den Krieg und seine Auswirkungen „herzlich leid", ohne jedoch Möglichkeiten und Perspektiven zum Handeln unabhängig von oder gegen die Machthaber zu sehen. Dazu wären zudem kollektive Aktionen notwendig gewesen, doch waren diese seit Beginn der Wirtschaftskrise weitgehend aus dem Erfahrungsbereich der Arbeiter ausgeblendet. Ob nun die „Lohnpolitik auf eigene Faust" oder in der Endphase des Krieges die Sicherung der Versorgung quasi als „Einzelkämpfer", im Laufe von etwa 15 Jahren war die Arbeiterschaft immer stärker fragmentiert und differenziert worden, alte Solidaritätsstrukturen waren entweder verschüttet oder völlig zerstört: „Jeder war sich selbst der Nächste."

Dies war ein Zustand, der bei der großen Mehrheit weit über das Kriegsende hinaus Bestand hatte und das gesellschaftliche und politische Verhalten der Arbeiter auch in den ersten Jahren nach 1945 nachhaltig bestimmte. Als sie im Frühjahr und Sommer 1945 nach und nach in ihre Stammbetriebe zurückkehrten, die im Chaos des Zusammenbruchs zu den wenigen verbliebenen Orientierungspunkten zählten, und vorwiegend bereits in der Weimarer Zeit tätig gewesene gewerkschaftliche Betriebsfunktionäre an den Wiederaufbau einer betrieblichen Interessenvertretung gingen, wurde gerade für diese das problematische Erbe der zurückliegenden Jahre spürbar. Erst 1948 erfolgte als Reaktion auf die Währungsreform ein deutlicher Einschnitt im Verhalten der Arbeiterschaft, ohne daß dieser jedoch einen nachhaltigen Wandel der grundlegenden Einstellungen und Motive mit sich brachte. Das in vielen Jahren erlernte Einzelkämpfertum und der Primat wirtschaftlicher Interessen vor politischen Zielen blieben weiterhin bestimmende Merkmale des Betriebsalltages[131].

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die grundlegenden Zäsuren im Arbeiterverhalten, das auf Entwicklungen des Arbeitsmarktes und in der Lohnfrage sowie auf die Versorgungslage reagierte, von denen einer politikgeschichtlich orientierten Periodisierung grundlegend unterscheiden. Als grober Orientierungsrahmen hinsichtlich signifikanter Verhaltensänderungen müssen hier die Jahre 1930/31 (Wirtschaftskrise), 1934/36 (Vollbeschäftigung), 1942/43 (Wertverlust des Geldes, Zusammenbruch der Versorgung) und 1948 (Währungsreform) gelten[132].

---

[130] Vgl. Herbert, Arbeiterschaft, S. 358 f.

[131] Vgl. hierzu ausführlich Rüther, Zusammenbruch.

[132] Dieses Verlaufsmodell korrespondiert in vielen Punkten mit den Resultaten des auf erfahrungsgeschichtlich orientierten Interviews basierenden „Ruhrgebietprojektes". Vgl. hierzu die zusammenfassenden Betrachtungen von Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin/Bonn 1985, S. 19–52.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle I: Vertrauensratswahlen 1934 und 1935 in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten im Einzugsbereich des Gewerbeaufsichtsamtes Köln (in %)

Gebiet/ Branche		Wahlber.	Wahlbet.	ungül.	Ja	Nein	teil.	Ja1	Nein1	teil1
Gesamt	1934	65747	88,24	6,42	51,24	7,15	35,18	54,76	7,64	37,60
		(77169	89,00	6,18	50,56	7,64	35,62	53,89	8,14	37,96)
	1935	87260	91,39	5,68	55,05	8,73	30,53	58,37	9,26	32,37
Köln-Nord	1934	14816	79,84	5,13	38,28	7,37	49,22	40,35	7,77	51,88
Köln-Süd	1934	10388	88,67	7,11	52,48	4,10	36,30	56,50	4,42	39,08
Köln-Stadt	1935	46847	88,02	4,81	55,89	10,65	28,65	58,71	11,19	30,10
Köln-Land	1934	21972	94,42	8,21	53,86	9,50	28,43	58,68	10,35	30,97
	1935	10022	92,98	5,90	54,67	5,68	33,75	58,10	6,03	35,87
Bergrevier Ost	1934	6381	93,72	4,83	51,89	5,57	37,71	54,52	5,85	39,62
	1935	7372	94,67	10,25	59,44	7,25	23,07	66,22	8,08	25,70
Bergrevier West	1934	5041	93,53	4,73	41,12	16,29	37,86	43,17	17,10	39,74
	1935	3697	95,70	10,77	47,15	6,53	35,56	52,83	7,32	39,85
Steine und Erden	1934	2942	89,94	4,20	53,89	2,38	39,53	56,25	2,49	41,26
	1935	3543	91,56	5,95	52,03	6,91	35,11	55,33	7,34	37,33
Maschinenbau	1934	11188	94,15	7,47	62,27	8,90	21,36	67,30	9,61	23,08
	1935	14257	90,20	4,46	60,67	12,93	21,94	63,50	13,53	22,97
Elektrotechnik Feinmechanik	1934	4224	92,73	7,63	58,05	5,92	28,39	62,85	6,41	30,74
	1935	6034	92,64	6,58	58,87	9,70	24,85	63,02	10,38	26,60
Chemische Industrie	1934	9965	88,58	7,41	55,69	5,91	30,98	60,15	6,39	33,46
	1935	12118	92,42	4,87	57,88	9,36	27,90	60,84	9,84	29,32
Textil-industrie	1934	7378	82,66	8,20	41,19	6,23	44,38	44,87	6,79	48,35
	1935	7571	90,94	3,82	39,19	7,51	49,48	40,80	7,82	51,52
Nahrungs- u. Genußmittel	1934	3512	88,07	4,97	34,75	3,03	59,03	35,89	3,13	60,98
	1935	3043	84,55	4,62	45,28	4,08	46,02	47,47	4,28	48,25
Bekleidungs-gewerbe	1934	1926	88,94	8,81	37,30	8,11	45,77	40,91	8,90	50,19
	1935	1920	92,60	4,39	48,76	6,97	39,88	51,00	7,29	41,71

(Quelle: Eigene Berechnungen nach den Zahlen in Rüther, Arbeiterschaft, Tabellen XXI und XXII. Das in Klammern angegebene Gesamtergebnis für 1934 ist einer rückblickenden Statistik des Kölner Gewerbeamtes vom 30. 4. 1935 entnommen. Sie findet sich in: HStAD, Reg. Köln 8292: Ergebnis der Vertrauensratswahlen.)

Wahlber. = Wahlberechtigte
Wahlbet. = Wahlbeteiligung
ungül. = ungültige Stimmen
Ja = Ja-Stimmen bezogen auf Wahlbeteiligung
Nein = Nein-Stimmen bezogen auf Wahlbeteiligung
teil. = teilweise durchgestrichene Stimmzettel bezogen auf Wahlbeteiligung
Ja1 = Ja-Stimmen bezogen auf gültige Stimmen
Nein1 = Nein-Stimmen bezogen auf gültige Stimmen
teil1 = teilweise durchgestrichene Stimmzettel bezogen auf gültige Stimmen

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle II: Vertrauensratswahlen 1934 – Einzelbetriebe nach firmeneigener Angabe

Betrieb	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Glanzstoff-Courtaulds	1450	1322	91,2	133	82	965	142	18	11	1
F. W. Brügelmann Söhne	543	470	86,6	79	156	225	10	12	6	2
Alfred Schütte	543	499	91,9	50 (97)	97 (50)	326	26	12	1	9
Linoleumwerk Bedburg	658	617	93,8	107	234	260	16	14	5	0
Rhein. Elektrizitätswerk	242	234	96,7	0	8	221	5	10	3	8
Ada Käsefabrik	167	146	87,4	2	2	140	2	10	3	3
Möbelstoff Andreae	352	335	95,2	87	12	171	65	12	4	7

(Quelle: Zusammengestellt aus Einzelberichten in: HStAD, Reg. Köln 8292.)
(Die Angaben in einigen der Berichtbögen sind unklar bzw. irreführend. Zu den daraus erwachsenden Problemen vgl. Rüther, Arbeiterschaft, S. 184ff. Ein offensichtlicher Fehler liegt beim Berichtbogen der Firma Schütte vor. Hier sind in der ursprünglichen Fassung sämtliche 473 gültigen Stimmen unter der Rubrik „Ja-Stimmen" aufgeführt und erst nachträglich handschriftlich korrigiert worden. Diese Korrektur kann jedoch nicht richtig sein. Sie weist 326 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen und 97 teilweise durchgestrichene Stimmzettel aus. Da einzelne Kandidaten jedoch bis zu 288 Nein-Stimmen bekamen, muß – sofern sie überhaupt zutrifft – die Angabe 326 auf die teilweise durchgestrichenen Stimmzettel bezogen werden. Wie sich dann die Angaben 50 und 97 Stimmen auf die Sparten „Ja" und „Nein" verteilen, konnte nicht mehr entschieden werden.)

1 = Abstimmungsberechtigte
2 = Wahlbeteiligung (absolut)
3 = Wahlbeteiligung (%)
4 = Ja-Stimmen
5 = Nein-Stimmen
6 = teilweise durchgestrichene Stimmzettel
7 = ungültige Stimmen
8 = Anzahl der Vertrauensmänner bzw. der Stellvertreter
9 = Anzahl der NSDAP-Mitglieder
10 = Anzahl der gewählten Vertrauensmänner

Tabelle III: Ergebnis der Vertrauensratswahlen 1935 im Gau Köln-Aachen nach Angaben der DAF

Kreis	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Köln-linksrh.-Süd	284	19523	18096	92,7	17299	14363	2936	797	83,0	761	–
Köln-linksrh.-Nord	412	31337	29238	93,6	28755	22615	6140	483	78,6	1110	70
Köln-rechtsrh.	101	25208	22660	90,0	21626	17221	5405	1034	79,6	344	9
Köln-Land	99	15219	14194	93,3	12897	10508	2389	1297	81,5	301	22
Köln-gesamt	896	91287	84188	92,2	80577	64707	16870	3611	80,3	2516	101
Aachen-Stadt	249	22289	21425	93,2	20601	16691	3910	824	81,0	714	58
Aachen-Land	110	27649	25280	91,4	24253	18544	5709	1022	76,5	366	18
Bergheim	36	6935	6489	93,6	6081	4966	1115	408	81,9	138	4
Groß-Bonn	159	13002	12199	93,8	11999	9348	2651	200	77,9	415	38
Düren	99	12882	12137	94,2	11568	9721	1847	569	84,0	332	4
Erkelenz	24	4760	4522	95,0	4158	3430	728	364	82,5	71	7
Euskirchen	69	5043	4776	94,7	4505	3865	640	271	85,8	187	8
Geilenkirchen	24	9251	8196	88,6	7466	6118	1348	731	81,9	93	2
Euskirchen	69	5043	4776	94,7	4505	3865	640	271	85,8	187	8
Geilenkirchen	24	9251	8196	88,6	7466	6118	1348	731	81,9	93	2

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle III: Fortsetzung

Kreis	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Jülich	22	2429	2307	95,0	2246	1897	349	61	84,5	84	5
Monschau	15	1672	1578	94,4	1504	1326	178	74	88,2	50	–
Oberberg. Land	92	9364	8500	90,8	7988	6436	1552	512	80,6	272	14
Rheinberg. Kreis	65	7546	7076	93,8	6738	5587	1151	338	82,9	214	10
Schleiden	31	3121	2822	90,4	2668	2166	502	154	81,2	90	6
Siegkreis	92	12163	11360	93,4	10851	9333	1518	509	86,0	519	18
Behörden	71	18336	16970	92,4	15308	12409	2259	1662	78,7	268	12
Endergebnis	2057	248149	229825	92,6	218511	176184	42327	11314	82,0	6329	305

(Quelle: HStAD, Reg. Köln 8292; Spalte „Köln-gesamt" eigene Berechnung.)

1 = Anzahl der Betriebe
2 = Abstimmungsberechtigte
3 = abgegebene Stimmen
4 = abgegebene Stimmen in %
5 = gültige Stimmen gesamt
6 = gültige Ja-Stimmen
7 = gültige Nein-Stimmen
8 = ungültige Stimmen
9 = Ja-Stimmen in %
10 = Anzahl der gewählten Vertrauensmänner
11 = Anzahl der abgelehnten Vertrauensmänner

Tabelle IV: Arbeiterzahlen in Betrieben mit fünf und mehr Beschäftigten nach den Erhebungen des Gewerbeaufsichtsamtes Köln (1928–1938)
Aufteilung nach Branchen (1928 = 100%)

Branche/Jahr		männlich	weiblich	zusammen	%
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren; Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	1928	19104	543	19647	100,00
	1929	17355	597	17952	91,37
	1930	14491	528	15019	76,44
	1932	8807	312	9119	46,41
	1934	16072	383	16455	83,75
	1936	23046	576	23622	122,99
	1938	29704	576	30280	156,13
Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	1928	7094	1159	8253	100,00
	1929	6610	1218	7828	94,85
	1930	5544	1290	6834	82,81
	1932	3172	619	3791	45,93
	1934	5803	1027	6830	82,76
	1936	5286	1276	6562	79,51
	1938	7032	2074	9106	110,34
Chemische Industrie	1928	3539	1388	4927	100,00
	1929	3434	1414	4848	98,40
	1930	3291	1243	4534	92,02

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle IV: Fortsetzung

Branche/Jahr		männlich	weiblich	zusammen	%
	1932	2447	998	3445	69,92
	1934	3005	1337	4342	88,13
	1936	3345	1545	4890	99,25
	1938	4017	1928	5981	120,66
Textilindustrie	1928	1556	1813	3369	100,00
	1929	1697	2317	4014	119,15
	1930	1560	1985	3545	105,22
	1932	1322	1221	2543	75,48
	1934	1533	1084	2617	77,68
	1936	1720	1278	2998	88,99
	1938	2166	1194	3360	99,73
Nahrungs- und Genußmittel	1928	4030	3632	7662	100,00
	1929	3736	2698	6434	83,97
	1930	3830	2331	6161	80,41
	1932	3370	2104	5474	71,44
	1934	3903	2545	6448	84,16
	1936	3889	2708	6597	86,10
	1938	3875	3195	7070	92,27
Bekleidungsgewerbe	1928	1870	7822	9692	100,00
	1929	1749	7636	9385	96,83
	1930	1634	7407	9041	93,28
	1932	1270	6056	7326	75,59
	1934	1453	6275	7728	79,74
	1936	1247	5927	7174	74,02
	1938	1500	7672	9172	94,63
Steine und Erden	1928	2178	35	2213	100,00
	1929	2156	41	2197	99,28
	1930	1618	49	1667	75,33
	1932	577	17	594	26,84
	1934	1202	28	1230	55,58
	1936	1426	20	1446	65,34
	1938	1714	30	1744	78,81

(Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Köln, Jahrg. 18–28; z. T. eigene Berechnungen.)

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle V: Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft in Betrieben mit fünf und mehr Beschäftigten nach den Erhebungen des Gewerbeaufsichtsamtes Köln (1928, 1932 und 1938)

Branche/Jahr	1928		1932		1938	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Metallwaren und Maschinenbau	19647	36,69	9119	28,77	30280	46,61
Elektrotechnische Industrie	8253	15,41	3791	11,96	9106	14,02
Chemische Industrie	4927	9,20	3445	10,87	5981	9,21
Produktionsgüterindustrie	32827	61,30	16355	51,60	45367	69,84
Textilindustrie	3369	6,29	2543	8,02	3360	5,17
Nahrungs- und Genußmittel	7662	14,31	5474	17,27	7070	10,88
Bekleidungsgewerbe	9692	18,10	7326	23,11	9172	14,12
Konsumgüterindustrie	20723	38,70	15343	48,40	19602	30,17
Zusammen	53550	100,00	31698	100,00	64969	100,01

(Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Köln, Jahrg. 18, 22 und 28; z. T. eigene Berechnungen.)

Metallwaren und Maschinenbau = Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren; Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau.
Elektrotechnische Industrie = Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PAUL R. SWEET

DER VERSUCH AMTLICHER EINFLUSSNAHME AUF DIE EDITION DER „DOCUMENTS ON GERMAN FOREIGN POLICY, 1933–1941"

Ein Fall aus den fünfziger Jahren

Eine Geschichtsschreibung, die von Organen des Staates gefördert wird, steht, das liegt in der Natur der Sache, unter gewissen – offen ausgesprochenen oder stillschweigend einbegriffenen – Zwängen. Doch nehmen wir an, daß folgende Umstände gegeben sind: Zweck des amtlich geförderten Projekts ist nicht das Schreiben von Geschichte, sondern die Edition von Dokumenten aus erbeuteten Archiven; an dem Projekt sind drei Regierungen beteiligt, und alle drei haben, in öffentlich kundgemachten formellen Vereinbarungen, den Editoren unbehinderten Zugang zu den gesamten Beständen garantiert, dazu die uneingeschränkte Freiheit, nach ihrem besten Wissen und Gewissen als Historiker zu entscheiden, welche Dokumente publiziert werden sollten. Genau das waren die Grundregeln eines Unternehmens, das die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Wege geleitet hatten und bei dem es um die umfassende Veröffentlichung der sichergestellten Akten des deutschen Auswärtigen Amts und sonstiger einschlägiger Quellen ging. Der Bericht, der nun zu geben ist, wird zeigen, daß selbst unter den genannten Umständen Hände, die keineswegs in samtenen, sondern in recht grob gestrickten Handschuhen steckten, hemmend gewirkt haben, und das über Jahre hinweg. Gemeint sind in diesem Falle z. B. Winston Churchill, Clement Attlee, König Georg VI. und nicht zuletzt seine Gemahlin Elizabeth, Dwight Eisenhower, die Schweizer Regierung, der General Henri Guisan, der Chef des Schweizer Generalstabs gewesen war, und hohe – französische, amerikanische und britische – Funktionäre der NATO. Die Interventionen betrafen zwei Angelegenheiten, die überhaupt nicht miteinander zusammenhingen. Im ersten Fall ging es um die Haltung, die der Herzog von Windsor (auch schon als Prince of Wales und als König) gegenüber den Nationalsozialisten und letztere gegenüber dem Herzog an den Tag gelegt hatten, vor allem im Jahr 1940. Im zweiten Fall drehte es sich um Gespräche, die, ebenfalls 1940, zwischen führenden Schweizer und französischen Militärs stattgefunden hatten. Die beiden Fälle werden im folgenden getrennt behandelt.

Zum Verhalten und zur potentiellen Rolle des Herzogs von Windsor im Jahre 1940 gibt es bereits eine stattliche Literatur; ebenso haben die Schwierigkeiten

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Veröffentlichung der relevanten deutschen Dokumente schon viel Aufmerksamkeit gefunden[1]. Jedoch sind die Probleme der Veröffentlichung bislang in mancher Hinsicht recht schief dargestellt worden, zum Teil deshalb, weil die Quellen, die den betreffenden Autoren zur Verfügung standen, unvollständig waren. Ich finde, daß Materialien, die aus meiner Zeit als amerikanischer Hauptherausgeber des Publikationsprojekts (1952–1958) in meinem Besitz sind, zusammen mit Dokumenten aus den National Archives eine wesentliche Abrundung des Bildes erlauben. Ich habe ferner erheblich von der Konsultation meines hochgeschätzten Freundes und früheren Kollegen K. H. M. Duke profitiert. Als Angehöriger einer Gruppe des Kriegsministeriums, die Beweismaterial für den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zusammentrug, danach dann als stellvertretender britischer Herausgeber beim Drei-Mächte-Projekt hatte er mit dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amts zu tun, bis das Drei-Mächte-Unternehmen 1959 in Whaddon Hall (Buckinghamshire) eingestellt wurde. Im Endstadium meiner Arbeit lieferte mir Major Duke generös eine Fülle von Material aus den Akten des britischen Außenministeriums im Londoner Public Record Office und aus dem Beaverbrook-Nachlaß im Oberhaus[2]. Indes ist weder er noch sonst einer der von mir um Rat Gebetenen für die Interpretationen verantwortlich, die ich hier vortragen werde.

I

Der Zusammenbruch Frankreichs im Frühjahr 1940 brachte den Herzog und die Herzogin von Windsor, die in Paris und Südfrankreich gelebt hatten und in England unwillkommen waren, gegenüber den siegreichen Deutschen in eine zweideutige Lage. Doch war die Einstellung des Herzogs zum nationalsozialistischen Deutschland schon davor immer wieder Gegenstand von Kontroversen gewesen. Als Angehöriger einer Generation, die der Krieg von 1914–1918 mit voller Wucht getroffen hatte, verabscheute er den Gedanken eines erneuten Konflikts mit Deutschland, zumal er das sowjetische Rußland und nicht das nationalsozialistische

[1] Sir John Wheeler-Bennett, Friends, Enemies and Sovereigns, London 1976; Michael Bloch, The Duke of Windsor's War, London 1982; ders., Operation Willi. The Plot to Kidnap the Duke of Windsor July 1940, London 1984; Frances Donaldson, Edward VIII, London 1986; Peter Allen, The Crown and the Swastika. Hitler, Hess and the Duke of Windsor, London 1983; Martin Gilbert, Winston S. Churchill, Bde. V und VI, London 1976, 1983; Peter Costello, Mask of Treachery, New York 1988; Anthony Cave Brown, The Secret Servant. The Life of Sir Robert Menzies, Churchill's Spymaster, London 1988, Sarah Bradford, George VI, London 1989; Fritz Hesse, Hitler and the English, London 1954; Philip Ziegler, King Edward VIII. The Official Biography, London 1990.

[2] Zu denen, die ich mit großem Gewinn konsultiert habe, gehört auch der ehemalige Kollege Georges Bonnin. Donald Lammers, Paul A. Varg, Harold C. Vedeler und mein Sohn William haben frühere Fassungen des Textes kritisch gelesen. Ebenso habe ich Kathie O. Nicastro und Ron Swerczek, Mitarbeitern der National Archives, und meinem ehemaligen Kollegen Arthur G. Kogan für die Beschaffung von Informationen aus den National Archives zu danken. Besonderen Dank schulde ich aber meiner Tochter Sarah Rosen für ihre große Hilfe bei der Bearbeitung des Manuskripts.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland als den wahren Feind Großbritanniens ansah. Wie damals ein großer Teil der Tory-Partei, so erhoffte auch er eine politische Regelung, die Deutschlands revisionistische Ambitionen auf Kosten anderer Länder befriedigen würde. Seine prodeutschen Neigungen fanden wiederholt in indiskreten privaten Äußerungen Ausdruck, die sowohl große Unempfindlichkeit gegenüber den Brutalitäten des NS-Regimes wie Abneigung gegen die „unordentliche Demokratie" bewiesen.

Im Juli 1933 sagte er zu Prinz Louis Ferdinand, dem Enkel Kaiser Wilhelms II.: „Es ist nicht unsere Sache, uns in Deutschlands innere Angelegenheiten wegen der Juden oder sonst irgendetwas einzumischen." Er setzte hinzu: „Diktatoren sind heutzutage sehr beliebt. Vielleicht wollen wir auch in England bald einen haben." Als diese Worte dem Kaiser mitgeteilt wurden, kommentierte er: „Der Prince of Wales zeigt ein gesundes Urteil." Der Prinz unterhielt darüber hinaus auch gute gesellschaftliche Beziehungen zum deutschen Botschafter Leopold v. Hoesch, der über die wohlwollende Einstellung des britischen Thronfolgers zu den deutschen Aspirationen – die sich mit der aus den Erfahrungen des Krieges erwachsenen Überzeugung verbinde, daß Kriege keine befriedigenden Lösungen politischer Probleme brächten – ausführlich berichtete. Als Prinz Edward im Jahr 1935 den freundschaftlichen Besuch britischer Veteranen des Ersten Weltkriegs bei deutschen Veteranenorganisationen aktiv förderte, wurde das weithin als Beweis einer prodeutschen Haltung interpretiert[3]. Im Jahr darauf, der Prinz war gerade König Edward VIII. geworden, hielt einer seiner deutschen Verwandten, der positiv zum NS-Regime stehende Herzog von Coburg, in einem für Hitler bestimmten langen Memorandum fest, der König habe im Laufe dreier Unterhaltungen seine Entschlossenheit bekundet, die Regierungsgeschäfte bei sich selbst zu konzentrieren. Auch habe er betont, mit Hitler reden zu wollen, ob in England oder in Deutschland. „Sag ihm das, bitte!"[4]

Etwas mehr als ein Jahr nach seiner Abdankung statteten er und seine neuvermählte Gemahlin, um aus der Isolation auszubrechen, in der sie sich nun fanden, Deutschland einen von viel Publizität begleiteten Besuch ab, wobei ihnen als Bärenführer der Effizienz-Experte und Millionär Charles Bedaux diente, der gerne auf der internationalen Bühne als Vermittler dilettierte. Sie waren bei Hermann Göring zu Gast und wurden in Berchtesgaden von Hitler empfangen. Zumindest bei einer Gelegenheit erhob der Herzog anscheinend den Arm zum Hitler-Gruß. Die Ergebnisse des Besuchs charakterisierte die „New York Times" mit folgenden Sätzen: „Die Gesten und Bemerkungen des Herzogs in den beiden letzten Wochen haben gezeigt, daß die Abdankung Deutschland in der Tat einen festen Freund, wenn nicht

[3] Kenneth Young (Hrsg.), The Diaries of Sir Robert Bruce Lockhart, Bd. I, 1915–1938, London 1973, S. 263 ff.; Hoesch an Auswärtiges Amt (AA), 12. 4. 1935, Documents on German Foreign Policy (DGFP), Serie C, Bd. IV, Washington 1962, S. 1062 f. Vgl. auch Hoesch an AA, 19. 6. 1935, in: Ebenda, S. 330 f.

[4] Ebenda, S. 1062 f. In gleicher Weise hat ein Freund des Königs, Chips Channon, am 22. 11. 1936 in seinem Tagebuch notiert: „Es sollte mich nicht überraschen, wenn er darauf abzielte, ein milder Diktator zu werden, als Aufgabe für einen englischen König schwer genug." Vgl. Robert Rhodes James (Hrsg.), Chips. The Diaries of Sir Henry Channon, London 1967, S. 84.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sogar einen ergebenen Bewunderer auf dem britischen Thron gekostet hat ... Er hat sich, vielleicht unbewußt, doch ohne das geringste Widerstreben, für die nationalsozialistische Propaganda hergegeben ... Man sagt, der Herzog erkläre, daß die derzeitigen britischen Minister und ihre potentiellen Nachfolger dem deutschen und dem italienischen Diktator nicht gewachsen seien."[5]

Bei Beginn des Krieges erhielt der frühere Feldmarschall den Rang eines Generalmajors und wurde der Britischen Militärmission zugeteilt, die ihr Hauptquartier in der Nähe von Paris hatte; hier war er Generalmajor Sir Richard Howard-Vyse unterstellt. Niemand hatte genauer festgelegt, was die Mission eigentlich tun sollte, doch waren die Angehörigen des Stabes in der Praxis vor allem damit beschäftigt, ein Auge auf die Aktivitäten der Franzosen zu haben. Es dauerte nicht lange, bis der deutsche Gesandte in den Niederlanden, und zwar auf Grund der Mitteilungen von Personen, die behaupteten, Zugang zum Herzog zu haben, nach Berlin berichtete, der Herzog sei nicht nur mit seiner Rolle unzufrieden, darüber hinaus formiere sich um ihn so etwas wie der Anfang einer „Fronde". Unter günstigen Umständen, so meinte der Gesandte, könne das „eine gewisse Bedeutung erlangen". Diese Berichte gelangten bis zu Außenminister Joachim v. Ribbentrop und in einem Falle bis zu Hitler[6].

Angesichts solcher Hintergründe kann es nicht überraschen, daß die deutsche Führung beim Zusammenbruch Frankreichs einen forschenden Blick auf den Herzog von Windsor warf, der sich erst zu seiner Gemahlin in Südfrankreich gesellte und sich dann auf den Weg nach Spanien machte. In Madrid bekam er die enttäuschende Nachricht, daß ihn Premierminister Winston Churchill, der ihm in der Abdankungskrise Beistand geleistet hatte, nicht zur Übernahme einer verantwortlichen Position nach England zurückrufen werde; vielmehr wünsche der Premier, daß er sich sogleich über Lissabon auf die Bahamas verfüge, um dort das Amt des Gouverneurs zu übernehmen[7]. Wie es Churchill zurückhaltend in einer für Präsident Roosevelt bestimmten Erklärung umschrieb, begegne „seine Rückkehr in dieses Land persönlichen und familiären Schwierigkeiten"[8]. Am 2. Juli 1940 begaben sich die Windsors tatsächlich nach Lissabon, wo sie einen Monat nördlich der Stadt auf dem Landsitz eines reichen jungen Bankiers verbrachten. Zwar hatte sich das herzogliche Paar mit der Ernennung des Herzogs zum Gouverneur der Bahamas widerwillig abgefunden, doch zeigte es keine Eile, Lissabon zu verlassen. Die Herzogin war sehr von der Aufgabe in Anspruch genommen, Effekten aus den Woh-

[5] Zit. nach Donaldson, Edward VIII, S. 332. Eine deutsche Aufzeichnung über Äußerungen des Herzogs während dieses Besuchs ist nicht gefunden worden.

[6] Graf Julius v. Zech an Staatssekretär Ernst v. Weizsäcker, 27. 1. und 19. 2. 1940, in: DGFP, Serie D, Bd. VIII, S. 713, 785.

[7] Lord Beaverbrook, der seinen Freund Churchill aus nächster Nähe beobachten konnte, zog den Schluß, daß der Premierminister damals zwei Zielen Priorität gegeben habe, nämlich „einen Hafen in Südfrankreich zu sichern und die Windsors schnellstens weg vom Kontinent und aus Hitlers Reichweite zu bekommen". Vgl. J. Bryan / C. I. V. Murphy, The Windsor Story, New York 1979, S. 506f.

[8] Bloch, Operation Willi, S. 76.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nungen in Südfrankreich und Paris zu beschaffen, während der Herzog damit zu tun hatte, die persönlichen Bediensteten einzustellen, die ihn zu seinem neuen Posten begleiten sollten. Zur Bewältigung solcher und anderer Trivialitäten zögerte der Herzog nicht, wiederholt Hilfsappelle an den Premierminister zu richten, der schließlich einmal die Rolle des gestrengen Onkels spielte und den Herzog – in etwas verbrämten Worten – daran erinnerte, daß er als Generalmajor auch vor ein Kriegsgericht gestellt werden könne, wenn er seine Befehle nicht befolge. Aus dem Entwurf seiner Botschaft strich Churchill den Satz: „Schon jetzt erscheinen vielen die Umstände in zweifelhaftem Lichte, unter denen Eure Königliche Hoheit Paris verlassen haben."[9]

Während all dieser Vorgänge war der Herzog für den deutschen Außenminister ein Objekt stärksten Interesses geworden. Nachdem Frankreich kapituliert hatte, sahen die Deutschen eine Gelegenheit für einen Handel mit den Briten; der Herzog könne, so dachten sie, bei der Verfolgung dieses Ziels in der einen oder anderen Weise von Nutzen sein. Reichsaußenminister v. Ribbentrop sagte es ohne Umschweife in einem Telegramm, das er am 11. Juli 1940 an den deutschen Botschafter in Madrid sandte: „Deutschland ist entschlossen, England mit allen Mitteln der Gewalt zum Frieden zu zwingen und wäre in diesem Falle bereit, jeglichen, von seiten des Herzogs geäußerten Wunsch, insbesondere im Hinblick auf Einnahme des englischen Throns durch den Herzog und die Herzogin, Weg zu ebnen."[10] Die Deutschen hatten zunächst, über spanische Mittelsmänner, versucht, den Herzog zum Verbleiben in Madrid zu überreden. Dann trachteten sie auf jede nur mögliche Weise danach, ihn zur Rückkehr aus Lissabon nach Spanien zu bewegen, und schließlich schickten sie einen Spitzenagenten, Walter Schellenberg, nach Portugal, der den Herzog mit allen Mitteln, notfalls durch Entführung, an der Abreise nach den Bahamas hindern sollte[11].

Inzwischen hatten die deutschen Missionen in Spanien und Portugal nach Berlin berichtet, was der Herzog und die Herzogin zu den spanischen und portugiesischen Mittelsleuten alles gesagt haben sollten. Dazu gehörten Bemerkungen des Herzogs gegen den Krieg, gegen Churchill, gegen den König, seinen Bruder („reichlich töricht") und gegen dessen Gemahlin, die „kluge Königin". Auch habe der Herzog die Ansicht geäußert, daß „fortgesetzte starke Bombardierungen England friedensbereit machen würden"[12]. Anscheinend gerieten er und die Herzogin in Versuchung, das spanische Angebot eines Refugiums in Granada oder Malaga anzunehmen[13]. Um ihre portugiesische Residenz war es nicht geheuer; sie fühlten sich mit Recht von Agenten belagert. Die Deutschen suchten den Herzog davon zu überzeugen, daß der britische Geheimdienst tatsächlich dabei sein könne, ihn um die

[9] 28. 6. 1940: Gilbert, Churchill, Bd. VI, S. 613.
[10] In: DGFP, Ser. D, Bd. X, S. 188.
[11] Walter Schellenberg, The Schellenberg Memoirs, London 1956, S. 127 ff.
[12] In: DGFP, Ser. D, Bd. X, S. 97, 187, 277.
[13] Ebenda. S. 277.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ecke zu bringen. Schließlich hatte Churchill die Verzögerungen des Herzogs satt. Er schickte einen Freund der Windsors nach Portugal, den Anwalt Sir Walter Monckton, der während der Abdankungskrise Rechtsberater des Herzogs gewesen war und diesem nun klarmachen sollte, daß er seine Abreise beschleunigen müsse. Selbst jetzt wollte der Herzog noch nicht auf Verschleppungsmanöver verzichten, und er forderte Monckton auf, eine Verschiebung der Abreise um zwei bis drei Wochen zu erreichen[14]. Vergeblich. Am 1. August 1940 gingen der Herzog und die Herzogin an Bord des für Westindien bestimmten Dampfers „Excalibur".

Fast fünf Jahre später, im Frühling 1945, als eine immense Menge deutscher Akten in alliierte Hände fiel, zeigte sich die britische Regierung sogleich besorgt, daß sich darunter Dokumente befinden könnten, die, falls sie in falsche Hände gerieten, der Königsfamilie schmerzliche Verlegenheiten bereiten mochten. Tatsächlich machte sich 1945 bei erster Gelegenheit der Königliche Bibliothekar von Schloß Windsor, Sir Owen Moreshead, auf den Weg, um, begleitet von Anthony Blunt, damals Major bei MI5, nach eben solchen Dokumenten zu fahnden[15].

Inzwischen hatten die zuständigen amerikanischen und britischen Stellen vereinbart, ihr mit dem Aufstöbern deutscher Dokumente beauftragtes Personal werde „sich als gemeinschaftlich arbeitend betrachten"[16]. Als im Harz in vier Deponien über 400 Tonnen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes erbeutet wurden, kamen sie folglich im Stab des Oberbefehlshabers General Eisenhower unter gemeinsame amerikanisch-britische Kontrolle. Die Akten selbst gingen bald nach Marburg, wo die Arbeit an einem ersten Überblick über ihren Inhalt hohe Priorität erhielt[17]. Am 21. Oktober 1945 konnte Robert Murphy, als Repräsentant des State Department Politischer Chefberater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, melden, daß „bis jetzt nichts gefunden worden ist, was nach unserer Meinung für das State Department peinlich sein könnte". Murphy setzte hinzu, daß jedoch „die Briten, ohne bestimmte Fälle zu nennen, der Ansicht sind, gewisse Dokumente sollten unter britisch-amerikanischer Kontrolle verbleiben"[18].

Indes hatten die Briten sich schon einige Zeit vor dem 21. Oktober sehr genau darüber geäußert, um welches Material es ihnen vornehmlich ging, nämlich um einen gebundenen Satz von Dokumenten zu den britisch-deutschen Beziehungen, der aus den amtlichen Akten des Staatssekretärs Ernst v. Weizsäcker stammte, von 1938 bis 1943 zweiter Mann im Auswärtige Amt. Bevor man die Brisanz dieses Aktenbündels erkannt hatte, waren jedoch, in Übereinstimmung mit dem vereinbarten Routineverfahren, zwei Mikrofilme hergestellt worden, je einer für britische und amerikanische Verwahrung bestimmt. Das amerikanische Exemplar war, „kurz nach seinem Eingang beim [britischen] Luftfahrtministerium am 13. Juni, der US-Bot-

[14] Bloch, Operation Willi, S. 211.

[15] Vgl. Costello, Mask of Treachery, S. 445 f.

[16] Foreign Relations of the United States (FRUS) 1945, Bd. III, Washington 1968, S. 1102.

[17] Nicht zuletzt wegen der Notwendigkeit, rasch Beweismaterial für die erwarteten Prozesse gegen die NS-Führer zusammenzutragen.

[18] In: FRUS 1945, Bd. III, S. 1123.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft in London zur Weiterleitung an das State Department übergeben worden"[19]. Dieser Mikrofilm – B 15 – befindet sich derzeit – mit einem Deckblatt, das unter dem Datum 13. Juni 1945 eine Zusammenfassung enthält – in den National Archives. Oberstleutnant R. C. Thomson vom „German Documents Team" in Marburg hatte es an Herbert C. Cummings geschickt, den stellvertretenden Leiter der F. C.-Abteilung im State Department. Es ist nicht bekannt, wer zuerst die Aufmerksamkeit auf die Brisanz dieser Dokumente gelenkt hat, doch einer der ersten war jedenfalls der britische Historiker Rohan Butler. Zusammen mit Professor E. L. Woodward hatte Butler die aus Marburg in England eintreffenden Mikrofilme geprüft und am 17. Juli dem Foreign Office mitgeteilt, daß in der genannten Zusammenstellung aus den Akten Weizsäckers der Herzog von Windsor „in einem etwas eigenartigen Lichte erscheint"[20].

Während des Sommers, als die Regierungen Frankreichs, Rußlands und anderer alliierter Staaten den Zugang zu den Marburger Akten zu beantragen begannen, in denen sie Beweismaterial für ihre bevorstehenden Prozesse gegen Kriegsverbrecher suchen wollten, erwachte die britische Besorgnis, daß der Inhalt der Windsor-Dokumente bekannt werden könne. Um den 1. August herum wurde das Problem, wie die Dokumente gegen neugierige Augen zu schützen seien, dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt[21]. Zwar kennen wir keine Einzelheiten, doch ist aus den folgenden Aktivitäten klar ersichtlich, daß beschlossen wurde, sich um zweierlei zu bemühen: 1. um die amerikanische Zustimmung zur Vernichtung der Originale der Windsor-Dokumente oder doch zu ihrer exklusiv britischen Verwahrung; 2. um die amerikanische Bereitschaft, den nach Washington gelangten Mikrofilm jener Dokumente zu vernichten oder zumindest sicher zu sekretieren.

Der erste britische Schritt in dieser Richtung ging dem Beschluß des Kabinetts sogar voraus. William Strang, der Politische Berater des Oberbefehlshabers der in Deutschland stehenden britischen Streitkräfte, war angewiesen worden, mit seinem amerikanischen Partner, Robert Murphy, zu erörtern, ob es möglich sei, „die fraglichen Akten" zu vernichten oder wenigstens in den ausschließlichen Besitz der Regierung Seiner Majestät zu bringen. Dabei hatte der Hinweis nicht gefehlt, daß „es einen Präzedenzfall bei einem Aktenbündel ohne allgemeines Interesse gibt, das kürzlich unter den persönlichen Papieren eines ehemaligen hohen deutschen Beamten gefunden wurde und das letzterer offensichtlich für wichtig hielt. Es bezog sich auf einen einzelnen britischen Bürger (Wodehouse) und wurde uns von Mr. Murphy zur exklusiven Nutzung und Verfügung überlassen"[22].

Murphy brachte die Angelegenheit prompt bei General Eisenhower zur Sprache,

---

[19] Streng geheimes britisches Aide-mémoire, 6. 8. 1945, in: National Archives (NA), 862.414/8-645.

[20] Public Record Office (PRO), FO 371, 46714, C 4097.

[21] FO an Botschaft Washington, 20. 8. 1945, in: PRO, FO 371, C 4726/20/G.

[22] Ebenda. Ich habe keine weiteren Informationen über eine Akte zu P. G. Wodehouse. Seine Rundfunkansprachen aus Berlin im Jahre 1941, in denen er seine Internierung in Frankreich schilderte, führten in England zu lebhaften Kontroversen. Vgl. vor allem Frances Donaldson, P. G. Wodehouse. A Biography, New York 1982.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der die Weisung erteilte, „daß die Akten, die sich mit den britisch-deutschen Beziehungen Juni–Dezember 1940 befassen", ihm zu übergeben seien. Auch wollte er wissen, an wen „der bereits hergestellte Mikrofilm" gegangen war[23]. In den Besitz der Akten gelangt, ließ Eisenhower sie dem amerikanischen Botschafter in London, John W. Winant, zustellen. Was Winant mit ihnen anfangen sollte, ist unklar, doch sieht es so aus, als habe er die persönliche Verantwortung dafür übernommen, daß niemand sie mehr zu Gesicht bekam; denn obwohl er als Botschafter am 4. Mai 1946 ausschied, hat er erst am 27. Januar 1947, während eines privaten Besuchs in England, Alan Lascelles, den Privatsekretär Georgs VI., unterrichtet, er sei nun „schließlich angewiesen worden, die Originale der Dokumente dem Foreign Office zu übergeben"[24].

Zu diesem Zeitpunkt waren die Windsor-Papiere, vermutlich in einer Form, die sich aus ihrer Prüfung durch Butler und Woodward ergab, längst Premierminister Attlee, Winston Churchill und König Georg VI. präsentiert worden. Der König hatte die Sache, wie es hieß, recht gelassen aufgenommen und lediglich darum gebeten, vor der Veröffentlichung der Dokumente rechtzeitig gewarnt zu werden. Attlee jedoch schrieb Churchill am 25. August 1945, daß man zwar „den abgegebenen Erklärungen nur wenig Glaubwürdigkeit zusprechen" dürfe, daß aber „ihre Veröffentlichung größten Schaden anrichten könnte". Er hoffe, daß Churchill dem zustimme. Und ob Churchill zustimmte! Er baue darauf, so sagte er, „daß alle Spuren dieser deutschen Intrigen ausgelöscht werden"[25].

Indes hatten die Briten nicht versäumt, dem Mikrofilm nachzuspüren, der im Juni 1945 nach Washington gegangen war. In einem streng geheimen Aide-mémoire vom 6. August 1945[26] hatten sie für den Mikrofilm Nr. B 15, der „mit der Passage des Herzogs von Windsor durch Spanien und Portugal ... im Juni und Juli 1940" zu tun habe, spezielle Restriktionen verlangt. Zwei Wochen später unternahm John Balfour, der britische Geschäftsträger in Washington, einen Schritt, der wohl auf den schon erwähnten Kabinettsbeschluß zurückging[27]. Er suchte James Dunn auf, Unterstaatssekretär im State Department, und überreichte ihm ein weiteres streng geheimes Aide-mémoire, in dem nun die amerikanische Regierung gebeten wurde, „Anweisungen für die Vernichtung der in Frage stehenden Akten [des Mikrofilms] oder für die Aushändigung an die Regierung seiner Majestät zu geben"[28]. Das Schriftstück endete mit dem Hinweis, „daß die fraglichen Dokumente nichts mit Kriegsverbrechen oder der allgemeinen Geschichte des Krieges zu tun" hätten.

---

[23] R. G. Thomas an FO, 7. 9. 1945. Dazu notierte Vyvian vom Foreign Office: „Wir haben den Amerikanern gesagt, daß wir diese Akte gesichert wissen wollen, und die Angelegenheit ist in Berlin und Washington besprochen worden." In: PRO, FO 371, 46717, C 5561.

[24] Das sind die Worte Philip Zieglers (Edward VIII, S. 550) in seiner Beschreibung des Winant – an Lascelles – Dokuments in den Royal Archives, DW Misc Box 2. Vgl. auch Bernard Bellush, He Walked Alone. A Biography of John Gilbert Winant, den Haag 1968, S. 219ff.

[25] Costello, Mask of Treachery, S. 455 f.; Bloch, Operation Willi, S. 230.

[26] In: NA, 862.414/8.

[27] In: PRO, FO 371, C 4695.

[28] In: NA, 862.414/8.2045.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vierzehn Tage danach erschien John Balfour erneut im State Department, diesmal bei Dean Acheson, dem Geschäftsführenden Außenminister, um die amerikanische Reaktion auf die Bitte vom 20. August festzustellen, der die britische Regierung „erhebliche Bedeutung" beimesse[29]. In seiner Unterhaltung mit Dunn, so sagte Balfour, habe er den Eindruck gewonnen, Dunn werde dafür sorgen, daß die Windsor-Papiere „der britischen Regierung zur Aufbewahrung übergeben" würden. Achesons Erwiderung fehlt in der Aufzeichnung über dieses Gespräch. Die offizielle Antwort kam dann in einem Aide-mémoire vom 11. Oktober 1945, das Lord Halifax, der britische Botschafter in Washington, in Empfang nahm[30]. Sie bestand in einer glatten Zurückweisung der britischen Forderung. „Das Department glaubt", so wurde erklärt, „daß die für die Marburger Sammlung getroffenen Schutzvorkehrungen ... jede Veröffentlichung, mit der die britische Regierung nicht einverstanden sein sollte, weitgehend ausschließen. Überdies deutet eine vorläufige Prüfung darauf hin, daß der Minister ungesetzlich handeln würde, wenn er die Aushändigung der Dokumente an die britische Regierung oder die *Vernichtung der fraglichen Dokumente* [Hervorhebung durch den Verf.] ohne Genehmigung durch den Kongreß und die damit verbundene Publizität autorisieren wollte". Jedoch versicherte das State Department, es werde „alle nur möglichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, um hinsichtlich der in seinem Besitz befindlichen Dokumente, die den Herzog von Windsor betreffen, jede Publizität zu verhindern". Auf der anderen Seite war das State Department bemüht, den Briten klarzumachen, daß es nicht gewillt sei, die Bedeutung der Dokumente für die Geschichte des Krieges gering einzustufen, und zwar im Hinblick darauf, „was sie über die damaligen deutschen und spanischen Manöver für einen Verhandlungsfrieden enthüllen".

Zwei Feststellungen waren in dem amerikanischen Aide-mémoire mit aller Deutlichkeit getroffen: 1. Die Windsor-Dokumente seien ein integraler Bestandteil der Akten des deutschen Auswärtigen Amts und könnten nicht, solange die Vereinigten Staaten an ihrer Verwahrung beteiligt seien, auf legale Weise von der Sammlung separiert oder vernichtet werden. 2. Die Dokumente seien für die Geschichte des Krieges von einiger Bedeutung. Damit hatte es freilich nicht sein Bewenden. In den Akten des State Departments sind drei weitere Dokumente erwähnt, die sich mit dem Herzog von Windsor befassen[31]. Zwar sind diese Dokumente selbst nicht gefunden worden, doch geht aus späteren Quellen klar hervor, daß das State Department eingewilligt hatte, seinen Mikrofilm der Windsor-Papiere zu sequestrieren.

---

[29] Aufzeichnung der Unterhaltung, 5. 9. 1945, in: NA, 841.0011/9–545.

[30] In: FRUS 1945, Bd. III, S. 1120f.

[31] Erstens ein Brief, 11. 11. 1945, von Balfour an Acheson; zweitens ein Memorandum, 15. 11. 1945, von James Riddleberger, Abteilung für europäische Angelegenheiten, State Department; drittens ein Brief, 19. 11. 1945, von Acheson an Balfour. In einem Memorandum vom 1. 4. 1948 wird gesagt, daß sie von der Abteilung für europäische Angelegenheiten ausgeliehen und am 7. 4. 1948 an Mr. Russell, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten, zurückgegeben worden seien, zur Rückgabe an Dr. Sontag.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun hätte die Sache, wenigstens für eine Weile, erledigt sein können, doch tauchte alsbald ein neuer Grund für britische Besorgnis auf, und zwar ausgerechnet als Folge einer Initiative der britischen Regierung. Es handelte sich dabei um den Vorschlag zu prüfen, ob es nicht möglich sei, zusammen mit den USA, Frankreich und der Sowjetunion aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amts und aus anderen einschlägigen deutschen Archiven eine autoritative Dokumentation der deutschen Außenpolitik zusammenzustellen und zu publizieren.

Im November 1945 hatte Professor E. L. Woodward, nach einer vorläufigen Sichtung der erbeuteten deutschen Dokumente, auf die Möglichkeit eines solchen gemeinschaftlichen Unternehmens aufmerksam gemacht. Im Januar darauf war die Anregung im Foreign Office diskutiert worden, was mit dem Beschluß endete, in Washington zu sondieren. Gleichzeitig hatten die Briten einen Beratungsausschuß eingesetzt, dem E. J. Passant vorsaß, Bibliothekar des Foreign Office, und dem ferner Benedict Humphrey Sumner, Warden von All Souls in Oxford, J. N. Clark, E. L. Woodward und D. A. Bigby von der Bibliothek des Foreign Office angehörten[32].

Während der Prüfung des britischen Vorschlags hatte das State Department zwei Fragen gestellt, die von Francis H. Russell, dem geschäftsführenden Leiter des Office of Public Affairs, in einem Memorandum vom 28. Mai 1946 aufgeworfen worden waren[33]. 1. Soll das Department für die Veröffentlichung deutscher Dokumente sein, wenn sie solche Vorgänge wie die sowjetischen Verhandlungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland im Jahre 1939 betreffen und daher ihre Publikation scharfem Widerspruch der Russen begegnen wird? 2. Ist das Department „bereit, eine Politik der rückhaltlosen Offenlegung zu unterstützen", auch wenn manche der Dokumente, „etwa die Bullitt-Korrespondenz, sich als etwas peinlich für diese Regierung erweisen mögen"?

Sowohl Dean Acheson wie John Hickerson, der eine Staatssekretär des State Department und der andere Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten, beantworteten beide Fragen mit „ja". Hickerson kommentierte: „Mir scheint, diese Regierung sollte die irgendwie geartete Veröffentlichung einer Sammlung amtlicher deutscher Dokumente unter ihrem Namen nicht ins Auge fassen, wenn sie nicht bereit ist, die Geschichte ehrlich in Übereinstimmung mit den besten Kriterien historischer Forschung erzählen zu lassen."

Wie sich herausstellte, lehnte es die sowjetische Regierung ab, sich an einem Gemeinschaftsprojekt zu beteiligen. Briten und Amerikaner hingegen beschlossen, das Vorhaben in Angriff zu nehmen; am 19. Juni 1946 wurde eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet[34]. „Die Arbeit", so hieß es ausdrücklich, sei „auf der Basis höchster wissenschaftlicher Objektivität zu leisten". Um solche Objektivität zu

[32] In: PRO, FO 370, 1192, 3744; FO 371, 46713, C 2957/G; FO 370, L 195, L 411, L 443, L 1700, L 3003.

[33] In: NA, 862.414/2.

[34] FRUS 1946, Bd. V, S. 200 f. Unterzeichner waren E. Wilder Spalding, Leiter der Abteilung für Forschung und Publikation, State Department, und E. J. Passant.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

garantieren, sollten mit dem Projekt „außenstehende Gelehrte höchsten Ansehens" betraut werden[35].

Die Briten beeilten sich, ihren Hauptherausgeber zu bestimmen. Nachdem sie zuerst bei Humphrey Sumner angeklopft hatten, der ablehnte, wandten sie sich auf Passants Empfehlung an den über beste Beziehungen verfügenden Experten in jüngster deutscher Geschichte John Wheeler-Bennett, der noch 1946 annahm[36]. Nicht lange danach übernahm Raymond Sontag von der University of California die Hauptherausgeberschaft auf der amerikanischen Seite. Im April 1947 wurde auch die französische Regierung, nachdem sie die Grundbedingungen des Unternehmens akzeptiert hatte, ein vollgültiger Partner. Zum französischen Hauptherausgeber bestellte man in Paris Maurice Baumont, historischer Berater des Außenministeriums und ab 1951 Professor an der Sorbonne.

Im Herbst 1946 erfolgte die Zusammenstellung der britischen und amerikanischen Arbeitsgruppen, und im November reiste Professor Sontag erst nach London, dann nach Berlin (wo die erbeuteten Dokumente nun untergebracht waren) und schließlich wieder zurück nach London, um sich zu orientieren. Just zu dieser Zeit herrschte im Foreign Office einige Aufregung wegen einer Meldung, die in „Newsweek" erschienen war: Die Veröffentlichung erbeuteter amtlicher deutscher Dokumente wird im State Department erneut aufgehalten, diesmal aus Rücksicht auf britische Wünsche. Die Vereinigten Staaten haben vor einiger Zeit zugestimmt, Dokumente zu unterdrücken, in denen es um die Vorkriegsideen des Herzogs von Windsor zur europäischen Politik und zum Dritten Reich geht. Jetzt will London Material zu gewissen anderen Themen von der Publikation ausnehmen und kommt bislang damit durch."

Dies entlockte dem britischen Botschafter in Washington, Archibald Clark Kerr, Lord Inverchapel, einen scharfen Brief – „streng geheim und persönlich" – an Dean Acheson: „Wie Sie wissen", schrieb der Botschafter[37], „hat die Unterstellung im ersten und letzten Satz [der Meldung in Newsweek] nicht die geringste faktische Grundlage. Was für mich jedoch eine Sache ernster Beunruhigung darstellt, ist die Bezugnahme auf die den Herzog von Windsor betreffenden Dokumente. Sie erinnern sich vielleicht an die Unterhaltungen, die Sie im vergangenen Jahr mit Balfour über dieses Thema hatten, und an den Austausch von Mitteilungen zwischen ihm und Ihrem Department, der schließlich in Ihrem Schreiben an Balfour vom 19. November 1945 kulminierte[38]. Ich weiß wirklich nicht, welche Erklärung ich zu

[35] Die Vereinbarung wurde am 3. 10. 1946 im „State Department Bulletin" und am 22. 1. 1947 in „Hansard" veröffentlicht. Die Einführung, die in jedem der ersten vier Bände der Serie D abgedruckt wurde, enthielt die zusätzliche Erklärung: „Die Herausgeber möchten gleich zu Beginn feststellen, daß es ihnen nicht nur gestattet, sondern aufgetragen wurde, die Auswahl allein auf dieser Basis wissenschaftlicher Objektivität zu treffen.

[36] In: PRO, FO 370, 1270, L 3003, L 3060.

[37] Eine Fotokopie dieses Dokuments verdanke ich dem Entgegenkommen von Sara Bradford, der Verfasserin von George VI, S. 428.

[38] Ich habe diesen Brief weder in den National Archives noch in der Truman Library, Independence, finden können. Vgl. Anm. 31.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieser Indiskretion dem Foreign Office geben soll, nachdem Ihr Department zugesagt hatte, besondere Vorkehrungen zu treffen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich Ihre Meinung zu dem Vorfall erfahren dürfte und wenn Sie mich wissen lassen könnten, ob Sie eine Vorstellung haben, wie eine Information dieser Art einem Journalisten zugänglich gemacht worden ist!"

Darauf antwortete Acheson am 18. November 1946[39]: „Ich muß mein aufrichtiges Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß nach dem Austausch von Mitteilungen im letzten Jahr der fragliche Artikel in einem amerikanischen Journal erscheinen konnte. Ich habe eine Untersuchung angeordnet, um, wenn möglich, die Quelle zu ermitteln, aus der Newsweek geschöpft hat. Die allgemeine Richtung des Artikels ist so offensichtlich irrig, daß er nur wenig ernsthafte Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, und ich hoffe, daß es, nachdem die Planung zur Veröffentlichung der Akten des deutschen Auswärtigen Amts fortschreitet, keine weiteren Anlässe zur Mißdeutung unserer gemeinsamen Absichten geben wird."

Auch wenn Acheson über die zuvor getroffene Vereinbarung nur verschleiert sprach, so wissen wir doch aus einem Memorandum Francis Russells vom 9. Februar 1947, daß der Film Nr. B2–15, also die Kopie der Windsor-Dokumente, sequestriert worden war und sich nun im Besitz der Abteilung mit der hochtrabenden Bezeichnung „Foreign Activity Correlation" befand[40]. Und wenn auch Raymond Sontag den Film vielleicht noch nicht gesehen hatte, so kannte er doch seinen Inhalt, denn am 18. November 1947 wurde Orme Sargent von James Passant davon unterrichtet, daß Sontag, als er im November 1946 London besuchte, im Laufe seiner Unterhaltungen mit ihm auf die Windsor-Dokumente zu sprechen gekommen sei[41]. Passant fuhr fort: „Dieser Satz von Fotokopien wird natürlich Professor Sontag und seinem Team zur Durchsicht zugänglich sein. Gegen eine Veröffentlichung ist er durch die Zustimmung des State Departments geschützt, von einer Veröffentlichung Abstand zu nehmen, wie das im Washington tel No. 1260 vom 27. Februar 1946 festgehalten ist[42]. Aus dem, was Professor Sontag sagte, ging aber klar hervor, daß die amerikanische Presse hier einen Skandal gewittert hat und auf die Veröffentlichung dieser Dokumente drängt, daß ferner, von der Frage eines solchen Drucks ganz abgesehen, Professor Sontag darauf bestehen wird, aus dieser Serie alle Dokumente zu publizieren, die für sein Hauptziel relevant sind, oder eben, falls ihm die Genehmigung dazu verweigert werden sollte, zurücktreten wird. Da sein Rücktritt aus diesem Grunde selbst einen so handfesten Skandal heraufbeschwören müßte, daß die Dokumente und ihr Inhalt erst recht im Scheinwerferlicht stehen würden, täten wir gut daran, uns zu überlegen, welche Haltung wir einnehmen sollen, sofern und sobald sich die Frage stellen wird."

---

[39] In: PRO, FO 370, 1277, L 5906/G. Eine Kopie dieses Dokuments habe ich in amerikanischen Archiven nicht finden können.

[40] In: NA, 862.414/2 1947.

[41] In: PRO, FO 370, 1275, L 5191.

[42] Dieses Telegramm habe ich nicht gesehen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Problem machte Wheeler-Bennett, der sich gerade in seine Aufgabe einarbeitete, naturgemäß schwer zu schaffen. Wie sein Freund Robert Bruce Lockhart am 23. November 1946 notierte, sagte Wheeler-Bennett, die Amerikaner seien sicherlich gewillt, das Material zu publizieren. Sich dem zu widersetzen, würde die Briten dumm aussehen lassen; er habe nicht die Absicht, „eine Einmischung zu akzeptieren, es sei denn, sie komme direkt von König Georg". Eine Woche später hörte aber Lockhart von Orme Sargent, bei den Dokumenten, die den Herzog betreffen, habe „Jack Wheeler-Bennett keine freie Hand". „In dieser Angelegenheit zu entscheiden ist Sache der Regierung Seiner Majestät."[43]

Die Standpunkte, die während Sontags Besuch im November 1946 eingenommen wurden, ergaben ein Muster, das in einem Zeitraum von acht Jahren immer wiederkehren sollte. Der amerikanische Herausgeber erklärte kategorisch, ein britisches Veto gegen die Veröffentlichung der Windsor-Dokumente werde seinen Rücktritt bringen. Passant bekräftigte das Recht der Amerikaner darauf, Zugang zu den Dokumenten zu haben und auf ihrer Publikation zu bestehen, was ein Problem schaffe, mit dem sich die Briten eben auseinanderzusetzen hätten. Wheeler-Bennett räumte privat ein, daß er in einem wirklichen Dilemma stecke, wenn der König unnachgiebig gegen eine Veröffentlichung sein sollte. Und Orme Sargent stellte privat fest, Wheeler-Bennett habe als Herausgeber bei der Auswahl der Dokumente für die Publikation nicht die freie Hand, die das amerikanisch-britische Abkommen vom 19. Juni 1946 den Herausgebern doch so klar zu geben schien.

Einige Zeit nach Sontags Besuch sind, wie schon erwähnt, die Originale der Windsor-Dokumente dem Foreign Office ausgehändigt worden[44]. Obwohl die Einzelheiten noch dunkel sind, steht doch fest, daß nun über das Windsor-Problem auf sehr hoher Ebene gesprochen wurde. Bei dem einzigen dokumentarischen Beleg, der bislang zum Vorschein gekommen ist, handelt es sich um ein streng geheimes Telegramm aus den Akten des State Departments, das Außenminister Georg Marshall am 13. März 1947 aus Moskau an Dean Acheson sandte: „Bevin teilt mir mit, Department oder Weißes Haus habe in den Akten den Mikrofilm eines Papiers, das den Herzog von Windsor betrifft. Bevin sagt, einzige andere Kopie sei von Foreign Office vernichtet worden, und bittet, daß wir die unsere vernichten, um Möglichkeit einer Indiskretion zu vermeiden, die für Windsors Bruder sehr peinlich wäre. Bitte, erledigen Sie das für mich und antworten Sie vertraulich an mich persönlich."[45]

Die Antwort konnte bisher nicht zutage gefördert werden, obgleich bekannt ist, daß Acheson tatsächlich geantwortet hat, und zwar zwei Tage später mit Telegramm Nr. 538. Doch ist der von Bevin und Marshall erwähnte Film dieser Dokumente in

[43] Kenneth Young (Hrsg.), Diaries Lockhart, Bd. II, 1939–1965, London 1980, S. 572.

[44] Ein Meinungsaustausch zwischen Passant und R. C. Thomson im Dezember 1946 und Januar 1947 zeigt, daß beide über das Geschick der Windsor-Akte bis zum 17. 1. 1947, als Passant Thomson darüber unterrichtete, daß er den Verbleib der Akte ermittelt habe, nicht Bescheid wußten; in: PRO, FO 370, 1277, L 5814, L5907/G.

[45] In: NA, 841.00/3–1547. Vgl. die – nach meiner Ansicht – offenkundig irrigen Spekulationen Sara Bradfords (Georgs VI, S. 427) über die Folgen der Instruktionen Marshalls.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den National Archives – B 15 – anscheinend der 1945 hergestellte Film, denn das „Deckblatt" ist offensichtlich jenes, das Oberstleutnant Thomson vom „German Documents Team" in Marburg an Herbert C. Cummings geschickt hat, den stellvertretenden Leiter von F. C. im State Department. Das Datum ist der 13. Juni 1945[46].

In seinen Memoiren macht Wheeler-Bennett aus seiner Wiederbeschaffung der Originalakten, die „auf direkte Weisung des Oberbefehlshabers aus der Sammlung entfernt" worden waren, eine eindrucksvolle Geschichte. Von der Wiederbeschaffung hing, darauf hatten sich er und Sontag verständigt, die Integrität des Projekts ebenso ab wie ihre berufliche Reputation. Daher wandte sich Wheeler-Bennett direkt an Ernest Bevin. Der Außenminister dürfte, wie zu sehen war, mit dem Problem vertrauter gewesen sein, als man nach Wheeler-Bennetts Bericht annehmen sollte. Nachdem er über die „'ot potato" noch einmal nachgesonnen hatte, traf Bevin die Entscheidung, daß der Aktenband wieder ans Archiv zurückgehen solle, vorausgesetzt, „Der Palast" stimme zu. Was dieser auch tat. Im Juli 1947 hat König Georg, wie es Philip Ziegler formulierte, „schließlich verfügt, die Papiere an das Archiv in Berlin zu retournieren für eine eventuelle Veröffentlichung, falls die Herausgeber der deutschen Akten dies für notwendig halten sollten"[47]. „Der Aktenband", so berichtet Wheeler-Bennett, „kehrte schnellstens in unseren Gewahrsam zurück und wir inkorporierten seinen Inhalt ordnungsgemäß in Serie D, Vol. X jener dicken grünen Bände, die je zur rechten Zeit von Seiner Majestät Stationary Office herausgebracht wurden."[48]

Aber der Weg zur Publikation von Band X im Jahre 1957 war nicht ganz so glatt, wie Wheeler-Bennetts „je zur rechten Zeit" vermuten lassen könnte. Und seine eigene Rolle in der Affäre hatte gerade erst begonnen.

II

Meine eigene Verbindung mit dem Projekt zur Veröffentlichung der deutschen Akten begann im September 1948. Die Berliner Blockade war in vollem Gange. Die Akten des Auswärtigen Amts, die zuvor von Marburg nach West-Berlin verbracht worden waren, hatte man gerade aus Berlin ausgeflogen und per Bahn und Schiff über Hamburg nach England transferiert. Als Aufbewahrungsort war Whaddon

[46] Bloch, Operation Willi, S. 231, zitiert John Wheeler-Bennett (Friends, Enemies and Sovereigns, S. 80 f.) mit dem Satz, er habe „es fertiggebracht, einen Mikrofilm der Windsor-Akte machen und an seinen amerikanischen Partner Ray Sontag schicken zu lassen". Ich kann aber einen solchen Satz in Wheeler-Bennetts Buch nicht entdecken. Außerdem: Warum wäre, da die amerikanische Kopie des ursprünglichen Mikrofilms offenbar nicht vernichtet worden ist, eine weitere Kopie aus London gebraucht worden.

[47] Ziegler, Edward VIII, S. 550, der zitiert: Bevin an Attlee, 31. 7. 1947, in: Royal Archives, DW Misc Box 2.

[48] Friends, Enemies and Sovereigns, S. 80 ff. Wheeler-Bennetts Bericht bietet keine Daten, womit er den Gang der Ereignisse Mutmaßungen überantwortet.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hall in Buckinghamshire gewählt worden. Ich gehörte nun zu einem dreiköpfigen amerikanischen Team, das, zur Vorbereitung der endgültigen Auswahl durch die in Washington, London und Paris sitzenden Hauptherausgeber, bei der Sichtung und Verfilmung der Akten mit gleichen britischen und französischen Gruppen zusammenarbeitete. Inzwischen war Wheeler-Bennett, nachdem er die britische Seite des Projekts während der Anfangsphase betreut hatte, als Hauptherausgeber ausgeschieden, doch behielt er die Stellung eines „historischen Beraters" des Foreign Office.

Bei meiner Ankunft in Whaddon hatte ich den Eindruck, daß die Frage, was mit den Windsor-Dokumenten, über die ich Bescheid wußte, geschehen solle, längst entschieden war. Diese Ansicht schien durch einen Vorfall, der sich einige Monate nach meiner Ankunft ereignete, bestätigt zu werden. Malcolm Carroll, der Leiter des amerikanischen Teams, stand im Begriff, auf seine Professur an der Duke University zurückzukehren, und E. J. Passant war am 15. Juni 1949 nach Whaddon gekommen, teils, wie ich mich erinnere, um Probleme der Arbeit zu besprechen, teils, um Malcolms Abreise eine festliche Note zu geben. Jim Passant, so muß noch gesagt werden, hatte nicht nur die allgemeine Aufsicht über die am Projekt beteiligten britischen Historiker, sondern auch über die Haushalts-Arrangements in Whaddon. Gelehrter aus Cambridge, Spezialist in deutscher Geschichte, zeigte er sich als kenntnisreicher und überzeugter Förderer unserer Arbeit, dazu im übrigen als ein anständiger und aufrechter Gentleman. Im Laufe einiger Abschiedsworte sagte Carroll, an Passant gewandt: „Die Liste der Dokumente für 1939–40 ist komplett, und die Herausgeber werden bald die endgültige Auswahl treffen können. Die Dokumente, die den Herzog von Windsor betreffen, seien dann zu diskutieren, und er sei der Meinung, daß die wichtigsten Dokumente veröffentlicht werden sollten." Darauf antwortete E. J. Passant, die Dokumente seien verfügbar und würden, falls ausgewählt, publiziert. Daß Carroll die Frage aufwarf, hatte mich überrascht, da ich der Meinung gewesen war, die Veröffentlichung sei gar nicht mehr strittig. Jedenfalls durfte die Angelegenheit nun, nach Passants Antwort, als erledigt gelten.

Tatsächlich vergingen vier Jahre ohne jede Störung durch das Windsor-Problem. Bernadotte Schmitt löste Raymond Sontag als amerikanischer Hauptherausgeber ab und suchte zusammen mit seinen Ko-Editoren jene Windsor-Dokumente aus, die in Band X der Serie D veröffentlicht werden sollten. Dann trat ich an die Stelle Professor Schmitts und ging nach Washington. Nach der Vereinbarung mit den Briten wurde die editorische Verantwortung für einen bestimmten Band, wenn die endgültige Auswahl der Dokumente getroffen war, jeweils einer Seite übertragen. Band X war unsere Sache. Die Arbeit an der Übersetzung und den sonstigen editorischen Problemen ging voran.

Am 3. Juli 1953 bestellte dann General Bedell Smith, Staatssekretär im State Department und früher bei SHAEF Stabschef Eisenhowers, Bernard Noble zu sich, den Leiter der Historischen Abteilung des State Department, um mit ihm über die zur Veröffentlichung in Band X der Serie D bestimmten Dokumente zu sprechen. Ich zitiere hier aus Aufzeichnungen, die ich am nächsten Tag machte: „Bernard kam

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herüber und ich orientierte ihn über die Sache. Die Dokumente seien alle druckfertig, doch habe die letzte Prüfung in Whaddon noch nicht stattgefunden, daher sei es einfach, sie durchzusehen und Passagen anzumerken, die für General Smith von Interesse sein könnten. Ich erklärte, daß die Dokumente vor einigen Jahren oder so von den Hauptherausgebern ausgewählt worden seien, d. h. von Bernadotte Schmitt, Prof. Baumont und General Marshall-Cornwall[49].

Ich erwähnte ferner, daß Malcolm Carroll, kurz bevor er im Sommer 1949 in die USA zurückkehrte, auf einer Konferenz der Editoren um die Zusicherung bat, daß die Briten gegen die Veröffentlichung der Dokumente kein Veto einlegen würden, und daß ihm versichert wurde, sie würden das nicht tun.

Nach dem Mittagessen gab mir Bernard einen Bericht über sein Treffen mit General Smith. Letzterer habe sehr formell begonnen, fast wie ein Regierungsmitglied zum Vertreter einer anderen Regierung. Er habe gesagt: ‚Ich habe Anweisung, Ihnen mitzuteilen, daß die britische Regierung eine Liste jener Dokumente über den Herzog von Windsor übermitteln wird, die sie aus Band X herausgelassen wissen möchte. Sie werden den Herausgeber der deutschen Dokumente davon unterrichten, daß er, wenn er die Liste erhält, der Eliminierung dieser Dokumente zustimmen wird.'

Bernard informierte General Smith, daß die Herausgeber, nach den Bedingungen der Vereinbarungen über die Prozeduren des Projekts, volle Freiheit bei der Auswahl der zu veröffentlichenden Dokumente hätten, etc. Der General wies ihn darauf hin, daß sich die neue Administration durch diese Verpflichtungen, die von der früheren Administration übernommen worden seien, nicht gebunden fühle. Er sagte, daß ihm der Unterschied zwischen dem Standpunkt der Historiker und dem derjenigen, die für die Politik in solchen Sachen verantwortlich seien, durchaus bewußt sei. Die Unterhaltung verlief ruhig und endete mit der von General Smith lächelnd gemachten Bemerkung, daß es ihm leid tue, der Übermittler von Weisungen sein zu müssen, die den Historikern so zuwider seien.

Ich sagte zu Bernard, daß ich wohl nicht kommentieren müsse, wie ernst das im Hinblick auf das Projekt sei. Da jedoch Band X noch weit davon entfernt sei, an die Druckerei geschickt werden zu können – ein Jahr später sei unser Ziel –, hätten wir Zeit, in Ruhe die Entwicklung abzuwarten. Inzwischen sei es wohl Sache unserer britischen Kollegen, in diesem ersten Spiel den Ball aufzunehmen.

Ich bemerkte dann, daß ich mir den Kopf darüber zerbräche, aus welchem Grund das Problem gerade jetzt aufgeworfen worden sei. Er sah verlegen drein, und ich beeilte mich zu sagen, ich wolle nicht, daß er mehr sage, als er zu sagen autorisiert sei. Danach meinte ich, daß ich mich oft gefragt hätte, ob Mr. Churchill von diesen Papieren wisse, da er weiterhin eine generöse Haltung gegenüber dem Herzog eingenommen und erst kürzlich, wie ich glaubte, gesellschaftliche Kontakte mit ihm gehabt habe. Daraufhin hat Mr. Noble sofort angezeigt, daß ich die Quelle herausgefunden hatte; er sagte, von Churchill sei das Weiße Haus verständigt worden, und

[49] Er war von Juni 1948 bis Januar 1951 beteiligt.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Smith handle nach Instruktionen, die D. D. E. gezeichnet seien. Auf britischer Seite sei die Ermächtigung zur Veröffentlichung dieser Papiere von Attlee gegeben worden, doch sei Churchill damit nicht einverstanden."

An diesem Abend bereitete ich meine Frau darauf vor, daß ich vielleicht schon bald gezwungen sein könnte, meine Stellung aufzugeben. Heute wissen wir, daß Churchill am 27. Juni 1953 Eisenhower brieflich gebeten hatte, mit einem Machtspruch die Veröffentlichung der Dokumente zu verhindern, und zwar mit der Begründung, daß ihre „historische Bedeutung" nur „ganz gering" sei und sie dem Herzog unverdientermaßen „Ungemach und Unrecht" zufügen würde. Die gleiche Bitte, so teilte er Eisenhower mit, werde an die französische Regierung gerichtet.[50]

Präsident Eisenhower antwortete am 2. Juli: „Es hat mich völlig überrascht zu erfahren, daß von den Dokumenten, die Sie erwähnen, ein Mikrofilm hergestellt worden ist. Zu der Zeit, 1945, da ich auf die Existenz dieser Dokumente aufmerksam gemacht worden war, hatte ich sie vom Botschafter Winant und einem Angehörigen meines eigenen nachrichtendienstlichen Stabes gründlich prüfen lassen. Sie stimmten darin vollständig überein, daß ihnen keinerlei Wert zukomme, daß sie offensichtlich mit der Idee zusammengebraut worden seien, die deutsche Propaganda zu befördern und den westlichen Widerstand zu schwächen, und daß sie gegen den Herzog unfair seien. Infolgedessen wurden sie ... dem amerikanischen Botschafter übergeben. Im Augenblick weiß ich nicht genau, was ich zu tun vermag, da mir nicht einmal bekannt ist, in welcher Einstufung diese Dokumente aufbewahrt werden. Ich werde Sie weiter informieren, sobald ich dazu in der Lage bin."[51]

Churchill schickte Kopien dieses Briefwechsels mit Eisenhower an Lord Beaverbrook. Außerdem teilte John Colville, der Privatsekretär des Premierministers, am 8. Juli 1953 Beaverbrook mit, Bedell Smith habe inzwischen „mit Ermächtigung des Präsidenten den amerikanischen Hauptherausgeber gesprochen, dem die Vorstellung, das zu tun, was man ihm in dieser Sache aufgetragen hat, offensichtlich gar nicht gefallen hat"[52].

Was hatte Churchill unter den gegebenen Umständen dazu gebracht, die Windsor-Angelegenheit mit solcher Dringlichkeit zu behandeln? Ich zweifle daran, daß ihn in erster Linie Rücksichtnahme auf die Gefühle des Herzogs antrieb, obschon dies der Grund war, den er Eisenhower nannte. Gewiß war er seit dem Krieg mit dem Herzog auf freundschaftlicher Basis in Verbindung geblieben, doch hatte Churchill mitt-

[50] Kopien des Briefes Churchills an Eisenhower und der Antwort des Präsidenten befinden sich im Nachlaß Beaverbrook, House of Lords, BBK/6/25/XY, 40 L. Bei Costello, Mask of Treachery, ist am Ende Eisenhowers Brief und der erste Teil des Schreibens Churchills abgedruckt. Vgl. auch Bloch, Operation Willi, S. 231.

[51] Es ist signifikant, daß dem Präsidenten, wie er zu erkennen gab, bewußt war, seine Handlungsfreiheit könne durch rechtliche Bindungen eingeschränkt sein.

[52] Brief gezeichnet „Jock". Das ist der einzige Nachgang zu Churchills Brief vom 27. Juni, den ich gesehen habe. Bedell Smith hatte, wie schon bemerkt, in Wirklichkeit mit Bernard Noble gesprochen, doch war sein Bericht über meine Haltung völlig korrekt. Der Brief Colvilles befindet sich im Nachlaß Beaverbrook (Anm. 50).

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lerweile Zweifel an seiner Unterstützung des Herzogs in der Abdankungskrise bekommen[53]. Während Windsor noch als Gouverneur der Bahamas amtierte, hat Lord Moran einmal notiert: „Winston ist am Herzog nicht mehr interessiert; wenn man ihm sagt, der Herzog habe um eine Verabredung gebeten, seufzt der P. M. und setzt Tag und Stunde fest." Solche Bemerkungen wurden aber auf der anderen Seite mehr als ausgeglichen durch etwas, das Lord Waverly „einen Anflug von Demut in Winstons Einstellung zum Thron" genannt hat. „Sein Sinn für Geschichte umgab die Monarchie mit einer gewissen Mystik, so daß er vom Königlichen Haus stets mit anrührender Ehrerbietung gesprochen hat."[54] Meine Vermutung geht, aus noch darzulegenden Gründen, dahin, daß seine Botschaft an Eisenhower auf einen Wink der Königin-Mutter zurückging, bei dem Wheeler-Bennett eine Rolle spielte.

Der Zeitpunkt des Churchillschen Schreibens an Eisenhower, 27. Juni, ist von Interesse. Vier Tage vor der Absendung erlitt der Premierminister einen Schlaganfall[55]. Zunächst hielten sich die Auswirkungen in Grenzen, doch einige Tage später verschlechterte sich sein Zustand so sehr, daß er, am 26. Juni, die Absicht zu einem Treffen mit Eisenhower auf den Bermudas – auf das er großen Wert legte – aufgeben mußte. Und am 27. Juni, dem Tag der Botschaft an Eisenhower, hielt Lord Moran, sein Arzt, fest, daß er immer hilfloser werde und sich nur noch bewegen könne, wenn er von zwei Personen gestützt werde. Nachdem er aufgefordert worden war, für den „Observer" einen Nachruf auf Churchill zu schreiben, notierte Harold Nicolson in seinem Tagebuch: „Ich hoffe zu Gott, daß er nicht stirbt!"[56]

Während dieser kritischen Zeit der ernsten Erkrankung des Premierministers traf die Liste der Dokumente, die wir laut General Smith von den Briten zu erwarten hatten, nicht ein. Daß vorzeitiges Handeln abgeblockt wurde, war zum Teil Margaret Lambert zu verdanken, die zwei Jahre zuvor die britische Hauptherausgeberschaft übernommen hatte. Nach Jahren als engste Mitarbeiterin Sir Llewellyn Woodwards bei der Edition der britischen diplomatischen Akten war sie für die Aufgabe glänzend gerüstet. Aber in der gegebenen Situation kamen ihr andere Attribute noch mehr zustatten. Ihr Vater, Viscount George Lambert, der noch lebte, war 1891 als Liberaler ins Unterhaus gekommen und hatte dort den Wahlkreis South Molton in Devonshire mit nur einer Unterbrechung bis 1931 vertreten; 1945 brachte ihn die Erhebung zum Peer ins Oberhaus. Sein Sohn gehörte nun dem Parlament als konservativer Abgeordneter an. Die Bekanntschaft des älteren Lambert mit Churchill reichte bis zu Winstons erstem Auftritt im Unterhaus zu Beginn des Jahrhunderts zurück. Die Details der Manöver Miss Lamberts sind mir unbekannt, doch gewann ich damals den Eindruck, daß eine Weisung, die Dokumente zu unterdrücken, für

[53] Alan J. P. Taylor, Beaverbrook, London 1972.

[54] Lord Moran, Winston Churchill. The struggle for survival 1940–1965. Taken from the Diaries of Lord Moran, Boston 1966, S. 103 und S. 441.

[55] Moran Diaries, S. 434 ff. John Colville, The Fringes of Power. Downing Street Diaries 1939–55, London 1985, S. 668 f. Durch den Einfluß von Lord Beaverbrook, Lord Camrose und Brendan Bracken wurde jedes Wort über Churchills Krankheit aus der britischen Presse draußen gehalten.

[56] The Later Years 1945–62, hrsg. von Nigel Nicolson, New York 1968, S. 242.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie unannehmbar gewesen wäre. Bei Churchill selbst finden wir bestätigt, daß sie von der Verpflichtung gesprochen hat, im Falle eines Verbots der Veröffentlichung zurückzutreten[57]. Darüber hinaus meinte ich zu sehen, daß das Foreign Office die Besorgnis Churchills nicht teilte.

Es stellte sich jedoch heraus, daß Miss Lambert nicht mehr als eine kurze Atempause erreicht hatte. Bis zum 18. Juli war Churchills Gesundheit so weit wiederhergestellt, daß er seine Aufmerksamkeit erneut dem Windsor-Problem zuwenden konnte. An diesem Tag fuhr John Colville nach Cherkley, Lord Beaverbrooks Landsitz, um ihm weitere Papiere, die den Herzog von Windsor betrafen, zu bringen, nämlich Übersetzungen von Dokumenten aus der Windsor-Akte. Colville sollte ferner herausfinden, was nach Beaverbrooks Meinung zu tun war. Die Dokumente, die nun im Beaverbrook-Nachlaß eingesehen werden können, sind bereits von Historikern zitiert worden, doch ist bislang kein Beleg ans Licht gekommen, der uns davon in Kenntnis gesetzt hätte, welchen Rat Beaverbrook gegeben hat[58]. Jedenfalls war Churchills Entschlossenheit, seinen Willen durchzusetzen, keineswegs erschüttert. Als er sich auf die erste Kabinettssitzung nach seinem Schlaganfall vorbereitete, unternahm er Schritte, um das Kabinett zu sofortigem Handeln zu veranlassen. Colvilles Tagebuch enthält unter dem Datum 11./12. August die bündige Eintragung: „Schrieb eine Kabinettsvorlage, die der P. M. billigte, zu den Windsor-Papieren ... Der P. M. immer noch für Unterdrücken."[59]

Die Kabinettsvorlage, auf den 12. August datiert, enthielt Übersetzungen der wichtigsten Dokumente aus der Windsor-Akte; offenbar stand sie auf der Tagesordnung der Kabinettssitzung vom 25. August. Eine Veröffentlichung der Dokumente, so behauptete Churchill nach wie vor, würde für „den Herzog von Windsor schmerzlich" sein und hätte dabei nur geringen historischen Wert. „Vorbehaltlich der Ansicht meiner Kollegen", sagte er, „bin ich gewillt, mit der britischen Hauptherausgeberin zu sprechen und ihr vorzuschlagen, die Veröffentlichung um mindestens zehn oder zwanzig Jahre zu verschieben." Sein Kabinettskollege Lord Salisbury, Präsident des Geheimen Staatsrats, stimmte dem nicht zu. Die Papiere sollten publiziert werden, meinte er, da ihre Unterdrückung „nur den Eindruck erwecken würde, daß sie schädlicher sind als in Wirklichkeit"[60]. Aber die Auffassung des Premierministers setzte sich durch.

Bis dahin war Churchill noch immer ohne Antwort auf den Brief, den er fast zwei Monate zuvor an George Bidault, den französischen Außenminister, geschrieben hatte. Infolgedessen schickte er Walter Monckton nach Paris, der dort zu Bidaults Büro vordringen und die französische Einstellung zu der Frage endlich herausfinden

---

[57] Memorandum vom 12. 8. 1953, in: Nachlaß Beaverbrook (Anm. 50), LG/25/xx. Wir wissen jetzt aus Lord Morans Tagebuch, daß Ende Juni Mrs. Churchill „vehement" die Meinung vertreten hatte, ihr Mann solle unverzüglich zurücktreten, daß dieser aber bis Oktober im Amt bleiben wollte.

[58] Colville, Diaries, S. 670. Vgl. Gilbert, Churchill, Bd. VI, Anm. 706, und Bloch, Operation Willi, S. 231 f.

[59] Colville, Diaries, S. 675.

[60] Bloch, Operation Willi, S. 232.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte. In seinem „geheimen und persönlichen" Bericht an den Premierminister[61], den er unmittelbar nach der Unterhaltung schrieb, zu der es am 1. September 1953 gekommen war, zeichnete Monckton das Bild eines Franzosen in der Zwickmühle. „Während des Gesprächs", setzte Monckton dem Premier auseinander, „gab M. Bidault eine deutliche Hilfsbereitschaft zu erkennen, wenn er auch nicht in der Lage sei, wie er glaube, die Historiker anzuweisen, die Dokumente wegzulassen." Die Verzögerung der Antwort auf Churchills Brief sei von Bidault damit erklärt worden, daß er die Meinung französischer Historiker eingeholt habe. Nachdem er beiläufig darauf hingewiesen hatte, daß Bidault selber Historiker sei, zitierte Monckton den französischen Minister mit den Worten: Historikern „dürfe man nicht befehlen. Sollte das im gegebenen Falle versucht werden, werde der französische Historiker zurücktreten. Unter diesen Umständen, so sagte er, sei die Unterdrückung der Dokumente unmöglich, doch räumte er ein, daß es möglich sei, die Veröffentlichung zu vertagen, indem man die Dokumente aus einer anderen Periode vorziehe." Bidault habe ferner darauf aufmerksam gemacht, daß ein ehemaliger deutscher Diplomat, Erich Kordt, „auf die Existenz dieser Dokumente hingewiesen und die Alliierten aufgefordert hat, sie zu publizieren". Überdies habe „ein amerikanischer Historiker, in einer historischen Zeitschrift zu Kordts Herausforderung Stellung nehmend, versichert, daß die Dokumente veröffentlicht würden". Daher frage sich Bidault, ob nicht eine Verzögerung um ein oder zwei Jahre in Betracht gezogen werden könnte. Mit dieser schwachen Ermutigung ausgerüstet, machte sich Churchill daran, zur Erreichung der gewünschten Resultate drastische Schritte zu unternehmen.

Mir war natürlich gänzlich unbekannt geblieben, was sich im August im britischen Kabinett zugetragen hatte, und erst als ich einen auf den 8. Oktober datierten langen Brief von Miss Lambert erhielt, erkannte ich, daß sich die britische Position grundlegend gewandelt hatte. Es sei ihr „offiziell empfohlen" worden, so schrieb sie, daß wir gewisse Dokumente (ausgewählt von unseren Vorgängern) weglassen sollten. Ursprünglich habe sie dazu geneigt, dem nicht nachzugeben; schon deshalb, weil die Rolle des deutschen Außenministers diesen Dokumenten „eine gewisse historische Bedeutung" gebe. Doch sei ihr „vorgestellt" worden, „daß die Aufnahme der Dokumente in eine demnächst erscheinende amtliche Publikation einer gewissen kürzlich vereinsamten Dame, die darin mit ihrem verstorbenen Gemahl vorkommt, großen Schmerz zufügen würde". Der Premierminister habe mit ihr gesprochen und dabei betont, wie wichtig es sei, die Dokumente der auf Locarno folgenden Periode herauszubringen[62]. Woodward und Wheeler-Bennett seien konsultiert worden. Beide hätten erklärt, daß es für einen Einspruch gegen einen Stop der Arbeit an

[61] In: Nachlaß Beaverbrook, in: BBK G/25 xxi 40L.

[62] Miss Lambert war mit dem Premierminister am 16. 9. 1953 zusammengetroffen. Lord Salisbury und Sir Walter Monckton waren ebenfalls anwesend. Am nächsten Tag hatte Miss Lambert einen Brief an Salisbury geschrieben, in dem sie ihr Verständnis der Besprechungsergebnisse niederlegte. Dieser Brief ist nicht aufgefunden worden, doch eine Notiz Salisburys vom 30. 9. 1953 nahm eine kleine Korrektur hinsichtlich des deutschen Zugangs zu den Akten vor; in: PRO, FO 2375, 173/Green.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Serie D keine historischen Gründe gebe. Sowohl Woodward wie Sir Lewis Namier hielten es für eine gute Idee, sich einer Serie zuzuwenden, die mit Locarno beginne. Infolgedessen schlage sie vor, jede Arbeit an Serie D sofort einzustellen, ausgenommen jene Bände, die bereits im Druck seien. Wir sollten uns auf Serie B, beginnend mit Locarno, und Serie C, beginnend mit 1933, konzentrieren.

Eine Woche später, am 15. Oktober, erhielten Miss Lamberts Vorschläge formelle Deckung und Ausgestaltung, und zwar auf der Besprechung eines Beratungskomitees, die im Foreign Office stattfand; neben dem Vorsitzenden Wheeler-Bennett waren Namier, J. R. M. Butler, W. M. Medlicott und Passant anwesend. Sir Llewellyn Woodward konnte nicht teilnehmen. Im Protokoll, das mir zugesandt wurde, ist festgehalten, daß die Besprechung eine „Wiederbelebung" des alten Ausschusses darstelle (von dem ich noch nie etwas gehört hatte). In den Akten des Foreign Office findet sich eine Notiz, in der es heißt, zwei Dokumentensätze, die mit der „Schaffung des Beratungskomitees" zu tun hätten, seien in die „Stahlkammer" des Public Record Office transferiert worden und bis zum Jahre 2054 gesperrt[63]. Es kann ja müßig sein, über den Inhalt dieser Dokumente zu spekulieren, doch scheint die Annahme berechtigt, daß sie Licht auf die Rolle werfen würden, die bei der „Wiederbelebung" die königliche Familie gespielt hat. Wie dem auch sein mag, das Protokoll jener Sitzung des Beratungskomitees, die am 15. Oktober stattfand, läßt bemerkenswerterweise durch nichts erkennen, daß Papiere, die den Herzog von Windsor betreffen, mit den Überlegungen des Komitees irgendetwas zu tun hatten. Tatsächlich könnte ein Leser, der den Hintergrund nicht kennt, auf die Idee kommen, daß die Historiker in Whaddon Hall eine Schlüsselrolle als Initiatoren des Besprechungsthemas gespielt hatten. Die beiden ersten Absätze des Protokolls lauten nämlich:

„Dem Komitee lag ein Auszug aus dem Whaddon-Arbeitsbericht für September vor, in dem um Direktiven für die Untersuchung der Dokumente aus der Weimarer Periode gebeten wird und gewisse Vorschläge der Historiker in Whaddon vorgetragen werden.

Der Vorsitzende berichtete, es sei der Vorschlag gemacht worden, in der Abfolge, in der die deutschen Dokumente veröffentlicht werden, eine Verlagerung des Schwerpunkts vorzunehmen, so daß die Dokumente zur Weimarer und zur frühen Hitler-Periode zuerst erscheinen können. Die Mitglieder des Komitees wurden um ihre Ansicht dazu gebeten."

Resultat war die einstimmige Empfehlung, so bald wie möglich „mit der Veröffentlichung von Dokumentenserien zur Weimarer und zur frühen Hitler-Periode zu beginnen . . . und Serie D zurückzuhalten, damit die früheren Serien rascher herauskommen können". Zur Begründung dieser Empfehlung wurde argumentiert, es gebe „unter Historikern und an den Universitäten ein großes und noch wachsendes Interesse an den Zwischenkriegsjahren" und die Kriegszeit sei ohnehin schon gut dokumentiert. Ferner kam der Vorschlag, Serie D nun abzuschließen und „später" eine Serie E, beginnend mit Juni 1940, zu eröffnen.

[63] In: PRO, FO 370, 2343, 201 u. 193.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inzwischen hatte ich, ohne von den Vorgängen in London die geringste Kenntnis zu haben, am 28. Juli 1953 ein für die leitenden Beamten des State Departments bestimmtes Memorandum geschrieben, in dem ich die Regeln und Bedingungen darlegte, unter denen die Herausgeber der deutschen Dokumente, die früheren wie die derzeitigen, bislang gearbeitet hatten. Ich machte auch auf die folgenden Sätze in einer längeren Rezension der Aktenpublikation aufmerksam, die kurz zuvor im führenden Organ der deutschen Geschichtswissenschaft, der „Historischen Zeitschrift", erschienen war: „Die Herausgeber, zu deren Hauptverantwortlichen führende Namen der angelsächsischen Geschichtswissenschaft gehörten, setzten ihren persönlichen Ruf dafür ein, daß die Veröffentlichung ‚auf der Grundlage strengster wissenschaftlicher Objektivität' erfolgen sollte, und sie erhielten für die Auswahl der Dokumente absolut freie Hand."[64]

Außerdem schrieb ich, daß „alle amerikanischen Historiker, die mit der Verantwortung für die Publikation betraut worden sind, die grundlegenden Richtlinien für das Projekt nicht nur als eine gouvernementale Sache zwischen den Briten, Franzosen und Amerikanern betrachtet haben, sondern ebenso als eine persönliche Verpflichtung. Ihre persönliche Reputation ist im Spiele, sie wissen, was aus dem Jahr 1940 zur Veröffentlichung ausgewählt worden ist, da sie die Auswahl selbst getroffen haben, und es steht ein öffentlicher Aufschrei, der die volle Unterstützung der Historikerschaft findet, zu erwarten, wenn die Richtlinien jetzt auf halbem Wege geändert werden sollten."

Ich weiß nicht, welche Aufnahme das Memorandum im State Department gefunden hat, aber es dokumentiert die Haltung, in der ich die im Oktober aus London kommenden Empfehlungen empfing. Nachdem Miss Lamberts Brief vom 8. Oktober eingegangen war, suchte ich Zeit zu gewinnen, ohne im Grundsätzlichen einen Zentimeter nachzugeben. Ich machte Margaret Lambert darauf aufmerksam, daß Band X, obwohl wir in Washington mitten in der Arbeit an diesem Band steckten (für den die editorische Verantwortung bei uns lag), schwerlich vor 1955 publikationsreif sein werde. Ihre eigene Arbeit an Band IX (unter britischer Verantwortung) sei, bemerkte ich, nicht so weit fortgeschritten wie die unsrige an Band X, und so bot ich an, die editorische Verantwortung auch für diesen Band zu übernehmen, was ein bißchen Zeit schaffen würde. Doch hielt ich daran fest, daß die Bände IX und X dann erscheinen müßten, wenn die Arbeit an ihnen abgeschlossen sei. Ich zählte außerdem eine Anzahl praktischer Gründe dafür auf, daß eine jähe und nicht genügend präparierte Hinwendung zu den Weimarer Akten eine wenig rationelle Vorgehensweise wäre. Indes stimmte ich einer Beschleunigung der Arbeit an Serie C (1933–1937), deren Vorbereitung in Whaddon bereits weit gediehen war, durchaus zu[65]. Tatsächlich hatte ich darauf schon selber gedrängt.

Auf diesen Brief gab Miss Lambert nur eine knappe Antwort, der sie das Proto-

[64] Paul Kluke, Die englischen und deutschen diplomatischen Akten, in: HZ 175 (1953), S. 527–541, hier S. 539.

[65] Entwurf meines Briefes vom 16. 10. 1953.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

koll der Besprechung ihres Beratungskomitees beilegte, daran die Frage knüpfend, ob ich „als Historiker" mit den Empfehlungen des Komitees übereinstimme. Meine Antwort vom 4. November 1953 lautete folgendermaßen: „Ich habe Ihren Brief Nr. 157 vom 24. Oktober erhalten, in dem Sie bemerken, ich hätte in meinem Schreiben vom 16. Oktober keinen Kommentar ‚als Historiker' zur ‚Erwünschtheit einer möglichst baldigen Publikation der Weimarer und der frühen Hitler-Periode' gegeben. Mittlerweile hat mir Mr. Noble auch den Brief von Mr. Passant gezeigt, in dem betont wird, welches Gewicht Sie meiner grundsätzlichen Akzeptierung der gemachten Vorschläge beilegen.

Mir scheint – und dies macht meine Antwort besonders schwierig –, daß gewisse Entscheidungen aus politischen Gründen getroffen worden sind, die nachträglich ‚als Historiker' zu billigen nun von mir verlangt wird. So scheint, zum Beispiel, auf Ihrer Seite eine politische Entscheidung über die Suspendierung der Veröffentlichung von Serie D nach Band VIII getroffen worden zu sein. Mir scheint, daß ich nicht gebeten werden sollte, für eine solche Entscheidung Gründe ‚als Historiker' zu nennen. Meine Vorgänger, die Professoren Sontag und Schmitt, haben als Historiker die Priorität, die der Serie D gegeben worden ist, bekräftigt, und nach meiner Kenntnis ist Professor Schmitt der Meinung, daß die Serie D, wenn ihr Abbruch ins Auge gefaßt wird, mit dem Dezember 1941 enden sollte. Das Programm, das ich von ihm geerbt habe, schien mir vernünftig zu sein, und ich kann nicht guten Gewissens ‚als Historiker' sagen, daß ich nun anders denke.

Was die Serie C angeht, so weiß ich nicht, warum eine weitere Stellungnahme von mir verlangt wird. Wie ich in meinem Schreiben vom 16. Oktober bemerkte, habe ich schon im März dieses Jahres angeregt, daß wir daran denken sollten, die endgültige Auswahl und die Veröffentlichung von Serie C so bald wie möglich in Angriff zu nehmen. Ich bekräftigte diesen Standpunkt in meinem Schreiben vom 16. Oktober und tue das jetzt wieder.

Bleiben die Weimarer Akten. Wie Sie wissen, habe ich stets den Gedanken unterstützt, daß diese Akten durch Whaddon systematisch gesichtet werden sollten, und zwar auf eine Weise, daß die möglichst baldige Veröffentlichung der Serien A und B gefördert wird, und wenn das Ihr Problem leichter macht, dann sage ich mit Vergnügen, daß ich einer möglichst baldigen Veröffentlichung der Serien A und B grundsätzlich zustimme, so wie ich das ganze Projekt möglichst bald beendet sehen möchte."

Dieser Brief spiegelte zugegebenermaßen beträchtliche Verärgerung wider, und daß ich von einer britischen Entscheidung „aus politischen Gründen" sprach, wurde nicht gut aufgenommen; „nicht-historisch" sei das angemessene Wort, teilte mir Miss Lambert mit. Überdies herrschte Kummer darüber, daß ich die Vorschläge des britischen Beratungskomitees nicht angenommen hatte, insbesondere hinsichtlich der Priorität, die einer Serie B ab Locarno zu geben sei. Schließlich hieß es noch, das „möglichst baldige" Erscheinen von Band X sei doch keinen „Zusammenstoß" wert.

Am 18. November wies ich Miss Lambert in einer längeren Erwiderung darauf

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hin, daß mein früheres Angebot, ihr die editorische Verantwortung für Band IX abzunehmen, genau dazu bestimmt gewesen sei, Atemraum zu schaffen und einen Zusammenstoß zu vermeiden, und ich erneuerte das Angebot. Ferner machte ich detaillierte Vorschläge für die Beschleunigung der Arbeit an Serie C. Die Gedanken ihres Beratungskomitees (und Mr. Churchills) zu Serie B überging ich hingegen mit Stillschweigen. Ich setzte noch hinzu: „Wenn meine Vorschläge zur Behandlung der Sache sich nicht in allen Einzelheiten mit den Auffassungen deckten, zu denen Sie nach sorgsamer Überlegung und nach der Konsultation Ihrer Freunde gelangt waren, so nicht aus Mangel an gutem Willen. Ich habe es für selbstverständlich gehalten, daß bei einem derartigen Unternehmen so weitreichende Vorschläge wie die Ihren (und Arbeiten betreffend, die das hiesige Büro den größeren Teil eines Jahres beschäftigt haben) legitimer Diskussionsstoff sind, und daher hat mich die kategorische Form, in der mir diese Vorschläge präsentiert wurden, sowohl verwirrt wie beunruhigt." Ich schloß mit der Bemerkung, daß Mr. Noble in wenigen Tagen nach London kommen werde, um diverse Angelegenheiten zu besprechen, und daß ich hoffte, mein Brief werde dazu beitragen, den Weg für den Fortgang unserer Arbeit freizumachen.

Bevor Mr. Noble abreiste, übergab ich ihm am 20. November das folgende Memorandum, das für sich selbst spricht: „Nach den jüngsten Vorschlägen der Briten habe ich mich, wie Sie wissen, bemüht, jene Konzessionen zu machen, die mit der Integrität des Projekts noch vereinbar schienen, und ich habe versucht, aus der Korrespondenz alles herauszuhalten, was unser künftiges Arbeitsverhältnis mit ihnen ernstlich zu beschädigen vermocht hätte. Jedoch würde ich es sehr zu schätzen wissen, wenn in den informellen Unterhaltungen, die Sie, wie ich vermute, während Ihres bevorstehenden Aufenthalts in England mit ihnen haben werden, das Folgende mit gebührendem Nachdruck klargemacht werden könnte.

1. Daß wir es unverständlich finden, in dieser Sache als der schuldhafte Partner behandelt zu werden, und daß wir ihnen den Ton ihrer Briefe sehr verübeln.
2. Daß sie, indem sie Miss Lamberts Vorschlägen den Charakter eines Ultimatums gaben, zu einem Verfahren übergegangen sind, das wir unerträglich finden, und daß wir nicht die Absicht haben, uns weiterhin an dem Projekt zu beteiligen, wenn das von nun an der Geist sein sollte, in dem die Sache durchgeführt wird."

Ich weiß nicht, wie buchstäblich Mr. Noble sich an diese Sätze gehalten hat. Ohnehin erhielt ich am 27. November, noch ehe ich etwas von ihm gehört hatte, einen Anruf von Joseph Phillips, im State Department stellvertretender Unterstaatssekretär für öffentliche Angelegenheiten, der mich bat, ihn aufzusuchen und meine Korrespondenz mit Miss Lambert, ein wohlbekanntes Thema betreffend, mitzubringen. In meiner Aufzeichnung des Gesprächs heißt es:

„Als ich Mr. Phillips sah, teilte er mir mit, der britische Botschafter habe, als er am 25. November im State Department war, die Korrespondenz mit Miss Lambert über Band X und damit zusammenhängende Fragen zur Sprache gebracht. Sir Roger Makins habe gesagt, falls zwischen Miss Lambert und mir nicht rasch eine Einigung erreicht werde, beabsichtige der Premierminister, das Problem auf den Bermudas zur

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sprache zu bringen. Der Premierminister engagiere sich sehr in der Sache, habe Miss Lambert noch spät nachts deswegen angerufen usw. Ich erklärte Mr. Phillips, welche Position wir in der Angelegenheit eingenommen hatten, und las ihm die relevanten Passagen meines Schreibens vom 18. November vor. Er erhob gegen den Kurs, den wir gesteuert hatten, keine Einwände und schien ebenfalls zu meinen, daß die in meinem Brief vom 18. November enthaltenen Vorschläge für die Briten akzeptabel sein sollten.

Später, nach Rücksprache mit General Smith, bat mich Mr. Phillips, ein Telegramm an Mr. Noble in London zu entwerfen, und zwar mit der Frage nach der britischen Einstellung zu meinem Brief vom 18. November. Als ich ihm den Entwurf zur Abfertigung brachte, sagte er mir, daß sie wieder mit der britischen Botschaft Kontakt gehabt hätten. Auf meine Frage, ob sie über unsere Position informiert gewesen seien, sagte Mr. Phillips, sie seien ‚nicht richtig informiert' gewesen.

PS, 1. Dezember.

Heute vormittag rief ich Mr. Phillips' Büro an, um zu fragen, ob schon eine Antwort auf das am 27. November abgesandte Telegramm eingegangen sei. Mr. Phillips sagte, das Telegramm sei schließlich doch nicht abgeschickt worden, da er keine Möglichkeit gehabt habe, mit General Smith über die Freigabe zu sprechen. Ich teilte ihm mit, aus einem Brief von Mr. Noble ergebe sich, daß die Schwierigkeiten in der fraglichen Angelegenheit gelöst worden seien."

Ich besitze keine Kopie von Nobles Brief, und ich habe auch keine Erinnerung daran, was ich damals von ihm erfuhr. Jedoch besitze ich einen Brief vom 29. November, den mir Howard Smyth geschrieben hat, mein Nachfolger in Whaddon, und darin heißt es, ihm habe Noble, ohne dies näher darzutun, gesagt, „daß er gezwungen gewesen sei, in der Frage der weiteren editorischen Arbeit an Serie D und deren Veröffentlichung nachzugeben". Ich kann mich nicht daran erinnern, darüber mit Noble nach seiner Rückkehr aus England gesprochen zu haben, doch zeigen die folgenden Vorgänge, daß das eine Position war, die ich als Herausgeber nicht akzeptierte, obschon ich selber ja bereits eine Weile lang darauf gedrängt hatte, gleichzeitig mit der Arbeit an Serie C voranzukommen. Unter den Vorschlägen, die ich dabei Miss Lambert gemacht hatte, befand sich auch mein Angebot, im Sommer 1954, wenn möglich, nach Whaddon zu kommen, um die Auswahl der in Serie C (1933–1937) aufzunehmenden Dokumente zu beschleunigen. Tatsächlich bin ich auch Anfang Juli nach Whaddon gegangen.

Nach meiner Erinnerung hatte ich damals den Eindruck, daß das Problem der Windsor-Dokumente aus der größten Hitze heraus war, da wir in Washington inzwischen von Miss Lambert die editorische Arbeit an Band IX übernommen hatten und auch mit Band X in der Annahme weiter machten, daß sich die Dinge schon zurechtziehen würden, sobald der 80 Jahre alte Mr. Churchill nicht mehr Premierminister sei. Indes zeigen die Akten des britischen Foreign Office, daß in den ersten sechs Monaten des Jahres 1954 einiges vor sich ging, das den Premierminister immer wieder an den Herzog von Windsor erinnerte. So bemühte sich Bundeskanzler Adenauer energisch um die Rückgabe der Akten des Reichsaußenministeriums, wobei er auch die praktischen Bedürfnisse des eben ins Leben gerufenen Auswärti-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Amts der Bundesrepublik geltend machte. Die drei Westmächte fanden es schwer, sich dieser Forderung kategorisch zu widersetzen. Damit gewann eine bestimmte Frage für Mr. Churchill Dringlichkeit: Sollte eine Vereinbarung über die Rückgabe der Akten auch für die Windsor-Dokumente gelten? Am 4. März 1954 hielt Staatsminister Anthony Nutting die Entscheidung des Premierministers fest: „Alles soll unternommen werden, um diese [die Windsor-]Papiere aus jenen auszuscheiden, die Deutschland zurückgegeben werden." Frank Roberts, stellvertretender Staatssekretär im Foreign Office, nahm dann, am 23. März, die Wünsche des Premierministers in ein formelles Schriftstück auf: Das Kabinett solle sich mit einem Schritt bei den USA, bei Frankreich und bei Dr. Adenauer einverstanden erklären, der auf eine Übereinkunft ziele, nach der „in Rücksicht auf die Rückgabe der Dokumente [des Reichsaußenministeriums] die Windsor-Akte hier behalten werde". Dem Kabinett ist diese Idee am 31. März mit großer Umsicht vom Premier selbst nahegebracht worden. (Er trug sie mündlich vor, und relevante Schriftstücke sind noch unter Verschluß.) Das Ergebnis: Unter der Voraussetzung, daß die Bedingung hinsichtlich der Windsor-Akte erfüllt und die Verfilmung des gesamten Bestands abgeschlossen werde, stimmte das Kabinett der Rückgabe an die Deutschen grundsätzlich zu[66].

Nicht lange nach diesem Beschluß kamen dem Premierminister erneut ärgerliche Umstände zur Kenntnis, die den Herzog von Windsor betrafen. Er erfuhr, daß Band VIII der Serie D, für den die editorische Verantwortung bei uns in Washington lag, vor der Veröffentlichung stand und ebenfalls Dokumente enthielt, die dem Herzog peinlich sein mußten, nämlich Berichte des deutschen Gesandten in den Niederlanden aus dem Januar und dem Februar 1940. Die Tatsache, daß die Berichte nicht aus jener Akte stammten, die auf höchster britischer Ebene soviel Aufmerksamkeit gefunden hatte, nötigte zu dem Schluß, daß Dokumente, die den Herzog in zweifelhaftem Lichte erscheinen ließen, auch noch an anderen Stellen in den Archiven auftauchen konnten. Später im Jahr, als nach dem Erscheinen von Band VIII Fragen im Unterhaus gestellt wurden, sagte Churchill unter anderem:

„Im vergangenen Mai, nachdem diese drei Dokumente für die Aufnahme in den achten Band des Werkes ausgewählt worden waren, wurden sie mir zur Kenntnis gebracht. Ich hielt es natürlich für angemessen, sie dem Herzog von Windsor zu zeigen, und am 25. Mai sagte ich ihm, daß sie später im Jahre in den USA und in diesem Lande veröffentlicht werden sollten[67]... Seine Königliche Hoheit erhob keinen Einwand. Er dachte, und ich stimmte ihm darin zu, daß sie mit Verachtung behandelt werden sollten... Sie sind selbstverständlich gänzlich unwahr. Mögen sie in jenem seltsamen Reiche ruhen, das nach dieser Formel ‚strengste wissenschaftliche Objektivität' heißt. (Erneutes Gelächter.)"[68]

[66] In: PRO, FO 2371, Top Secret 38 Green, 46 Green; CAB 128: Records of Cabinet.

[67] Lord Moran notierte am 27. Mai (Moran Diaries, S. 587), Churchill habe ihm, mit aufhellendem Gesicht, gesagt: „Ich werde Billy Graham mittags sehen und den Herzog von Windsor um 12.30 Uhr."

[68] Der Bericht, den die „Times" am 17. 11. 1954 brachte, zeigt, daß der Premierminister aus seinem

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So sah ein Teil des Hintergrunds aus, der mir unbekannt war, als ich Anfang Juli 1954 nach Whaddon kam. Der Hauptzweck meines Besuchs bestand zwar darin, in Zusammenarbeit mit den dort tätigen Historikern die Auswahl der Dokumente für Serie C (1933–1937) zu beschleunigen, doch sollte zusätzlich auch noch eine Herausgeber-Besprechung mit Miss Lambert und Professor Baumont stattfinden. Nach Vorgesprächen über diverse Probleme, einschließlich der Zukunft von Serie D, berichtete ich Dr. Noble am 14. Juli 1954: „Es war sehr ermutigend festzustellen, wie vollständig die britischen Historiker in Whaddon mit uns übereinstimmen, und natürlich ist auch Passant höchst hilfreich gewesen. All das läßt mich denken, daß wir unsere Sachen ganz freundschaftlich und ziemlich rasch erledigen können sollten, wenn wir in der nächsten Woche mit den Besprechungen beginnen." Tatsächlich erwies sich nicht eine Konferenz der Hauptherausgeber des Projekts als das Hauptereignis, sondern eine Zusammenkunft des britischen Beratungskomitees am 28. Juli, zu der Baumont und ich eingeladen wurden. Am Tag vor dieser Sitzung hatten Kenneth Duke und M. F. Fisher vom britischen Team Miss Lambert ein Memorandum überreicht, in dem sie darauf drängten, Serie D zu Ende zu führen. Das war, wie sich bald herausstellte, eine heldenmütige Tat, und zumindest mir stand eine große Überraschung bevor, als wir im Foreign Office mit dem Beratungskomitee zusammentrafen.

Als Protokollführer fungierte, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, Peter Ericsson von Miss Lamberts Londoner Stab. Ich habe eine lebhafte Erinnerung an eine lange und steife Sitzung, während der Professor Baumont und ich es mit Wheeler-Bennett, Woodward, Butler, Namier und Medlicott, ferner mit Mr. Passant und Miss Lambert zu tun hatten. Fast allen Historikern schien ein Choreograph einstudiert zu haben, auf die Einstellung von Serie D zu drängen[69]. Als besonders insistent habe ich Woodward im Gedächtnis, der argumentierte, Diplomatie in Kriegszeiten unterscheide sich klar von der Diplomatie in Friedensjahren und sei von geringerem historischen Interesse. (Das hat ihn nicht davon abgehalten, später eine fünfbändige „Geschichte der britischen Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg" zu publizieren.) Professor Baumont entgegnete, die Dokumente der Kriegszeit seien von besonderem Interesse für die französische Seite, überließ es aber hauptsächlich mir, die Fortsetzung von Serie D zu verteidigen.

Kurz nach dieser Sitzung kamen Baumont und ich mit Mr. Passant und M. Fain, Passants Partner am Quai d'Orsay, zusammen, um uns zu orientieren, wo wir nun standen. Dazu muß gesagt werden, daß ich stets den deutlichen Eindruck hatte, Passant stimme grundsätzlich mit mir überein, sei jedoch von seinen Chefs an die Kandare genommen worden. Jedenfalls forderte mich Mr. Passant auf, meine Argumente für die Fortsetzung von Serie D schriftlich niederzulegen. Mein Memorandum lautete:

Auditorium dreimal Gelächter herausholte, indem er den Begriff „wissenschaftliche Objektivität" benutzte.

[69] Ich habe keine Erinnerung daran, daß sich Namier besonders aktiv an der Diskussion beteiligt hätte; während meines Aufenthalts bemühte er sich, mir Entgegenkommen zu zeigen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„In Übereinstimmung mit dem Vorschlag, der am Mittwoch, den 28. Juli, am Ende unserer Zusammenkunft mit Mr. Passant, Professor Baumont und M. Fain gemacht wurde, möchte ich die Gründe dafür darlegen, warum es, in meinen Augen, dringend erwünscht ist, daß wir zu einem frühen Zeitpunkt wieder die Arbeit an der Herausgabe weiterer Bände der Serie D aufnehmen, namentlich der Bände XI und XII zur Periode November 1940–Dezember 1941.

A. Eine unbefristete Suspendierung der Arbeit an diesen Bänden wird des Projekts Ruf der Integrität gefährden und die Reputation einiger von uns schädigen, die für die editorischen Grundsätze verantwortlich sind.

1. Das Übereinkommen, auf dessen Grundlage alle früheren und derzeitigen Hauptherausgeber ihre Pflichten übernahmen, besagt, daß sie die Freiheit hätten, jene Dokumente zur Veröffentlichung auszuwählen, die nach ihrem besten Wissen und Gewissen erforderlich sind, um die deutsche Außenpolitik darzustellen. Dies ist wiederholt gedruckt erklärt worden.
2. Es ist schon früh erkannt worden, daß gewisse Dokumente, die zur Periode von Band X (Juni–Oktober 1940) gehören, den Grundsatz der von nicht-historischen Gesichtspunkten unbeeinflußten editorischen Freiheit auf eine harte Probe stellen werden. Entsprechende Zusicherungen wurden erbeten und am 15. Juni 1949 gegeben.
3. Es gibt jedoch keine Möglichkeit, daß Band X vor 1956 erscheint. Band X als solcher steht nicht unmittelbar zur Debatte.
4. Was zur Debatte steht, ist die unbefristete Suspendierung weiterer Arbeit an Bänden der Serie D im Anschluß an das Jahr 1940. In der Besprechung am letzten Mittwoch, den 28. Juli, war es unmöglich, irgendwelche Pläne für die nächsten fünf Jahre hinsichtlich der weiteren Arbeit an Serie D aufzustellen (obgleich sowohl die französischen wie die amerikanischen Herausgeber sehr für die Fortsetzung der Serie sind), und zwar auf Grund einer Entscheidung der britischen Regierung, die auf nicht-historischen Erwägungen beruht.
5. Derzeit befinden sich die Herausgeber in einer schiefen Lage. Die an Geschichte interessierte Öffentlichkeit und die Historikerzunft nehmen weiterhin an, daß die Herausgeber so frei sind wie eh und je, die Dokumente auszuwählen und die Prioritäten und Zeitpläne zu bestimmen, an denen sie die verschiedenen Abschnitte ihrer Arbeit orientieren. In Wirklichkeit arbeiten sie im Augenblick unter neuen Regeln, die nicht öffentlich bekannt gemacht wurden, die sogar vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten werden.
6. Sich in einer solchen Position zu befinden, ist selbst für kurze Zeit höchst unbequem. Über eine unbefristete Periode wird sie unerträglich. Entweder muß öffentlich bekanntgegeben werden, daß die Regierungen beschlossen haben, die weitere Veröffentlichung von Dokumenten aus der Periode nach 1940 ebenso zu unterbinden wie die editorische Arbeit zur Vorbereitung einer etwaigen Publikation solcher Bände, oder aber die Herausgeber müssen das Recht zurückerhalten, ihre Programme für die Auswahl der Dokumente und die editorische Arbeit selbst zu bestimmen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. Es ist vorherzusehen, daß die Nachricht von der Suspendierung weiterer Arbeit an den Bänden XI und XII zunehmend über den am Projekt beteiligten Personenkreis hinausdringen und dann Gerüchte und spekulative Diskussionen hervorbringen wird, die den Ruf des Projekts schädigen. Schon jetzt haben etliche Personen, die aus dem Projekt ausgeschieden sind oder demnächst ausscheiden werden, davon Kenntnis, daß die Arbeit an den Bänden XI und XII aus nichthistorischen Gründen suspendiert worden ist.
8. Jederzeit können öffentliche Fragen gestellt werden, und es wird für die Herausgeber (oder zumindest für den amerikanischen Herausgeber) unmöglich sein, die unbefristete Suspendierung der Arbeit an Serie D zu rechtfertigen.
9. Die Tatsache, daß gewisse Mitglieder des britischen Beraterkomitees nun das historische Interesse der Dokumente aus jener Periode in Zweifel ziehen, ist nach meiner Meinung für die gegebene Frage ohne Bedeutung. Relevant ist die Tatsache, daß die Entscheidung zur Suspendierung der Arbeit an Serie D auf Weisung der Regierung erfolgte."

Als ich hinsichtlich der Serie D diesen Standpunkt einnahm, handelte ich auf eigene Verantwortung. Wie schon angedeutet, hatte Bernard Noble im vergangenen November offenbar geschwankt, doch war er ein guter Freund und ich vertraute darauf, daß er, wenn es hart auf hart käme, hinter mir stehen würde.

Meine eigenen Papiere enthalten keinen Hinweis darauf, was als Nächstes geschah, doch geht aus den britischen Akten hervor, daß mein Memorandum umgehend Frank Roberts vorgelegt wurde. Roberts griff sogleich Punkt 3 des Memorandums auf, in dem es hieß, daß Band X nicht vor 1956 erscheinen könne, um zu konstatieren, daß „wir keine Entscheidung vor 1955 zu treffen brauchen, wenn die Lage klarer geworden sein mag". Auf der anderen Seite wußte er nicht genau, was zwischen dem Premierminister und Miss Lambert, die sich gerade auf Reisen befand, abgesprochen worden war. Einige Zeit später hielt aber James Passant, nachdem er mit Miss Lambert konferiert hatte, schriftlich fest, sie habe zu Punkt 9 meines Memorandums gesagt: „Im Blick auf das, was er als ‚gouvernementale Weisung' ansieht, wischt Sweet alle historischen Erwägungen beiseite. Es ist eine beklagenswerte Haltung, die er da einnimmt, und je rascher sie überwunden wird, desto besser." Was die Fortsetzung eines Publikationsprogramms betreffe, das auch Band X von Serie D einschließe, so könne sie dafür keine editorische Verantwortung übernehmen, solange der Premierminister und das Kabinett ihre Einwände nicht fallengelassen hätten. Nachdem er die Akten durchgesehen hatte, notierte Passant am 8. September 1954, Miss Lambert habe zugesagt, daß sie den Versuch machen werde, Baumont und Sweet für den Übergang zur Weimarer Periode zu gewinnen, und Passant fügte hinzu: „Sie hatte allen Grund zu der Annahme, erfolgreich gewesen zu sein, bis zur jüngsten Herausgeberkonferenz im Juli, als sowohl Dr. Sweet wie Professor Baumont nachdrücklich dafür eintraten, mit der Herausgabe von Serie D fortzufahren."[70] Eine mögliche Erklärung für diese erstaunliche Aussage

[70] In: PRO, FO 2374, 129, 143.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kann darin liegen, daß Dr. Nobles Reaktion etwas unklar gewesen sein mag, als Miss Lambert, wie er mir am 25. November 1953 schrieb, „liebenswürdig und bittend" darauf gedrängt hatte, zu Weimar überzugehen. Vielleicht hat aber Mr. Passant lediglich Miss Lambert zu decken gesucht.

Am 12. August 1954 trug Lord Moran in sein Tagebuch ein (S. 628): „Ich fand Winston am Mittagstisch sitzend mit Wheeler-Bennett, der sich bald verabschiedete." Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Konversation sich auch um Dokumente über den Herzog von Windsor gedreht hat.

Mir sind keine Dokumente zu den Vorgängen auf britischer Seite zwischen dem 8. September und dem 23. Dezember zu Gesicht gekommen. Am 23. Dezember erschien dann der britische Botschafter im State Department, und die folgende Aufzeichnung von Douglas MacArthur III spricht für sich selbst[71]:

„Sir Roger Makins schaute heute vormittag kurz herein, um mir Frohe Weihnachten zu wünschen. Er sagte, daß er gehofft habe, auch Mr. Merchant [Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten] zu sehen, doch sei, wie er gehört habe, Mr. Merchant nicht im Hause, weshalb er eine bestimmte Sache mir gegenüber erwähnen wolle, zur Weiterleitung an Mr. Merchant.

Er sagte, vor einiger Zeit habe er mit General Bedell Smith die Frage der Veröffentlichung gewisser Kriegsdokumente erörtert. Er habe damals erwähnt, daß es eine amerikanisch-britische Gruppe gebe, die an diesen Sachen arbeite, und daß der Punkt, den er zur Sprache bringen wolle, mit Band X der Serie D zu tun habe, der gewisse deutsche Dokumente enthalte, die den Herzog von Windsor beträfen. Als Ergebnis sei 1953 vereinbart worden, diesen Band nicht zu publizieren. Im Anschluß daran hätten jedoch die USA auf Veröffentlichung gedrängt.

Sir Roger sagte dann, er wolle mich nun davon in Kenntnis setzen, daß die Briten künftig nicht mehr auf ihren Einwänden bestehen würden und mit dem Erscheinen der Dokumente zum vorgesehenen Zeitpunkt einverstanden seien. Jedoch verlangten sie, zumindest zwei Monate vor der Veröffentlichung vorgewarnt zu werden, damit sie die Antworten auf Fragen überlegen könnten, wie sie nach der Publikation von Band X der Serie D vielleicht gestellt werden.

Ich sagte, daß ich diese Information an Mr. Merchant weiterleiten werde und daß Mr. Merchants Büro es übernehmen werde, ihm zu bestätigen, daß die Briten die Warnfrist von zwei Monaten erhalten würden."

Was Makins eigentlich im Auge hatte, als er von „amerikanischem Drängen" sprach, ist mir nicht klar. Das einzige „Drängen", das mir bekannt ist, bestand in der Skizzierung meiner durch höhere Stellen gar nicht freigegebenen Position, wie ich sie im zitierten Memorandum vom 29. Juli vorgenommen hatte. Und zur „Vereinbarung" von 1953, den Band nicht zu publizieren, ist nur zu sagen, daß Sir Roger Makins hier von einer Entscheidung sprach, die allein die britische Regierung getroffen hatte – es sei denn, daß etwas vor sich gegangen war, das noch nicht ans Licht gekommen ist.

Aber selbst die Botschaft, die Makins am 23. Dezember 1954 übermittelte, hat der

[71] In: NA, 023.1/12-2354.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sache noch kein Ende gemacht. Etwas über ein Jahr danach wandte sich Wheeler-Bennett an etliche einflußreiche Leute und empfahl eindringlich die sofortige Einstellung des ganzen Programms. Miss Lambert brachte es jedoch mit Sir Lewis Namiers Unterstützung fertig, solch drakonische Maßnahmen abzuwehren. Was hinter diesem Manöver steckte, ist mir nicht bekannt geworden.

Wie ist Wheeler-Bennetts Haltung zu erklären? Einerseits schilderte er, als er seine Memoiren schrieb, mit großem Stolz, wie er die Windsor-Akte gefunden und an ihren Platz im Archiv zurückgebracht hat; mit Besitzermiene fügte er hinzu: „Wir haben den größten Teil ihres Inhalts ordnungsgemäß im Band X der Serie D abgedruckt." Gleichwohl ist er einige Jahre lang wiederholt dafür eingetreten, die Veröffentlichung deutscher Dokumente aus der Zeit ab 1940 in eine ferne Zukunft zu verschieben, und schließlich hat er sogar einen allerletzten Versuch unternommen, das ganze Unternehmen zu stoppen?

Hier ist ein Wort zu Wheeler-Bennett als Person am Platze. Er hatte keinen akademischen Hintergrund, sondern war ein Privatgelehrter, und zwar ein überaus begabter, überaus fleißiger, der sich keine Geldsorgen zu machen brauchte. In fast vorwitzig jungen Jahren hatte er bereits seinen Weg in jene Kreise gefunden, die britische Außenpolitik machten. 1902 geboren, war er noch vor seinem dreißigsten Geburtstag einer der Gründer des Royal Institute of International Affairs und Autor mehrerer gut aufgenommener Bücher. Er hatte sich zum anerkannten Experten in Fragen des zeitgenössischen Deutschland entwickelt. Es war charakteristisch für ihn, daß er, nachdem er beschlossen hatte, Eingang in die Kreise des Weimarer Deutschland zu suchen, die ihn besonders interessierten, dort mit etlichen Vollblutpferden erschien und ein Gestüt gründete. Er lernte viele Deutsche kennen, doch war seine Einstellung zu ihnen kühl, manchmal bis zur Herzlosigkeit. Ein Beispiel dafür ist seine Reaktion, als er nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 erfuhr, daß eine Anzahl der „guten Deutschen", die er kannte, bereits der Rache des „Führers" zum Opfer gefallen waren. „Die Gestapo und die SS", so schrieb er, „haben uns einen schätzenswerten Dienst erwiesen, indem sie eine Auswahl derjenigen beseitigten, die sich nach dem Krieg zweifellos als ‚gute' Deutsche ausgegeben, gleichzeitig aber einen Dritten Weltkrieg vorbereitet hätten. Es ist daher zu unserem Vorteil, daß die Säuberung weitergeht, da es uns vielfältige künftige Schwierigkeiten erspart, wenn Deutsche von Deutschen getötet werden."[72]

In der Zeit, in der er mit den erbeuteten deutschen Dokumenten befaßt war, lebte Wheeler-Bennett auf Garsington Manor, das früher, als es Lady Ottoline Morrell gehört hatte, ein Sammelpunkt des Bloomsbury-Kreises gewesen war. Zu seinen engen Freunden gehörten Harold Macmillan, Anthony Eden und Harold Nicolson. Nach

[72] Richard Lamb, The Ghost of Peace, 1935–1945, Widton 1987, S. 297. Vgl. die verwässerte Version bei Wheeler-Bennett, Special Relationships, London 1975, S. 200. Gilbert, Churchill, Bd. VII, Anm. 868, zitiert Teile dieses Memorandums Wheeler-Bennetts vom 25. 7. 1944, läßt aber den Absatz mit den hier zitierten Sätzen weg. Gilbert weist ferner darauf hin, daß ein Memorandum zu dem Attentat, das Eden an Churchill gerichtet hat, „bis zum Jahr 2018 für öffentliche Besichtigung gesperrt ist".

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Tode Georgs VI. im Jahre 1952 empfahl Harold Nicolson, der offizielle Biograph Georgs V., Wheeler-Bennett die gleiche Aufgabe für den verstorbenen König zu übertragen. Im Herbst 1952 begann Wheeler-Bennett viel Zeit auf Schloß Windsor zu verbringen, wo er an seinem Buch arbeitete, von dem er natürlich hoffte, daß es bei der Königin-Witwe und ihrer Familie Gnade finden werde. Bei manchen Themen muß er sich vorgekommen sein wie in einem Minenfeld. Das galt namentlich für alles, was den Herzog von Windsor betraf. Wieviel sollte er über ihn sagen? Wheeler-Bennett entdeckte, daß es sich hier in der Tat, wie Ernest Bevin gesagt hatte, um „a 'ot potato" handelte[73]. Am Ende entfielen, für die Jahre nach seiner Abdankung, auf den Herzog von Windsor ein einziger Satz und danach noch einmal eine beiläufige Erwähnung, und das in einem Band von 891 Seiten. Zur Veröffentlichung des Buches erhielt Wheeler-Bennett, wie das bei solchen Diensten für die Krone üblich ist, den persönlichen Adel, und der letzte Band seiner Memoiren ist der Gemahlin Georgs VI. gewidmet.

Nachdem Schloß Windsor sein Hauptquartier geworden war, erfuhr, das ist evident, Wheeler-Bennetts Einstellung nicht allein zu den Windsor-Dokumenten, sondern schließlich sogar zu dem ganzen Projekt, zu dessen Gründern er gehört hatte, eine tiefgreifende Wandlung. Wie mir Miss Lambert – in einem Brief vom 31. Januar 1956 – erklärte: „Wir wissen, daß ihn seine neue Rolle als Biograph sehr befriedigt, und es kann gut sein, daß seine neue Liebe der alten in die Quere kommt." Die beharrlichen Bemühungen, die er zwischen 1952 und 1956 unternahm, um die Veröffentlichung der Windsor-Dokumente zu verhindern oder doch in eine ferne Zukunft zu schieben, spiegelten, wie vermutet werden darf, insbesondere den sehr festen Standpunkt der Königin-Mutter wider. Wahrscheinlich gab man sich nicht der Illusion hin, erreichen zu können, daß die Geschichte ungedruckt blieb. Zuviele Personen wußten davon, und die Dokumente mußten bald jedem qualifizierten Forscher zugänglich sein. Aber die Vorstellung, daß die Dokumente in einer offiziellen Publikation der Regierung Ihrer Majestät erscheinen sollten, erregte tiefen Abscheu. Und Winston Churchill vertrat mit Eifer den gleichen Standpunkt.

Band X ist – mit den Windsor-Dokumenten – 1957 erschienen. Eine offizielle britische Notiz, die jedem Band beigegeben wurde, der bei Ihrer Majestät Stationary Office erschien, enthielt folgenden Absatz: „Der Herzog war starkem Druck von vielen Seiten ausgesetzt, in Europa zu bleiben, wo die Deutschen hofften, er werde seinen Einfluß gegen die Politik der Regierung Seiner Majestät geltend machen. Seine Königliche Hoheit hat aber in seiner Loyalität zur britischen Sache oder in seiner festen Absicht, sein Amt als Gouverneur der Bahamas zum vereinbarten Zeitpunkt anzutreten, nie geschwankt. Die deutschen Akten sind notwendigerweise eine überaus entstellende Quelle. Die einzigen klaren Beweise, die sie bieten, betreffen das, was sie selbst in dieser Sache zu tun versuchten, und ihr vollständiges Scheitern dabei."[74]

---

[73] Vgl. Michael Bloch, The Secret File of the Duke of Windsor. The Private Papers 1937–1972, New York 1988, S. 296; Michael Bloch (Hrsg.), Wallis and Edward. Letters 1931–37, Boston 1987, S. 166 f.; Ziegler, Edward VIII, S. 553.

[74] Allen, The Crown and the Swastika, S. 12.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit dieser Notiz, so könnte angenommen werden, waren alle Nöte, die mit Band X zusammenhingen, endlich aus der Welt geschafft. Keineswegs! Aus Gründen, die nun darzulegen sind, sollte es doch einen gekürzten Band geben. Das neue Hindernis wurde der Publikation von ganz unerwarteter und unwahrscheinlicher Seite in den Weg geschoben, nämlich von der Regierung der Schweiz. Dabei drehte es sich um zwei Dokumente: Das eine, auf den 2. September 1940 datiert, war zur Veröffentlichung in Band X bestimmt, das andere, auf den 7. November 1940 datiert, sollte in Band XI aufgenommen werden. In beiden Fällen handelte es sich um Memoranda, in denen der Inhalt eines größeren Dokumentenbestands zusammengefaßt war, den die Deutschen in Frankreich erbeutet hatten. Während die erbeuteten Dokumente selbst den Krieg nicht überdauert hatten, waren die Memoranda in den Papieren des Reichsaußenministers Ribbentrop auf dem sogenannten Loesch-Film gefunden worden. Sie behandelten Gespräche zwischen hohen Schweizer und französischen Offizieren, in denen die Frage militärischer französischer Unterstützung im Falle eines deutschen Angriffs auf die Schweiz erörtert worden war; sie enthüllten, daß solche Gespräche bereits 1917 stattgefunden hatten und 1937 erneut aufgenommen worden waren. Hätten die Deutschen die Schweiz überfallen, wären die entsprechenden Schweizer Dokumente zweifellos in einem Weißbuch veröffentlicht worden, ähnlich den deutschen Aktenbänden zu den Angriffen auf Polen und andere Länder. Für die Schweizer ging es um ihre Neutralität, doch war auch die Empfindlichkeit des Schweizer Generalstabschefs Henri Guisan und anderer hoher Schweizer Offiziere, die in den Dokumenten vorkamen, im Spiele.

Die Schweizer wußten, daß die Deutschen jene heiklen französischen Dokumente erbeutet hatten, und damit hing wohl zusammen, daß nach Kriegsende in London ein Schweizer Archivar auftauchte, der darum bat, in den beschlagnahmten deutschen Akten nach Dokumenten suchen zu dürfen, die für die Schweiz interessant sein könnten. Die Briten gaben arglos die erbetene Erlaubnis, worauf er nach Bern zurückkehrte und ein langes Spektakel anhob. Tatsächlich machten die Schweizer soviel Wirbel, vor allem in Paris und Washington, daß sich die Veröffentlichung der beiden Dokumente um vier Jahre verzögerte. Hochgestellte französische Militärs, namentlich Marschall Alphonse-Pierre Juin, wurden in die Sache verwickelt. Als Zusammenfassung der dann folgenden Ereignisse zitiere ich aus einem längeren Brief, den ich am 21. August 1956 Professor Sontag schrieb. Als ehemaliger Hauptherausgeber und als Mitglied unseres Beratungskomitees war er besorgt über das, was er in der Angelegenheit gehört hatte. Ich teilte ihm folgendes mit:

„Wir wissen nicht, welche Konsultationen es zwischen den Schweizern und den Franzosen gegeben haben mag oder wer die Initiative ergriffen hat, um die Publikation zu verhindern, aber 1952 habe ich von Miss Lambert erfahren, daß hochrangige Vertreter der NATO wegen dieser Dokumente beunruhigt seien. Dann hat im vergangenen Sommer Professor Baumont vorgeschlagen, sie wegzulassen, und dabei zu verstehen gegeben, daß der Quai d'Orsay Einwände erhoben habe. Die Diskussion blieb damals auf der editorischen Ebene, und als weder Miss Lambert noch ich nachgaben, zog Baumont zurück. Ich hatte angenommen, daß es damit sein Bewen-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den habe, aber im letzten Februar ging im Department ein Schreiben aus der NATO-Spitze zur nachdrücklichen Befürwortung eines Briefes ein, in dem Marschall Juin gegen die Veröffentlichung der Dokumente Einspruch einlegte, weil die Sache der NATO-Politik ernstlich schaden würde.

Wir konterten mit einer sorgfältig ausgearbeiteten Stellungnahme, in der wir die Argumente anführten, die dafür sprachen, so zu veröffentlichen, wie geplant. Wir hielten unsere Argumentation für schlagend. Wir nannten die Gründe, warum die Dokumente von erheblicher Bedeutung für die Darstellung der deutschen Außenpolitik seien. Wir zeigten, daß zum gleichen Thema bereits eine Menge authentischer Informationen veröffentlicht und einschlägige Dokumente schon als Beweismaterial in den Nürnberger Prozessen vorgelegt worden waren. Wir wiesen darauf hin, daß die USA, Großbritannien und Frankreich kurz zuvor mit der Bundesrepublik ein Abkommen über die Rückgabe der erbeuteten Akten des deutschen Auswärtigen Amts geschlossen hatten, daß die Bundesrepublik zugesagt hatte, diese Dokumente Wissenschaftlern zugänglich zu machen, und daß wir beabsichtigten, die Mikrofilme der nämlichen Dokumente der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Sie würden also in jedem Falle bald öffentlicher Besitz sein. Wir machten schließlich noch darauf aufmerksam, daß das Dreier-Projekt mit ziemlicher Sicherheit zerstört werde, sollte man darauf bestehen, die Dokumente wegzulassen, und daß dies wiederum zu einer Publizität führen könne, die dann ein schlechtes Licht auf die Integrität des gesamten Publikationsprogramms der U. S.-Regierung werfe.

Nachdem sie den Fall geprüft hatten, empfahlen die zuständigen Beamten, die Angelegenheit zur Kommentierung unserem Botschafter in der Schweiz[75] zu unterbreiten, und für die Schweizer Regierung wurde ein Memorandum entworfen. Das Problem ist in Bern auf höchster Ebene diskutiert worden. Das Resultat bestand, von unserem Botschafter unterstützt, in scharfem Einspruch gegen eine Veröffentlichung der fraglichen Dokumente. Es komplizierte die Situation, daß der Schweizer Archivar unserem Botschafter erklärte, nach Informationen, über die er (!) verfüge, seien die Dokumente nur deshalb in die Auswahl aufgenommen worden, weil der amerikanische Herausgeber darauf bestanden habe. Das war unwahr, und ich konnte es auch beweisen, aber die Behauptung hat doch einigen Schaden angerichtet. Unterdessen hatten Militärs und die C. I. A. im State Department weitere Einwände gegen eine Veröffentlichung der Dokumente vorgebracht. Nun kam das Department zu dem Schluß, daß die Publikation verschoben werden sollte, bis die in Whaddon Hall aufbewahrten deutschen Akten wieder nach Deutschland zurückgekehrt seien[76].

---

[75] Frances Willis.

[76] Sobald das Auswärtige Amt der Bundesrepublik seine Tätigkeit aufnahm, wollte die Regierung natürlich sein Archiv zurückhaben. Die Vereinbarung über die ratenweise Rückgabe, die auf die Bedürfnisse des Dreier-Projekts Rücksicht nahm, wurde, von mir entworfen, am 14. 3. 1956 unterzeichnet. Darin erklärte sich die Bundesregierung bereit, deutschen und nicht-deutschen Wissenschaftlern „jederzeit Zugang zu den Dokumenten" zu gewähren. Text in: United States Treaties and

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts der Tatsache, das maßgebende Kreise (zu Recht oder Unrecht) der Meinung waren, es seien Gesichtspunkte der nationalen Sicherheit im Spiele, schien es uns klar zu sein, daß man uns im Department als völlig verantwortungslos ansehen würde, wenn wir erneut auf sofortige Veröffentlichung dringen sollten. Vertagung in irgendeiner Form war offenbar unvermeidlich geworden.

Dann fiel mir ein, daß das in Frage stehende Dokument ins letzte Viertel von Band X fiel und daß wir noch immer einen Band von respektablem Umfang hätten, wenn wir ihn nicht, wie eigentlich vorgesehen, am 28. Oktober 1940 enden ließen, sondern mit dem Wiener Schiedsspruch vom 30. August, ohnehin der logischere Schlußpunkt. Die Dokumente ab August könnten dann zu Band XI kommen, und wir könnten für die verbleibende Periode bis Pearl Harbor einen weiteren Band (3 statt 2) vorsehen. Auf Grund der Dokumentationsmasse machten wir uns sowieso schon Sorgen, wie das Material aus der Zeit vom Oktober 1940 bis zum 8. Dezember 1941 in zwei Bände gequetscht werden sollte. Da unser Publikationsplan vorsieht, daß die Bände I und II der Serie C im Anschluß an Band X der Serie D veröffentlicht werden sollen, würden wir für die Behandlung der Dokumente von Band XI Zeit gewinnen und könnten mit unserer Arbeit fortfahren. Diese Idee fand die enthusiastische Unterstützung des Departments.

Inzwischen hatten wir das Problem auch mit den Briten erörtert, die offiziell erklärt hatten, daß das Foreign Office geneigt sei, in dieser Sache unserer Leitung zu folgen, da Band X von der amerikanischen Seite ediert werde.

Bei Gelegenheit unserer früheren Sorgen mit Band X hatten wir in Washington von London die Herausgabe von Band IX übernommen, um den Briten Zeit zu geben, ihr spezielles Problem mit dem Band zu lösen. Miss Lambert hatte diesen Kunstgriff begrüßt, der eine Verzögerung des Erscheinens von Band X um mindestens ein Jahr bewirkte. In der gewonnenen Zeit haben wir tatsächlich grünes Licht dafür bekommen, mit Band X weiterzumachen. (Übrigens fallen die Dokumente, gegen die sich die Briten gewehrt hatten, allesamt in die Periode vor dem 31. August 1940.)

Als wir jedoch die Möglichkeit andeuteten, Band X mit dem 31. August 1940 abzuschließen und ein Viertel des Buchs zu Band XI zu schlagen, widersprach Miss Lambert ganz energisch. [Duncan] Wilson (Passants Nachfolger) hat gesagt, daß Miss L. eher zurücktreten wird, als diesen Vorschlag anzunehmen. (Sie stand in Verhandlungen über eine akademische Berufung und hält ihre Position gewiß für recht stark.) Die erste Reaktion des Foreign Office bestand darin, Miss Lambert zu stützen und für die sofortige Veröffentlichung des gesamten Bandes nach der ursprünglichen Planung, also einschließlich der anstößigen Papiere über die Franko-Schweizer Gespräche, einzutreten.

Nun begannen direkte Diskussionen zwischen Foreign Office und State Department auf der politischen Ebene. Die Anhaltspunkte, die wir haben, besagen, daß das

other International Agreements, United States Government (Hrsg.), Bd. 7, Teil 2, Washington 1956, S. 2119 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Foreign Office im Begriff ist, auf die Position des Departments einzuschwenken, die Veröffentlichung der Dokumente solle aufgeschoben und als Endpunkt von Band X der 31. August 1940 akzeptiert werden.

Inzwischen haben sich die Franzosen formell ins Spiel gebracht, und zwar mit einer Note, in der sie vorschlagen, daß wir mit dem Band vorwärtsgehen wie geplant, aber ohne die anstößigen Papiere. Sie haben ferner vorgeschlagen, die Originaldokumente von der Rückgabe an die Deutschen auszunehmen. Einige Tage später haben sie diesen Vorschlag modifiziert und (als ihre eigene Idee) angeregt, Band X mit dem Wiener Schiedsspruch abzuschließen, doch ließen sie in Zweifel, wie sie über die Aufnahme der fraglichen Dokumente in Band XI denken. Wir sind gerade dabei, sie, was letzteren Punkt betrifft, aus der Deckung zu holen. Ihr Brief traf ein, als wir gerade am Entwurf einer Antwort an die Franzosen arbeiteten, und Bernard zeigte ihren Brief zwei hohen Beamten des Departments, die mit der Freigabe zu tun haben. Das hatte eine gute Wirkung, indem es die Wichtigkeit der Prinzipien aufzeigte, um die es hier geht.

Sie erwähnen in diesem Zusammenhang Butterfields Essay über offizielle Geschichtsschreibung. Ich kann mich erinnern, daß es mir, als sein Buch herauskam, schien, er hätte, um die Gefahren offizieller Geschichtsschreibung zu illustrieren, anderswo bessere Beispiele finden können als im Dreier-Projekt[77]. Ich habe damals angenommen, daß er in seinem Essay wohl deshalb so viel über das Projekt geredet hat, weil er darüber, via Desmond Williams[78], mehr zu wissen glaubte als über andere offiziell geförderte Unternehmen. Ich habe Butterfields Buch hier nicht zur Hand, aber wenn ich mich an einige seiner Aussagen recht erinnere, dann muß ich zugeben, daß es, seit wir daran gegangen sind, über die Kriegsjahre zu publizieren, immer schwieriger geworden ist, einigen der Gefahren offizieller Geschichtsschreibung zu entgehen, von denen er spricht. Und sicherlich haben wir für unsere herausgeberische Unabhängigkeit in einer Weise kämpfen müssen, wie ich es niemals erwartete, als ich diese Aufgabe übernahm.

Dennoch haben wir in den früheren Auseinandersetzungen stets unseren Standpunkt durchgesetzt. Es versteht sich wohl, so hoffe ich, von selbst, daß ich eher zurücktreten als eine Weisung akzeptieren würde, ein Dokument oder Dokumente, die von den Herausgebern ordnungsgemäß ausgewählt wurden, wegzulassen. Ich bin sicher, daß Miss Lambert ebenso handeln würde. Und ich glaube auch nicht, daß Bernard für die Fortsetzung des Projekts eintreten würde, wenn der fundamentale Grundsatz der herausgeberischen Unabhängigkeit über Bord geworfen werden sollte.

---

[77] Hier ist Bezug genommen auf Herbert Butterfield, Official History. Its Pitfalls and Criteria, in: History and Human Relations, London 1951, S. 182–224. Tatsächlich hatte Butterfield in diesem Essay das Verfahren der Herausgeber der deutschen Dokumente beifällig erwähnt und mit Sir Llewellyn Woodwards Praxis höchst kritisch kontrastiert, der als Herausgeber der britischen Dokumente die internen schriftlichen Kommentare, aus denen die Diskussion im Foreign Office hervorgeht, weggelassen hat.

[78] Desmond Williams war mit dem Projekt bis 1949 verbunden, als er nach Dublin ging und eine Professur am University College übernahm. Es war ein enger Freund Professor Butterfields.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leider ist Professor Baumonts Haltung in diesen Fragen offensichtlich anders. Wie er sich den jüngsten Vorschlägen des Quai d'Orsay anschließen kann, ist ein Rätsel. Bevor diese Auseinandersetzung vorbei ist, werden wir das mit ihm zu klären haben. Jeder Gedanke, der Ihnen dazu kommen sollte, wäre willkommen."

Meine eigenen Akten enthalten zu der Schweizer Affäre nichts mehr aus der Zeit nach dem November 1956, doch war, als die Kennedy-Administration 1960 der Eisenhowers folgte, die Freigabe der für die Schweizer anstößigen Dokumente noch immer nicht erreicht. Obschon darauf hingewiesen wurde, daß die Dokumente selbst bereits den Deutschen übergeben worden und diese wiederum durch das Abkommen von 1956 verpflichtet seien, jederzeit den Zugang zu gestatten, daß ferner General Guisan, einer der hauptsächlichen Gegner, gestorben sei, machten die eventuellen Rückwirkungen einer offiziellen Publikation dem neuen Staatssekretär im State Department, Chester Bowles, schwer zu schaffen; schließlich ließ er sich davon überzeugen, daß die Veröffentlichung das kleinere Übel sei[79]. Der stattliche Band XI mit 1267 Seiten, die auch ein Viertel der ursprünglich für Band X bestimmten Dokumente enthielten, erschien nach 1960[80]. Zu diesem Zeitpunkt gehörte ich seit mehr als einem Jahr der politischen Abteilung unserer Botschaft in Bonn an, nachdem ich 1954 in den Diplomatischen Dienst eingetreten war. Die editorische Arbeit an Band XI hatte jedoch abgeschlossen werden können, bevor ich Anfang 1959 Washington verließ.

Ein Einwand, der gegen die Veröffentlichung der Dokumente über die Franko-Schweizer Gespräche geltend gemacht wurde, lautete, sie seien eher nachrichtendienstliches Material und nicht der Kategorie diplomatischer Akten zuzurechnen. Professor Baumont scheint dieses Argument beeindruckt zu haben. In einem anderen Zusammenhang ist mir indirekt zu verstehen gegeben worden, daß auch ich mich als fehlbar gezeigt hatte, als ich es einmal unterließ, jene Unterscheidung zu treffen. Der Wink kam vom Direktor der C. I. A., Allen Dulles, und betraf gewisse nicht näher spezifizierte Dokumente in Band X. Mir war sofort klar, daß es sich bei diesen anstößigen Dokumenten um Aufzeichnungen über Gespräche handelte, die, zur Erörterung der Aussichten eines Friedens mit Großbritannien, im Juli 1940 zwischen dem Prinzen Max von Hohenlohe-Langenburg in der Schweiz und Walter Hewel, dem persönlichen Vertreter des Reichsaußenministers bei Hitler, stattgefunden hatten. Später hatte Hohenlohe zu den Informanten von Dulles gehört, als der nachmalige C. I. A.-Chef die OSS-Stelle in der Schweiz leitete.

Nun traf es sich, daß bei Antritt meines Postens in Washington auch ein Safe in meine Obhut kam, in dem sich etliche Papiere unterschiedlichster Art und Herkunft befanden, die irgendwie dort ihr Plätzchen gefunden hatten. Unter ihnen befand sich die Fotokopie eines aus einem einzigen Blatt bestehenden Dokuments, das weder eine Überschrift noch einen Hinweis auf seine Provenienz aufwies, jedoch

[79] Für diese Information schulde ich meinem Freund Arthur G. Kogan Dank, der 1972 die entsprechenden Akten im State Department durchsah.

[80] Band X war 1957 erschienen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eindeutig die Zusammenfassung einer Unterhaltung mit Hohenlohe war, die von jemand stammte, der in Verbindung mit dem deutschen Nachrichtendienst stand. In dieser Aufzeichnung war festgehalten, wie Hohenlohe Erkundigungen über mehrere Personen einzog, von denen sich später herausstellte, daß sie zum deutschen Widerstand gehörten. Eines Tages kam ein C.I.A.-Mann in mein Büro, um die Fotokopien einiger Dokumente aus den Akten des deutschen Auswärtigen Amts durchzusehen. Aus irgendeinem Grunde zeigte ich ihm die Hohenlohe-Fotokopie. Ein paar Tage später erschien er wieder und sagte, Mr. Dulles wolle das Dokument haben. Es war ihm zweifellos peinlich, daß sein vertraulicher Informant vielleicht mehr Informationen in anderer Richtung weitergab als Dulles von ihm bekommen hat.

Die Erfahrungen mit den Schweizern, den Franzosen und Mr. Allen Dulles bringen mich zu der Frage, wie oft wohl das Wesen, das noch nach vielen Jahren um nachrichtendienstliches Material gemacht wird, mehr mit der Eigenliebe hochgestellter Personen zu tun hat, die sich Verlegenheiten ersparen wollen, als mit der nationalen Sicherheit, die dann beschworen wird.

IV

Es sei daran erinnert, daß die erste amerikanische Sichtung der Akten des deutschen Auswärtigen Amts zu dem Urteil führte, daß sie nichts enthielten, was dem State Department unangenehm sein könnte. So ist es nicht überraschend, daß die amerikanischen Stellen nie von sich aus Druck auf mich ausübten, die Veröffentlichung bestimmter Dokumente zu unterlassen oder zu vertagen. Auf der anderen Seite haben die höheren Repräsentanten der amerikanischen Administration, wenn befreundete Regierungen, mochte es die britische, die französische oder die der Schweiz sein, um die Unterlassung oder die Vertagung der Publikation von Dokumenten baten, unweigerlich positiv reagiert. Und das trotz der offiziellen Versicherung, schon fünfmal in bereits erschienenen Bänden gegeben, das ganze Unternehmen basiere auf dem Grundsatz, daß die Herausgeber völlig frei darüber entscheiden könnten, welche Dokumente in die Bände aufzunehmen seien. Miss Lambert befand sich in einer ganz anderen Situation: Sie war einem Druck ausgesetzt, der direkt vom Premierminister ausgeübt wurde, und einem Druck, der indirekt – doch nicht weniger fühlbar – aus dem Buckingham Palast kam, unterstützt von einem erlauchten Kreis britischer Historiker. Wenn ich mich in die Papiere vertiefe, die mir noch zur Verfügung stehen, nachdem rund fünfunddreißig Jahre vergangen sind, empfinde ich wesentlich mehr Sympathie mit Miss Lamberts mißlicher Lage, als ich damals verraten habe. Ihr Problem ist durch die Verbindung ihrer Familie mit Winston Churchill wahrscheinlich eher verschärft als gemildert worden.

Im Falle der Schweizer Proteste konnte sie den Spieß umdrehen. Während hier die Amerikaner, von dem Argument beeindruckt, es sei notwendig, sich im Interesse der NATO den guten Willen der Schweizer zu erhalten, nach der Berner Musik zu

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tanzen schienen, zeigten sich die Briten, vielleicht von dem Gedanken daran beeinflußt, daß sie der Schweizer Archivar hereingelegt hatte, gewillt – jedenfalls zunächst – festzubleiben[81].

Die Zahl der Pressionsversuche ist gewiß gering gewesen. In keinem Fall ist die Auswahl der Dokumente durch die Herausgeber auf Grund einer Pression geändert oder beeinflußt worden. Daß jedoch Zeit geopfert werden mußte, um die Dinge wieder ins Lot bringen zu können, hat immerhin bei bestimmten Bänden zur Modifizierung des Terminplans genötigt. Außerdem hat die Beschäftigung mit diesen Problemen einen ungebührlich großen Teil der Arbeitszeit der Herausgeber gekostet.

Die beharrlichen und über zehn Jahre hinweg unternommenen Anstrengungen, die Windsor-Akte verschwinden, sequestrieren oder sonst irgendwie unterdrücken zu lassen, geben Anlaß zu einigen Reflexionen über die Institution der Monarchie im heutigen Großbritannien. Von Anfang an wurde das Windsor-Problem als eine über den Parteien rangierende Angelegenheit gesehen. Clement Attlee und Ernest Bevin zeigten, in gleichem Maße wie Winston Churchill, eine bemerkenswerte Rücksicht auf die Interessen der königlichen Familie. Vom Anfang bis zum Ende hielt die politische Führung ihre schützende Hand über jene Interessen, wobei sie peinlichst darauf achtete, jeden Verdacht zu vermeiden, sie könne unter Druck aus dem Buckingham Palast stehen. Es ist bemerkenswert, daß unter den Dokumentenmassen, die heute in den britischen und amerikanischen Archiven zugänglich sind, kaum etwas zum Vorschein gekommen ist, das die direkte Verwicklung der königlichen Familie belegen würde. Gewiß ist ein Teil der britischen Dokumente noch immer gesperrt, in einigen Fällen bis zum Jahr 2054[82]. Solch extreme Diskretion bestätigt, auf ihre bescheidene Weise, die Ansicht derjenigen, die da sagen, daß die Institution der Monarchie, weit davon entfernt, einen Anachronismus in der modernen Gesellschaft des heutigen Großbritannien darzustellen, nach wie vor eine vitale, einzigartige und intuitiv anerkannte Funktion hat. Selbst Margaret Thatcher, so ist gesagt worden, neigt sich vor der Königin tiefer als jeder andere, obwohl sie doch ihre Handtasche schon auf jede sonstige Institution geschleudert hat[83].

---

[81] Mein französischer Kollege in Whaddon, Georges Bonnin, erinnert sich, daß er bei einer Gelegenheit als Emissär Professor Baumonts zum Foreign Office fungierte und die Mitteilung überbrachte, die Franzosen wollten die für die Schweizer anstößigen Dokumente weggelassen sehen, was durch Marshall Montgomerys Urteil gestützt werde, allein die Schweizer Armee könne einen sowjetischen Angriff auf Europa stoppen. Passants Nachfolger im Foreign Office bemerkte dazu, Monty wisse nicht, wovon er rede.

[82] Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in britischen Archiven derzeit viel mehr Material zu diesen Vorgängen verfügbar ist, als bisher in amerikanischen aufgetaucht ist. Vielleicht spiegelt sich darin auch die Tatsache wider, daß britische Regierungsprozesse im allgemeinen ordentlicher sind als die amerikanischen.

[83] Vgl. Richard Critchfield, Thatcher's Battle of Britain, in: The World Monitor, Mai 1990.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

LOTHAR GRUCHMANN

HITLERS DENKSCHRIFT AN DIE BAYERISCHE JUSTIZ VOM 16. MAI 1923

Ein verloren geglaubtes Dokument

Das von den zeitgenössischen Stellen als „Denkschrift" bezeichnete Schreiben Hitlers an die Münchener Staatsanwaltschaft zu den Vorgängen vom 1. Mai 1923 galt bislang als verloren, da die nationalsozialistischen Machthaber die Akten über gerichtliche Verfahren gegen Hitler und andere führende Nationalsozialisten nach der „Machtergreifung" sequestrierten und vor dem Zusammenbruch 1945 offenbar vernichteten[1]. Der Wortlaut der Denkschrift blieb jedoch im stenographischen Protokoll der Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses erhalten, den der bayerische Landtag zur Untersuchung jener Vorgänge eingesetzt hatte[2]: dort wurde die Denkschrift am 12. Oktober 1927 vom Mitberichterstatter, dem bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm Hoegner, im vollen Wortlaut verlesen[3].

Am 1. Mai 1923 hatten es Hitler und einige Führer der „Vaterländischen Verbände" in München zu einer Machtprobe mit der bayerischen Regierung unter Ministerpräsident v. Knilling (BVP) kommen lassen, als die „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände" – die militärisch von Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel geleitet wurde und zu der die nationalsozialistische S.A. (Sturmabteilung) unter Hauptmann a. D. Hermann Göring, der „Bund Oberland" unter dem Tierarzt Dr. Friedrich Weber und die „Reichsflagge" unter Hauptmann a. D. Adolf Heiß gehörten – ihre Angehörigen bewaffnet auf dem Oberwiesenfeld zusammenzog, um gewaltsam gegen die traditionelle Maikundgebung der Gewerk-

---

1 Es fehlt daher in der Sammlung: Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart 1980.

2 Vgl. Niederschrift über die 4. Sitzung des „Ausschusses zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923" vom 12. 10. 1927 nachmittags 4 Uhr, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MA 103476/1, Bl. 334/60–71 (künftig: Bay.HStA, Niederschrift). Der im Juli 1924 vom Landtag eingesetzte Ausschuß konnte mit seinen Beratungen erst Anfang Oktober 1927 beginnen, da die umfangreichen Akten, die die Berichterstatter Graf Pestalozza und Dr. Hoegner studieren mußten, vorher für verschiedene Prozesse und Amnestieangelegenheiten benötigt wurden.

3 Hoegner betonte einleitend, er sei „genötigt, sie in vollem Umfang zu verlesen, damit nicht wieder die Einwendung einer einseitigen Darstellung gemacht werden kann". In der Sitzung vom 6. 10. 1927 hatten die beiden Ausschußmitglieder Dr. Hilpert (Bayerische Mittelpartei; deutschnational) und Doerfler (Völkischer Block) gegen ihn den Vorwurf der lückenhaften und einseitigen Darstellung des Akteninhalts erhoben. In: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 215, 217.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaften und Sozialisten vorzugehen, die auf der Theresienwiese stattfand. Da die Regierung v. Knilling der ultimativen Forderung der radikalen nationalen „Vaterländischen Verbände" nach einem Verbot der – vom bayerischen Innenminister Dr. Schweyer (BVP) genehmigten – sozialistischen Maifeier nicht nachgekommen war, drohten sie, die Veranstaltung zu sprengen. Wie Hitler als einer der Haupttreiber der Aktion nachträglich in seiner Denkschrift ausführte, mußte diese Feier „niederdrückend für die überwältigende Menge einer Stadt wirken, die in der roten Fahne des 1. Mai das Blut der Geiseln vom Jahre 1919"[4] und „die schmerzlichste Erinnerung an das zusammenbrechende Vaterland" sah. Die Regierung zog daraufhin Verstärkungen der Landespolizei und Reichswehr von außerhalb Münchens heran und ließ das Oberwiesenfeld durch einen starken polizeilichen Sicherheitsgürtel abriegeln, während die Reichswehr in Reserve gehalten wurde. Angesichts dieser entschlossenen Maßnahmen sahen Hitler und die Führer der dort versammelten Kampfverbände von ihrem Vorhaben ab und ließen ihre Leute exerzieren und Waffenübungen abhalten. Nachdem sich die rund 25000 Teilnehmer der ohne Zwischenfälle vonstatten gegangenen Maifeier verlaufen hatten, bliesen die Verbände auf dem Oberwiesenfeld ihre „Bereitschaft" ab. Sie händigten ihre Waffen – deren Herkunft uns noch beschäftigen wird – an die Reichswehr aus und marschierten unter Hitlers Führung in einem polizeilich genehmigten Zug zum Bürgerbräukeller, nicht ohne unterwegs einen heimkehrenden Zug sozialistischer Arbeiter zu sprengen, einige seiner Teilnehmer zu verprügeln und die mitgeführte rote Fahne öffentlich zu verbrennen. Der Tag endete mit der nationalsozialistischen „Deutschen Maifeier" im überfüllten Zirkus Krone, auf der Hitler als Hauptredner auftrat[5].

Wegen des bewaffneten Aufmarsches auf dem Oberwiesenfeld stellte Innenminister Schweyer bei der Justiz Antrag auf strafrechtliche Verfolgung Hitlers und anderer Führer der „Arbeitsgemeinschaft" wegen Verstoßes gegen § 127 StGB (Bildung bewaffneter Haufen)[6] und ließ das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft leiten. Mit seiner im Landtag geäußerten Erwartung, daß dabei auch „die Frage nach der Herkunft der Waffen, die am 1. Mai 1923 auf dem Oberwiesenfeld verteilt wurden, behandelt" werde[7], berührte er allerdings einen äußerst

---

[4] Gemeint ist die Erschießung von zehn Geiseln durch Rotarmisten im Luitpoldgymnasium am 30. 4. 1919 während der Räteherrschaft. Vgl. Heinrich Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, München 1974, S. 100 ff.

[5] Zu den Vorgängen am 1. 5. 1923 vgl. die Berichte der Polizeidirektion München an das Staatsministerium des Innern vom 3. und 28. 5. 1923, in: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 713 ff., 720 ff.

[6] Der § 127 des Strafgesetzbuches lautete: „Wer unbefugterweise einen bewaffneten Haufen bildet oder befehligt oder eine Mannschaft, von der er weiß, daß sie ohne gesetzliche Befugnis gesammelt ist, mit Waffen oder Kriegsbedürfnissen versieht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Wer sich einem solchen bewaffneten Haufen anschließt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft."

[7] Vgl. Schweyers Ausführungen anläßlich der Beratungen des Haushalts des Staatsministeriums des Innern am 8. 6. 1923, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtages, III. Tagung 1922/1923, Stenograph. Ber., Bd. VIII, S. 379, München o. Jg.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heiklen Punkt, der dem von ihm angestrebten Strafverfahren nicht gerade förderlich war. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I erfolgten – wie der parlamentarische Untersuchungsausschuß später feststellte – zwar ohne Eingriff des deutschnationalen Justizministers Gürtner, der als Vertreter der Bayerischen Mittelpartei in der Koalitionsregierung v. Knilling saß; sie kamen nichtsdestoweniger nur äußerst zögernd voran. Da es den Beschuldigten offensichtlich nicht nur darum gegangen war, ihre Macht mit den Sozialisten zu messen, sondern auch darum, auszuloten, inwieweit der Staat die Macht der Kampfverbände anerkennen würde, wurden die Ermittlungen auch auf das mögliche Vorliegen eines versuchten Hochverrats (§ 81 StGB) ausgedehnt, jedoch keine stichhaltigen Anhaltspunkte für einen am 1. Mai 1923 geplanten Staatsstreich gefunden[8]. Dem Innenminister, der sich durch seinen zuständigen Referenten mehrmals nach dem Stand des Ermittlungsverfahrens erkundigte, wurde vom Justizministerium mitgeteilt, „daß noch Vernehmungen notwendig seien und das Verfahren noch nicht bereift sei"[9]. Gürtners später – im Juli 1924 – vor dem Landtag gegebene Auskunft, das Ermittlungsverfahren sei „kurz vor den Novembergängen [d. h. vor dem Hitler-Putsch vom 8./9. November] zum Abschlusse bereift" gewesen und nur durch diese Vorgänge „überholt" worden[10], entsprach nicht den Tatsachen. Die Ermittlungen waren bereits Anfang August 1923 abgeschlossen – die letzten staatsanwaltschaftlichen Handlungen datieren vom 1. August –, sollten aber nicht zuletzt unter dem Eindruck von Hitlers Denkschrift zu keiner Anklageerhebung führen.

Für Hitler war die Vermeidung eines Strafprozesses wegen der Vorgänge vom 1. Mai 1923 von erheblicher Bedeutung: Er war am 12. Januar 1922 vom Volksgericht München wegen Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden, da er im vorangegangenen August eine Versammlung des Bayernbundes in München durch seine Anhänger hatte sprengen lassen, wobei Bundesleiter Otto Ballerstedt[11] verletzt worden war. Hitler hatte aber nur einen Monat der Strafe verbüßt, für den Strafrest war ihm eine Bewährungsfrist bis zum 1. März 1926 bewilligt worden. Diese Bewährungsfrist drohte nunmehr im

---

[8] Auch das später im Hitlerprozeß 1924 anfallende ergänzende Material sowie ein Meineidsverfahren gegen Hitler 1926/27, in dem Hitler beschuldigt war, als Zeuge in einem Beleidigungsprozeß des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe gegen Streicher über die Absichten des Kampfbundes am 1. 5. 1923 unter Eid wissentlich falsch ausgesagt zu haben, förderten keine Staatsstreichpläne zutage. Vgl. Antrag der Staatsanwaltschaft auf gerichtliche Voruntersuchung vom 25. 3. 1926 und Beschluß des Landgerichts München I auf Einstellung des Verfahrens vom 14. 1. 1927, in: Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft München I, Nr. 3073.

[9] Vgl. Aussage Schweyers vom 19. 10. 1927 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 383.

[10] Vgl. Gürtners Beantwortung der Interpellation der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei am 23. 7. 1924, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtages, I. Tagung 1924, Stenograph. Ber., Bd. I, S. 311, München o. Jg.

[11] Die endgültige Abrechnung der Nationalsozialisten mit Ballerstedt, der Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt hatte, erfolgte durch seine Ermordung anläßlich des „Röhm-Putsches" am 30. 6. 1934.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenhang mit einem neuen Strafverfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft gerichtlich widerrufen zu werden – mit der Folge, daß Hitler zur Fortsetzung seiner Strafverbüßung für zwei Monate hinter Gitter gekommen wäre. In dieser Situation verweigerte er bei seiner Vorladung am 8. Mai 1923 gegenüber der Polizei jegliche Aussage mit der Begründung, er „habe dem Staatsanwalt gegenüber soviel Beweismaterial zur Klärung vorzubringen", daß er es „nicht unnütz der Polizeidirektion vortragen möchte"[12]. Statt dessen übersandte er der gegen ihn ermittelnden Staatsanwaltschaft Mitte Mai 1923 die vorliegende Denkschrift, in der er die gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßende, von der Regierung in Bayern aber geförderte geheime Zusammenarbeit der Reichswehr mit den Vaterländischen Verbänden bei deren Ausbildung und Ausrüstung mit „schwarzen Waffen" ausführlich schilderte und drohte, diese Vorgänge im Falle eines Prozesses zu seiner Verteidigung rücksichtslos an die Öffentlichkeit zu bringen. Es handelte sich, wie bei der Behandlung des Inhalts der Denkschrift noch dargelegt wird, u. a. um den geheimen Mobilmachungsplan „Frühjahrsübung 1923", der von der Reichswehr für den Fall verfolgt wurde, daß der passive Widerstand gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes in einen aktiven übergehen sollte.

In dem Resümee über die Ergebnisse der Voruntersuchung, das Justizminister Gürtner vom zuständigen Staatsanwalt Dresse erbat – beim Verfahren vor dem Volksgericht gab es keine gerichtliche, sondern nur eine staatsanwaltschaftliche Voruntersuchung mit anschließendem Sitzungsantrag –, wies Dresse auf Hitlers Denkschrift hin und ergänzte, Hitler sei „sogar so weit gegangen, mit einer Veröffentlichung dieser Denkschrift in der Presse zu drohen". Es bestehe daher die Gefahr, daß die Angeklagten „nicht davor zurückschrecken werden, eine Verteidigung zu führen, die geradezu landesverräterisch wirken müßte"[13]. Da eine Einstellung des Verfahrens wegen der eindeutigen Verwirklichung des äußeren Tatbestandes des § 127 gesetzlich nicht möglich war[14], wurde auf einer Besprechung Gürtners im Justizministerium mit Staatsrat (= Staatssekretär) Meyer, dem Strafrechtsreferenten des Ministeriums, Ministerialrat Dürr und dem I. Staatsanwalt Stenglein beschlossen, den Prozeß aus Gründen der „Staatsraison" auf eine „ruhigere Zeit" zu verschieben: Staatsanwalt Dresse wurde angewiesen, bis zum Erhalt einer gegenteiligen Weisung vorerst die Eröffnung der Hauptverhandlung nicht zu beantragen[15].

Hitlers erpresserischer Drohung, bei einem Prozeß durch Aufdeckung der

---

[12] Vgl. Aussage gegenüber Kriminalsekretär Rietzler. Aktenvermerk vom 8. 5. 1923, in: Staatsarchiv München, Pol. Dir. Mü. 6705, Bl. 14 f.; abgedr. bei Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 926.

[13] Vgl. die Auszüge aus dem Resümee, die Gürtner am 7. 10. 1927 vor dem Untersuchungsausschuß verlas, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 245 f.

[14] Eine Einstellung des Verfahrens hätte gegen den § 69 Abs. VI derBayerischen Verfassung verstoßen, wonach „strafrechtliche Untersuchungen . . . weder durch den Landtag noch durch die Ministerien oder sonstige Verwaltungsbehörden gehemmt" werden durften.

[15] Vgl. die Aussagen Gürtners, Dürrs, Stengleins und Dresses vor dem Untersuchungsausschuß am 7. 10. 1927, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 237 ff., 278 ff., 290 ff., 318 ff.). Zum Zeitpunkt dieser Besprechung, an den sich Gürtner nicht erinnerte, vgl. Anm. 26.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„schwarzen Aufrüstung" außenpolitische Schwierigkeiten herbeizuführen, hätte allerdings durch Ausschluß der Öffentlichkeit oder Beschränkung des Beweisthemas in der Gerichtsverhandlung begegnet werden können. Auch einer Veröffentlichung der Denkschrift in der Presse hätte mit der Drohung entgegengetreten werden können, die von Gürtner angeregte Notverordnung vom 11. Mai 1923 anzuwenden, die die bayerische Regierung aus Anlaß der Maivorgänge erlassen hatte[16]. Danach konnte jeder, der vorsätzlich einer fremden Macht Vorschub leistete, die in Friedenszeiten deutsches Gebiet besetzt hielt, zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt werden (§ 1); Hitler hätte also aus diesem Grunde mit Haft gedroht werden können. Periodische Druckschriften, deren Inhalt diesen Tatbestand erfüllte, konnten bis zu sechs Monaten – Tageszeitungen bis zu vier Wochen – verboten werden (§ 6). Diese Bestimmung, die im Interesse der geheimen Aufrüstung zur Knebelung der Presse benutzt wurde, wurde schon Anfang Juni gegen die sozialdemokratische „Münchener Post" und andere Zeitungen angewendet, die über die illegale Bewaffnung der Vaterländischen Verbände berichten wollten[17]. Von daher war Hitlers Drohung schon wesentlich entschärft. Sie war auch nicht der einzige Anlaß für den Justizminister, zu diesem Zeitpunkt einen Prozeß gegen Hitler zu vermeiden. Die von Gürtner als weiteres Motiv angegebene Befürchtung, daß eine Durchführung des Prozesses in der unruhigen und spannungsgeladenen Zeit – die vom Ruhrkampf, fortschreitender Inflation, wirtschaftlicher Erschütterung und innenpolitischen Auseinandersetzungen geprägt war – in München eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellte, war insofern nicht stichhaltig, als das Verfahren vor dem Volksgericht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen auch an einem anderen Ort hätte durchgeführt werden können, an dem ruhigere politische Zustände herrschten. Außerdem reichten die verfügbaren polizeilichen Mittel aus – wie der an der Entscheidung einer Verschiebung des Verfahrens nicht beteiligte Innenminister später konstatierte[18] –, die Durchführung des Prozesses zu diesem Zeitpunkt auch in München zu gewährleisten. Schwerwiegender war hingegen Gürtners Überlegung, daß das Vorbringen der Beschuldigten, sie hätten sich durch die vorherige Unterrichtung der Regierungsstellen und auf Grund der mit der Reichswehr getroffenen Abmachungen zum selbständigen bewaffneten Auftreten am 1. Mai 1923 für befugt angesehen[19], nur widerlegt werden konnte – d. h. ihnen auch der innere Tat-

[16] Text der auf Grund des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung und des § 64 der Bayerischen Verfassungsurkunde vom Gesamtministerium erlassenen Verordnung vom 11. 5. 1923 in den „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 11. 5. 1923, S. 1 f. Laut § 5 konnten „Vereinigungen, deren Leiter oder Mitglieder gegen § 127 des StGB . . . verstoßen", aufgelöst (!) werden.

[17] Vgl. dazu die Ausführungen der sozialdemokratischen Abgeordneten Dill (27. 6. 1923) und Ackermann (19. 7. 1923) im bayerischen Landtag, in: Verhandlungen des Bayerischen Landtages, III. Tagung 1922/1923, Stenograph. Ber., Bd. VIII, S. 566 ff., 755 ff.

[18] Vgl. die Aussage Schweyers vom 19. 10. 1927 vor dem Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 388, 391 ff.

[19] Vgl. dazu die Aussage Kriebels bei seiner Vernehmung durch den Staatsanwalt am 24. 7. 1923: „Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit gaben mir das Recht zu glauben, daß die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber dem Vorgehen der Verbände nur scheinbar sei, daß die Staatsregie-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestand des § 127 StGB nur nachgewiesen werden konnte –, wenn dazu verschiedene Regierungsmitglieder vernommen wurden. Gerade diesen Schritt aber wollte Gürtner vermeiden, da die innerhalb des bayerischen Kabinetts bestehende Meinungsverschiedenheit über die Behandlung der völkisch-aktivistischen vaterländischen Verbände dadurch an die Öffentlichkeit getragen worden wäre: nach seiner Überzeugung hätte das für die Regierung v. Knilling „die Katastrophe" bedeutet[20]. Tatsächlich dürfte die Politik, die v. Knilling und Gürtner gegenüber diesen Verbänden befolgten, den eigentlichen Grund für die Verschiebung des Prozesses abgegeben haben. Während Innenminister Schweyer einen entschiedenen Einsatz der staatlichen Machtmittel gegen das staatsgefährdende Treiben der Nationalsozialisten befürwortete und darin von Kultusminister Matt (BVP) und Landwirtschaftsminister Wutzlhofer (Bayerischer Bauernbund) unterstützt wurde, wollten der Ministerpräsident und der Justizminister die anständigen, im nationalen Sinn als wertvoll angesehenen Elemente der Hitlerbewegung, die sie als „Fleisch vom eigenen Fleisch" ansahen, durch eine Art Versöhnungspolitik für die eigene „nationale" Regierungspolitik gewinnen, zumal diese Bewegung eine werbende Kraft auf Teile der Arbeiterschaft ausübte. Doch der Versuch, durch Appeasement-Politik einen zusammenfassenden, konsolidierenden Einfluß auf diese außerparlamentarische nationale Bewegung zu erlangen, versagte gegenüber den völkisch-aktivistischen Verbänden völlig. Die Furcht der Regierung, durch „unpopuläre" Maßnahmen gegen diese Bewegung – die in weiten, durch die Erfahrung der Räterepublik geschockten Bevölkerungskreisen gerade deshalb Anklang fand, weil sie die „nationalen" Forderungen und ihre Verwirklichung durch eine radikale Änderung der Regierungsverhältnisse in der „Novemberrepublik" am entschiedensten vertrat – in den Geruch mangelnder nationaler Gesinnung zu geraten, führte im Gegenteil zu einem fortschreitenden Autoritätsverlust des Staates. Die rechtsradikalen Verbände nutzten diese „weiche" Taktik der Regierung rücksichtslos aus, setzten sie unter Druck und versuchten ihr in ultimativer Form ihren Willen aufzuzwingen. Schon vor dem 1. Mai 1923 waren Beispiele dafür die Vorgänge beim „1. Reichsparteitag" der NSDAP im Januar[21] und die mit Androhung von Gewalt begleitete Forderung der „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände" vom April, die Haftbefehle des Leipziger Staatsgerichtshofs wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz gegen Dietrich Eckart, den Propagandaleiter der NSDAP, Hermann Esser, und den Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers" Martin Weger in Bayern nicht vollstrecken zu lassen und darüber hinaus die Aufhebung dieses Gesetzes im Reichsrat zu beantragen[22].

---

rung in Wirklichkeit den Wunsch habe, durch illegale Formationen das ausführen zu lassen, was sie selbst mit ihren amtlichen Organen nicht ausführen konnte oder wollte", in: ebenda, Bl. 127.

[20] Vgl. Aussage Gürtners vom 7. 10. 1927 vor dem Untersuchungsausschuß über die Motive der Verschiebung, in: ebenda, Bl. 249.

[21] Vgl. dazu im folgenden S. 317.

[22] Wortlaut der ultimativen Erklärung aus dem Protokollbuch der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände über die Sitzung vom 12. 4. 1923, zit. im Untersuchungsausschuß, in:

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gerade in den Frühjahrs- und Sommermonaten nach Hitlers Denkschrift, in denen die durch Ruhrkampf und Inflation ausgelöste Krise ihrem Höhepunkt zusteuerte, mußte den „Appeasern" im bayerischen Kabinett die Schaffung und Erhaltung einer „nationalen Einheitsfront", die durch einen Prozeß gegen Hitler und andere Führer der Vaterländischen Verbände verhindert worden wäre, vordringlich erscheinen. Gürtner, der in den von ihm unterstützten Plan, zur Bewältigung der Krise in Bayern einen Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachen einzusetzen, frühzeitig eingeweiht worden war, und in dessen Ministerium die entsprechenden Verordnungen im Auftrag des Kabinetts schon seit August – d. h. zeitlich nach Abschluß der Ermittlungen gegen Hitler – vorbereitet wurden[23], war sich der Notwendigkeit dieser Einheitsfront gerade zu dieser Zeit bewußt: wurde doch für den Posten des Generalstaatskommissars in der Person Ritter v. Kahrs gerade ein Mann ausgewählt, der einen Teil der Vaterländischen Verbände hinter sich hatte und auch ihren radikalen Flügel entweder durch entschlossenes Auftreten gegen das „rote" Berlin an sich zu binden oder durch seine weitgehenden Vollmachten zu zähmen beabsichtigte[24]. Als Reichskanzler Stresemann, der am 13. August 1923 nach dem Bankrott der Regierung Cuno eine Regierung der Großen Koalition einschließlich der SPD gebildet hatte, am 26. September den erfolglosen Ruhrkampf angesichts der nicht mehr vertretbaren finanziellen Lasten abbrach, erklärte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand und setzte v. Kahr als Generalstaatskommissar ein, um die aus Protest gegen den „Verrat an der Ruhr" erwarteten Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern[25]. Nunmehr wäre der Prozeß gegen Hitler – der am 25. September neben Kriebel als militärischem Führer die politische Leitung des neu gegründeten „Deutschen Kampfbundes" übernommen hatte, in dem sich SA, „Reichsflagge" und „Bund Oberland" zusammengeschlossen hatten – aus den erwähnten Gründen erst recht ungelegen gewesen[26]. Um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen, ging v. Kahr zwar einerseits entschieden

Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 102 f.; auch wiedergegeben bei Ernst Röhm, Die Geschichte eines Hochverräters, München 1934, S. 186 ff. Zu den teilweisen Zugeständnissen der Regierung vgl. Chronik der Bayerischen Justizverwaltung 1922–1924, Eintr. vom 17. 4. 1923, in: IfZ, Fa 285/3.

23 Vgl. dazu Hans Fenske, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg/Berlin/Zürich 1969, S. 204 f.

24 Zur frühzeitigen Unterrichtung Kahrs, der sich nur zum Schein „bei dem Antrag der Regierung überrascht und unschlüssig zeigte", vgl. ebenda.

25 Zur Politik und zu den Ereignissen in Bayern, die hier nicht detailliert geschildert werden sollen, siehe außer den genannten Publikationen von Deuerlein und Fenske generell: Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954; Hans H. Hofmann, Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924, München 1961; Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt a. M. 1971.

26 Nach den Aussagen Ministerialrat Dürrs und des Staatsanwalts Stenglein vor dem Untersuchungsausschuß fand die abschließende Besprechung über die Verschiebung des Prozesses in der Zeit nach dem 26. 9. 1923 statt. Stenglein gab als Zeitpunkt „etwa 14 Tage nach Einsetzung des Generalstaatskommissariats" an. In: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 283 und 295.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die Nationalsozialisten vor und verbot sofort die für den 27. September geplante Massenveranstaltung in vierzehn Versammlungen gegen die Berliner „Ruhrverräter", verfolgte aber andererseits weiter seine Absicht, die Nationalsozialisten zu einer freiwilligen Unterordnung unter seine Politik zu bringen, der nationalen Sache von der „Ordnungszelle" Bayern aus auch im Reich zum Siege zu verhelfen. Dabei ergriff er Maßnahmen, die auch den Forderungen der rechtsradikalen Verbände entsprachen: er ließ den Vollzug des Republikschutzgesetzes in Bayern einstellen und verhinderte damit die Verhaftung einiger Führer dieser Verbände, die er für seine Bestrebungen brauchte, und demonstrierte ferner „antimarxistische" Politik, indem er die sozialdemokratischen und kommunistischen Selbstschutzverbände auflöste und die kommunistischen Zeitungen sowie Streiks und Aussperrungen verbot. Der Konflikt, den das Nebeneinander des bayerischen und des gleichfalls am 26. September vom Reich erklärten Ausnahmezustandes heraufbeschwor und der im „Fall Lossow"[27] zum Ausbruch kam, machte die Einheitsfront der Rechten in Bayern um so dringlicher. Deshalb beschwor v. Kahr den bayerischen Landeskommandanten der Reichswehr, Generalleutnant v. Lossow, das vom Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Reichsgewalt angeordnete Verbot des „Völkischen Beobachters" – der Stresemann und den Chef der Heeresleitung General v. Seeckt beleidigend angegriffen hatte – nicht durchzuführen, weil durch diesen Eingriff des Reichs in die bayerische Polizeihoheit die öffentliche Meinung in Bayern gegen die Reichswehr aufgebracht und „neue Spaltungen und Schwierigkeiten in der Vaterländischen Bewegung entstehen" würden, die sein Ziel gefährdeten, „gerade alle völkischen Kräfte zusammenzuschließen"[28]. Für seine weiterführenden Pläne, Berlin mit bewaffneter Macht unter Druck zu setzen und im Zusammenwirken mit gleichgesinnten norddeutschen Kreisen Reichspräsident Ebert zu veranlassen, anstelle der Regierung Stresemann ein ohne Parlament regierendes „nationales Direktorium" als Präsidialregierung einzusetzen, brauchte er neben dem auf die bayerische Regierung verpflichteten bayerischen Teil der Reichswehr unter v. Lossow und der Landespolizei unter Oberst v. Seißer auch die Vaterländischen Verbände, möglichst einschließlich des radikalen „Kampfbundes".

Aus diesen Vorgängen des Jahres 1923 in Bayern ist mit Sicherheit zu schließen, daß es weniger die in Hitlers Denkschrift angedrohten „landesverräterischen Enthüllungen" als vielmehr die im bayerischen Regierungslager verfolgten politischen

[27] Die Auseinandersetzung, die zur Abberufung des bayerischen Landeskommandanten der Reichswehr Generalleutnant von Lossow durch Reichswehrminister Geßler, zu seiner Wiedereinsetzung durch die bayerische Regierung und zur Verpflichtung der bayerischen Truppen auf die „bayerische Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes" führte, ist eingehend dokumentiert bei Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 74 ff. nebst abgedruckten Dokumenten. Dazu ferner Schwend, Bayern, S. 222 ff.

[28] Vgl. Schreiben von Kahrs an von Lossow vom 4. 10. 1923, in: Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 194 f. Das hinderte von Kahr in der Folge allerdings nicht daran, seinerseits den „Völkischen Beobachter" durch eine bayerische Anordnung wegen einer – durch einen militärischen Aufruf ausgelösten – „schweren außenpolitischen Gefährdung des deutschen Volkes" für zehn Tage zu verbieten.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ziele waren, die im Sommer jenes Jahres die Durchführung des Prozesses gegen Hitler oder wenigstens den Widerruf der Bewährungsfrist hinsichtlich seiner Strafe wegen Landfriedensbruchs von 1922 verhinderten. Auch der 1923 in die politischen Hintergründe vielleicht nicht genügend eingeweihte I. Staatsanwalts Stenglein war noch 1927 „fest der Überzeugung", daß ohne den überraschenden Hitler-Putsch vom 8./9. November „in kürzester Zeit eine völlige Festigung der Stellung des Herrn von Kahr und Konsolidierung der Lage eingetreten" wäre und „noch im Laufe des Novembers ruhig dieses Strafverfahren wegen der Vorgänge vom Mai 1923 [hätte] verhandelt werden können"[29], daß also Hitlers Drohung dafür kein ernsthaftes Hindernis gewesen wäre.

Die verfehlte Politik der bayerischen Regierung ihm gegenüber ermunterte Hitler lediglich, seine Ziele auch weiterhin mit ungesetzlichen Mitteln zu verfolgen. Da die in seiner Denkschrift erwähnte Aufgabe der „Herbeiführung" einer „nationalen Regierung Deutschlands" nach der Erfahrung vom 1. Mai 1923 offensichtlich nicht gegen die staatlichen Machtmittel zu verwirklichen war, festigte sich bei ihm die Überzeugung, daß sie gemeinsam mit den Inhabern der bayerischen Staatsgewalt unternommen werden mußte. Diese Erkenntnis veranlaßte ihn in der konkreten Situation der ersten Novembertage 1923 zu dem bekannten Coup im Bürgerbräukeller am 8. November, um das zögernde Triumvirat Kahr-Lossow-Seißer – das erst handeln wollte, wenn es der Mitwirkung der Heeresleitung und damit der außerbayerischen Reichswehrteile sicher sein konnte – mitzureißen und als Auslöser des „Marsches auf Berlin" die politische Führung zu ergreifen.

Die Frage, ob Bayern der Novemberputsch erspart geblieben wäre, wenn Hitler im August 1923 in einem Prozeß verurteilt worden wäre, läßt sich zwar nur spekulativ beantworten, nichtsdestoweniger aber bejahen[30]. Selbst wenn Hitler – etwa weil ihm der innere Tatbestand des § 127 nicht nachgewiesen werden konnte – nicht mit der Höchststrafe von zwei Jahren belegt worden wäre, hätte er doch die Bewährung aus seiner Strafe wegen Landfriedensbruchs von 1922 verloren und wäre ebenso wie die mitangeklagten Führer der anderen beteiligten Verbände für einige Zeit ausgeschaltet gewesen. Eine Verurteilung hätte auch die unbehelligt in Freiheit gebliebenen Führer zur Vorsicht veranlaßt. Laut Schweyer hätte sie günstig auf die Haltung der Polizei gewirkt und ihr neue Handhaben gegen Übergriffe der Nationalsozialisten gegeben[31]. Auch v. Kahr äußerte rückblickend, der Prozeß hätte Bayern „die Katastrophe vom November 1923 und die noch größere Katastrophe des Hitlerprozesses erspart". Wenn er dabei allerdings von einem „Versäumnis der Staatsregierung" im Frühjahr 1923 sprach, für das er als damaliger Regierungspräsi-

---

[29] Vgl. Aussage des sich selbst als unpolitisch bezeichnenden I. Staatsanwalts Stenglein vor dem Untersuchungsausschuß am 7. 10. 1927, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 298 f.

[30] So Franz Schweyer, Politische Geheimverbände, Freiburg 1925, S. 114; Wilhelm Hoegner, Die verratene Republik, Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München 1958, S. 141.

[31] Vgl. zum Voranstehenden die Aussage Schweyers vom 19. 10. 1927 vor dem Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 386 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dent von Oberbayern nicht verantwortlich gemacht werden könne[32], so handelt es sich um den untauglichen Versuch, die Verantwortung von sich abzuwälzen, denn die endgültige Entscheidung über die Prozeßaufschiebung fiel in seine Zeit als Generalstaatskommissar und erfolgte höchstwahrscheinlich nicht ohne seine Billigung[33], zumal mit Ausnahme der Gerichte und Militärbehörden sämtliche Behörden einschließlich der Staatsanwaltschaft seinen Weisungen unterstellt waren[34].

Nachdem schließlich darauf verzichtet wurde, das aufgeschobene Verfahren gegen Hitler mit seinem Verfahren wegen des Novemberputsches zu verbinden, um die ohnehin schwierige Prozeßmaterie nicht noch mehr zu komplizieren, wurde es im Mai 1924 nach Hitlers Verurteilung wegen Hochverrats endgültig eingestellt. Die Einstellung war seit der Novelle zur Strafprozeßordnung vom Januar rechtlich zulässig: sie bestimmte, daß von einer Anklage dann abgesehen werden konnte, „wenn die Strafe, zu der die Verfolgung führen kann, neben einer Strafe, zu der der Beschuldigte wegen einer anderen Tat rechtskräftig verurteilt worden ist . . ., nicht ins Gewicht fällt"[35].

Die im folgenden abgedruckte Denkschrift Hitlers zur Rechtfertigung seines Vorgehens am 1. Mai 1923 beginnt mit der Darlegung der Ziele der NSDAP und spiegelt sein „weltanschauliches Programm" im Stadium vor der Abfassung von „Mein Kampf" im Jahre 1924 wider. Innenpolitisch steht die Bekämpfung des Marxismus und des „demokratischen Parlamentarismus" im Vordergrund, in denen Hitler die Ursachen für den Zusammenbruch Deutschlands 1918 sah. Obwohl die Denkschrift den Antisemitismus nicht ausdrücklich erwähnt, geht schon aus der Bezeichnung der sozialistischen Maifeier als „jüdisches Sowjetfest" hervor, daß der Kampf neben den „Novemberverbrechern" vor allem den Juden galt, die als die eigentlichen Träger der zersetzenden Ideen des „Internationalismus" angesehen wurden. Außenpolitisches Ziel war die gewaltsame Revision von Versailles durch einen neuen Krieg mit

---

32 Vgl. Schreiben von Kahrs an Schweyer vom 30. 5. 1924, Wortlaut zit. in: ebenda, Bl. 386 f.

33 So berichtete der Staatsanwalt Stenglein vor dem Untersuchungsausschuß am 7. 10. 1927, in der abschließenden Besprechung über die Verschiebung des Prozesses sei der Gedanke erörtert worden, „daß der in erster Linie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Verantwortliche, nämlich Herr von Kahr als Generalstaatskommissar unter allen Umständen vorher verständigt und über den für die Verhandlung geeigneten Zeitpunkt gehört werden muß. Diese Anschauung hat sich auch der Herr [Justiz-]Minister zu eigen gemacht und damit – ein Widerspruch erfolgte nicht – ging die Besprechung auseinander". In: ebenda, Bl. 296 f.

34 Vgl. Verordnung der bayerischen Staatsregierung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 26. 9. 1923, in: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, hrsg. von Ernst R. Huber, Bd. 3, Stuttgart 1966, S. 303 f. Von seinem Weisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft machte von Kahr z. B. bei der Entlassung Ludendorffs aus der vorläufigen Haft gegen ehrenwörtliche Versicherung Gebrauch. Vgl. Chronik der Bayerischen Justizverwaltung 1922–1924, Eintragung vom 13. 2. 1924, in: IfZ, Fa 285/3.

35 Vgl. § 24 der VO über Gerichtsverfassung und Strafrechtpflege vom 4. 1. 1924, in: RGBl. I, S. 15 („Emminger-Novelle"), dazu die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft vom 22. 5. 1924, zit. im Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 73.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frankreich[36], wobei das faschistische Italien als potentieller Bündnispartner gesehen wird, da es ebenfalls versuche, sich „aus den Klauen des internationalen Irrwahns zu retten". Um eine wirksame Außenpolitik zu führen und den dauernden Verlust des französisch besetzten Ruhrgebietes zu vermeiden, müsse die wehr- und ehrlose „demokratische Majoritätsauffassung" durch „eine germanische Demokratie der Führerautorität" ersetzt, d. h. eine nationale Diktatur errichtet werden, die sich wieder auf eine starke bewaffnete Macht stützen könne. Als einziges deutsches Land scheine sich gegenwärtig Bayern aus der „internationalen Verseuchung" befreien zu wollen; die „besten Deutschen" setzten daher ihre Hoffnung darauf, „daß von hier aus die Befreiung des Vaterlandes aus den Händen seiner internationalen Verderber erfolgen" werde. Dieser Glaube aber werde „aufs schwerste erschüttert", wenn die bayerische Regierung – wie bei der Maifeier – „die Vernichter des Vaterlandes unter ihren behördlichen Schutz nimmt".

Um die eigenmächtige Aktion vom 1. Mai 1923 zu rechtfertigen, behauptet Hitler, daß an diesem Tage mit einem kommunistischen Aufstand zu rechnen gewesen sei: die Vaterländischen Kampfverbände seien daher aufgeboten worden, „dafür zu sorgen, daß München nicht ein zweites Mal den Sowjetstern über seinen Mauern aufgehen" sehe. Denn wie die Revolutionsereignisse 1919–1921, die Vorgänge in Oberschlesien und jetzt an der Ruhr bewiesen, sei „die Behauptung, daß die staatlichen Machtmittel genügten, um die Autorität der Regierung zu sichern, ... ein Irrsinn": stets habe an freiwillige nationale Kräfte appelliert werden müssen, „die dann mit ihrem Blut gutzumachen hatten, was staatliche ‚Autorität' vorher versäumte". Wenngleich die Behauptung eines am 1. Mai 1923 zu erwartenden Linksputsches angesichts der damaligen Machtverhältnisse in Bayern absurd war und die Vorgänge an diesem Tag Hitlers Ansicht vom mangelnden Durchsetzungsvermögen der staatlichen Autorität widerlegten, war seine Argumentation nichtsdestoweniger geschickt auf die Mentalität breiter Kreise der bayerischen Bevölkerung abgestellt: noch immer lebten nach den traumatischen Erfahrungen der Räterepublik die Angst vor der kommunistischen Bedrohung, ein übersteigertes Bedürfnis nach „Sicherheit und Ordnung" und ein mangelndes Vertrauen gegenüber der staatlichen Autorität, aus denen gerade die Vaterländischen Verbände als mögliche Verstärkung von Heer und Polizei für die Anerkennung ihrer Existenzberechtigung Nutzen zogen. Aus diesem Grunde war Bayern auch ein günstiger Nährboden für die Gründung und Entwicklung der SA, die sich in Kürze den Ruf einer entschiedenen Bekämpfung des kommunistischen Gegners mit drastischen Mitteln erwarb und der Hitler in seiner Denkschrift eine reine Verteidigungsfunktion gegen den „marxistischen Terror" zuschreibt. Gewiß wurde die SA mit dem Beginn der nationalsozialistischen Massenkundgebungen 1920 – damals mit der Bezeichnung „Turn- und Sportabteilung

[36] Die Umstellung seines außenpolitischen Konzepts vom gewaltsamen Revisionismus zum Lebensraum-Expansionismus im Osten nahm Hitler erst in seiner Landsberger Zeit 1924 vor. Zur Entwicklung von Hitlers Programm vgl. Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart 1981.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der NSDAP" – zunächst als bloße Ordnertruppe gegründet, um die Störung durch politische Gegner zu verhindern und in den Münchener Bierhallen einen reibungslosen Ablauf der Versammlungen zu ermöglichen. Doch mit der Übernahme der Parteiführung durch Hitler und ihrer Reorganisation nach dem „Führerprinzip" im Juli 1921 nahm sie unter Leutnant Klintzsch – der als Organisator von der „Marine-Brigade Erhardt" zur Verfügung gestellt wurde – als „Sturmbock" der Gesamtbewegung[37] einen grundsätzlich aggressiven Charakter an. Wenn Hitler in der Denkschrift ihre Umbenennung in „Sturmabteilung" damit begründet, daß „ihre Aufgabe zum Schluß ja immer den Angriff auf eine im Saal befindliche, zahlenmäßig meist gewaltig überlegene terroristische Opposition bedingte", verschleiert er die Erweiterung ihrer Aufgaben um offensive Funktionen: gegnerische Versammlungen zu sprengen und die Straße zu erobern. Ihre Neugliederung in „Hundertschaften" im September 1922 für derartige mobile Einsätze erklärt Hitler mit der Notwendigkeit, die SA „auch außerhalb ihrer Standorte einzusetzen", um der Partei auch in „bisher noch nicht bearbeiteten" bayerischen Orten Versammlungen „zu ermöglichen". Wie ein „erster großer Vorstoß der Partei nach Nordbayern"[38] aussah, zeigte sich beim „Deutschen Tag" in Coburg am 14./15. Oktober 1922, zu dem die deutschvölkischen Bünde eingeladen hatten und die SA mit acht „Hundertschaften" im Sonderzug anreiste, trotz Verbots mit Musikkapelle und entrollten Fahnen in den Ort einmarschierte und Gegendemonstrationen der Linken gegen diese Provokation in regelrechten Straßenschlachten niederwarf.

Wie für das Verhalten der SA generell, machte Hitler in seiner Denkschrift auch für ihre illegale Bewaffnung grundsätzlich andere verantwortlich: da die „marxistischen Sprengkolonnen" mit Bleirohren und Brechstangen ausgerüstet gewesen seien, habe die zunächst „gänzlich unbewaffnete" SA den Gummiknüttel eingesetzt, durch den ernstere Verletzungen vermieden worden seien. Aber durch das Verbot dieser Waffe seitens der bayerischen Regierung hätten die gewaltsamen Aktionen gegen die eigenen Versammlungen zugenommen und die Teilnehmer „in der Not des Augenblicks zum Stuhlbein oder Messer, oder manchesmal auch eben zur Pistole" gegriffen. Nachdem bekannt geworden sei, „daß die Staatsregierung Angehörigen der nationalsozialistischen Bewegung grundsätzlich Waffenpässe verweigerte", hätten sich im Laufe des Jahres 1922 die Überfälle auf Parteigenossen so gehäuft, daß sie „zu einer wilden Bewaffnung auf eigene Faust" geschritten seien, „da trotz aller Achtung vor der Staatsautorität [!] dem einzelnen doch nicht zugemutet werden darf, sich wehrlos abschlachten zu lassen". Wird hier die Verantwortung für die Selbstbewaffnung des einzelnen SA-Angehörigen in verlogener Einseitigkeit den Marxisten und der Regierung zugeschoben, so wird Hitlers Behauptung, daß die SA als Organisation „zum Unterschied aller anderen der Regierung wohlbe-

[37] Vgl. Beitritts-Aufruf Klintzschs „An unsere deutsche Jugend!" im „Völkischen Beobachter" vom 14. 8. 1921, S. 5.

[38] Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin/Leipzig [5]1935, S. 50: In Coburg brach die SA „unter Führung von Hitler und Klintzsch in schwerem Straßenkampf den roten Terror".

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kannten Organisationen" – d. h. der Vaterländischen Verbände – bis Dezember 1922 keine größeren Waffenbestände besessen habe, allein durch seine Feststellung widerlegt, daß „die von der N.S.D.A.P. unter schweren Geldopfern zum Teil aus ausländischen Schieberhänden dem Vaterlande geretteten Waffenbestände" im Februar 1923 der Reichswehr treuhänderisch übergeben wurden. Es muß auch angezweifelt werden, daß die Neuorganisation der SA „nach militärischen Gesichtspunkten" ausschließlich – wie Hitler behauptet – eine Folge der Ruhrbesetzung und der damit zusammenhängenden Kooperation mit den anderen Vaterländischen Verbänden unter Anleitung der Reichswehr gewesen ist[39].

Die bayerischen Reichswehrkreise sahen nach dem französischen Ruhreinfall in der paramilitärisch organisierten SA jedenfalls ein willkommenes Reservoir für die geheim aufzustellende Reichswehrreserve. Ihr Wohlwollen verschaffte Hitler bei den von ihm erwähnten „Vorgängen" um den 1. Reichsparteitag der NSDAP in München am 27./28. Januar 1923 einen erheblichen Prestigeerfolg gegenüber der Regierung: Als Hitler vom Münchner Polizeipräsidenten Nortz mitgeteilt wurde, daß die für den Parteitag geplante Standartenweihe unter freiem Himmel verboten und nur die Hälfte der beabsichtigten zwölf Versammlungen gestattet würden, drohte er, die Auflagen der Regierung einfach zu ignorieren. Die Regierung verhängte daraufhin am 26. Januar den Ausnahmezustand. In dieser Situation, die zu einem Zusammenstoß mit den staatlichen Organen und zu einer ungelegenen offenen Gegnerschaft zwischen Reichswehr und Nationalsozialisten führen konnte, vermittelte der Infanterieführer der bayerischen Reichswehrdivision General v. Epp – durch Hauptmann Röhm und einige gleichgesinnte Reichswehroffiziere dazu bewogen – ein Gespräch v. Lossows mit Hitler im Beisein von Röhm. Da Hitler dem obersten Befehlshaber der Reichswehr in Bayern sein Ehrenwort gab, keinen Putschversuch zu unternehmen und für einen ruhigen Verlauf des Parteitages zu sorgen, wurde Röhm von v. Lossow beauftragt, bei den Regierungsstellen eine Lokkerung der Auflagen zu erwirken. Mit dieser Empfehlung begleitete Röhm Hitler zu weiteren Unterredungen mit Regierungspräsident v. Kahr und Polizeipräsident Nortz mit der Folge, daß Hitler am 27. Januar mit dem Argument, die andrängenden Massen der Teilnehmer von der Straße wegbringen und auf Säle verteilen zu müssen, seine zwölf Parallelversammlungen abhielt und die Polizei nur für den Fall von Ausschreitungen bereitstand. Am nächsten Tag übergab er auf dem „Marsfeld" – vor statt im Bau des Zirkus Krone – gleichfalls ungestört die ersten vier Standarten an die SA, die bei diesem Appell erstmals einheitlich mit grauer Skimütze, Windjacke und Hakenkreuzbinde uniformiert auftrat[40]. Hitler wußte den größeren

[39] Auch Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 53 f., gelangt als ehemaliger SA-Obergruppenführer zu dem Urteil, daß Hitler auch ohne Ruhrbesetzung „einen Ausbau der langsam sich verstärkenden SA in wehrverbandsähnlichen Formen vorgenommen haben" würde.

[40] Zu den Vorgängen beim 1. Reichsparteitag der NSDAP vgl. Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 53 f.; Schweyer, Geheimverbände, S. 111 f.; Hoegner, Republik, S. 135; Röhm, Hochverräter, S. 164 ff.; Gordon, Hitlerputsch, S. 170 ff.; dazu die Berichte über Hitlers Gespräche mit Polizeipräsident Nortz vom 25., 26. und 27. 1. 1923 bei Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 802 ff.; ferner (gleichzeitig allgemein

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

innenpolitischen Spielraum, den ihm die Gönnerschaft der bayerischen Reichswehrführung gewährte, zu schätzen. Als Anfang Februar auf Betreiben Röhms die „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände" gegründet wurde, um die Verbände unter einer einheitlichen militärischen Führung zusammenzufassen und ihre Kooperation mit der bayerischen Reichswehr zu verbessern, trat ihr die SA bei. Die von Hitler erwähnte Gliederung der SA „in kriegsbrauchbare Formationen" erfolgte im März 1923 unter ihrem neuen Kommandeur Hermann Göring, der Klintzsch ablöste. Sie bekam ein eigenes „Oberkommando" und wurde in Orten mit mehreren Hundertschaften zu Bataillonen zusammengefaßt: die drei Münchener Bataillone bildeten das „SA-Regiment München" unter Oberleutnant a. D. Wilhelm Brückner mit einer Stärke von 1115 Mann[41].

Bei den in der Denkschrift genannten „Abkommen, die teils mündlich teils schriftlich sowohl mit der Bayerischen Staatsregierung als auch mit der Leitung der bayerischen Reichswehr getroffen wurden", handelt es sich um Abmachungen, die im Rahmen des geheimen Mobilmachungsplanes der Reichswehr „Frühjahrsübung 1923" zwischen v. Lossow und den Führern der Vaterländischen Verbände einschließlich Hitlers mit Zustimmung der bayerischen Regierung getroffen wurden. Reichskanzler Cuno und der Chef der Heeresleitung v. Seeckt hatten die Vorbereitungen zur Bildung einer starken Heeresreserve angeordnet, um die Franzosen im Falle eines weiteren Vordringens über das Ruhrgebiet hinaus in der Hoffnung aufzuhalten, daß sie dann von ihren eigenen Verbündeten gezügelt würden. Wie v. Lossow dem Staatsanwalt Dresse, der die Angaben Hitlers überprüfen wollte, in einem persönlichen Schreiben vom 23. Mai 1923 mitteilte, hatte sich Hitler ihm gegenüber verpflichtet, „seine militärischen Teile im Mobilmachungsfall für Eingliederung in die aufzustellenden Verbände vorbehaltlos zur Verfügung zu stellen; dafür übernahm die Reichswehr die Instandsetzung der von seiner Organisation verwalteten ... Bestände an Kriegsmaterial und die Ausbildung seiner wehrfähigen Leute"[42]. Eine von Röhm vorgeschlagene allgemeine Verpflichtungserklärung der „Arbeitsgemeinschaft" gegenüber der bayerischen Regierung und Reichswehrführung hatte Hitler mit dem Argument abgelehnt, man könne sich „nicht auf die Regierung mit Schweyer verpflichten und auch nicht auf jeden Landeskommandanten. Nur persönliche Verpflichtung [auf General v. Lossow] ist möglich."[43] Aufgrund der Abma-

zur Geschichte der SA): Bennecke, SA, S. 50 ff.; Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973, S. 374 ff.; Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 31 f.

41 Vgl. Bennecke, SA, S. 54.

42 Vgl. Schreiben von Lossows an Staatsanwalt Dresse vom 23. 5. 1923, „Betreff: Persönliche Information über Vorgänge am 1. 5. 23", verlesen im Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 334/14.

43 Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft" vom 7. 4. 1923, aus dem Protokollbuch der Kampfverbände, zit. bei Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 868. Die Arbeitsgemeinschaft interpretierte ihre Verpflichtungserklärung gleichfalls dahin, daß sie nur für die „Mobilmachung gegen den äußeren Feind" gelte und „eine Gewähr für den Weiterbestand der gegenwärtigen bayerischen Regierung nicht übernommen

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chungen lieferte die NSDAP ihre illegalen Waffenbestände – wie die Vorgänge vom 1. Mai zeigten, nicht vollständig[44] – zur Verwahrung in die Reichswehrkasernen ab, wo sie mit Mitteln des bayerischen Staates (!) in kriegsbrauchbaren Zustand versetzt wurden. Sie blieben jedoch Eigentum der NSDAP und sollten erst mit dem Tage einer Mobilmachung auf den bayerischen Staat übergehen. Hitlers Behauptung, daß die Partei berechtigt gewesen sei, „jeden Tag die Waffen wieder an sich zu nehmen", stimmt daher insoweit, als v. Lossow versprochen hatte, sie für Übungszwecke auf Wunsch jederzeit zur Verfügung zu stellen[45]. Ab März wurde die SA in den Kasernen des 1. Bataillons des Infanterieregiments 19 in der Lothstraße und des Pionierbataillons 7 in der Winzererstraße – beide in der Nähe des Oberwiesenfeldes gelegen – von aktiven Reichswehrangehörigen durch Exerzieren und Gefechtsübungen mit scharfer Munition militärisch ausgebildet. Es war daher begründet, wenn Gürtner Ministerpräsident v. Knilling am 23. Mai wegen der Verfolgung von Landesverratsdelikten um „schleunigste Klarstellung" bat, „ob die [Mobilmachungs-]Pläne, die der Herr Landeskommandant uns vor einigen Monaten mitgeteilt hat, in irgend einer Form weiter verfolgt werden oder nicht"[46]. Hitlers Feststellung, daß die Bewaffnung der SA „der Regierung kein Geheimnis gewesen" sei, entspricht daher den Tatsachen, ebenso seine Behauptung, daß sich am 1. Mai 1923 auf dem Oberwiesenfeld kein „Haufen" – wie es im § 127 StGB hieß –, „sondern eine im Einvernehmen mit der Staatsregierung sowohl als der Reichswehr wohldisziplinierte, nach militärischen Grundsätzen durchorganisierte Truppe" befunden habe. Anders steht es jedoch mit seiner – gleichfalls zur Widerlegung des Tatbestandes aus § 127 StGB aufgestellten – Behauptung, daß die dort versammelte Truppe „nicht unbefugt bewaffnet gewesen" sei. Denn als Hitler, Kriebel und andere Führer der „Arbeitsgemeinschaft" v. Lossow am 30. April von ihren Absichten unterrichteten und ihn aufforderten, zu diesem Zweck die verwahrten Waffen herauszugeben, lehnte dieser das Ansinnen – trotz des bestehenden Versprechens, sie jederzeit zur Verfügung zu stellen – ausdrücklich ab[47]. Er erließ auch sofort ein entsprechendes Verbot an den

---

wird"; vgl. Sitzung vom 11. 4. 1923, zit. vor dem Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 334/20.

[44] In der nichtöffentlichen Sitzung vor dem Münchner Volksgericht am 28. 2. 1924 behauptete Hitler, es seien „sämtliche Waffen" eingeliefert worden; vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1111. Er gab aber später bei seinen Vernehmungen am 15. und 21. 4. 1926 zu, daß seine Organisation einen Teil ihrer Waffen in eigenen Depots behielt; in: Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaft München I, Nr. 3073.

[45] Vgl. Schreiben von Lossows an das Volksgericht München vom 15. 3. 1924, zit. im Untersuchungsausschuß, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 334/31 f.

[46] Schreiben Gürtners an von Knilling vom 23. 5. 1923, in: BayHStA, MA 100411. Eine Auflösung der SA wegen Verstoßes gegen § 127 StGB (vgl. Anm. 16) hätte diesen Plänen völlig widersprochen.

[47] In seinem Schreiben vom 15. 3. 1924 (vgl. Anm. 45) erklärte von Lossow: „Ich hätte ein Tor oder ein Verbrecher sein müssen, wenn ich als oberster Träger der Machtmittel des Staates in diesem Moment den Leuten, die am nächsten Tag sich gegen den Staat auflehnen wollten, und das ganz öffentlich erklärt hatten, Waffen in die Hand gegeben hätte. Nur ein ganz törichter oder bösartiger Mensch kann in diesem Verhalten am 30. April einen Wortbruch erblicken." In: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 334/33.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stadtkommandanten, den Kommandeur des Kasernenviertels und an den Waffenreferenten des Wehrkreiskommandos Hauptmann Röhm. Bei der Verquickung verschiedener Reichswehrstellen mit den Vaterländischen Verbänden – Röhm selbst war bis Ende April gleichzeitig im Stab der Organisation „Reichsflagge" tätig und leitete deren Münchener Bezirksverband[48] – wurde dieser Befehl einfach unterlaufen. Der Kommandeur des Pionierbataillons 7, der die militärische Ausbildung der SA leitete, gab die eingelagerten Waffen auf eigene Verantwortung heraus, da er der Überzeugung war, „daß die vaterländischen Organisationen von der Regierung gegen zu erwartende rote Ausschreitungen aufgeboten worden seien"[49]. Beim 1. Bataillon des Infanterieregiments 19 wurde den SA-Leuten, die die Kaserne mit ihren Ausbildungs- und Berechtigungsausweisen für den vorübergehenden Empfang von Übungswaffen betraten, die Mitnahme der Waffen trotz heftiger Proteste Görings allerdings verweigert. Mehrere Lastwagenladungen von Waffen und Munition verschafften sich die Nationalsozialisten hingegen aus der Luftschifferkaserne, in der sich ein Depot der geheimen „Feldzeugmeisterei" der Reichswehr befand, die die illegalen, vor der Ententekommission verborgenen „außeretatmäßigen" Waffen verwaltete. Die „Feldzeugmeisterei", deren Diensträume der „Arbeitsgemeinschaft" verschiedentlich zu Besprechungen dienten, wurde von Röhm geführt, der die Schlüsselstellungen innerhalb dieser Institution mit Männern der Vaterländischen Verbände besetzt hatte[50]. Aber auch von außerhalb Münchens brachte die SA an diesem Tage bislang versteckte eigene Waffen – darunter sogar ein Geschütz – heran, die aber unterwegs von der Polizei abgefangen und beschlagnahmt wurden. Hitlers Behauptung, daß die SA am 1. Mai 1923 „nicht unbefugt bewaffnet" gewesen sei, entbehrt angesichts der geschilderten Umstände daher jeglicher Berechtigung: das Recht, jederzeit über die eingelagerten Waffen zu verfügen, konnte sich schlechterdings nicht auf den illegalen Zweck erstrecken, gewaltsam gegen die von der Regierung genehmigte Maifeier vorzugehen.

Völlig haltlos ist auch Hitlers Argument, die bewaffnete Ansammlung auf dem Oberwiesenfeld sei im Sinne des § 127 StGB nicht unbefugt gewesen, weil sie außer-

---

[48] Die Verfügung des Reichswehrministers, die die Zugehörigkeit von Reichswehrangehörigen zu vaterländischen Verbänden verbot, wurde von von Lossow in Bayern zunächst nicht angewendet und erst nach einer nochmaligen Anordnung Geßlers vom 25. 4. 1923 durchgesetzt. Vgl. Röhm, Hochverräter, S. 178, 193 f.

[49] Eidesstattliche Erklärung Oberstleutnant Königsdorfers, inhaltlich wiedergegeben im Schreiben von Lossows an Staatsanwalt Dresse vom 23. 5. 1923, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 334/15. Die Frage, ob Königsdorfer bei einem Prozeß gegen Hitler mit angeklagt werden sollte, komplizierte die Anklageprobleme für die Staatsanwaltschaft, da es „unter Umständen ein rein militärisches Delikt war, das natürlich nicht zur volksgerichtlichen Zuständigkeit gehört hätte". Aussage Dresses vor dem Untersuchungsausschuß am 7. 10. 1927, in: ebenda, Bl. 320.

[50] Röhm wurde am 3. 5. seines Postens enthoben, aus dem Stab von Lossows im Wehrkreiskommando zu einer Kompanie nach Bayreuth versetzt und die „Feldzeugmeisterei" von seinen Vertrauensmännern gesäubert. Über diese Institution vgl. Niederschrift über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 334/35 ff.; ferner Gordon, Hitlerputsch, S. 148 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halb der Bannmeile erfolgt sei und die vaterländischen Organisationen „bisher noch immer ihre Verbände selbst aufgerufen haben, zu allen Übungen, auch unter Waffen", ohne sich jedesmal um das Einverständnis der Regierung kümmern zu müssen[51]. In der Tat hatte die „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände" von sich aus schon verschiedentlich große – militärisch ziemlich nutzlose – Felddienstübungen in der Umgebung Münchens abgehalten, ohne deswegen von der Regierung belangt worden zu sein: so am 25. März im Forstenrieder Park und am 15. April in der Fröttmaninger Heide. Doch hatten diese Ansammlungen Zwekken gedient, die von der Regierung unterstützt wurden, wenngleich die letztgenannte Übung auch als – untaugliches – Druckmittel gegen die Regierung gedacht war, um sie zur Annahme ultimativer Forderungen zu bewegen[52]. Gegenüber diesen militärischen Übungen hatte die Bereitstellung auf dem Oberwiesenfeld nach den eindeutig erklärten Absichten ihrer Initiatoren einen völlig anderen, rein politischen Zweck. Hitlers Argumentation, daß die SA auch dort mit den Waffen lediglich „von 7 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags exerzierte", ist ein untaugliches Verharmlosungsmanöver: daß es bei diesen Exerzierübungen blieb, ist schließlich nur darauf zurückzuführen, daß der Polizeikordon die Verwirklichung der ursprünglichen Absichten verhinderte.

Auch aus der vorherigen Verständigung staatlicher Stellen konnten Hitler und die Führer der „Arbeitsgemeinschaft" keine „Genehmigung" für ihr Vorhaben ableiten und sich damit nicht auf die mangelnde Erfüllung des subjektiven Tatbestandes des § 127 berufen. Bezeichnenderweise unterrichteten sie nicht den zuständigen Innenminister Schweyer, sondern jene Inhaber staatlicher Ämter, von denen sie sich Einverständnis oder Nachgiebigkeit erhofften: außer bei v. Lossow sprach Hitler am 30. April bei dem gleichfalls mit den Mobilmachungsvorbereitungen befaßten Chef des Landespolizeiamts v. Seißer[53] vor, ferner Kriebel bei Polizeipräsident Nortz. Doch die im Januar beim Reichsparteitag mit Erfolg angewendete Methode, die staatlichen Stellen gegeneinander auszuspielen und zu verunsichern, scheiterte: alle

[51] Auch bei seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung gab Hitler an: „Das Einverständnis der Regierung und Polizeidirektion zur bewaffneten Bereitstellung habe ich nicht für notwendig erachtet, denn die vaterländischen Verbände haben auch schon Übungen und sonstige bewaffnete Bereitstellungen abgehalten, ohne daß sie von der Regierung dazu aufgefordert waren und ohne deren Einverständnis vorauszusetzen." Zitiert im Untersuchungsausschuß, in: ebenda, Bl. 204.

[52] Es handelte sich um die Forderung auf Nichtvollstreckung von Haftbefehlen, vgl. voranstehend S. 310 und Röhm, Hochverräter, S. 186 ff. Die Kampfverbände nahmen ihren Rückmarsch durch die Bannmeile des Landtages und paradierten in der Prinzregentenstraße an Hitler vorbei.

[53] Bezeichnenderweise verwies von Seißer, der vom Innenminister zu politischen Verhandlungen nicht ermächtigt war, Hitler nicht an seinen unmittelbaren Vorgesetzten Schweyer und machte diesem über seine persönliche Unterredung mit Hitler auch keine Meldung, sondern benachrichtigte nur Nortz. Schweyer erfuhr davon erst am Nachmittag des 30. 4. Vgl. Aussage Schweyers vor dem Untersuchungsausschuß am 19. 10. 1927, in: Bay.HStA, Niederschrift, MA 103476/1, Bl. 381 f., Schreiben von Seißers an den Ausschuß vom 20. 10. 1927, in dem er den Vorwurf der Pflichtverletzung zurückwies, und Erwiderungsschreiben Schweyers vom 26. 10. 1927, in: ebenda, Bl. 468 ff. und 581 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei Gesprächspartner blieben diesmal fest und warnten vor einem Zusammenstoß mit den Staatsorganen. Nortz rief am Abend des 30. April die Vaterländischen Bezirksvereine Münchens, die bei ihrem Aufgebot als „Notpolizei" der Regierung zum Gehorsam verpflichtet waren, für den nächsten Morgen in der Hoffnung auf, sie damit von dem Unternehmen abzuspalten und als regierungstreue Gruppe in der Hand zu behalten. Als sich jedoch herausstellte, daß diese Verbände ihr widerrechtlich erfolgtes Selbstaufgebot damit nur legalisieren und auch andere Verbände den Aufruf Nortz' zu der Täuschung ausnutzen wollten, sie seien gleichfalls von der Regierung „legal" aufgeboten, mußte Nortz das Aufgebot auf Geheiß Schweyers widerrufen und den Widerruf in der Nacht durch Plakate bekannt machen lassen[54]. Auf einen Aufruf durch die Regierung konnte sich also keiner der Vaterländischen Verbände berufen. Mit ihren Mitteilungen bezweckten Hitler und die anderen Akteure aber auch gar nicht, eine Zustimmung der Regierung zu erreichen, sondern – wie es Schweyer treffend formulierte – ihr klar zu machen, daß sie „entschlossen seien, über den Kopf der Regierung hinweg ihre illegalen Machtmittel einzusetzen und Staat im Staate zu spielen"[55].

Mit Hitlers Behauptung, daß die SA in anderen bayerischen Orten „an diesem Tage ebenfalls unter Waffen in engster Fühlung mit Behörden für die Sicherheit und Ordnung eingetreten" sei, hat es folgende Bewandtnis. In Ingolstadt z. B. wurde die von Göring nach München befohlene SA vom Bezirksamt angewiesen, am Ort zu bleiben und als „Notpolizei" gegen die dort verbotenen öffentlichen Maifeiern zur Verfügung zu stehen. Festungskommandant Oberstleutnant Hofmann, zugleich Führer des selbständigen Kreises Niederbayern des „Bundes Bayern und Reich" (später „Bund Unterland") ließ die SA zu diesem Zwecke in die Kaserne einrücken[56]. Ähnlich wurde die SA auch in Freising und in Traunstein als „Notpolizei" verwendet.

Die erpresserische Drohung Hitlers gegenüber der Justiz steckt in der Formulierung seiner Denkschrift, daß es ihm bislang „infolge der Rücksicht, die ich dem Vaterlande schuldig bin", unmöglich gewesen sei, sich gegen die Anschuldigungen wirksam zu verteidigen, und er es deshalb begrüße, „diese Verteidigung im Gerichtssaale frei von diesen Rücksichten führen", d. h. die geheime Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen offen darlegen zu können, die ihn nach seiner Auffassung zum bewaffneten Auftreten berechtigt habe: „Durch Vorlage von schriftlichem Beweismaterial als auch durch Benennung mündlicher Zeugen" werde er einen „umfangreichen Beweis für die Richtigkeit" seiner Behauptungen führen. Es ist zu

[54] Vgl. Bericht von Nortz an Staatsanwalt Dresse vom 23. 5. 1923 und Aussage Schweyers vom 19. 10. 1927, in: ebenda, Bl. 141 ff. und Bl. 415 ff.

[55] Aussage Schweyers vom 19. 10. 1927, in: ebenda, Bl. 382. Auch im Protokollbuch der „Arbeitsgemeinschaft" wird unter dem 26. 4. 1923 der Beschluß vermerkt, von Lossow solle mit der Verständigung „vor eine vollendete Tatsache gestellt werden"; in: ebenda, Bl. 107.

[56] Hofmann hatte in der Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft" am 26. 4. 1923 im Namen seines Verbandes die gewaltsame Mai-Aktion bejaht; vgl. Bericht Hoegners vor dem Ausschuß vom 6. 10. 1927, in: ebenda, Bl. 172.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vermuten, daß sich Hitler bei diesen Formulierungen sowie bei den einzelnen Begründungen, warum der § 127 StGB gegen ihn nicht anwendbar sei, von einem Juristen beraten ließ. Nichtsdestoweniger trägt die Denkschrift unverkennbar Hitlers Diktion.

Daß die bewaffnete Aktion vom 1. Mai 1923 überhaupt möglich wurde und die Denkschrift von den Justizbehörden als erpresserische Drohung empfunden werden konnte, waren Folgen der Tatsache, daß sich maßgebliche Stellen der parlamentarisch-demokratischen Republik Bayern aus „nationalem Interesse" mit den antidemokratischen Kräften der extremen Rechten auf geheime und illegale Praktiken eingelassen hatten, obwohl diese Kräfte kein Hehl aus ihrer Absicht machten, jede noch so kompromißbereite Regierung des „Systems" bei passender Gelegenheit zu stürzen und die bestehende Staats- und Regierungsform zu beseitigen. Charakteristisch dafür ist die Erklärung Görings gegenüber dem Staatsanwalt bei seiner Vernehmung über die Vorgänge am 1. Mai 1923: „Wenn es der nationale Bestand des Vaterlandes erfordert, halte ich mich absolut für befugt, gegen den Willen der Regierung im Staat bewaffnete Trupps für die mir gut scheinenden Zwecke aufzustellen. In solchen Fällen werde ich immer über trockene Paragraphen und die Unfähigkeit von Parlamentsregierungen mich hinwegsetzen, da das Vaterland mir über alles steht, zumal ich alle Regierungen, die nach 1918 am Ruder sind, ebenfalls als unrechtmäßig betrachten muß, da sie durch einen Hochverrat, das größte Staatsverbrechen, an diesen Platz gekommen sind."[57] Aus dieser Äußerung und aus Hitlers Feststellung in der Denkschrift, daß er „als Deutscher, als ehemaliger Soldat und als Christ ... keine Reue" über seine Handlungsweise vom 1. Mai fühle, weil „eine spätere Nachwelt auch in dieser Frage gerechter urteilen" werde, spricht der anmaßende Anspruch, allein über die Erkenntnis des „nationalen Interesses" Deutschlands zu verfügen, das eigene illegale Vorgehen mit der angeblichen Unfähigkeit, Einsichtslosigkeit oder dem bösen Willen anderer rechtfertigen und den eigenen Willen ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz durchsetzen zu können. Die Denkschrift vom 16. Mai 1923 atmet daher den selben Geist, der Deutschland unter Hitler ins Verderben führte.

Dokument

[16. Mai 1923][58]

An die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I.
Betreff: Vorgänge am 1. Mai.

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei wurde am 5. Januar 1919 gegründet. Ihr einziges Ziel ist, die Beseitigung derjenigen Ursachen herbeizuführen, die zum Zusammenbruche des Vaterlandes innere Veranlassung gaben.

---

[57] Görings Aussage vor dem Staatsanwalt, von Hoegner im Untersuchungsausschuß am 6. 10. 1927 verlesen, in: ebenda, Bl. 203 f.

[58] Das von Hoegner nicht mitverlesene Datum der Denkschrift ergibt sich aus einer anderen Stelle seiner Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuß, in: ebenda, Bl. 209.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Demgemäß richtet sich ihr Kampf in erster und fast ausschließlicher Weise gegen die marxistische Lehre der Verneinung von Person, Volk und Staat, der Bejahung des Klassenkampfes. Die Bewegung sieht in dieser Lehre die wesentlichste Ursache der schweren Erschütterungen der gesamten heutigen Staatsgebilde überhaupt. Sie weiß sich einig in ihrem Kampfe mit den Tendenzen einer anderen großen, eine Nation aufrichtenden Strömung, die einen europäischen Staat bereits versucht aus den Klauen des internationalen Irrwahns zu retten[59].

Untrennbar, weil innerlich wesensverwandt, ist von dieser marxistischen Theorie die formale parlamentarische Demokratie. Wenn der Parlamentarismus einst schon jahrelang in Deutschland schalten und walten konnte, ohne zunächst grobsichtbare Folgeerscheinungen zu zeigen, dann nur deshalb, weil ihm in Krone, Armee und Beamtenkörper drei wirklich staatserhaltende Faktoren gegenüberstanden. Mit der Vernichtung der beiden ersteren, der Zersetzung des letzteren beginnt der demokratische Parlamentarismus erst seine verheerende Wirkung auf Staat und Volk ungehemmt auszuwirken.

Die nationalsozialistische Bewegung ist demgemäß Todfeindin des heutigen parlamentarischen Systems. Sie bekämpft die demokratische Majoritätsauffassung und wünscht an ihre Stelle eine germanische Demokratie der Führerautorität.

Demgemäß ist die Bewegung nicht Feindin einer starken Regierung, wohl aber eines unfähigen Parlaments.

Ihre Ziele sucht die Bewegung zu erreichen durch gründlichste Propaganda und Volksaufklärung, sowie durch schärfsten Kampf gegen die Schuldigen am Zusammenbruch des Vaterlands.

Solange die Partei ihren Gegnern als „ungefährliche Phantasterei einiger Ideologen" erschien, die einer tieferen Achtung nicht bedürfe, spielte sich der Kampf der Bewegung in ruhigen Formen ab. Die sozialdemokratische Presse beachtete die junge Bewegung kaum. In eben dem Maße, in dem die neue Lehre jedoch Fuß und Boden faßte und bis in die Fabriken hineingriff, begann gerade diese Presse mehr und mehr zu hetzen und das ehemalige Schweigen verwandelte sich in einen wütenden Haß. Die marxistische Welt, die mehr dem Terror ihren Bestand verdankt als irgendeine andere Zeiterscheinung, griff auch unserer jungen Bewegung gegenüber zu diesem Mittel. Vom Jahre 1920 ab setzte ein ununterbrochener Angriff in Form von Versammlungssprengungen, Rednerüberfällen usw. ein. Das Abhalten von Aufklärungsversammlungen außerhalb Münchens war um die Wende des Jahres 1920/21 zum Teil vollständig unmöglich. Es gab kaum einen Versammlungsleiter, kaum einen Redner, der nicht schon blutig geschlagen den Saal verlassen mußte. Diesem Terror entgegenzutreten, die Versammlungen durchzuführen, Redner und Leiter zu schützen, wurde aus jüngeren Parteigenossen im Jahre 1921 eine Schutzabteilung gebildet, die, da ihre Aufgabe zum Schluß ja immer den Angriff auf eine im Saal befindliche, zahlenmäßig meist gewaltig überlegene terroristische Opposition bedingte, sich Sturmabteilung taufte.

Die im August 1921 ins Leben gerufene Sturmabteilung war gänzlich unbewaffnet und erst die Tatsache, daß die marxistischen Sprengkolonnen meist mit Bleirohren, Eisen- und Brechstangen und ähnlichen Werkzeugen bewaffnet in unsere Versammlungen eindrangen, führte zur Anwendung des Gummiknüttls.

---

[59] Gemeint ist der italienische Faschismus. Mussolinis „Marsch auf Rom" vom Oktober 1922 schwebte Hitler 1923 als Vorbild für einen entsprechenden „Marsch auf Berlin" zur Errichtung einer nationalen Diktatur vor.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Solange dieser Anwendung kein Hindernis in den Weg gelegt wurde, konnte erstens annähernd die Ruhe in den Versammlungen wieder hergestellt werden und wurden zweitens ernstere Verletzungen von unserer Seite aus vermieden. Das Bewußtsein, daß im Saale eine Ordnertruppe mit 80 oder 100 Gummiknüppeln anwesend war, dämpfte die Sprenglust an und für sich meist schon sehr stark.

Das Verbot der Bayerischen Staatsregierung, daß das Tragen und die Anwendung von Gummiknüppel durch den Versammlungsschutz untersagte, führte

1.) zu einer ungeheuren Steigerung der Versammlungssprengungen, da man ja nun die Versammlungsteilnehmer ungesichert wußte, aber 2.) auch zu sehr schweren Verletzungen, da die Versammlungsteilnehmer eben jetzt zu einer anderen Waffe griffen, in der Not des Augenblickes zum Stuhlbein oder Messer, oder manchesmal auch eben zur Pistole.

Um Versammlungen in bisher noch nicht bearbeiteten Gebieten zu ermöglichen, war die Bewegung gezwungen, ihre Sturmabteilungen auch außerhalb ihrer Standorte einzusetzen. Zu diesem Zwecke fand eine bestimmte Gliederung in Achtergruppen und Hundertschaften statt.

Die im Laufe des Jahres 1922 sich immer mehr häufenden terroristischen Anfälle gegen Parteigenossen, die einen weiteren Anreiz erhielten durch das allmähliche Bekanntwerden der Tatsache, daß die Staatsregierung Angehörigen der nationalsozialistischen Bewegung grundsätzlich Waffenpässe verweigerte mit einer Konsequenz, daß selbst krummgeschossene Offiziere mit höchsten Auszeichnungen nun nicht mehr die Ehre hatten, eine Pistole tragen zu dürfen, weil sie Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung waren, führten zu einer wilden Bewaffnung auf eigene Faust, da trotz aller Achtung vor der Staatsautorität dem einzelnen doch nicht zugemutet werden darf, sich wehrlos abschlachten zu lassen.

Im Großen jedoch als Organisation war die Sturmabteilung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zum Unterschied aller anderen der Regierung wohlbekannten Organisationen bis zum Dezember 1922 unbewaffnet.

Eine Änderung dieses Zustandes trat ein, als mit der Besetzung des Ruhrgebietes die Frage des Seins oder Nichtseins Deutschlands endgültig aufgeworfen wurde.

Zwei Möglichkeiten bleiben der Nation nun noch offen: Verhandlungen mit Erfolg, d. h. Räumung des Ruhrgebiets, oder Verhandlungen ohne Erfolg, d. h. dauernder Verlust des Ruhrgebietes. – Das erste ist nur möglich, wenn der Verhandelnde Macht besitzt und diese Macht, sie setzt in Deutschland voraus die grundsätzliche Lösung der Frage: National oder International.

Die zweite Möglichkeit, der Verlust des Ruhrgebiets, bedeutet Krieg.

Infolge der Vorgänge beim Parteitag der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei fand ein Zusammenschluß derjenigen Verbände statt, die grundsätzlich bereit waren, ihre Mitglieder wenn notwendig gegen den Feind im Innern oder den Feind nach außen zum Kampf antreten zu lassen.

Diese Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände stand damit vor zwei Aufgaben[60]:

[60] Über die Aufgaben hatte Hitler auf Bitten Röhms am 19. 4. 1923 eine detaillierte Denkschrift erarbeitet: „Zweck und Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Kampfverbände", abgedruckt bei Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 902 ff.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1.) Sicherung einer nationalen Regierung Deutschlands und dort, wo sie nicht gegeben ist, Herbeiführung einer solchen.

2.) Sicherung einer evtl. Verteidigung Deutschlands gegen Frankreich.

Das enge Bündnis der Kampfverbände ergab zunächst die Möglichkeit einer gemeinsamen Organisation und Leitung. Ihre politische Führung hat als Aufgabe die Wiederherstellung der Ehre des deutschen Namens, ihre militärische Führung die Aufgabe der Wiederherstellung der Bereitwilligkeit, für diese Ehre, wenn notwendig, mit der Waffe einzutreten.

Die Leitung dieser Arbeitsgemeinschaft trat in Verbindung mit Regierung und Reichswehr und sicherte dadurch

1.) die Ausrüstung,

2.) die Ausbildung,

3.) die Organisation der Mobilmachung der in den Vaterländischen Kampfverbänden zusammengeschlossenen Mitglieder.

In der Folge dieser von der Arbeitsgemeinschaft nunmehr übernommenen Aufgabe ergab sich für die S.A. der N.S.D.A.P. die Notwendigkeit einer Neuorganisation der S.A. nunmehr nach militärischen Gesichtspunkten in Zusammenarbeit mit den Reichswehrbehörden, also Gliederung in kriegsbrauchbare Formationen, weiter die Versorgung mit Waffen und endlich die Durchführung einer militärischen Führerbesetzung.

Wie aus einer Reihe von Abkommen, die teils mündlich teils schriftlich sowohl mit der Bayerischen Staatsregierung als auch mit der Leitung der bayerischen Reichswehr getroffen wurden, zweifelsfrei und klar hervorgeht, ist die Bewaffnung der vaterländischen [Verbände] und damit auch der S.A. der Regierung kein Geheimnis gewesen. Wie aus weiteren Vereinbarungen auch erwiesen wird, daß im Gegenteil staatliche Institutionen (Reichswehr) den einzelnen Verbänden gegenüber die Instandsetzung der Waffen übernommen haben.

Die von der N.S.D.A.P. unter schweren Geldopfern zum Teil aus ausländischen Schieberhänden dem Vaterlande geretteten Waffenbestände wurden auf Grund genauester Zusicherungen ebenfalls der Reichswehr mit der Bitte überstellt, sie in einen kriegsbrauchbaren Zustand zu versetzen. Ausdrücklich wurde festgelegt, daß die Organisation die alleinige Besitzerin des gesamten Materials ist und bleibt, und berechtigt ist, jeden Tag die Waffen wieder an sich zu nehmen, und daß erst in der Stunde, in der Deutschland bezw. Bayern zum bitteren Kampf nach außen antreten muß, die Waffen Eigentum des bayerischen Staates sind.

Die Kampfverbände haben ihre Mitglieder im Zusammenarbeiten mit den in Frage kommenden Staatsstellen an diesen Waffen ausbilden lassen. Sie haben zu diesem Zwecke auch Übungen veranstaltet, die zum Teil unter Waffen stattfanden. Der Aufruf erfolgte stets von der Leitung der Kampfverbände.

Die Stellung der Vaterländischen Kampfverbände zur Maifeier war durch zwei große Sorgen bestimmend beeinflußt.

1.) Wenn auch viele Deutsche nicht, dann erkennt aber doch zu mindest die ganze andere Welt, daß die tiefste Ursache unseres Unglücks in unserer internationalen Verseuchung und Vergiftung liegt. Mit Wohlgefallen blicken die Feinde Deutschlands und mit Besorgnis seine wenigen Freunde auf eine Entwicklung, die auch heute noch diesem entsetzlichen Irrsinn huldigen [sic]. Ein einziges Land schien sich für Freund und Feind aus diesem Verderben allmählich befreien zu wollen, Bayern. Die großen Hoffnungen, die von vielen der besten Deutschen heute auf Bayern gesetzt wurden, sind gegründet auf

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Glauben, daß von hier aus die Befreiung des Vaterlandes aus den Händen seiner internationalen Verderber erfolgen würde.

Die Feier des ersten Mai, die in diesem Jahre in München in einem Umfang stattfinden sollte, wie noch nie zuvor, mußte diesen Glauben gerade in einem Augenblicke aufs schwerste erschüttern, in dem das übrige Reich mehr denn je Stärkung nötig hat. Es mußte diese Feier aber niederdrückend für die überwältigende Menge einer Stadt wirken, die in der roten Fahne des 1. Mai das Blut der Geiseln vom Jahre 1919 sehen und fühlen muß. Die Staatsregierung hätte nicht nur Rücksichten zu nehmen auf die Gefühle der den [1.] Mai meist unter unglaublichsten Terror Feiernden, sondern doch mehr auf die, die in dieser Feier und in dieser Flagge die schmerzlichste Erinnerung an das zusammenbrechende Vaterland sehen. Hunderttausende der besten Deutschen, nämlich derjenigen, die vielleicht mit ihrem Blute gutzumachen haben, was die Verbrecher der roten Fahne einst verschuldeten, sehen in dieser Feier eine unerhörte Provokation, sie empfinden es als schamlos, an der Waffe ausgebildet zu werden und vielleicht schon in wenigen Tagen wieder dem Tod für das Vaterland entgegenzugehen, während diese gleiche Regierung, die sie dafür vertragsmäßig verpflichtet, die Vernichter des Vaterlandes unter ihren behördlichen Schutz nimmt.

2.) Bei der Spannung, in der sich Deutschland befindet und die nicht ewig aufrechterhalten wird, sondern die so oder so zur Entladung drängt, konnte so wie an jedem Tag, besonders an diesem ersten Mai in Mitteldeutschland eine Entwicklung sich vervollständigen, für die die rote Fahne nicht mehr Partei-, sondern Staatsfahne sein wird. Die Ankündigungen der roten Presse reden hier eine zu drohende Sprache, als daß der, der nicht durch sträflichen Leichtsinn einen 7. November 1918 heraufbeschwören wollte, gleichgültig zusehen könnte. Die Behauptung, daß die staatlichen Machtmittel genügten, um die Autorität der Regierung zu sichern, ist ein Irrsinn und wird durch die gewaltigsten historischen Tatsachen widerlegt. Sie haben nicht genügt im Jahre 1918, sie haben nicht genügt in der ganzen Revolutionsperiode der Jahre 1919, 1920 und 1921, sie haben nicht in Oberschlesien genügt und genügen jetzt nicht in der Ruhr und werden vielleicht schon morgen in der schwersten Katastrophe, die Deutschland je im Innern traf, genau so versagen. Immer noch mußte der Appell an die Liebe zum Vaterland zahlreicher junger Deutscher gerichtet werden, die dann mit ihrem Blut gutzumachen hatten, was staatliche „Autorität" vorher versäumte.

Aus diesen Erwägungen heraus haben die Vaterländischen Kampfverbände den Entschluß gefaßt, einerseits an die Regierung mit der dringendsten Bitte heranzutreten, diese Feier des ersten Mai in einer Stadt zu verbieten, die diese Feier in ihrer überwältigenden Majorität als Provokation empfindet, andererseits an diesem Tage in vollster Bereitschaft dafür zu sorgen, daß München nicht ein zweites Mal den Sowjetstern über seinen Mauern aufgehen sehen wird.

Als Deutscher, als ehemaliger Soldat und als Christ fühle ich keine Reue über die Haltung auch meiner Bewegung und meiner persönlichen Stellungnahme an diesem Tage, sondern nur Scham über die Haltung eines Staates und einer Staatsregierung, die sich zur Schützerin jüdischer Sowjetfeste aufraffte, die bereit war, zum Schutze der Vaterlandszerstörer mit der Waffe gegen die kommenden Vaterlandsverteidiger vorzugehen. Ich fühle weiter keine Reue darüber, weil ich weiß, daß eine spätere Nachwelt auch in dieser Frage gerechter urteilen wird.

Tatsächlich haben die Vaterländischen Kampfverbände für den 1. Mai ihre Mitglieder alarmiert und trafen dieselben dann auch zum Teil in der Nacht, zum Teil am frühen Morgen in ihren Bereitschaftsstellungen ein.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Sturmabteilung der N.S.D.A.P. sammelte im Laufe des frühen Morgens auf Oberwiesenfeld, also außerhalb der Bannmeile, faßte dort einen Teil der Bewegung gehörigen [sic] Waffen und – exerzierte. Es hat kein Mann mit Waffen das Oberwiesenfeld verlassen, bis nach Beendigung der roten Sowjetfeier die Bereitschaft aufgehoben, die Waffen wieder abgeliefert [wurden] und die Mannschaften wieder abrückten.

Aus diesem Vorfalle versucht die Staatsanwaltschaft den § 127 des R.Str.G.B. in Anwendung zu bringen. Da ich seit Wochen in Presse und Landtag auf das ungeheuerlichste beschimpft werde, die Organisation als Schaden des Vaterlandes, ja Verbrechen am deutschen Volk hingestellt wird, ohne daß mir infolge der Rücksicht, die ich dem Vaterlande schuldig bin, die Möglichkeit einer öffentlichen Verteidigung zur Verfügung steht, bin ich dem Schicksal nur dankbar, daß es mir nun gestattet, diese Verteidigung im Gerichtssaale frei von diesen Rücksichten führen zu können.

Ich erkläre damit, daß ich die Anwendung des § 127 R.Str.G.B. als unzulässig [emp]finde aus folgenden Gründen:

1.) Befand sich an diesem Tage auf Oberwiesenfeld nicht ein „Haufen", sondern eine im Einvernehmen mit der Staatsregierung sowohl als der Reichswehr wohldisziplinierte, nach militärischen Grundsätzen durchorganisierte Truppe.

2.) Im Großen wurde diese Truppe nicht unbefugt bewaffnet, sondern es sind diese Waffen anerkanntes Eigentum dieser Organisation genau so wie die der anderen Organisationen auch, können jederzeit in Empfang genommen werden und sind in Empfang genommen worden, nicht zum Schaden, sondern zum Schutze des Vaterlandes. Es ist mit ihnen kein Mißbrauch getrieben worden.

3.) Die Ansammlung fand außerhalb der Bannmeile statt und hat diese nirgends berührt. Das Recht zum Aufruf zu dieser Ansammlung steht der Organisation zu und stand ihr bis dorthin auch zu.

Tatsache ist, daß die Organisationen bisher noch immer ihre Verbände selbst aufgerufen haben, zu allen Übungen, auch unter Waffen, und Tatsache ist weiter, daß das auf dem Oberwiesenfeld aufgebotene Regiment ebenfalls übte, d. h. von 7 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags exerzierte.

Im übrigen füge ich noch bei, daß in einer Reihe anderer Orte die Vaterländischen Kampfverbände und darunter besonders die Sturmabteilung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei an diesem Tage ebenfalls unter Waffen in engster Fühlung mit Behörden für die Sicherheit und Ordnung eingetreten sind.

Als Angeklagter mache ich weitere Angaben nicht, bin jedoch entschlossen, durch meine Verteidigung einen umfangreichen Beweis für die Richtigkeit meiner Auffassung anzutreten. Weiter werde ich für die Wahrheit meiner tatsächlichen Behauptungen durch Vorlage von schriftlichem Beweismaterial als auch durch Benennung mündlicher Zeugen den Beweis erbringen.

gez. Adolf Hitler.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

JAN FOITZIK

ZUR AKTUELLEN ARCHIVSITUATION IN POLEN UND IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Erst ein Jahr ist es her, daß sich die Archive in den früheren sogenannten real existierenden sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas für den allgemeinen wissenschaftlichen Gebrauch zu öffnen begannen. Der neuen Zeit eilten nur die Polen voraus, deren Archivverwaltung schon seit vielen Jahren auch für die Bedürfnisse der Zeithistoriker ein offenes Ohr hatte. Doch selbst dort war die historische Wahrheit noch vor einem halben Jahr ein journalistisches Reizthema, und kaum ein Tag verging, an dem die Presse keine neuen Meldungen zur Archivsituation präsentierte. Glaubt man der Tagespresse, so gab es Länder, in denen über Nacht ganze Archivbestände verschwanden, in anderen wurden auf eine ebenso wundersame Weise wiederum ganze Archive entdeckt, deren Existenz vierundzwanzig Stunden zuvor der zuständige Minister noch dementiert hatte. Doch es gab tatsächlich eine Zeitlang auch die Möglichkeit, in amtlich inexistenten Facharchiven zu arbeiten, während es zugleich schwierig war, auf dem regulären Dienstweg eine Arbeitserlaubnis für die offiziellen Einrichtungen zu erhalten. Und auch für die Zukunft hinterläßt der radikale Umbruch der Jahre 1989/1990 Spuren in der Archivlandschaft. Zahlreiche archivalische Organisationseinheiten sind in dieser Zeit voreilig zerstört, Bestände zerrissen, reorganisiert oder gar mit ungeklärtem Schicksal ins Ausland „ausgelagert" worden, und die anfängliche „revolutionäre Euphorie" der Öffentlichkeit hielt sowieso nie Schritt mit der Gewissenhaftigkeit der Administration, deren Argument des „öffentlichen Schutzinteresses" selbst bei demokratisch bestellten Parlamentariern erfahrungsgemäß schwerer wiegt als das Informationsrecht einer sich nach verordneter historischer Amnesie emanzipierenden Öffentlichkeit.

Die Anpassung der gesetzlichen Benutzungsvorschriften an die neue politische Lage kann nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden, die Parlamente haben anscheinend wichtigeres zu tun, als sich mit den speziellen Problemen der historischen Forschung zu beschäftigen. Diese Einstellung macht es möglich, daß im Archivwesen punktuell einschneidende Maßnahmen getroffen werden, ohne daß eine breitere Fachöffentlichkeit an der Vorbereitung solcher oft weitreichenden Entscheidungen beteiligt wird. Grundsätzlich gelten aber noch die alten gesetzlichen Bestimmungen, die für das staatliche Archivgut in Polen und in der Tschechoslowakei eine fünfzigjährige Benutzungssperrfrist vorsehen. Liberal verfahren die polnischen Archive, deren Fachleute für eine allgemeine Sperrfrist von dreißig Jahren eintreten und in der Praxis bereits weitgehend beachten. Anders entwickelte sich innerhalb eines Jahres das Meinungsbild in der Tschechoslowakei. Auch dort plädierten die Fachleute nach dem Umbruch zunächst mehrheitlich für die dreißigjährige Sperrfrist; inzwischen hört man jedoch, daß die administrativen Fachgremien für die Beibehaltung der alten fünfzigjährigen Benutzungssperre eintreten und auch einen zusätzlichen „Schutz besonderer Staatsinteressen" gewährleistet sehen wollen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Regelungen gelten für die staatlichen Archive, die in den Zuständigkeitsbereich der Innenministerien fallen. Zu den Besonderheiten der osteuropäischen Archivlandschaft gehört es allerdings auch, daß das Archivgut von zentralen staatlichen Behörden nicht ausschließlich an die zentralen Staatsarchive abgegeben wird, sondern vielfach in besonderen Archivabteilungen dieser Ämter verbleibt. Diese Praxis ist beispielsweise sowohl beim polnischen wie auch beim tschechoslowakischen Außenministerium anzutreffen; diese unterhalten ihre eigenen sogenannten Archive besonderer Bedeutung, wie sie offiziell in der Tschechoslowakei heißen (die polnische Version lautet: sogenannte ausgegliederte Archive), und sind dort in der Handhabung der Benutzungsvorschriften durch die allgemeinen gesetzlichen Festlegungen nicht gebunden. Zu dieser Kategorie der besonderen Archive gehört eine Vielzahl von bedeutenden Archiven, wie etwa die Parlaments- oder Präsidialarchive sowie verschiedene Archive im Bereich der Verteidigungs- und Innenministerien. Bei den regionalen Archiven fallen diese fachspezifischen Besonderheiten, wenn den Beschreibungen gefolgt werden kann, nicht im gleichen Maße ins Gewicht.

Nach dem alten Recht wurde Ausländern eine Arbeitsgenehmigung für die staatlichen Archive durch die bei den Innenministerien angesiedelten Archivverwaltungen erteilt. In Polen ist diese Praxis noch in Kraft (Postanschrift: Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych, Wydział Współpracy Z Zagranicą, ulica Długa 6, skrytka pocztowa Nr 1005, PL-00-950 Warszawa), die Benutzungserlaubnis wird nach genauer Angabe des Forschungsthemas und der ins Auge gefaßten Archive jeweils für das laufende Jahr erteilt. In der Tschechoslowakei wurde eine ähnliche Bestimmung zum 1. Januar 1991 aufgehoben und das Verfahren verkürzt: Die Benutzungserlaubnis erteilt nunmehr für die Dauer eines Jahres weisungsunabhängig unmittelbar der Direktor des staatlichen Zentralarchivs (Anschrift: Státní ústřední archiv, Karmelitská 2, Praha 1, 118 01).

Generell gilt, daß es in jedem Fall in praktischer Hinsicht sinnvoll und aus Gründen der allgemeinen Vertrauensbildung empfehlenswert ist, zunächst das anvisierte Archiv zu kontaktieren und sich dort mit Rat und auch tatkräftiger Hilfe der sachkundigen Archivare um gegebenenfalls erforderliche weitere formale Genehmigungen zu bemühen, da auf diese Weise das gesamte Verfahren, unabhängig von allen in legislativer Bewegung befindlichen Modalitäten, abgekürzt werden kann. Durch dieses Vorgehen ist ebenfalls sichergestellt, daß der Benutzer bei den sogenannten Archiven besonderer Bedeutung unmittelbar die allein mit Entscheidungsbefugnis ausgestattete Instanz kontaktiert. Freilich kann in diesen sogenannten Archiven besonderer Bedeutung das Genehmigungsverfahren für Ausländer langwierig werden, weil die Entscheidung des Archivleiters in solchen Fällen – dem Vernehmen nach – durch die Behördenleitung abgesichert wird. Im Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministeriums, in dessen Einrichtungen manchmal auch zivile Bestände deponiert sind, ist zwar der formale Instanzenweg bekannt, gleichwohl dürfte bei manchem prospektiven Benutzer bereits der Hinweis auf die vorgeschriebene Sicherheitsüberprüfung die wissenschaftliche Wißbegier paralysieren.

Bei Archivgut der allgemeinen staatlichen Archive, das älter ist als fünfzig Jahre (in der Tschechoslowakei) oder nicht mehr der gewohnheitsrechtlich beachteten Sperrfrist von dreißig Jahren unterliegt (in Polen), darf davon ausgegangen werden, daß die Benutzungsgenehmigung als Formsache betrachtet wird. In der Regel gilt dies bei gleichen Voraussetzungen auch für die meisten Archive besonderer Bedeutung. Eine verallgemeinerbare Aussage über das Genehmigungsverfahren zur Auswertung jüngerer Archivbestände läßt sich nicht treffen. Ein solcher Antrag ist nicht grundsätzlich aussichtslos in

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den sogenannten Archiven besonderer Bedeutung, allerdings ist das Verfahren verhältnismäßig zeitaufwendig und erfordert überdies ein gewisses Maß an Eigeninitiative.

Im entsprechenden Archiv selbst ist durch den Forscher ein Benutzungsantrag auszufüllen, der vom Archivdirektor genehmigt wird. Hierbei wird auf eine präzise Themenangabe Wert gelegt, wobei diese während des Aktenstudiums ergänzt bzw. erweitert werden darf. In dieser persönlichen Benutzerliste werden schließlich die Signaturen der ausgehändigten Aktenstücke dokumentiert.

Die Archivbenutzungsordnungen in Polen und der Tschechoslowakei unterscheiden sich nicht von den bundesdeutschen. Anachronistisch mutet jedoch an, wenn es beispielsweise in der tschechoslowakischen Archivbenutzungsordnung heißt, daß Exzerpte nur mit Bleistift angefertigt werden dürfen und eine Abweichung davon genehmigungspflichtig sei. Selbstredend ist diese Bestimmung in praktischer Hinsicht weitgehend außer Kraft, die Benutzung des Kugelschreibers infolge fahrlässiger Unkenntnis der Archivbenutzungsordnung wurde zumindest nicht beanstandet. Bestellte Akten werden in den meisten Archiven bereits einen Tag später dem Benutzer zum Studium ausgehändigt. Wegen der zahlreichen Reorganisationsmaßnahmen kann es jedoch vorkommen, daß die Bestellfristen wesentlich länger ausfallen. Für Benutzer des Zentralen Staatsarchivs in Prag empfiehlt es sich, das Aktenmaterial schon etwa zwei Wochen vor Aufnahme des Aktenstudiums schriftlich zu bestellen, weil Materialien auch aus Außendepots herangeführt werden müssen. Eine rechtzeitige Voranmeldung bzw. telefonische Absprache ist auch wegen des bisweilen auftretenden Arbeitsplatzmangels empfehlenswert.

Die Arbeitsbedingungen sind in den zentralen Staatsarchiven gut, die Öffnungszeiten benutzerfreundlich und großzügig gestaltet. Im Archiwum Akt Nowych in Warschau, aleje Niepodleglosci, kann von Montag bis Freitag von 9–19 Uhr und sogar samstags bis 15 Uhr gearbeitet werden; der Arbeitsraum des Státní ústřední archiv Prag, in der Karmelitská, ist wochentags von 8.30 bis 18.30 Uhr geöffnet. In den besonderen Archiven gelten mit kleinen Ausnahmen die allgemeinen Arbeitszeitbeschränkungen. In Polen ist allerdings zu beachten, daß die staatlichen Archive während der Sommerferien (etwa ab Mitte Juli bis einschließlich September) nur einen Notdienst aufrechterhalten und bereits um 15.30 Uhr schließen. Daß in den Sommermonaten in Polen zahlreiche öffentliche Einrichtungen ihre Pforten für den Publikumsverkehr ganz schließen, sei an dieser Stelle ebenfalls erwähnt. In arbeitstechnischer Hinsicht ist zu beachten, daß nicht immer mit einer Kopiermöglichkeit gerechnet werden kann. Zwar sind die zentralen Staatsarchive beider Länder technisch durchaus in der Lage, Fotokopien, Mikrofilme u. a. anzufertigen, doch fehlt diese Arbeitstechnik vielfach in den Außenstellen. Ob die alten restriktiven Bestimmungen über die Ausfuhr von Fotokopien noch in Kraft sind, ist umstritten: So ist es beispielsweise vorgekommen, daß die Herstellung von Kopien in einem außerhalb der staatlichen Jurisdiktion stehenden Archiv von der Vorlage einer staatlichen Ausfuhrgenehmigung abhängig gemacht wurde, diese aber aus sachlichen Gründen nicht blanco erteilt werden konnte. Im allgemeinen stößt man jedoch in solchen komplexen Problemlagen auf Verständnis, wenn man zuständige Stellen mit Sensibilität, notfalls auch mit hilflosem Humor, auf gewisse objektive Grundstrukturen aufmerksam macht.

Die verantwortungslose Unart von Benutzern und Ämtern, Originale aus den archivalischen Sammlungen zu entfernen, ist offenbar in den letzten Jahrzehnten weit verbreitet gewesen, wie man sowohl von Archivmitarbeitern als auch von Benutzern erfährt. Auf diese Weise sollen ganze Bestände bis zur Unkenntlichkeit zerstört worden sein. Daß die Benutzungsräume heute vielfach mit Hilfe von Kameras überwacht werden, mag in die-

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sem Kontext stehen. Als selbstverständlich gilt wohl, daß sich Ausländer in den sogenannten Archiven besonderer Bedeutung, also in den Archivabteilungen von Ministerien und ähnlichen zentralen Ämtern, täglich durch Reisepaß auszuweisen haben und eventuell auch mit der Kontrolle des Handgepäcks rechnen müssen. Ausländische Besucher dürfen sich aus verständlichen Sicherheitsgründen auch nur in Begleitung einer Amtsperson im Dienstgebäude bewegen, und es ist sinnvoll, solche international üblichen Verfahren zu respektieren und die Bewegungsbedürfnisse dementsprechend auf ein Minimum zu beschränken.

– Archiwum Akt Nowych (AAN) Warszawa

Das Archiv wurde 1948 reaktiviert und ist zuständig für Amtsakten der obersten Behörden des polnischen Staates seit 1918. Nach dem Organisationsstatut von 1970 besteht es aus fünf Abteilungen: Abteilung I: Archivmaterial aus der Zeit 1918–1945, Abteilung II: Akten der zentralen Staats- und Wirtschafts-, Kredit- und Finanzorgane im Zeitraum nach 1944/45, Abteilung IV: Akten der zentralen gesellschaftlichen und Berufsorganisationen ebenfalls ab 1944/45, Abteilung V: Evidenz, Information und Benutzung. Nach der Verstaatlichung des Zentralen Archivs der ehemaligen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wurden dessen Bestände als Abteilung VI, auch „Archiv der polnischen Linken" (Archiwum Lewicy Polskiej) genannt, dem AAN inkorporiert.

Die Deposita des Archiwum Akt Nowych befinden sich in der aleje Niepodleglosci 162 in Warschau, im Gebäude der Hochschule für Planung und Statistik (Szkola Glówna Planowania i Statystyki). 1985 wurde der Umfang des Gesamtbestands mit 10000 laufenden Metern angegeben. Die Bestände der Abteilung VI des AAN sind im Senats-Gebäude in der ulica Górnoślaska 18/20 geschlossen verwahrt. 1985 wurde dieses Aktenmaterial mit 1300 laufenden Metern quantifiziert.

Leider fehlt ein aktuelles Bestandsverzeichnis des AAN, das letzte ist bereits vor fast zwanzig Jahren erschienen: Archiwum Akt Nowych w Warszawie. Przewodnik po zasobie archiwalnym. Red. Mieczyslaw Motas. Warszawa 1973. Neueren Datums ist das Bestandsverzeichnis der nunmehrigen Abteilung VI des AAN: Centralne Archiwum KC PZPR: Przewodnik po zasobie akt do 1948 r. Warszawa 1989.

Allein die Abteilung II des AAN verfügt laut Verzeichnis über 166 laufende Meter deutschsprachigen Archivguts, darunter beispielsweise 100 laufende Meter im Bestand 251 (Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. 1940–1944) oder 30 laufende Meter Regierung des Generalgouvernements in Krakau 1939–45 (Bestand 233). Deutschsprachiges Archivgut ist auch in den staatlichen Wojewodschaftsarchiven zu finden, insbesondere in Schlesien und in Pommern. Die Staatsarchive der Wojewodschaften sind in den vierziger und fünfziger Jahren errichtet worden, analog zum Zentralarchiv verwahren sie Amtsaktengut der regionalen Verwaltungsorgane. Das Wojewodschaftsarchiv in Wroclaw (Breslau) verwahrt beispielsweise auch das sogenannte Hexenarchiv des Reichssicherheitshauptamts der SS der NSDAP, das nach Auskunft einer enttäuschten themenkundigen Benutzerin allerdings lediglich aus Materialien amtlicher „Hexen"-Abstammungsforschung besteht. Von den aus der staatlichen Archivverwaltung ausgegliederten Archiven seien insbesondere genannt: Das Archiv der Polnischen Akademie der Wissenschaften, das Archiv des Statistischen Zentralamts, das Zentrale Militärarchiv, das Archiv des Außenministeriums, die Universitäts- und die zahlreichen Kirchenarchive. Eine detaillierte Übersicht über die Organisationsstruktur des polnischen Archivwesens bieten Halina Robótka, Bohdan Ryszewski, Andrzej Tomczak: Archiwistyka. Warszawa 1989.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– Státní ústřední archiv v Praze (SUA)

Dieses Archiv mit Filialen in der Karmelitská und am Loretánské náměstí auf der Burg (Adresse: Karmelitská 2, Praha 1, 118 01) ist das tschechoslowakische Gegenstück zum polnischen AAN. Es ist 1954 durch die Zusammenlegung früherer Zentralarchive entstanden und verwaltet in seinen neueren Abteilungen – neben Aktengut von Interessenverbänden, privaten Sammlungen und Nachlässen – insbesondere das nach 1848 entstandene Dokumentengut der Staatsverwaltung. Die II. Abteilung verwahrt Archivmaterial aus der Zeit von 1848 bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, die III. Abteilung Dokumente aus dem Zeitraum 1867–1918, und die IV. Abteilung ist für die Zeit von 1918 bis 1945 zuständig. Am 30. Juni 1985 wurden in diesen drei Abteilungen insgesamt 183 Bestände ausgewiesen. Sie sind detailliert beschrieben in: Vrbata, Jaroslav u. a.: Státní ústřední archiv v Praze. Průvodce po archivních fondech a sbírkách. Teil II, 2 Bde. Praha 1987 und 1988.

Am 1. Januar 1991 ist das Archiv des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verstaatlicht und seine Bestände sind am 1. Februar 1991 durch das Zentrale Staatsarchiv übernommen worden. Allerdings wurden aus den Beständen des Parteiarchivs schon im letzten Jahr einige Sammlungen geschlossen entfernt. So wurde beispielsweise das sogenannte Beneš-Archiv, das vor dem Krieg im Archiv des Außenministeriums deponiert war und eigentlich eher im Archiv der Kanzlei des Staatspräsidenten der ČSFR seinen Platz finden sollte, im Historischen Institut der tschechoslowakischen Armee untergebracht. Es überrascht daher nicht, daß über den Inhalt des Archivs nur Gerüchte kursieren; die komplizierte Zugangsbeschränkung aufgrund der vorschriftsmäßigen Sicherheitsüberprüfung könnte den einen oder anderen künftigen Archivbenutzer dazu veranlassen, die National Archives in Washington aufzusuchen, wo die wichtigsten Teile des Archivs in Kopie liegen. Denn amerikanische Dienststellen waren es schließlich, mit deren Hilfe nach Kriegsende das Archiv aus England in die Tschechoslowakei gebracht worden war und die bei dieser Gelegenheit auch gleich Einblick in die Materialien genommen hatten, bevor sie widerrechtlich in den Verließen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verschwanden. Übrigens befindet sich ein Verzeichnis des ursprünglichen Bestandes auch auf den in bundesdeutschen Archiven allgemein zugänglichen OMGUS-Microfiches; den militärischen Fachleuten war freilich bei der Sichtung des Materials die Sammlung als nicht besonders interessant erschienen, so daß nicht alles verfilmt worden ist.

Wie in Polen existiert auch in der Tschechoslowakei ein dichtes Netz von staatlichen Regionalarchiven, bestehen zahlreiche weitere Archive besonderer Bedeutung usw. In der Slowakei arbeitet ein eigenständiges Zentrales Staatsarchiv in Preßburg (Bratislava), in dem aufgrund der Geschäftsverteilungspläne für die Zeit nach 1945 auch zahlreiche Doubletten von Aktenmaterial der zentralen Ämter vorhanden sein müßten.

Aufgrund der neueren Reorganisationsmaßnahmen versteht es sich von selbst, daß vollständige aktuelle Bestandsübersichten weder im Warschauer AAN noch im Prager SUA vorliegen. Allerdings informieren und beraten die Archivfachkräfte objektiv über vorhandene Bestände. Die mit großer Sorgfalt erstellten Inventarverzeichnisse der einzelnen, in den Staatsarchiven streng nach dem Provenienzprinzip geordneten Bestände (im Polnischen: Zespól, im Tschechischen: Fond) verraten einen hohen archivfachlichen Standard, ihre Genauigkeit und Detailfülle wird aus arbeitsökonomischen Gründen vom Benutzer sehr geschätzt. Zwar war bei der Aushändigung der Inventarverzeichnisse von

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neueren Beständen eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten, diese Erfahrung darf jedoch nicht verallgemeinert werden. Vielmehr dürfte es sich um verständliche Unsicherheiten handeln, die aus der gegenwärtig unklaren Rechtslage resultieren. Ohne jeden Zweifel darf generell festgehalten werden, daß die Archivfachkräfte das wissenschaftliche Forscherinteresse stärker respektieren als sachlich vielfach überholte oder zumindest umstrittene administrative Regelungen. Bei der Aktenbestellung ist auf Vordrucken die Bezeichnung des Bestandes sowie die spezielle Aktensignatur anzugeben. Wegen der Verwechslungsgefahr mit der Inventarnummer sollte der Benutzer allerdings den Mut haben, die Aufsicht nach dem Modus notfalls zweimal zu fragen. Das Aktenmaterial selbst befindet sich in gutem Zustand, die Kassationspraxis darf insgesamt als zurückhaltend bezeichnet werden, was in den Beständen ein gewisses Maß an Redundanz zur Folge hat.

In der Praxis ist es zwar in Ausnahmefällen vorgekommen, daß bestellte Aktenstücke neueren Datums nicht vorgelegt wurden. Dieselben Aktenstücke konnte man dann allerdings aus einem anderen Bestand erhalten. Daher wäre eine Verallgemeinerung falsch, da einfache Bedienungsfehler denkbar sind. Die Aufgeschlossenheit des Fachpersonals dokumentiert nicht zuletzt auch die kommentarlose Aushändigung von Hilfsmitteln, in denen in der alten Amtssprachregelung vermerkt ist, daß es früher Aktenbestände gab, die einfach „nicht vorhanden sind", „nicht auszuhändigen sind" oder „nur mit Erlaubnis des Direktors auszuhändigen" sind usw. Der Archivbenutzer sollte dazu freilich keine Kommentare gegenüber dem Fachpersonal abgeben oder sich auf theoretische Diskussionen einlassen. Effektiver ist vielmehr der Erfahrungsaustausch und der Kontakt mit einheimischen Wissenschaftlern.

Die Auswertung des Aktenmaterials neueren Datums ist aufgrund der komplexen Kompetenzstruktur der staatlichen und parteilichen Organisation vergleichsweise zeitintensiv, sie erfordert auch ein hohes Maß an interpretatorischer Sorgfalt. Russische Sprachkenntnisse sind zumindest bei außenpolitischen Arbeitsthemen aus der Nachkriegszeit unerläßlich, aber auch sonst hilfreich. Grundsätzlich sollten die eigenen Kenntnisse der Landessprache selbstkritisch geprüft werden; das gilt auch für die Auswertung der Literatur, denn die bekanntermaßen parteiliche Geschichtsschreibung wußte in der Vergangenheit vielfach sehr geschickt mit semantischen Feinheiten umzugehen, die sich dem westlichen Forscher nicht ohne weiteres erschließen. Darüber hinaus sind die objektiven Tücken insbesondere der parteioffiziellen Quellen horrend: Aufgrund einiger aufgefundener interner Verteilerschlüssel kann beispielsweise davon ausgegangen werden, daß ein im zentralen Parteiorgan veröffentlichter Beschluß des Politbüros – konkret in Polen – schon die siebte bis achte semantische „Filtrierstufe" durchlaufen hatte. Eine ähnlich rigorose Verteilung des Herrschaftswissens betrieb man in Moskau: Sogar die nationalen Parteiführer waren in ein hierarchisch-funktionales Informationssystem integriert. So sind beispielsweise Belege aufgefunden worden, daß Stalin in einer und derselben politischen Angelegenheit dem polnischen, dem tschechoslowakischen und dem ostdeutschen Parteichef jeweils eine andere „streng geheime" Verhaltensmaßregel erteilt hatte. Es handelt sich nicht um Einzelfälle. Eine effektive Quellenanalyse kann vielfach nur in einem größeren Kontext – auch übernationalen – geleistet werden.

Die einen mag es beruhigen, andere wiederum enttäuschen, daß es aus diesen Gründen wenig aussichtsreich wäre, nach sensationellen Quellen zu suchen. Auf die Auswertung der im Westen vorhandenen Ersatzüberlieferungen kann gegenwärtig noch nicht gänzlich verzichtet werden, ihren archivalischen Wert sollte man nicht unterschätzen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von den neuen gesetzlichen Regelungen in Polen und der Tschechoslowakei wird es abhängen, ob eine reibungslose und effektive internationale wissenschaftliche Kooperation zustande kommt. Sie kann es nur, wenn alle Beteiligten über annähernd gleiche Ausgangsbedingungen verfügen. Die Reduzierung der allgemeinen Benutzungssperrfristen auf dreißig Jahre wäre ohne Zweifel ein wichtiger Schritt in dieser Richtung.

Gleichwohl erscheinen eventuelle administrative Gegenmaßnahmen nach dem international üblichen Reziprozitätsprinzip für Historiker wenig hilfreich. Die verantwortlichen administrativen Instanzen könnten jedoch berücksichtigen, daß in westlichen Ländern vielfach archivalische Bestände mitteleuropäischer Provenienz deponiert sind und deren zentraler Stellenwert früher oder später dazu führen wird, daß ein Transfer in die Ursprungsländer notwendig wird. Auf diese Weise könnten die abnehmenden Archive ohne jede rechtliche oder diplomatische Komplikation nach dem allgemeinen Gleichheitsprinzip verpflichtet werden, die Benutzungsusancen des abgebenden Archivs zu respektieren. Solche Bestände befinden sich überwiegend in Ländern, deren archivalische Sperrfristen dreißig Jahre betragen.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Wolfgang Schroeder, Christliche Soziallehre or Socialism: Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz and the 1954 Frankfurt *DGB* Congress.

At the October 1954 meeting of the German trade union congress, *Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB),* the key speech was held by Viktor Agartz. Its main theme was a critique of the CDU/FDP federal government's foreign and economic policies. Although many congress participants favoured Agartz's position, it nonetheless had no influence on union policy-making in the Federal Republic. Among Agartz's important opponents was the Jesuit, Oswald von Nell-Breuning. The author demonstrates that the controversy between Agartz and Nell-Breuning reflected both the crisis of the unions and the polarization between Catholic and Socialist thought. In addition, it is shown that the conflict gained special significance due to the simultaneous process of modernization inside the Social Democratic Party which, in the 1950's started to change from being a party of the working class to becoming a *Volkspartei.*

Martin Rüther, The Economic Situation of Workers and their Electoral Behaviour: The Cologne *Vertrauensrat*-Elections of 1934 and 1935.

The *Vertrauensrat*-Elections of 1934 and 1935 allowed the German workers the, admittedly limited, opportunity of airing their opinions on both the works industrial relations scheme, newly created by the *AOG* (*Arbeitsordnungsgesetz*), as well as on the NS-regime as a whole. Contrary to what previous research has assumed to be the case, the great differentiation shown in the votes that were cast makes it clear that this opportunity was not wasted. A comparison of the election results in various branches of industry, however, yields more far-reaching findings. The areas of industry which had made the quickest recovery from the economic crisis also showed the most positive attitude towards the election candidates. In the consumer goods industry, where wages continued to stagnate or even to sink and where short-time work was widespread, the results from the point of view of the NS-regime were catastrophic. This proves that the way workers voted was primarily influenced by economic considerations. This pattern of behaviour is very similar to that observed in other industrial elections. It illustrates the attitude shown by workers during the world economic crisis and throughout the NS-period that followed.

Paul R. Sweet, The Problem of Official Intervention in the Publication of Documents on German Foreign Policy, 1933–1941.

On launching a multi-volume publication of documents from captured German Foreign Office archives, the three sponsoring governments, Great Britain, the United States, and France, guaranteed the editors unimpeded access to the files and complete freedom to determine what, in their best judgment as historians, should be published. When, however, the editors selected for publication a number of documents from a file of the year 1940 that put the Duke of Windsor in a dubious light, Prime Minister

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Winston Churchill took steps in 1953–54 to stop their publication. When he met with resistance, he resolved that publication of all German Foreign Office documents of the period after 18 March 1940 should be stopped. At the heart of this article is an account, entirely new, based on the author's own papers and unpublished British sources, of Churchill's manipulation of leading members of the British historical profession to support this drastic move, which failed. The second theme of this paper is the determined attempt made by the Swiss government to prevent publication of documents recording talks between the Swiss and French military leadership in 1940. Publication of these documents was, in fact, held up for several years.

Lothar Gruchmann, Hitler's Memorandum of 16th May 1923 to the Bavarian Judiciary: A recently found document.

Criminal proceedings were instigated against Hitler after the illegal armed gathering of National Socialists and other *Vaterländische Verbände* on Munich's Oberwiesenfeld on 1st May 1923 and his violent attempt to prevent the Socialists from holding their traditional May Day celebrations. In order to avoid trial, Hitler threatened to publish the memorandum written in his own defence addressed to the Department of Public Prosecution, exposing the secret collaboration between the Bavarian *Reichswehr* and the *Vaterländische Verbände*. The fact that the trial never took place was, however, less due to his threat of blackmail than to the disastrous political policies of "national" Bavarian governmental circles which led, finally, to the *Hitler Putsch* of 8th–9th November 1923. The text of the memorandum, which had long been considered lost, was discovered in the minutes of a committee meeting from the year 1927, which had been called by the Bavarian Parliament to examine the events leading to the November *Putsch*.

Jahrgang 39 (1991), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte